DM 6,– Österreich 50,– öS Schweiz 6,– sfr Nr. 2 Februar 1988 E 8080 E



Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Revisionismus:

Deutschland – das Karthago Europas

Dollar-Verfall und Börsen-Crash vereint Europa gegen USA

Bonn:

Auswanderung als Flucht aus dem Zeitgeist

Schulden:

Die Welt eine öde Kreditlandschaft

USA:

Kann man Reagan stürzen?

Neu:

Nahost-Journal mit Nachrichten zum Thema Irak, Iran, Zionismus





Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.
Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »Zionist Watch«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »Zionist Watch«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »Zionist Watch« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C.,20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7% Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 60,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats. Vertrieb Handel im In- und Ausland; Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Anzeigenverwaltung: Access Marketing GmbH, Feldbergstraße 2, D-6240 Königstein 2, Telefon (0 61 74) 70 30.

Gesamtherstellung: Greiserdruck, Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

Verlag Diagnosen GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11.

ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 24. Februar 1988 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

In eigener Sache

Lieber CODE-Leser

Über die Entscheidung der beiden Grossisten in der Schweiz, die Zeitschrift CODE künftig nicht mehr zu vertreiben, haben wir in der Januar-Ausgabe ausführlich berichtet. CODE ist mit der Dezember-Ausgabe 1987 sang- und klanglos aus dem Angebot der Zeitschriftenhändler in der Schweiz verbannt; die Zeitschrift kann künftig in der Schweiz nur noch im Abonnement bezogen werden. Der Verlag und die Redaktion von CODE wurden von der Entscheidung derartig überrascht, daß nicht einmal die Möglichkeit gegeben war, die Käufer am Kiosk in einem vorhergehenden Heft über die Entscheidung der Schweizer Grossisten zu informieren.

In den letzten Wochen häufen sich auch Beschwerden von Käufer in der Bundesrepublik und West-Berlin, die CODE nicht mehr im Einzelhandel erhalten. Viele Leser berichten uns, daß sie seit Jahren die Zeitschrift entweder bei ihrem Zeitschriftenhändler oder bei ihrem Bahnhofsbuchhändler monatlich erworben haben. Plötzlich teilte ihnen der Händler mit, daß CODE nicht mehr erscheint, er nicht mehr beliefert wird, oder daß der Verlag pleite gemacht habe. Auch Drängen der Leser, der Händler möge doch die Zeitschrift bei seinem Grossisten bestellen, blieben erfolglos.

Das Grosso erhöht die Handelsspanne

Immer wieder sind wir den Beschwerden unserer Leser nachgegangen und haben unsere Vertriebsfirma, die Verlagsunion in Wiesbaden, gebeten, durch den Außendienst die Probleme der Verbreitung von CODE überprüfen zu lassen. Trotz wohl erfolgter Bemühungen, häufen sich die Beschwerden jedoch von Tag zu Tag.

Obwohl die Grossisten in der Bundesrepublik und West-Berlin nicht in der Lage sind, für eine ordnungsgemäße Verbreitung von CODE zu sorgen, haben sie vom Verlag verlangt, ihre Handelsspanne von 24,76 Prozent auf 29,76 Prozent zu erhöhen. Die Handelsspanne für den Einzelhändler blieb dagegen unverändert bei 20,24 Prozent. In der Praxis heißt das, daß wir den Grossisten und Einzelhändler eine Handelsspanne von 50 Prozent einräumen müssen.

Neben diesen 50 Prozent müssen wir für Auslieferung, Fracht, Rechnungstellung etc. an die Verlagsunion weitere 48 Pfennig pro ausgeliefertem Exemplar zahlen, das heißt, 48 Pfennig auch für die nicht verkauften Exemplare.

Diese ungeheure Belastung durch den Vertrieb über den Zeitschriften-Einzelhandel hat uns dazu gezwungen, den Verkaufspreis des Einzelheftes ab der Ausgabe März 1988 auf DM 7,50 sehr drastisch zu erhöhen. Wir wissen, daß dieser Preis eine Zumutung für die Leser ist, wir sind jedoch durch die Vorgehensweise der deutschen Grossisten dazu gezwungen worden.

Der Ausweg ist das Abonnement

Natürlich sehen wir die schlechte Verbreitung von CODE durch die Grossisten und die Erhöhung der Handelsspanne für CODE in einem Zusammenhang, der zwar eine andere Vorgehensweise wie in der Schweiz darstellt, im Ergebnis aber das gleiche Ziel hat: das sang- und klanglose Verschwinden von CODE aus dem Zeitschriftenangebot.

Schließlich ist eine Zeitschrift wie CODE ein unerwünschter Außenseiter in der Medienlandschaft des Establishments. CODE ist die einzige deutschsprachige Zeitschrift, die bereits in der Juni-Ausgabe 1987 einen Bericht des Bankiers Jonathan May brachte, in dem der Börsen-Crash für den Oktober 1987 angekündigt wurde.

CODE veröffentlichte in der Oktober-Ausgabe 1987 die komplette Liste der Mitglieder der Trilateralen Kommission. Obwohl deutsche Jounalisten unter anderem der »Frankfurter Allgemeinen« an der letzten Tagung der Trilateralen teilnahmen, wird die Zusammensetzung dieses internationalen Absprachegremiums der deutschen Öffentlichkeit verschwiegen.

CODE veröffentlichte in der November-Ausgabe 1987 einen Kommentar zu einem Bericht der Londoner Lloyd-Bank, der ein Absinken des US-Dollar unter 1,60 DM voraussagte.

Ab dieser Ausgabe publiziert CODE monatlich ein spezielles Journal mit Nachrichten zum Thema Irak, Iran, Zionismus.

Dies sind einige journalistische Leistungen von CODE, die im deutschsprachigen Raum ohne Vergleich sind. Sie machen dieses Magazin darum auch zum ungeliebten Medium in der deutschen Presselandschaft.

Wir haben nun eine Bitte: Sie erhalten CODE zum Preis von jährlich 60 DM – das Monatsheft also für 5 DM – einschließlich Porto und Mehrwertsteuer im Abonnement. Bitte entschließen Sie sich zu einem Abonnement; Sie sparen nicht nur Geld, sondern Sie helfen uns auch, mit den Vertriebsschwierigkeiten fertig zu werden. Vor allem können wir uns auf diese Weise vor einer ähnlichen Überraschung wie in der Schweiz bewahren.

Als Dankeschön erhalten Sie bei der Bestellung eines Jahresabonnements kostenlos das Buch von Peter Blackwood »Die Netzwerke der Insider«.

Ich hoffe auf Ihr Verständnis und auf Ihr Entgegenkommen.
Ihr
Ekkehard Franke-Gricksch



Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51
D-7250 Leonberg

Ich habe mich entschlossen, künftig bis auf weiteres die Monatszeitschrift CODE im Abonnement zu beziehen.
Das Abonnement beginnt mit der Ausgabe Nr. 3/März 1988.
Das Jahresabonnement kostet 60 DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer. Im Ausland kostet das Jahresabonnement 60 DM zuzüglich 12 DM Versandkosten für den einfachen Postweg.
Als Dankeschön erhalte ich kostenlos das Buch von Peter Blackwood »Die Netzwerke der Insider«.

Name

Vorname

Straße und Hausnummer oder Postfach

Postleitzahl und Stadt

Als Abonnent bin ich damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von meinem Bank- oder Postscheckkonto abgebucht wird:

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

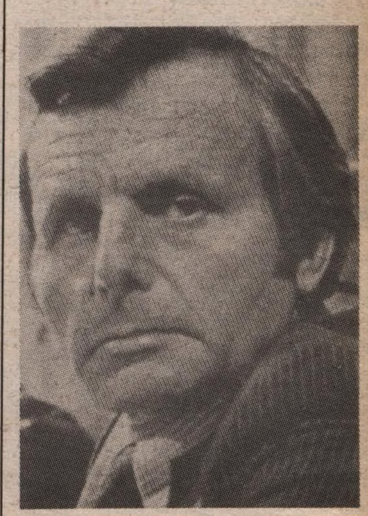
Deutschland

Finanzen



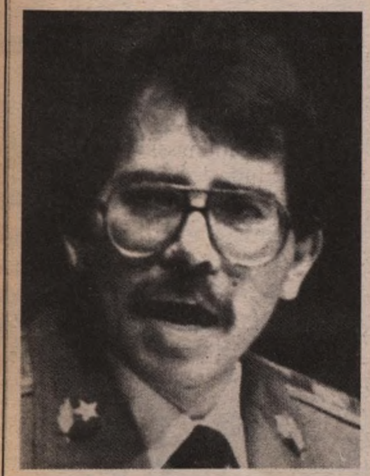
Lange gab es Spekulationen darüber, was David Rockefeller und seine Chase Manhatten Bank in Lateinamerika interessierte.

Internationales



US-Verteidigungsminister Frank Carlucci werden dubiose Waffengeschäfte vorgeworfen.

Nr. 2 Februar 1988



Daniel Ortega hat Nicaragua zu einem zweiten Kuba vor den Toren der USA umgestaltet.

Naher Osten



Yitzhak Shamir, Israels Premierminister, ist gegen jeden Kompromiß in der Frage der West Bank und der Palästinenser.

Kirchen

Ständige Rubriken

Krieg oder Frieden

Peter Blackwood

»Woina i Mir« – »Krieg und Frieden« – der Titel des großen Romans von Leo Tolstoi scheint heute aktuellermaßen in »Krieg oder Frieden« verwandelt zu werden. Die nachstehend wiedergegebenen Ansichten stammen von einem bedeutenden DDR-Funktionär, die er bei einem persönlichen Gespräch im neutralen Ausland äußerte.

Die Ursprünge des Gorbatschow-Kurses waren nichts anderes als Ergebnis des zur Kriegsbereitschaft gegen Europa Gedrängtwerdens. Die technisch-wirtschaftliche Unterlegenheit, bisher einziger Hemmschuh, sollte endlich beseitigt werden – durch »Glasnost« und der daraus resultierenden westlichen Hilfe. Denn nach dem Wunschplan der kommunistischen Weltrevolution ist die Einnahme Westeuropas längst überfällig.

Ein deutscher Sieg ist vorstellbar

Führende sowjetische Militärs fürchten, die deutsche Bundeswehr allein könne, so das Kriegsglück ein wenig auf ihrer Seite wäre, ganz allein die Rote Armee zurückschlagen und womöglich zu einem Gegenstoß wie im Jahr 1941 ansetzen. Das zahlenmäßige Kräfteverhältnis war seinerzeit ebenso ungünstig für die Deutschen wie es heute ist.

Sollten, im Falle eines Krieges, die Westalliierten die Deutschen nicht zurückhalten oder in die Niederlage steuern können, wäre ein deutscher Sieg mit anschließender Verbrüderung mit der russischen Bevölkerung durchaus vorstellbar.

Also fühlt sich die Sowjetunion noch nicht kriegsbereit. Vor allem technische und logistische Verbesserungen erscheinen ihr notwendig. Dieses Problem aber kann nur der Westen für die Sowjetunion lösen, und die neue Politik Gorbatschows sollte den Regierungen der Westalliierten gegenüber deren Bevölkerungen die Rückendeckung dazu verschaffen.

Eine Rechnung, die bisher aufzugehen scheint, zumal der geplante Krieg sich zunächst nur gegen die Deutschen richten soll.

Allerdings hat die Sache inzwischen Eigendynamik entwickelt, und ob der Kurs in Richtung Krieg oder in Richtung Frieden steuern wird, könnte davon abhängen, wie groß oder klein der internationalistische Einfluß auf die sowjetische Führung sein wird; denn es sind vor allem diese Kreise, die den Krieg wollen, um den »großen Cherem« am gesamten deutschen Volk zu vollstrecken – wie weiland es galt gegen Karthago.

Es besteht ein Versöhnungswille

Im Moment ist dieser internationalistische Einfluß innerhalb der Sowjetunion noch groß, aber keineswegs total wie etwa in den Vereinigten Staaten oder in Großbritannien. Es wird also die Frage »Krieg oder Frieden« vor allem daran entschieden werden, inwieweit sich die Sowjetunion vom amerikanisch-internationalistischen Einfluß durch gegebene wirtschaftliche Abhängigkeit befreien kann.

Um diesen Themenkomplex aus westlicher Sicht recht zu verstehen, muß man wissen, daß es nach 1945 niemals eine antideutsche Propaganda in der Sowjetunion gab, wie in den westlichen Ländern zu betreiben gang und gäbe ist. Sowjetische Kriegsfilme etwa unterscheiden stets zwischen Nazis und Deutschen. Auch die Kriegsschuld wird stets nur Hitler zugeschrieben, nicht dem deutschen Volk. Das »gute Deutschland« wird immer als auch vorhanden erwähnt, und zwar durchaus über den Alibi-Deutschen hinaus. Man darf den Versöhnungswillen der Sowjets als einen in der Tat ehrlichen sehen.

Ganz anders liegen die Dinge diesbezüglich im Westen. Westliche Filme und Fernsehproduktionen, Bücher und Comics schüren ständig Haß gegen die Deutschen als Ganzes. In Hollywood scheint in dieser Hinsicht permanenter Kriegszustand zu herrschen, wobei keine Verleumdung dumm genug ist, als daß sie dem amerikanischen Bürger nicht präsentiert würde.

Mit einem Wort: Die westalliierte Seite hat vorgebaut, hat ihren Völkern beigebracht, daß die Deutschen ein solches Verbrechervolk sind, daß man es getrost der Atomkriegsvernichtung preisgeben sollte – westdeutsche Politiker bekräftigen dies ja auch noch.

Die vollständige Beherrschung Hollywoods und der Medien durch internationalistische Kreise schlägt hier durch. Und man kann darauf gefaßt sein, daß die einflußreichen Insider-Lobbies der USA im Kriegsfall schon dafür sorgen werden, daß auf Deutschland – West und Ost einschließlich Österreich – alle verfügbaren Kernwaffen fielen.

Freundschaft mit dem russischen Volk

Das russische Volk aber kennt keinen Haß gegen die Deutschen. Reist man in die Sowjetunion, wird jeder Russe, jeder einfache Sowjetbürger den Deutschen aus ehrlichem Herzen als Freund begrüßen. Anpöbeleien, wie sie in westlichen Ländern vorkommen, wird der deutsche Gast in der Sowjetunion nicht erleben. Das sowjetische Volk hegt freundliche Gefühle für die Deutschen – das ist eine Tatsache.

Hier liegen auch die großen Chancen für die Zukunft. So übel die Rote Armee sich beim Einmarsch in Deutschland 1945 aufgeführt hat – aufgestachelt durch Ehrenburg & Company –, so sehr ist all dies Böse heute überwunden. Das heißt jedoch nicht, man könne den Sowjet-Kommunismus als Freund betrachten – ganz gewiß nicht. Aber man kann mit der Freundschaft des russischen Volkes rechnen, sobald es frei wird, frei von innerer Unterdrückung und frei von äußerer Bevormundung. □



Revisionismus

Deutschland – das Karthago Europas

Conrad Rooster

Der ganzen Menschheit wird eingehämmert: »Am Anfang steht die deutsche Schuld.« Und Deutsche leisten noch Hilfe. »Zwei Weltkriege sind von deutschem Boden ausgegangen und haben der Welt unsägliches Leid gebracht.« Warum legen die ehemaligen Feinde, unterstützt durch deutsche Helfershelfer, so ungemein Wert auf die Verewigung dieser den Deutschen unterstellten Schuld? Hierzu Lloyd George, 1916 englischer Premierminister und einer der »großen Vier« in Versailles, er antwortete 1921 dem deutschen Reichsaußenminister Walter Simons: »Die deutsche Verantwortung für den Krieg ist grundlegend.«

»Wer die Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg anzweifelt, zerstört die Gründe der Nachkriegspolitik«, schrieb Professor Theodor Eschenburg. 1915 sagte Churchill: »Wir werden Deutschland an der Kehle würgen, bis sein Herz aussetzt. »Nach George Benjamin Clemenceau, französischer Politiker, sollte Europa nicht zur Ruhe kommen. Er sagte, daß der Friede von Versailles »zehn Jahre voller Konflikte in Mitteleuropa garantiert.« Und von diesem Versailles wollte Hitler Deutschland befreien. Versailles aber sollte eben nicht auf friedlichem Weg berichtigt werden, sondern war, da die Zerstörung Deutschlands noch nicht ausreichte, gerade versteckt darauf angelegt, den nächsten Krieg hervorzurufen.

Der Wille zur Reichsvernichtung

Der französische Marschall Ferdinand Foch sprach es direkt aus: »Der Korridor ist die Wurzel des nächsten Krieges.« Und Clemenceau meinte gegenüber dem US-Präsidenten Hoover: »Es wird zu Ihren Lebzeiten einen Zweiten Weltkrieg geben, und man wird Sie wieder in Europa brauchen.«

Und das alles, bevor überhaupt Hitler da war. Ost und West brandmarken sich einander, aber das nur scheinbar. Sie beschuldigen sich gegenseitig. So ist in dem russischen Buch »Geschichtsfälscher« zu lesen: »Im Sommer 1939 taten England und Frankreich alles, was in ihren Kräften stand, um Hitler-Deutschland auf die Sowjetunion zu hetzen.«

Hiernach ist Hitler durch den Westen angeheizt worden, seinen Angriff nach Osten zu richten, daß heißt zu der vom Westen »erwünschten« Auseinandersetzung Deutschland gegen Rußland, damit sich Deutschland dabei verblute.

Aus dem Westen lautet es umgekehrt. Churchill schrieb am 22. Oktober 1941 an seinen Vertrauten, den Kommunistenfreund Sir Stafford Chripps, den er als Botschafter nach Moskau gesandt hatte: »Die Russen haben ihr Schicksal selbst über sich gebracht, als sie durch ihren Pakt mit von Ribbentrop Hitler auf Polen losließen und so den Kreig starteten . . . Wenn sie Verdacht gegen uns hegen, dann nur wegen ihres Schuldgefühls und Selbstvorwurfs im eigenen Busen.«

1911 erklärte die »Times«, der englische Außenminister Edward Grey sei von Männern umgeben, die geradezu besessen seien, daß ein Krieg mit Deutschland so unvermeidlich sei, »wie das Aufgehen der Sonne«. Dazu erklärte bei Kriegsausbruch am 3. August 1914 James Ramsey MacDonald im Parlament: »Es ist meine Überzeugung, daß Sir Edward Grey im Unrecht ist.«

Beide Kriege waren gemeinsam beschlossene Sache

Und im Zweiten Weltkrieg, im April, enthüllte William Bullit, der US-Botschafter in Paris: »Der Krieg ist eine beschlossene Sache.«

Am 22. Januar 1940 schrieb der »Spectator« in London: »Trotz aller schönen Worte haben wir unendlich weniger Berechtigung zu diesem Krieg als zu dem vorigen. Diesmal gingen wir und Frankreich darauf aus, Polen den Rücken zu steifen in seinem Widerstand gegen die deutschen Forderungen, und zwar nicht aus Liebe zu Polen, sondern in dem Bestreben, der wachsenden Macht Deutschlands Einhalt zu gebieten. Auf diese Weise wollten wir zusammen mit Frankreich uns die Oberhand auf dem Kontinent zu erhalten versuchen.«

Beide, West und Ost, waren eins in dem Willen, Deutschland zu vernichten. Alexander Solschenizyn äußerte sich dazu am 30. Juni 1975 in Washington: »Niemals hat der Westen, hat Ihr Präsident Roosevelt der Sowjetunion irgendwelche Bedingungen für die geleistete Hilfe gestellt. Der Westen hat unbegrenzte Hilfe geleistet.«

Und Solschenizyn sucht nach einer Begründung für solch unbegrenzte, bedingungslose Hilfe. Er führt dazu aus: »War da ein Hintergedanke, und wollte die Demokratie sich nicht selbst verteidigen, wollte sie, daß die Hände eines anderen Totalitarismus, des sowjetischen, sie verteidigen? . . . Welch tiefe Selbsttäuschung! Wir haben ein russisches Sprichwort« ›Rufe nicht den Wolf zu Hilfe gegen Hunde!‹ Wenn Hunde dich anfallen und zerreißen wollen, dann schlage die Hunde. Schlage die Hunde und rufe nicht den Wolf herbei. Denn wenn die Wölfe kommen, werden sie die Hunde verschlingen oder verjagen, aber dich werden sie auffressen.«

Sir Josef Austen Chamberlain beschleunigte das unter MacDonald begonnene »Verteidigungsprogramm«, und Churchill bestätigte am 16. Oktober 1938 den Vorsprung mit den Worten: ». . .daß wir jetzt endlich die Barbarei den Rang abgelaufen haben, um sie überwachen zu können.«

England, noch durch Roosevelt bestärkt, schloß nun den Ring durch den Polen-Vertrag vom 31. März 1939. Der polnische Botschafter in London meldete am 17. Juli 1939: »Vansittart ist der Motor der Einkreisung Deutschlands, gelenkt und getrieben von gewissen englischen Regierungskreisen.«

Derselbe Robert Gilbert Vansittart, Deutschlandberater im britischen Auswärtigen Amt, der schon 1934 meinte: »Wir können uns schwerlich leisten, Hitler-Deutschland aufblühen zu lassen.«

Und in einer Denkschrift vom 28. November 1939 wandte sich Vansittart gegen jedwede Versöhnung: »Das preußische Militär, der Promotor der letzten fünf von Deutschland geführten Kriege, muß zerschlagen werden.«

Dabei nahm er eine Bolschewisierung Deutschlands in Kauf, denn er führt am gleichen Tag in einem Telegramm an den holländischen Außenminister wie folgt aus: »Ein bolschewisiertes oder ziemlich bolschewisiertes Deutschland wird eher ein Vorteil als ein Nachteil sein.«

England plante also die heutige Sowjetzone und die Teilung Deutschlands als tragbar ein, ein Zustand, von dem der englische Geschichtsschreiber Taylor später sagt: »Die Teilung Deutschlands hat sich für uns alle als ein wahres Glück erwiesen.«

Hitler drängte auf versprochene Gleichberechtigung. Er forderte nicht Gewalt vor Recht, wie in Versailles, sondern Recht vor Gewalt. Er wollte einen Rechtsfrieden. Hitler wollte laut Reichtagsrede vom 17. Mai 1933 die Gleichberechtigung durch eine in Versailles vereinbarte Abrüstung der Sieger, nicht aber eine Gleichberechtigung durch eine deutsche Aufrüstung. Eine solche wollte er nicht. Aber was geschah? MacDonald, der einstige

Deutschland – das Karthago Europas

Kriegsgegner von 1914, hatte sich gewandelt. Seine »Nationalregierung« mit dem Konservativen Baldwin gab am 16. März 1933 den sogenannten MacDonald-Plan heraus. Er sah ein Heeresverhältnis vom 10:1 vor und an Luftwaffenstärke Frankreich 500 Flugzeuge, Polen 200 und Deutschland 0.

In einer Regierungsdenkschrift vom 18. Dezember 1933 vertiefte Hitler seine Bereitschaft zu gerechter Gleichordnung. Frankreich lehnte schroff ab. Nach dem sudetendeutschen Sozialdemokraten Wenzel Jaksch, der nach London geflüchtet war, hatte die kleine Tschechei 1938 mehr Rüstungsgüter als Deutschland. So äußert sich auch der englische Professor Taylor, indem er sagt: »Deutschland war nicht gerüstet, Europa zu erobern.«

Amerika in den beiden Weltkriegen

Bernhard Baruch, der »heimliche Kaiser Amerikas«, war Präsidentenberater. Er war es in beiden Weltkriegen, im Ersten als Vorsitzer des Kriegsindustrieausschusses und anschließend Mitglied der Pariser Friedensdelegation, im Zweiten der Leiter der Rüstungsgleichschaltung und ab 1943 der gesamten Kriegswirtschaft.

Gleich wichtig im Weltgeschehen war das Bankhaus Morgan. Es spielte seine Finanzmacht im Ersten Weltkrieg aus, indem es seit 1914 die Kriegsanleihen der Ententemächte in den USA unterbrachte, die Munitionslieferungen leitete und infolge der Verschuldugung der Entente den Eintritt Amerikas in den Krieg betrieb.

In diesem rein geldlichen Geschäftsdenken zeigt sich ein Grundzug amerkanischen Wesens, wie dies auch der amerikanische Präsident Coolidge 1923 treffend ausdrückte: »Amerikas Geschäft ist, Geschäft zu machen.«

Und wer das Geld hat, hat die Macht. Das Geld ist seit dem 18. Jahrhundert im Gegensatz zum mittelalterlich gebundenen Grundbesitz zum überstaatlichen Herrscher der Welt geworden. Sein Einsatz ist an kein Gesetz und Recht gebunden. Die Geldherren stehen über den Regierungen und über Fürsten und Königen und vermögen sebst über Kriege zu entscheiden.

In einem Reisebericht »Reisebilder und Novellen« aus dem Jahr 1870 wird ein Aufenthalt in Frankfurt am Main geschildert und über das Bankhaus »Rothschild und Söhne« von der Mutter der fünf Frankfurter Bankiers erzählt: »Glücklicher als Mutter der Napoleoniden sah die ›jüdische Lätitia‹ (Lätitia ist der Vorname von Napoleon I. Mutter) von Tag zu Tag den Glanz und das Ansehen ihrer Familie wachsen. Mit Recht durfte sie einer ängstlichen Freundin im Jahr 1840, als der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland drohte, lächelnd erklären: ›Fürchten Sie sich nicht, Madame Cohn! Wenn mein Sohn kein Geld gibt, wird kein Krieg, und mein Sohn gibt nichts.‹«

Gemeint war ihr ältester Sohn Amschel, der gleichzeitig Mitglied des preußischen Herrenhauses war. Und ein europäischer Krieg drohte von seiten des französischen Ministerpräsidenten Thiers, der den Franzosen die Rheingrenze wieder verschaffen wollte.

Roosevelt »betete« und »rüstete«

Franklin D. Roosevelt betete für den Frieden und rüstete für den Krieg, für den »Kreuzzug« gegen Deutschland. Der Amerikaner William Bullit, bekannt als erster Roosevelt-Botschafter in Moskau von 1933 bis 1936 – von 1917 bis 1932 waren die diplomatischen Beziehungen zu Rußland abgebrochen –, berichtet von wachsender Deutschlandfeindlichkeit und von der befürworteten, aber zeitlich bedingten amerikanischen Aufrüstung, die bei der »erwünschten« Auseinandersetzung Deutschland gegen Rußland eingesetzt werden würde.

Roosevelt bemerkt im Februar 1939 hierzu: »Wir werden sicherlich am Anfang nicht daran teilnehmen, aber wir werden ihn beenden.« Er sagte weiter: »Die Kreuzzugteilnehmer, besonders England, müßten stark bleiben, besonders im Fall Danzig. Deutschland aber sei zu ›demütigen‹.«



Franklin Delano Roosevelt, von 1933 bis 1945 Präsident der Vereinigten Staaten, war ein Gefangener seiner Berater und Hintermänner. Er war den internationalen Banker verpflichtet, die nur ein Ziel kannten: Profit durch Krieg.

Roosevelt drängte geradezu auf Kreigsausweitung nach dem Polenfeldzug. Deutschland war, wie Hitlers Rede vom 6. Oktober 1939 zeigt, bereit, Roosevelt als Vermittler zur Beendigung des Krieges anzuerkennen. Aber keine Antwort! Roosevelt zeigt im Gegenteil seine Unnachgiebigkeit, ja geradezu seine Kriegsgelüste: Er gab am 4. November 1939 die Ausfuhr frei für jedweden Kriegsbedarf. Er ordnete im Juli 1940 an: begrenzte Wehrpflicht, ein Überseeheer von fünf Millionen Soldaten, Lieferung von 30 Zerstörern an England. Er drängte sich 1941 mit seiner Kriegshilfe geradezu auf durch sein Programm der Landlease. Am 11. September 1941 gab Roosevelt Befehl, auf deutsche Schiffe zu schießen.

Seine Versprechen im Wahljahr 1940, die USA aus dem Krieg herauszuhalten, waren und blieben Wahllüge. Kernstück seiner Kreuzzugspolitik waren seine 1941 noch erhöhten Waffenlieferungen an das »überfallene« Rußland, um die Achsenmächte zur Kriegserklärung an Amerika herauszufordern.

Was sagte schon 1912 Theodore Roosevelt, der amerikanische Präsident, vor dem Ersten Weltkrieg: »Hinter der sichtbaren Regierung sitzt auf dem Thron die unsichtbare Regierung, die dem Volke keine Treue schuldet und keine Verantwortung anerkennt. Die unsichtbare Regierung zu vernichten, den gottlosen Bund zwischen korruptem Geschäft und korrupter Politik zu zerstören, ist heute die erste Aufgabe des Staatsmannes.«

Da in unserer Zeit hinsichtlich dieser dunklen Mächte eine gewisse Nervenschwäche festzustellen ist, die dem Wahn des Mittelalters und seiner Zwangsverhöre und Hexenverfolgungen in nichts nachsteht, sollen im folgenden einige Persönlichkeiten hierzu zu Worte kommen.

Thomas Mann war ein in der gesamten »freien Welt« hoch gefeierte Literatur- und Nobelpreisträger. Er schrieb 1918: »Die Geschichtsforschung wird lehren, welche Rolle das internationale Illuminatentum, die Freimaurerloge – unter Ausschluß der ahnungslosen Deutschen natürlich – bei der geistigen Vorbereitung und wirklichen Entfesselung des Weltkrieges der Zivilisation gegen Deutschland gespielt hat.«

Ist das nicht eine Bestätigung dessen, was Disraeli, der von 1874 bis zu seinem Tod 1881 politisch führende Premier Englands, lange zuvor geschrieben hatte: »Die neuere Geschichte kann nur der schreiben, der in die Geheimnisse der Logen eingeweiht ist.«

Der ehemalige Zentrumsabgeordnete Erzberger, der 1918 den Waffenstillstand unterzeichnet hatte und später Reichsfinanzminister war, schreibt in seinem Buch »Erlebnisse im Weltkrieg«:. »Jede politische Umwälzung oder Umgestaltung innerhalb der letzten hundert Jahre war mehr oder weniger das Werk der Logen.«

Politiker aus zweiter Hand

Hierfür ein Beispiel. Das französische Freimaurerblatt »Bulletin Maconnique de la Grande Loge Symobolique Eccossaise« schreibt 1889 zu Beginn des Regierungsantritts Wilhelm II.: »Wenn der Kaiser nicht Freimaurer werden will, so werden die Freimaurer das deutsche Volk einweihen, und wenn die kaiserliche Regierung die Freimaurerlogen verfolgt, werden diese in Deutschland eine Republik aufrichten.«

Dementsprechend äußerte sich Wilhelm II. nach dem Ersten Weltkrieg zu dem amerikanischen Geschichtsphilosophen Harry E. Barnes in Dorn. Barnes schreibt: »Er (der Kaiser) hielt für die Schuldigen an 1914 die interntationalen Juden und Freimaurer, die, wie er behauptete, sich die Zerstörung der Nationalstaaten und des Christentums zum Ziel gesetzt haben.«

So verkündete am 13. August 1900 der Begründer des politischen Zionismus, Theodor Herzl: »Mit England können wir sicher sein, daß die zionistische Idee mächtiger und höher steigen wird als je.«

Nimmt es also Wunder, wenn Winston Churchill 37 Jahre später, im Juni 1937, dem Zionismus die Dienste des ganzen Empires zu Füßen legt, als er in Anwesenheit des prozionistischen Parteiführers der Labour Party, Attlee, und Sinclair von der Liberal Party dem Zionistenführer Chaim Weizmann erklärt: »Sie (Weizmann) wissen, daß Sie über uns verfügen können . . . und was Sie sagen, gilt. Wenn Sie von uns verlangen, daß wir kämpfen, dann werden wir kämpfen wie die Tiger.«

Schon 1918 wollte man die Deutschen vor einen internationalen Gerichtshof schleppen, Staatsspitzen wie Wilhelm II. und Generäle wie Ludendorff. Man nahm Abstand, und man begnügte sich 1919 mit der Aushungerung von Hunderttausenden von Deutschen.

Anders 1945 in Nürnberg. Hier stellten die Sieger der Welt eine Aburteilung zur Schau nach selbst verfertigtem Gesetz und durch eigens eingesetzte Richter, was aber die christlich-humanitären Gewinner des Krieges nicht abhielt, sogar nach der Bereitschaft der Japaner zur Waffenstreckung, in Hiroshima das »größte aller Kriegsverbrechen« zu begehen.

Liddel Hart schreibt in der Londoner »Picture Post« vom 3. September 1949 über Nürnberg und die deutsche Kriegsschuld: »Für die Zwecke des Nürnberger Prozesses genügte die Unterstellung, daß der Krieg mit allen seinen Folgen auf Hitlers Aggressionen zurückzuführen sei. Aber diese Erklärung ist zu simpel. Sie entspricht auch nicht den Tatsachen, denn Hitler wollte alles andere als einen Weltkrieg. Nach Kriegsende sind die wesentlichen deutschen Archive in unsere Hände geraten, und wir können uns ein präzises Bild von dem außerordentlichen Grade der Kriegsfurcht in den führenden deutschen Kreisen machen. Die plötzliche Kehrtwendung Englands im März 1939 macht den Krieg unvermeidlich.«

Karthago muß zerstört werden.

Das einstige Rom war eifersüchtig auf das wieder aufblühende Karthago. Deshalb forderte der römische Staatsmann Porcius Cato, Verfechter römischen Herrschertums, immerfort in einer stehenden Schlußfolgerung seiner Senatsreden: »Ceterum censeo, Carthaginem esse delendam« (»Im übrigen meine ich, Carthago muß vernichtet werden«), eine Weisung, die auch zum völligen Untergang Karthagos führte.

Und England befolgt Catos Gebot, auf Deutschland bezogen. Am 1. Februar 1896 schrieb Chalmers Mitchell in der Londoner »Saturday Review«: »Aber der letzte eigentliche Krieg, der notwendig ein Kampf auf Leben und Tod sein wird, entsteht erst dann, wenn zwei wachsende Völker aufeinanderstoßen, die keinen Platz zur Ausdehnung mehr finden, es sei denn, das eine Volk würde erdrückt . . . Die Deutschen sind unsere vorbestimmten Nebenbuhler . . . Wäre morgen jeder Deutsche beseitigt, es gäbe kein englisches Geschäft, das nicht wüchse . . . Macht euch fertig zum Kampf mit Deutschland, denn Germania est delenda (Deutschland muß vernichtet werden)!«

Der Begriff Karthago war auch Churchills Lösung. Er legte in seinem Buch »Der Zweite Weltkrieg« im ersten Band die Grundlage englischer Politik dar: »Seit 400 Jahren hat die englische Außenpolitik darin bestanden, sich der stärksten, aggressivsten, beherrschenden Großmacht auf dem Kontinent entgegenzustellen.«

Im November 1936 sagte Churchill schon zum US-General Wood: »Deutschland wird zu stark, und wir müssen es zerschlagen.«

Churchill sagte das auch 1937 dem deutschen Botschafter in London, Joachim von Ribbentrop, frei ins Gesicht: »Wenn Deutschland zu stark wird, wird es zerschlagen.«

Und auch Polen folgt gehorsam Englands Karthago-Weisung. Die polnische Zeitung »Kurjer Polski« schreibt: »Immer allgemeiner ist jetzt die Auffassung, daß ›Karthago‹ zerstört werden müsse. Mit raschen Schritten nähere sich der Augenblick, in dem die Meinung über die Notwendigkeit der Beseitigung des ›Pestherds‹ im Zentrum Europas Allgemeingut wird. Dann wird von Deutschland nur noch ein Trümmerhaufen übrig bleiben.« □

Den vorstehenden Beitrag entnahmen wir auszugsweise der Schrift von Dr. Conrad Rooster »Der Lügenkreis um die deutsche Kriegsschuld.« Das Büchlein ist für 3 DM zu beziehen durch E. Weber, Marbach 2, D-6124 Beerfelden 3-Hetzbach.

Bundeswehr

»Es ist zum Kotzen, Herr Minister!«

Günter Just

Die für Deutschland gefallenen Soldaten werden von der Establishment-Presse als Verbrecher geschmäht oder von Politikern und Berufs-»Vergangenheitsbewältigern« als »gutgläubige« Dummköpfe hingestellt, die sich im Zweiten Weltkrieg »mißbrauchen« ließen. Diese Tatsache hat Günter Just, Leutnant d. D., zum Anlaß genommen, einen offenen Brief an Dr. Manfred Wörner, Bundesminister der Verteidigung, zu schreiben, den wir nachstehend im vollen Wortlaut veröffentlichen.

In der Oktober-Ausgabe einer Soldatenzeitschrift wurde – geradezu als Vorgeschmack auf die zum Volkstrauertag zu erwartenden Reden – auszugsweise eine Rede veröffentlicht, die Sie am 12. September 1987 in Stuttgart beim Kameradschaftstreffen der ehemaligen württembergischen 25. Infanterie- und Panzergrenadier-Divison gehalten haben.

Umerziehung mit abwertenden Floskeln

Wie bisher in allen Reden vor Traditionsverbänden der deutschen Wehrmacht und bei Gedenkstunden für unsere Gefallenen gebrauchen Sie auch diesmal wieder zur »Würdigung« der Kriegsgeneration die Phrasen einseitiger Vergangenheitsbewältigung vom »mißbrauchten« Opfermut deutscher Soldaten, die »guten Glaubens« im Zweiten Weltkrieg tapfer gekämpft haben.

Diese abwertenden Floskeln, mit denen Sie Jahre hindurch als Redner der Umerziehung auftreten, sind unerträglich. Als ehemaliger Soldat der Wehrmacht des Deutschen Reiches kann ich in alter soldatischer Offenheit dazu nur bemerken: Es ist zum Kotzen, Herr Minister!

Viele meiner Kameraden – auch der jüngeren in der Bundeswehr – sind derselben Meinung. Ihre einseitigen »Bewältigungs«-Phrasen vom »Mißbrauch« des Opfermutes und der Tapferkeit der deutschen Soldaten werten das Opfer der Gefallenen ab, die sich gegen derartige Sprachregelungen nicht wehren können.

Im Umkehrschluß Ihrer ständig wiederholten Verunglimpfung derer, die ihr Leben ließen, und auch derer, die den Krieg und die mörderischen Gefangenenlager der Siegermächte überlebt haben, wären die Soldaten der bolschewistischen Roten Armee und deren Siegeshelfer aus dem England Churchills und dem Amerika Roosevelts also nicht mißbraucht worden?

Die wurden mit Orden und Ehrenzeichen geehrt. Bis heute wird ihrer gedacht, und Repräsentanten der deutschen Teilstaaten legen an ihren Denkmälern Kränze nieder.

Mißbraucht für die Ziele von Stalin, Churchill und Roosevelt

Trotz aller Umerziehung ist die Erinnerung – vor allem auch an die Massenmorde bei und nach Kriegsende – bei den Deutschen der Kriegsgeneration noch lebendig, und Sie können versichert sein, daß sie an die Jugend weitergegeben wird. Wie heißt es doch immer? »Man muß die Erinnerung an die Verbrechen wachhalten, damit sie sich nicht wiederholen!«

Wo bleibt Ihr Beitrag dazu, die Erinnerung an die Verbrechen derer wachzuhalten, die die mißbrauchten Soldaten ihrer Völker zur Vernichtung Deutschlands aufgehetzt haben?

Ein Blick auf die Landkarte Europas mit der Ausweitung des sowjetischen Machtbereiches bis zur Elbe und der mehrfachen Zerstückelung Deutschlands mit allen damit geschaffenen Gefahren für den Weltfrieden dürfte ein überzeugender Beweis dafür sein, daß die opfermutigen, tapferen Soldaten der deutschen Wehrmacht, einschließlich der Waffen-SS und der europäischen Freiwilligenverbände, in ihrem Kampf für die Freiheit, Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht ihres Volkes und Vaterlandes nicht mißbraucht wurden, auch wenn sie nach fast sechs Jahren der unheilvollen Übermacht der west-östlichen Allianz zur Vernichtung Deutschlands unterlagen.

Nicht die deutschen Soldaten, sondern die Mehrheit der Völker haben sich durch die Siegermächte für die Kriegsziele Stalins, Churchills und Roosevelts mißbrauchen lassen.

Doch im Gegensatz zum Verteidigungsminister des westlichen Teilstaatprovisoriums Deutschlands würde sich kein Minister der Siegerstaaten erlauben, ihre Kriegsgeneration mit einem solchen »Mißbrauchsmakel« abzuwerten.

Die Entstehungsgeschichte von Kriegen wird immer von den Siegern geschrieben, die gewonnenen sind stets die gerechten Kriege.

Aber das sollte den Bundesminister für die westdeutschen NATO-Streitkräfte nicht dazu verpflichten, unablässig die Verunglimpfung vom »Mißbrauch« und der »Gutgläubigkeit« – sprich Dummheit – der deutschen Soldaten zu wiederholen. Auch durch ständiges Wiederholen dieser Sprachregelung aus dem »Traditionserlaß« ihres SPD-Vorgängers wird die Geschichtsentstellung nicht zur Wahrheit.

Verrat an den Feind ist unehrenhaft

Die Tapferkeit und der Opfermut deutscher Soldaten – auch in verzweifelter, aussichtsloser Lage – werden heute selbst von früheren Kriegsgegnern als vorbildliches, bestes Soldatentum in aller Welt gerühmt.

Es war ehrenhaft, als Soldat für das deutsche Vaterland zu kämpfen, und unehrenhaft, es an seine vernichtungswilligen Feinde zu verraten. Daran sollten sich alle Redner, nicht nur am Volkstrauertag, bei Gedenken für unsere Gefallenen erinnern.

An Soldatengräbern und Gedenkstätten haben die Propagandaredner einer einseitigen Schuldzuweisung zu schweigen. Die Ehrfurcht vor dem Opfer der Kriegstoten gebietet das, und die Hinterbliebenen, Kinder und Enkel, haben ein Anrecht darauf.

Mit der Hochachtung, die Ihrem Ministeramt gebührt, beendet ein deutscher Soldat, der im Zweiten Weltkrieg für sein Vaterland kämpfte und nicht mißbraucht wurde, diesen Brief. Er wurde geschrieben in Verpflichtung gegenüber meinen gefallenen Kameraden. □



Revisionismus

Eine seltene Offenbarung

Werner Gebhardt

Da die »Schuldgeneration« der Deutschen politisch abtritt und allmählich wegstirbt, versucht man nun, den Enkeln und Urenkeln den Schuldbazillus einzuimpfen, damit die Deutschen weiterhin physisch und psychisch erpreßbar bleiben.



Mit dem Dogma der Kollektivschuld will man die Deutschen klein und häßlich halten.

Das ist leider nur allzu wahr. Doch wer vermutet, solches schwarz auf weiß in einer großen bundesdeutschen Tageszeitung zu lesen? Solche Äußerungen können doch eigentlich nur von übelsten, rechtsradikalen, neonazistischen, faschistischen Extremisten stammen. Doch weit gefehlt.

Die Urenkel der Kollektivschuld

Die immer wieder neu entfachte Hetze gegen die Deutschen und der immer widerwärtigere Propagandarummel um angebliche Untaten deutscher Soldaten – man denke nur an die Waldheim-Kampagne – hat sogar dem Leitartikler der Tageszeitung »Die Welt« die Galle überlaufen lassen. In einem Kommentar unter der Überschrift »Pankraz, die Urenkel und die Kollektivschuld« schreibt er:

»Der Streit über den angeblichen Revisionismus der jüngsten deutschen Geschichtsschreibung zum Dritten Reich hat sich allmählich auf den Begriff der ›Historisierung‹ zugespitzt. Habermas und die Marxisten lehnen ihn entschieden ab. Ihrer Meinung nach dürfen die Verbrechen der Nationalsozialisten nie und nimmer in eine historische Dimension einrücken, sondern müssen den Deutschen täglich neu als aktuelle, gleichsam unvergehbare Gegenwart vor Augen gerückt werden.

Habermas & Co. verteidigen nicht nur das Nachkriegsdogma der sogenannten Kollektivschuld, sie möchten auch, daß diese Kollektivschuld auf die kommende Generation übertragen wird. Im Grunde geht es in der ganzen ›Diskussion‹ gerade um diesen Zweck. Da die bisherige ›Schuldgeneration‹ politisch abtritt und allmählich wegstirbt, versucht man nun, den Enkeln und Urenkeln den Schuldbazillus einzuimpfen.

Man macht auch gar keinen Hehl daraus, warum man das versucht. In den Selbstverständigungs-Gazetten der Linken kann man es nachlesen: Erstens will man die Deutschen durch das Dogma der ewigwährenden Kollektivschuld klein und häßlich halten, damit sie weiterhin physisch und psychisch erpreßbar bleiben.

Zweitens setzt man auf den Neurotisierungs-Effekt. Ewiges Schuldbewußtsein macht neurotisch und Neurosen münden oft in Selbstzerstörungswut. So hofft man, über den Umweg deutschen Selbsthasses doch noch zum großen Kladderadatsch zu kommen, in dem die traditionellen Lebensverhältnisse verbrennen und endlich der wahre Sozialismus entstehen kann.«

Es ist Zeit mehr zu tun!

Soweit das Zitat aus dem Kommentar in der Tageszeitung »Die Welt«. Wer es bisher nicht begriffen hat, wie lebensnotwendig unsere Arbeit für die Zukunft unserer Kinder und unseres Volkes ist, muß sich spätestens nach dieser Offenbarung fragen, ob er wirklich genug tut, um seine Verpflichtung zu erfüllen, gegen diese planmäßige Zerstörung seines Volkes alles zu tun, was in seinen Kräften steht. ☐

Bonn

Auswanderung als Flucht aus dem Zeitgeist

Michael Brandegger

Im »Hauptquartier« des Instituts für Demoskopie in Allensbach am Bodensee haben die deutschen Meinungsforscher seit 1947 rund 150 000 Fragen katalogisiert, die annähernd 2500 Untersuchungen aus Politik, Wirtschaft, Markt-, Medien- und Sozialforschung zugrunde lagen. Da ist nahezu alles und jedes erfragt und erforscht worden: Wählerverhalten, Politikerpräferenzen, Trinkgewohnheiten, Freizeitverlangen, Bettgeheimnisse und vieles, vieles mehr. Aber etwas sehr Wichtiges ist nicht erforscht worden und ist dem sonst alle Skandale ans Tageslicht ziehenden Magazin »Der Spiegel« noch keine Titelgeschichte wert gewesen: Die Gründe für die Auswanderung aus dem Wohlfahrtsstaat Bundesrepublik Deutschland.

Dabei leuchteten spätestens im Sommer 1987 in Bonn die roten Alarmlampen auf, als die Bundestagsdrucksache 11/565 erschien, in der Staatssekretär Pfeiffer vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit – Männer sind da unterrepräsentiert – mitteilt, daß in der Zeit von 1955 bis 1985 sage und schreibe 2 212 551 Deutsche mit bundesrepublikanischem Paß ausgewandert sind. Mit den Worten »über die Motive der Auswanderung gibt es keine genaueren Erkenntnisse« bestätigte der Staatssekretär oben Gesagtes über fehlende Befragung durch die Demoskopen.

Keine Religionskriege oder Fürstenwillkür

Was ist da aber los? Denn keine Austreibung aus der alten Heimat durch die Siegermächte, wie sie Millionen unmittelbar nach Kriegsende traf, keine Religionskriege oder Fürstenwillkür wie in früheren Jahrhunderten, kein Hitlerscher Rassenhaß, keine Arbeitslosigkeit stand hinter dieser Abwanderung in alle Himmelsrichtungen.

Im Gegenteil: Arbeit gab es doch daheim in Westdeutschland in Hülle und Fülle, jedenfalls für die, die sie anzunehmen bereit waren – und für mehr als vier Millionen Gastarbeiter! Und jeder wußte doch, daß qualifizierte Fachkräfte händeringend von westdeutschen Unternehmern gesucht wurden und noch gesucht werden. Und jedem, der da auswanderte, war doch wohl klar, daß im Ankunftsland keine vergleichbare soziale Sicherheit und Altersversorgung auf Einwanderer wartete.

Warum auswandern aus einem Wohlfahrtsstaat mit stabiler Währung und einem nie dagewesenen Angebot an Freizeit und persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten?

Dem Aderlaß durch die Auswanderung der 2,2 Millionen Deutschen ist der Verlust von fünf Millionen Mitbürgern vorangegangen, die 1945 oder unmittelbar im Zuge der Vertreibung getötet wurden.

Genaueres über diese Verluste ist in der Schrift »Die deutschen Nachkriegsverluste« des Historikers Heinz Nawratil (Herbig Verlag, München) nachzulesen. In der »Frankfurter Allgemeinen« wird diese Arbeit mit der Feststellung kommentiert: »Festzustellen bleibt jedenfalls, daß das Ende der Kampfhandlungen überall im Osten nicht das Ende des Schreckens und des massenweise Sterbens, oft erst deren Beginn bedeuten und daß deshalb die Behauptung, diese oder jene Stadt sei durch die Rote Armee ›befreit‹ worden, den Betroffenen nur als blanker Hohn erscheinen kann.«



»Nichts bezeichnet den Zustand der heutigen Welt tiefer und tragischer als die völlige Abwesenheit aller mütterlichen Gesinnung.«

An die der Auswanderung der 2,2 Millionen vorangegangene Epoche des Zusammenbruchs muß erinnert werden, will man hinter diesen neuerlichen Exodus und seine Motive gelangen. Denn hier liegt sicherlich auch das Verlangen zugrunde, zum Zentrum des erlebten Schreckens möglichst große Distanz zu gewinnen.

Der Werteverfall im Westen

Und dieser Schrecken verblaßt nicht etwa durch Vergangenheitsbewältigung, sondern erhält Nahrung durch die Schüsse an der Mauer mitten durch Deutschland und seine Hauptstadt, durch die Berichte »von drüben« aus der DDR über die Erziehung der Jugend zum Haß gegen die westliche Macht, durch die Folgen von Tschernobyl, durch die konventionelle Überlegenheit der Staaten des Warschauer Pakts, nicht zuletzt durch den grausamen Krieg in Afghanistan.

Aber das alles reichte wahrscheinlich nicht aus, den permanenten Aderlaß durch Auswanderung zu erklären. Die Ursachen liegen offenbar noch tiefer, und darum ist es so verhängnisvoll, daß ihnen verantwortliche Politiker bisher nicht nachgegangen sind. Da das Wählerverhalten zu erkunden, bei ihnen stets Priorität besitzt, hätte es zum Beispiel nahegelegen, nachdem den im Ausland lebenden Deutschen mit Gesetz vom 8. März 1985 das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag verliehen worden war, zu erforschen, warum bei der Bundestagswahl im Januar 1987 nur 31 135 der Millionen im Ausland lebenden Bundesbürger von diesem Recht Gebrauch gemacht haben. Drastischer kann Staatsverdrossenheit an der alten Heimat wohl kaum dokumentiert werden.

Das Ausmaß der Auswanderung aus dem Wohlfahrtsstaat in drei Jahrzehnten ist auf dem Hintergrund der demographischen Entwicklung als ernst zu bezeichnen. Werden doch in der vom Mißbrauch der Freiheit heimgesuchten Bonner Republik trotz 25 Jahren Pille jährlich etwa 200 000 Kinder abgetrieben, was auch noch auf Krankenschein geschieht. Hitler verfügte damals die Vernichtung »unwerten Lebens«, Euthanasie genannt, aber was derzeit im

Zeichen der Demokratie geschieht, ist qualitativ und quantitativ schlimmer als jenes NS-Verbrechen.

Völlige Abwesenheit mütterlicher Gesinnung

Und hier kommen wir schon zum Kern der Frage nach möglichen Motiven der Auswanderung: der Werteverfall. Abzulesen ist er an der Zahl der Ehescheidungen, die sich in der Zeit von 1965 bis 1983 verdoppelt haben. Während 1965 noch 1 044 328 Kinder geboren wurden, waren es 1983 nur noch 621 173. Als Folge der Zerrüttung der Ehen sind im Jahr 1985 274 000 allein erziehende Väter registriert worden.

In den nächsten 30 Jahren wird die Zahl der Deutschen in der Bundesrepublik von jetzt 56 Millionen auf 43 Millionen zurückgehen, wobei immer weniger Junge immer mehr Alte zu versorgen haben werden.

Werteverfall, der im Sprachgebrauch unserer Zeit euphemistisch als »Wertewandel« bezeichnet wird und damit Fortschritt signalisieren soll, kennzeichnet die Gesellschaft. Er ist ein Fluchtgrund für das Verlassen des Gemeinwesens, das keine vaterländischen Gedanken mehr aufkommen läßt, das alle Vorbilder im Geschichtsbild auslöscht, das Selbstverwirklichung anstelle des Gemeinwohls gesetzt und das Verlangen nach Treue und Kameradschaft, nach Leistungswettbewerb, nach Einsatz und Bewährung in der Gemeinschaft abgelöst hat und fast nur noch Diskotheken, Drogen, Jugendsekten anbietet.

Wer dächte angesichts der die grüne Szene beherrschenden Emanzen nicht an das Wort von Gertrud von le Fort: »Nichts bezeichnet den Zustand der heutigen Welt tiefer und tragischer als die völlige Abwesenheit aller mütterlichen Gesinnung.«

Das in Bremen errichtete Denkmal für einen Bundeswehr-Deserteur, die von dem Bundesvorstandsmitglied der Grünen, Jutta Ditfurth, zerrissene Bundesfahne, die bewaffnete und vermummte Bande von 1500 ständig durch die Bundesrepublik reisenden Chaoten, ein Hamburger Senat, der mit Rechtsbrechern einen Pachtvertrag über acht Häuser in der Hafenstraße schließt, aber auch die in der Wahl ihrer Mittel für Machterhaltung ungehemmten Politiker, wie solche in der Kieler Staatskanzlei – alles das fällt in die Wagschale für die Beweggründe einer Auswanderung.

So haben 80 Prozent der Bundesbürger laut den Meinungsforschern das Vertrauen in unsere Politiker verloren. Kein Wunder, daß ein solcher Zustand Konsequenzen nach sich zieht. Und dabei spiegelt sich das Ausmaß von Abkehr und Enttäuschung vor allem in der Auswanderung älterer Menschen wider, die nach dem Ende des letzten Weltkrieges diesen Staat wieder aufgebaut hatten, es aber jetzt vorziehen, sich zum Beispiel ihre Pensionen und Renten nach Kanada oder in die USA überweisen zu lassen, oder die Erträge ihres Kapitals in der Karibik zu verzehren. Sie ziehen ihre Konsequenzen aus der letzten Bundestagswahl, der zu entnehmen war, daß die Rot-Grünen bei den unter 45jährigen über die absolute Mehrheit der Wählerstimmen verfügen.

Opportunismus und Angst vor den Medien

Und die jungen Menschen? Sie wollen gefordert werden. Geschieht das nicht, formiert sich der Protest. Läßt es doch aufhorchen, wenn der für die Ausbildung des Heeres verantwortliche Bundeswehr-Brigadegeneral Carstens sagt: »Wir dürfen die Soldaten nicht in Watte packen. Sie auch kriegstüchtig zu machen, wurde vernachlässigt.«

Und das aus dem gleichen Opportunismus, mit dem energisches Eingreifen der Polizei unterbunden wurde, weil man den Aufschrei in den Medien, »wir lebten wieder in einem Polizeistaat«, fürchten zu müssen glaubte.

Wenn in der Bundesrepublik viel über die Erneuerung der politischen Kultur die Rede ist, und das als Folge der Machenschaften in der Kieler Staatskanzlei, so greifen derartige gute Absichten längst nicht tief genug. Mit dem Zeitgeist wird man sich befassen müssen, selbst wenn man dabei zunächst Wählerstimmen verlieren sollte; aber es ist an der Zeit, bevor sich ihm noch weitere Hunderttausende durch Auswanderung zu entziehen versuchen. □

Bonn
Im Dienste der Banker

Hans W. Schimmelpfeng

In den Meldungen der westdeutschen Presse zeigt sich in letzter Zeit immer offener und deutlicher, daß die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland – die eigentlich »Deutsche Bundesrepublik« heißen müßte, weil sie nur ein Teil Deutschlands ist – in allen grundsätzlichen wie in aktuellen Fragen ganz einseitig westlich – teileuropäisch-amerikanisch ausgerichtet ist und die Aufgabe unseres Volkes, Mittler zu sein zwischen dem europäischen Osten und dem europäischen Westen, vollkommen verkennt oder unter dem Druck der westlichen Besatzungsmächte nicht zu erfüllen wagt.



Mitterand und Kohl haben beschlossen, deutsche Soldaten unter französisches Kommando zu stellen. Werden sie gegen mitteldeutsche Landsleute eines Tages kämpfen?

Daraus ergibt sich, daß die derzeitige Bonner Regierung ihre grundgesetzliche und historische Pflicht vernachlässigt, das deutsche Volk durch neutrale Außenpolitik zwischen Ost und West als europäische Mitte wieder zusammenzuführen und damit eine friedensfördernde und gesamteuropäische Politik zu ermöglichen.

Verstöße gegen die deutschen Interessen

Statt dessen wird die BRD immer einseitiger an den Westen gebunden, zum Beispiel durch den Plan, einen gemeinsamen deutsch-französischen Truppenteil unter militärischer Führung der Franzosen aufzustellen. Wo sollen die deutschen Soldaten unter französischem Kommando im Ernstfall eingesetzt werden? Im Golf? Oder gegen mitteldeutsche Landsleute?

Leider handelt es sich neuerdings nicht nur um solche Verstöße gegen die wahren Interessen des deutschen Volkes und eine gesamtdeutsche Politik, sondern mit der Entsendung deutscher Kriegsschiffe ins Mittelmeer zur Unterstützung der US-amerikanischen Kriegsführung im Golfkrieg um eine unverantwortliche Beteiligung an einem Unternehmen, das zum Ausbruch des Dritten Weltkrieges führen kann.

Ein Dritter Weltkrieg liegt offenbar nach wie vor im Plan der die Weltherrschaft erstrebenden Hintergrundmächte, die die Welt bereits in zwei Weltbrände gesteuert haben.

Wenn in dieser Lage sogenannte »rechte« Politiker gar eine aktive und demonstrative Präsenz der Bundeswehr im Golf fordern, spielen sie in ihrer USA-Treue mit dem Überleben des deutschen Volkes.

Wir haben es abzulehnen, der New Yorker Hochfinanz, die die Geschicke nicht nur der USA lenkt, unsere Soldaten zur Verfügung zu stellen! □

Brasilien streicht Kredite für Industrieprojekte

Brasiliens National Economic and Social Development Bank (BNDES) verkündete, daß sie vorerst keine Kredite für große Industrieprojekte mehr vergeben werde. Dieser Schritt ist die jüngste Auswirkung des Sparmaßnahmen-Programms des Internationalen Währungsfonds (IWF), mit dem man das Land zum Zusammenbruch der eigenen Volkswirtschaft zwingen will. Brasilien steht mit seiner Konjunktur weltweit an zehnter Stelle.

In der Diskussion der Entscheidung weist die brasilianische Presse auf die Tatsache hin, daß die Stahl- und Papierindustrie angesichts der wirtschaftlich unsicheren Lage ihre Investitionen sowieso zurückgestellt hat; diese beiden Industriezweige hätten den größten Teil des Geldes erhalten.

Die meisten Investitionsprogramme der BNDES werden teilweise von der Weltbank finanziert, die bei der Einfrierung der brasilianischen Projekte sehr wohl eine Rolle gespielt haben könnte. □

Südafrikas Reservebank unterstützt Kommunisten

Nach Berichten verschiedener südafrikanischer Zeitungen haben linksradikale Organisationen in Amerika und Europa der von Kommunisten beherrschten schwarzen Minengewerkschaft »Union of Mineworkers« (NUM) mehr als eine Million Rand zur Verfügung gestellt. Die in Brüssel ansässige »Internationale Föderation der Minenarbeiter« hat allein schon während des vergangenen Streiks 600 000 Rand gespendet. Auch Gewerkschaften in den USA, England und Westdeutschland haben die schwarzen Streikenden mit namhaften Spenden unterstützt. Die britische Minenarbeiter-Gewerkschaft, die von dem Kommunisten Arthur Scargill geführt wird, hat in Zusammenarbeit mit schwedischen und dänischen Gewerkschaften ebenfalls zum Streikfond beigetragen.

Die Ankündigung des Generalsekretärs von NUM, Cyril Ramaphosa, daß der kürzliche Streik nur eine Generalprobe für einen noch viel längeren und größeren Streik gewesen sei, läßt darauf schließen, daß die schwarzen Minenarbeiter eine starke moralische und finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erwarten.

Der Präsident der südafrikanischen Reservebank, Dr. Gerhard de Kock, hat bestätigt, daß seine Bank alle Geldkanäle für diese Geldtransaktionen offen halte und daß er in ständigem Kontakt mit der Standard Bank und der First National Bank (früher Barclays Bank) geblieben wäre, um zu versichern, daß die einkommenden Beträge ohne Versäumen den Konten der NUM gutgeschrieben wurden.

Die südafrikanische Regierung fühlte sich nicht befugt, gegen diese subversiven Machenschaften der Banken-Oberregierung einzuschreiten. Bewußt wird Südafrika einem gesteuerten Chaos ausgeliefert. □

Wildlife Fund kauft Staatsschulden

Der World Wildlife Fund hat verkündet, man würde bis zu zehn Millionen Dollar an ecuadorianischen Schulden von den Handelsbanken aufkaufen und die ecuadorianische Regierung würde dieses eingesparte Geld dann für die Finanzierung von Projekten zum Naturschutz im Land einsetzen. Solche Vereinbarungen sind relativ neu und wurden erstmalig von Prinz Philips Organisation als ein Weg in Angriff genommen, großen Landstrichen und zugleich den Schuldnerländern zu helfen.

Anfang 1987 traf der Wildlife Fund eine ähnliche Vereinbarung mit Costa Rica und eine andere Naturschutz-Organisation vereinbarte ein Abkommen mit Bolivien.

In Zusammenarbeit mit einer privaten Naturschutz-Organisation in Ecuador, der Fundación Natura, hat der Wildlife Fund mit der Regierung in Quito vereinbart, mindestens eine Million Dollar aufzukaufen sowie zehn Millionen Dollar der Schulden, die das Land bei ausländischen Banken hat. Ecuadors Schulden, die sich auf insgesamt fast acht Milliarden Dollar belaufen, können von den Banken zu 30 Prozent des Nennwertes aufgekauft werden. Die Regierung von Ecuador wird jedoch den Erlös zu einem viel höheren Preis in Landeswährung umwandeln.

Der Wildlife Fund schätzt, daß mit dem Plan für jeden Dollar, den sie in den Kauf der Schulden investieren, sechs Dollar in den Naturschutz gehen werden. Der Erlös wird den Nationalparks und Naturschutzgebieten in Ecuador zur Verfügung gestellt. □

Brasilien schuld an Banken-Pleite

Die Federal Deposit Insurance Corporation, die amerikanische Bundesversicherungsanstalt für den Schutz von Bankeinlegern, hat im Namen der Executive Center Bank, der Energy Bank und der Park West Bank – alle in Dallas ansässig – Klage gegen die ehemaligen Direktoren dieser in Konkurs geratenen Banken erhoben. Die Direktoren sind der Fahrlässigkeit, des Mismanagements »und anderen unerlaubten und widerrechtlichen Verhaltens« angeklagt, das zu einem Gesamtverlust in Höhe von 16 Millionen Dollar geführt hat.

In der Klage werden genannt David E. Wise und Ivan Alspaw, Gründer und Direktor aller drei Banken, und weitere 14 Direktoren, die mit einer oder mehrerer Banken zu tun hatten. Die Energy Bank öffnete im Juni 1982 und schloß im Mai 1985; Park West war vom Oktober 1983 bis August 1985 offen; die Executive Center Bank war vom Mai 1984 bis Februar 1986 tätig.

Nachdem die Energy Bank geschlossen worden war, stellten Überwachungsbeamte fest, daß sie eine Reihe von Krediten abgewickelt hatte, die von einem Versicherer von den Jungferninseln abgesichert worden sind, der anschließend in Liquidation ging; in dem Prozeß wird die Sicherheit als wertlos bezeichnet. Nach einer Überprüfung wurde festgestellt, daß die unterschiedlichen Vermögenswerte 230 Prozent des Bruttokapitalvermögens repräsentieren, so heißt es in der Klage. Die Executive Center Bank besaß »unvorsichtige Kredite und Kredite an Insider«.

Unterdessen kommen von dem Bankensystem in Texas – einem Staat mit einer wirtschaftlichen Krise – weiterhin schlechte Nachrichten. Die National Bancshares Corporation von San Antonio erklärte im dritten Quartal einen Verlust von 17,1 Millionen Dollar, womit der Nettoverlust der Bank für 1987 bei 30,1 Millionen Dollar liegt. Die Banken verloren 25,5 Millionen Dollar im dritten Quartal des Jahres 1986 gegenüber 21,3 Millionen Dollar in den ersten drei Quartalen des Jahres 1986.

Am Ende des dritten Quartals des Jahres 1987 hatte die National Bancshares nicht erfüllte Aktiva in Höhe von 250,2 Millionen Dollar im Vergleich zu 147,9 Millionen im Vorjahr. Ungefähr 56 Prozent dieser nicht erfüllten Aktiva sind in Houston, wovon es sich bei 92 Prozent von ihnen um Immobilien handelt. □

Bank von China stützt Hongkonger Börse

Die Bank von China schloß sich der Hongkonger Regierung und westlichen Regierungen bei dem riesigen Hilfspaket zur Stützung der dem Zusammenbruch nahen Hongkonger Börse an. China

hat schon seit Jahren stillschweigend an der Börse investiert und hat mindestens sechs Milliarden Dollar in Hongkong gebunden.

Als der von den Briten ernannte Gouverneur von Hongkong im Oktober 1987 in den Vereinigten Staaten und Großbritannien weilte, war Chinas Xu Jiatun, der Chef der Xinhua, der offiziellen chinesischen Pressearagentur, in Hongkong, um die Krise am Aktienmarkt zu überwachen, obwohl zur gleichen Zeit in Beijing der Kongreß der Kommunistischen Partei stattfand. Xu spielte eine koordinierende Rolle bei der Intervention der Bank von China.

Als die Hongkonger Börse am Montag, den 26. Oktober 1987, um mehr als 1100 Punkte fiel, stahl sich Xu, der 71jährige Chef von Pekings inoffizieller Botschaft in Hongkong von dem kritischen Parteikongreß davon und nahm das erste erreichbare Flugzeug nach Hongkong. Willie Purves, Chef der Hongkong und Shanghai Banking Corporation, und David Ford, Hongkongs amtierender Gouverneur, unterrichteten ihn auf informellem Weg.

Als Xu am nächsten Tag nach Peking zurückkehrte, hatte er dafür gesorgt, daß die Bank von China ein Drittel von einem »Lebensrettungs«-Fonds für die künftige Börse der Kronkolonie in Höhe von insgesamt eine Milliarde Hongkong Dollar übernimmt. □

Paul Volcker von Mexiko geehrt

Der ehemalige Boss des Federal Reserve Systems der USA, Paul Volcker, erhielt von der mexikanischen Regierung eine Medaille, wahrscheinlich für den Schaden, den seine Politik in der mexikanischen Wirtschaft wie auch anderswo in der Welt hervorgerufen hat.

Der mexikanische Präsident Miguel de la Madrid zeichnete Volcker für die »herausragenden Dienste, die er unserem Land geleistet hat, indem er die Bemühungen der mexikanischen Regierung gegenüber den internationalen Banken bei der Behandlung der Außenschuld unterstützt hat«, mit dem Orden des Azteken-Adlers aus.

In einem Interview im Anschluß an die Zeremonie der Auszeichnung sagte Volcker, die volle Bezahlung der Außenschuld Mexikos sei zwar erforderlich, doch wenn die Länder die Schritte unternehmen, wie Mexiko es getan hat – außerordentliche Sparmaßnahmen –, dann sollten sie mit zusätzlichen Exportmöglichkeiten und weiterem neuen Kapital belohnt werden. Der Kurs, den Mexiko eingeschlagen hat, so meinte er, sei für eine neue internationale Wirtschaftsordnung äußerst wünschenswert. □

Mexikanisch-japanische Beziehungen im Kommen

Einem mexikanischen Diplomaten zufolge werden die japanischen Investitionen in Mexiko bis Ende 1987 auf zwei Milliarden angestiegen sein, während sich die mexikanischen Exporte nach Japan verdoppelt haben werden. Doch aus anderen Quellen wird behauptet, daß der größte Teil der japanischen Investitionen in Dienstleistungsunternehmen erfolgt ist.

Laut Aussagen des mexikanischen Botschafters in Japan, Sergio González Gálvez, werden die japanischen Investitionen vor allem in den Hotel- und Tourismussektor gelenkt. Er nannte dies ein Zeichen des »Vertrauens in den wirtschaftlichen Wiederaufschwung und die Zukunft« Mexikos.

Inzwischen ist eine Gruppe von japanischen Geschäftsleuten in Mexiko gewesen, um mögliche gemeinsame Investitionen in verschiedenen Bereichen sowie den Bau eines Hotels am Meer in Cancun zu untersuchen. Bei dieser Gelegenheit wurde das von Mexikanern und Japanern gemeinsam gebaute Hotel Niko im Zentrum Mexikos eingeweiht. Das Hotel kostete 150 Millionen Dollar. □

OAS soll Lösung von Außenschuld finden

Der Außenminister Perus, Allan Wagner, verlangte von der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), sie solle eine aktivere Rolle bei der Lösung der Schuldenkrise in Lateinamerika übernehmen. In einer Rede vor der OAS drängte er auch auf den »Aufbau einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung«.

Wagner meinte, der peruanische Präsident Alan Garcia habe viele Male betont, daß »Schuldenfinanzierung nicht zur zentralen Komponenten in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen werden könne«, und daß es nötig sei »ernsthaft und ohne weiteren Aufschub eine weltweite und definitive Lösung für das Schuldenproblem und den Aufbau einer neuen internationalen Wirtschafts- und Finanzordnung zu finden, in der das Recht auf Weiterentwicklung geschützt und gefördert wird«.

Wagner meinte weiter, er hoffe, daß »hellere Köpfe« die Bedeutung des jüngsten Aufruhrs auf dem Aktienmarkt verstehen und so den politischen Dialog zwischen Gläubigern und Schuldnern möglich machen würden.

In diesem Zusammenhang, sagte er, solle die OAS eine Rolle spielen. Er meinte, zwar verlange er von der OAS nicht, das Schuldenproblem zu lösen, doch sie solle ein Forum für den nötigen politischen Dialog mit den US-Behörden liefern.

»Peru sieht, daß die Industrieländer und insbesondere die Vereinigten Staaten, ihre Finanz- und Handelsbilanzen ausgleichen müssen«, sagte Wagner, »doch der Preis für diese Anpassungen zur Überwindung dieser Unausgeglichenheit darf nicht auf dem Weg von protektionistischen Maßnahmen den Schwellenländern zufallen. Wir sind davon überzeugt, daß das Defizit beseitigt wird, wenn die Entscheidung fällt, in den Industrieländern den Export und offene Märkte zwischen Industrie- und Schwellenländern zu fördern«. □

194 Millionen Dollar Verlust bei BP-Verkauf

Shearson und andere Anlageberater haben bei einem Verkauf von BP-Aktien der britischen Regierung etwa 194 Millionen Dollar verloren; sie hatten deren Übernahme vor dem hohen Aktienwertverlust in der Zeit seit August 1987, als der Verkauf angekündigt worden war, garantiert.

Einem Firmensprecher zufolge verlor Shearson 70 Millionen Dollar nach Steuern allein im Monat Oktober 1987 durch die verschiedenen Zusammenbrüche am Aktienmarkt; 46 Millionen Dollar gingen dabei allein durch BP verloren.

Anderen Garantiekonsortien ging es kaum besser und manchen sogar noch schlechter. Vertreter von Salomon lehnten eine Stellungsnahme zu ihren Verlusten ab, doch Gerüchten zufolge sollen sie denen von Shearson gleichkommen. Die First Boston Corporation bestätigte einen geheimgehaltenen Verlust, der bei mindestens 60 Millionen Dollar liegen soll.

Sowohl Salomon als auch Morgan Stanley verfügen über ebensoviele BP-Aktien wie Shearson. Goldman, Sachs waren die führenden Garanten und haben wahrscheinlich 55 Millionen Dollar verloren.

Während sie noch mit den durch BP erlittenen Verlusten zu kämpfen haben, sitzen Shearson als auch Goldman, Sachs jetzt jeder auf 100 Millionen Dollar kurzfristiger »Überbrückungs«-Darlehen an die Southland Corporation, deren Verkauf von »Schrottpapieren« zusammengebrochen ist.

Die Citibank, Manufacturers Hanover, Security Pacific und die Canadian Imperial Bank of Commerce haben Southland vier Milliarden Dollar geliehen, die aus der Emission dieser Obligationen hätten zurückgezahlt werden sollen, was nun nicht möglich sein wird. □

Die Frage heißt: Was jetzt?

C. Gordon Tether

Ist die Aktienmarkt-Überschwemmung vorüber oder waren wir erst Zeuge des ersten Stadiums in einem mehrphasigen Zusammenbruch der Art vom Oktober 1929 an der Wall Street.

Was ich in meinem Artikel über den Boom in Aktien mit Dividendenberechtigung gesagt habe, der inzwischen so überzogen ist, daß eine größere Trendwende in Aussicht war, hat sich inzwischen in schmerzlicher Art als richtig erwiesen.

Eine Episode in der Geschichte des Kapitalismus

Dank der Tatsache, daß die Aktienmärkte durch die sogenannten Reformen in der Finanzwelt transparenter gemacht wurden und gleichzeitig internationalisiert worden sind, war die Korrektur nicht der Art, wie man es in der Vergangenheit hätte erwarten können. Sie begann derart phänomenal, daß innerhalb weniger Tage die Grundmauern der weltweiten Finanzstruktur erschüttert wurden und es sich zu einer ernsten Bedrohung für das Wirtschaftssystem ausweitete, dem es eigentlich dienen soll.

Zwangsläufig war die unmittelbare Folge, einen Vergleich zu der letzten internationalen Explosion solchen Ausmaßes zu ziehen: dem weltweiten Finanz- und Wirtschaftsdebakel, ausgelöst durch den Wall-Street-Crash im Oktober 1929. Wenn diese Episode in der Geschichte des kapitalistischen Systems, die noch in guter Erinnerung ist, tiefergehend untersucht wird, so muß man sagen, daß das Ergebnis bei weitem nicht beruhigend ist. Denn als im Jahr 1929 dieser Abrutsch zu einem Stillstand gebracht wurde und kurz nachdem er begonnen hatte in gewissem Maße wieder umgekehrt wurde, stand das Schlimmste noch bevor.

Es kam Anfang der dreißiger Jahre zu massiven Stürzen, unterbrochen durch nur kurze Zeiträume der Erholung, und erst im Sommer 1932 wurde das Ganze zu einem endgültigen Stillstand gebracht. Bis dahin war der Dow-Jones-Index bedenklich nahe an Null herangekommen – er stand nur noch bei 41,22, das heißt, es mußten fast drei Jahre nach dem Wall-Street-Crash des Jahres 1929 vergehen, bevor das Dunkel, das er verursacht hatte, anfing sich wieder aufzuhellen.

Es braucht kaum darauf hingewiesen zu werden, daß die negativen Auswirkungen des Debakels am Aktienmarkt Ende Oktober 1987 auf den Wirtschafts- und Finanzmärkten äußerst ausgedehnt sein werden und lange brauchen, bis sie an Kraft verlieren werden.

Schuld ist das US-Haushaltsdefizit

Insbesondere die Feststellung in Investmentkreisen, daß ihr Vermögen in derart unerhörter Form innerhalb von Stunden umgewandelt werden kann, läßt erwarten, daß das Vertrauen in den wichtigsten Sektor der Finanzszene dauerhaft unterhöhlt sein wird.

Das bedeutet, daß man für lange Zeit nun fast einen Zwang unter den Investoren wird erwarten können, die größte Betonung auf die Aufrechterhaltung der Liquidität zu legen, wenn sie ihre Ersparnisse anlegen.

Einige der Faktoren also, die den Wall-Street-Crash des Jahres 1929 in einen dreijährigen Aufruhr gestürzt haben, finden sich auch in der gegenwärtigen Situation wieder. Doch es gibt noch zahlreiche andere, die mit Sicherheit in die andere Richtung gehen werden. Einige davon haben ein derartiges Gewicht, daß Raum gegeben zu sein scheint für die Hoffnung, daß sich die Geschichte der Jahre 1929 bis 1932 nicht ganz und gar wiederholen wird.

Zunächst einmal ist da die Tatsache, daß man sich auf offizieller Ebene in erheblichem Maße der Art und des Ausmaßes der Bedrohung klar ist für das Wohlergehen der Vereinigten Staaten selbst und der Welt als Ganzes, die gegeben sein könnte, wenn hier im frühen Stadium keine Abhilfe geschaffen wird. Vor sechzig Jahren, als die durch den Wall-Street-Crash des Jahres 1929 ausgelöste Krise vorüber war, begann Washington erst wieder mit Bemühungen, um die Kontrolle zurückzugewinnen.

Diesmal hat die amerikanische Regierung gesehen, daß keine Zeit zu verlieren ist, um eine der vermutlichen Hauptursachen des Verhaltens auf dem Aktienmarkt in den Griff zu bekommen: Amerikas Haushaltsdefizit.

Vielleicht ein noch wichtiger Grund für Optimismus findet sich in dem großen Unterschied zwischen der Situation, die an der Liquiditätsfront nach dem Wall-Street-Crash des Jahres 1929 existierte, und der jetzigen. Dank der in hohem Maße falsch ausgerichteten Politik des amerikanischen Federal Reserve Board benötigte das US-Finanzsystem nach dem Krach des Jahres 1929 dringend flüssige Mittel.

Derzeit dagegen sind die internationalen Geldmärkte überreich versorgt mit liquiden Mitteln, teilweise weil so viel Geld auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten war, daß die Aktienpreise im Oktober 1987 an der Wall Street so unerschwingliche Höhen erreichten.

Eine schwere Zeit liegt vor uns

Die Eigentümer dieses ungeheuren Pools werden bei ihren Geldanlagen in naher Zukunft sicher selektiver vorgehen. Doch es gibt keinen Grund zu der Annahme, daß die durch den Aufruhr am Aktienmarkt in Gang gesetzten Prozesse dazu führen werden, daß sich der Pool deutlich zusammenzieht. Folglich wird der größte Teil des Geldes zur Unterstützung des Systems zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus werden die ergiebigeren Erlöse, die der starke Verfall in den Aktienpreisen mit sich gebracht hat, eine zunehmende Versuchung für die Besitzer liquider Mittel darstellen, letzte in diesem Sektor anzulegen – was einen Puffer liefert gegen neue Verkaufswellen, die vor 60 Jahren nicht existierten.

Das größer als übliche Fragezeichen über dem amerikanischen Dollar, das sich als Folge der jüngsten Ereignisse ergibt, wird die Unsicherheit am Markt wohl noch verlängern. Doch in dem Maße, wie es dazu dient, die Rückkehr des Dollar auf eine realistische Stufe auf den Geldmärkten zu erreichen, sollte es dazu beitragen, eine weitere Hauptursache für die Aktienmarktschwäche zu bekämpfen: das Defizit in der amerikanischen Zahlungsbilanz.

Es besteht kein Zweifel, daß die Aktienmärkte eine schwere Zeit vor sich haben, egal, was passiert. Doch es läßt sich darüber diskutieren, daß der langfristige Ausblick weniger düster ist, als er gezeichnet wird.

Unterdessen wären jene Investoren, die der Meinung sind, daß man hier und jetzt den Nutzen aus den niedrigen Preisen ziehen sollte, die durch die Krise für die Aktien existieren, gut beraten einen Blick auf die Goldaktien zu werfen. Die Preise gingen dort ebenso runter wie überall sonst. Doch die Anzeichen deuten darauf hin, daß langfristig gesehen das Gold eher von dem Aufruhr profitieren wird □



Wall Street

Desinformation über den Crash

C. Gordon Tether

Eines hat der Zusammenbruch des Aktienmarktes und der Lärm um die amerikanischen Defizite deutlich gemacht: die Vereinheitlichung der Weltwirtschaft ist praktisch vollendet.

Bereits einen Monat nach dem »schwarzen Montag« an der Wall Street im Oktober 1987 war der Preisindex für Industrieaktien im Vergleich zu seinem Höchstwert des Jahres 1987 um fast ein Drittel gefallen. Das spiegelte genau den Abschwung wider, der sich im gleichen Zeitraum an der Wall Street ereignet hatte.

Die Selbstgefälligkeit des US-Präsidenten

Es gab kein Land von Bedeutung, in dem es keinen Preisverfall um mindestens ein Viertel gegeben hat. Und was noch wichtiger ist: Länder, deren Konjunktur derzeit als die weltweit stärkste angesehen wird – vor allem Japan, Deutschland und Großbritannien – standen nicht besser da als der allgemeine Durchschnitt.

Wenn der Wall Street-Crash das Produkt der wachsenden Sorge um Amerikas wirtschaftliches Wohlergehen aufgrund der hohen Defizite im Haushalt und in der Zahlungsbilanz gewesen wäre – wie es uns bis zum Überdruß in den Establishment-Medien erzählt wird –, dann hätte der einfachen Logik zufolge die Explosion mit Sicherheit positive Auswirkungen auf die Aktienmärkte der Länder haben müssen, die ohne jeden Zweifel wirtschaftlich gut dastehen.

Warum flossen die Investmentgelder von diesen Märkten im gleich großen Umfang wie von der Wall Street weg?

Die beliebte Antwort auf diese Frage lautet: Weil die Vereinigten Staaten eine so wichtige Rolle im internationalen Wirtschaftssystem spielen, stellt die Gefahr für ihre eigene Konjunktur aufgrund ihrer Defizite auch eine Gefahr für die übrige Weltwirtschaft dar – und zwar im gleichen Ausmaß. Weil dieses Thema bisher weitgehend unbeanstandet geblieben ist, ist die Reaktion der anderen schrittmachenden Länder auf den Zusammenbruch des Aktienmarkts fast ausschließlich dergestalt, daß zunehmend hysterische Forderungen laut werden, Washington möge seine Angelegenheiten in Ordnung bringen.

Ist das aber alles dazu? Schließlich ist der Hang Amerikas zur Defizitwirtschaft bei weitem kein neues Phänomen. Wir kennen es nun schon fast so lange, wie Präsident Ronald Reagan im Weißen Haus residiert.

Der Drang nach dem One-World-System

Es handelt sich in der Tat sehr stark um ein Merkmal der Weltwirtschaft, als die Aktienpreise an der Wall Street und anderen wichtigen Märkten im Jahr 1986 und in der ersten Hälfte dieses Jahres spektakulär in die Höhe schnellten.

Außerdem, selbst wenn man darin übereinstimmt, daß die pessimistische Reaktion der Märkte in anderen Ländern auf die plötzliche »Entdeckung«, daß das Verhalten der US-Konjunktur einen Schatten auf die Weltwirtschaftsszene wirft, gerechtfertigt war, gibt es irgendeinen Grund dafür, warum die Reaktion so bemerkenswert einheitlich hätte sein sollen?

Anders ausgedrückt: Wenn der Grund für die Schwäche der Wall Street in den US-Defiziten und der Dollar-Schwäche zu suchen wäre, die dadurch hervorgerufen wurden, hätten dann die Aktienmärkte der Länder mit einem starken Haushalt und sicheren Währungen nicht viel attraktiver werden müssen?

Kurzum: Wenn die Preise überhaupt fallen mußten, hätten sie dann nicht in viel kleinerem Umfang fallen müssen als im Falle Amerikas? Daraus folgt, daß die Erklärung für die weltweite Krise am Aktienmarkt bei weitem nicht so einfach ist, wie man der Öffentlichkeit glauben machen will.

Es läßt sich natürlich nicht leugnen, daß die selbstgefällige Haltung des Weißen Hauses auf die Entwicklung ernster struktureller Schwächen im Wirtschaftssystem des Landes sowohl weltweit als auch in den Vereinigten Staaten selbst schon seit langem Anlaß zur Sorge gegeben hat. Doch die Tatsache, daß die Panik an der Wall Street sich buchstäblich unmittelbar auch auf andere Märkte ausgewirkt hat, läßt sich nur damit erklären, daß diese Art von Geschäften jetzt praktisch völlig internationalisiert sind.

Der Drang des Big Business, ein One-World-System zu schaffen, war auf diesem Sektor so wirkungsvoll, daß ein bedeutender Klimawechsel in einem so wichtigen Zentrum wie New York auf jeden Fall auch anderswo ein vergleichbar großes Echo hervorruft. Denn die Gelder, die dieser Tage von den wichtigeren Aktienmärkten weg- und hinfließen, kommen von dem Welt-Geldmarkt, der aus der fast vollständigen Beseitigung der Kontrolle von Kapitalbewegungen über die Grenzen hinweg entstanden ist.

Alle Länder sind gefährdet

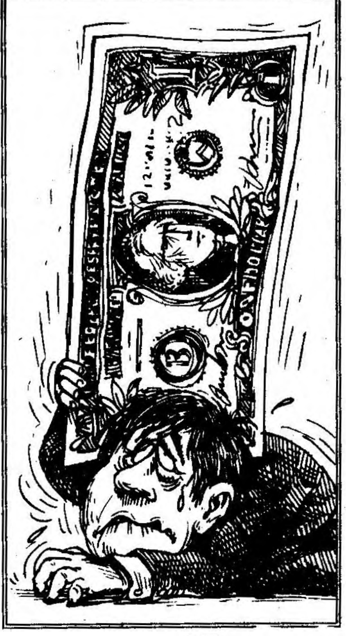
Da die auf dem internationalen Markt zirkulierende Geldmenge im letzten Jahrzehnt durch die zügellose Schaffung von Krediten von seiten der Banken ungeheuer aufgebläht worden ist, wird ihr Zu- und Abfließen starke Wertverschiebungen auf dem Aktienmarkt hervorrufen.

Der Grund, warum sich der Krach an der Wall Street so wie ein Waldbrand ausbreitet, liegt in der Tatsache, daß die Aktivitäten auf den internationalen Märkten in den vergangenen zwölf Monaten einen weltweiten Anstieg auf dem Aktienmarkt erzeugt haben, der eigentlich nicht wirklich ökonomisch gerechtfertigt war.

Die Tatsache, daß wir uns jetzt in einer Lage befinden, in der solche Dinge passieren können, ist schlimm genug. Doch das ist bei weitem noch nicht das Ende.

Ein Hinweis dafür, in welchem Ausmaß die Souveränität der Länder durch die One-World-Bewegung deutlich untergraben wird, zeigt sich in dem Faktum, daß nicht nur die Vereinigten Staaten selbst, sondern auch alle anderen Länder ihr Wirtschaftsgeschick durch das Verhalten an der Wall Street ernsthaft gefährdet sehen.

Nicht weniger relevant ist der Kampf der Vereinigten Staaten, mit ihren Haushalts- und Zahlungsbilanzproblemen fertigzuwerden, was zu einem Merkmal der internationalen politischen Szene wurde, als der Außenwelt klar wurde, wie stark ihr eigenes Wohl durch Amerikas Unzulänglichkeiten gefährdet werden könnte. Denn wenn ein Land von der Größe der Vereinigten Staaten vom Ausland derart unter Druck gesetzt werden kann, welche Hoffnung besteht dann in der Zukunft für die Länder allgemein, daß sie ihre Wirtschaft so werden gestalten können, wie es für sie am besten sein wird. □



Geld

Ziel heißt »Eine-Welt«-Banken

Peter Blackwood

Es ist viel über die »Eine-Welt« -Regierung gesagt und geschrieben worden. Die steht für eine Weltregierung, die von einer elitären Gruppe, den sogenannten »Insidern« zu deren eigenem Nutzen geführt wird. Sollte man die »Eine-Welt«-Regierung für beunruhigend halten, braucht man nur abzuwarten, bis das System der »Eine-Welt«-Banken Wirklichkeit geworden ist. Dazu einige Hintergrundinformationen über das Bankwesen.

Gehen wir von dem folgenden Beispiel aus: Nehmen wir einmal an, wir hätte eine Gemeinde, in der 1000 Einheiten Geld in Umlauf sind und das ist das ganze Geld, das erforderlich ist, damit die Gemeinde ihre Konjunkturtätigkeit fortsetzen, Waren und Dienstleistungen austauschen kann. Nehmen wir nun an, die Geldmenge wird auf 2000 Einheiten verdoppelt. Zunächst einmal ist die Gemeinde dadurch nicht reicher. Sie hat immer noch die gleiche Menge an Waren und Dienstleistungen für den Konsum zur Verfügung. Die Konjunkturtätigkeit geht weiter, doch auf einem Preisniveau, das im Laufe der Zeit die verringerte Kaufkraft des Geldes widerspiegelt, die sich durch den erhöhten Geldzufluß ergibt. Wenn Sie die Anzahl an Einheiten also verdoppeln, würden auch die Preise sich verdoppeln. Mit anderen Worten, die Kaufkraft des Geldes ist um die Hälfte reduziert.

Die Rolle der Banken

Oder ähnlich, wenn Sie 1000 Einheiten Geld haben und diese Geldmenge wird reduziert, so daß Sie jetzt nur noch 500 Einheiten haben, macht die kleinere Geldmenge die Gemeinde nicht ärmer. Reichtum wird nicht bestimmt durch die Anzahl von Geldeinheiten. Reichtum bezieht sich auf die verfügbare Menge an Waren und Dienstleistungen, die für den Konsum oder die Produktion zur Verfügung stehen. Die Anzahl an Geldeinheiten ist deshalb nicht wichtig für das Ausmaß des Reichtums, denn die Geldmenge spiegelt sich im Preis der Waren und Dienstleistungen wider. Das stimmt, egal, ob Sie diese Geldeinheiten Dollar, DM oder Goldunzen nennen.

Betrachten wir in diesem Zusammenhang den Bankenprozeß: Die Amerikaner zum Beispiel haben dem Federal Reserve System das Privileg »verliehen« Geld zu »drucken«. Ich verwende die Begriffe »verliehen« und »drucken« salopp, denn sie haben den Banken dieses Privileg eigentlich nicht verliehen.

Die Banken haben dieses Privileg in einem langen Prozeß über die letzten drei Jahrhunderte hinweg oder, um genauer zu sein, seit der Gründung der Bank von England im Jahr 1694 eher angenommen.

Außerdem drucken die Banken nicht wirklich das Geld. Seit dem Jahr 1694 waren sie in der Lage, die Geldmenge zu vergrößern, das heißt die Anzahl der Einheiten zu erhöhen, indem sie einen Geldersatz ausgaben. Das waren am Anfang Banknoten, ein Äquivalent zum amerikanischen Papiergeld des Federal Reserve Systems. Später wurden es Einlagen, die der Kontrolle unterlagen.

Privileg zum eigenen Vorteil

Beide repräsentierten das Versprechen, Geld zu zahlen, das heißt Gold, und waren kein Geld an sich. Deshalb ist der Begriff Geld-Ersatz richtig und beschreibt die Sache genau.

Wir können jetzt auf unser ursprüngliches Beispiel zurückkommen, warum Banken ein besonderes Privileg haben. Nehmen wir einmal an, 1000 Einheiten Gold – hier ist Einheit ein bestimmtes Standardgewicht – zirkulieren in einer Gemeinde als Geld. Eine Bank gibt jetzt allerdings einem Mitglied dieser Gemeinde für 100 Einheiten Geld ein Darlehen, das ausgewiesen ist durch einen Geld-Ersatz, der lediglich die Zusage gibt, 100 Einheiten Gold zu zahlen. Der Darlehensnehmer gibt dann die 100 Einheiten aus. Nehmen wir an, die Bank wiederholt diesen Prozeß in rascher Folge noch neun Mal.

In der Gemeinde zirkulieren jetzt 2000 Einheiten Geld, doch der wichtige Punkt ist, daß die Preise nicht unmittelbar auf die Währungsverschlechterung reagieren. Wenn die ersten Transaktionen abgeschlossen sind, ist den Verkäufern noch nicht klar, daß die Währung sich durch die Kreditausweitung verschlechtert hat. Die Preise steigen deshalb nicht unmittelbar. Es dauert seine Zeit bis die Gemeinde als Ganzes sich der Verschlechterung der Währung bewußt wird.

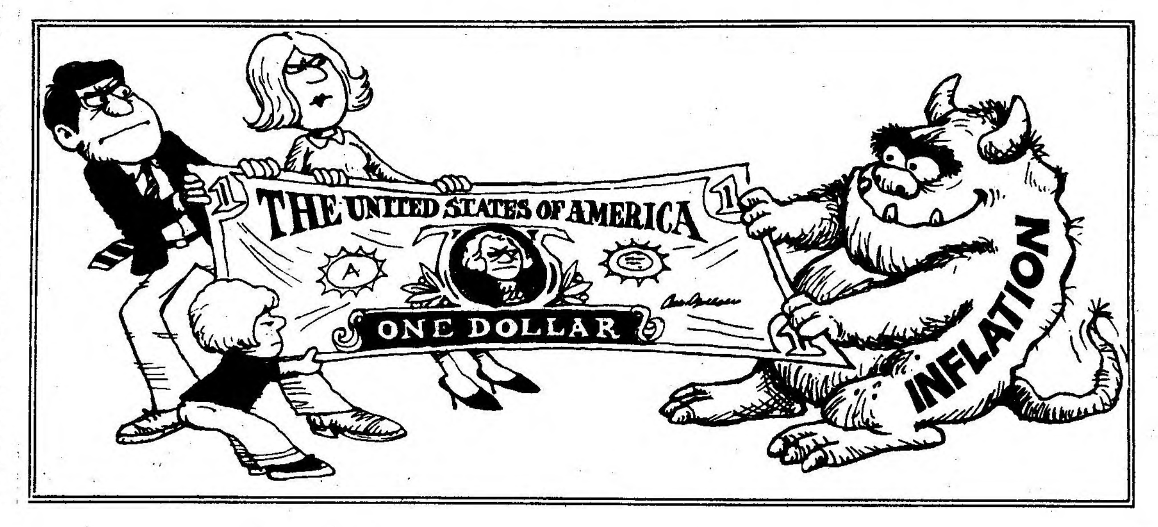
Die Kreditnehmer befinden sich deshalb in einer vorteilhaften Position. Wer sind diese Kreditnehmer? Jene, die sich um die manipulierten Praktiken sorgen, die das Bankwesen möglich macht, sagen wir, es sind die Insider, die ihr Privileg zum eigenen Vorteil verwenden. Sie leihen und tauschen das Geld gegen Waren und Dienstleistungen aus, bevor die Preise steigen und damit die Verschlechterung der Währung infolge der erhöhten Anzahl von Einheiten widerspiegeln.

Schließlich wird sich die Gemeinde jedoch der Währungsverschlechterung bewußt und die Preise steigen. Das verringert das Privileg der Banker, das durch die Ausweitung der Währung möglich gemacht wurde. Es beseitigt jedoch nicht die anderen manipulativen Techniken, die durch den Bankprozeß möglich gemacht worden sind.

Die manipulativen Aspekte der Banker

Nehmen wir nun in unserem Beispiel an, daß 2000 Einheiten Geld jetzt in der Gemeinde im Umlauf sind und daß die Preise sich verdoppelt haben und damit die Verschlechterung im Geldwert anzeigen.

Nehmen wir weiter an, daß die Insider ihre Darlehen wieder zurückgezahlt haben, doch neue Kredite sind an arglose Geschäftsleute, Bauern und Haus-



eigentümer vergeben worden und sie halten damit die neu geschaffene »Einlagen-Währung« in Umlauf. Jetzt erhöhen die Insider die Zinssätze mit dem Ergebnis, daß die Konjunkturtätigkeit sich verringert und die Nachfrage nach Bargeld sich erhöht. DieDarlehen werden von der Bank gekündigt und schließlich verringert sich die Anzahl von Einheiten an Geld wieder auf 1000.

Schauen wir uns das genauer an. Nehmen wir an, ein Bauer erhielt einen Kredit von 100 Einheiten und als Sicherheit hat er eine Hypothek auf seinen Landbesitz aufgenommen, die mit einem Wert von 150 Einheiten angesetzt wurde. Wenn die Geldmenge um die Hälfte abnimmt, spiegeln die Preise für die Waren und Dienstleistungen diese Abnahme über die Zeit hinweg wider und sie werden ebenfalls um die Hälfte sinken.

Der Bauer hat deshalb zwar einen Kredit von 100 Einheiten, doch seine Sicherheit bei der Bank hat sich auf 75 Einheiten verringert. Es ist noch immer der gleiche landwirtschaftliche Betrieb und dieser besitzt auch noch immer das gleiche Produktionspotential.

Doch sie können darauf wetten, daß die Bank dem Bauer das Land wegnimmt. Es gehört dann der Bank bis zur nächsten Kreditausweitung, wenn es für mehr als die ursprünglichen 100 Einheiten verkauft wird, so daß die Bank nicht nur keine Verluste hat, sondern sogar noch einen Gewinn dabei macht.

Das ist eine Beschreibung der manipulativen Aspekte des Bankenwesens. Wundert es einen, wenn Thomas Jefferson Banken für gefährlicher hielt als eine Armee?

Wenn Sie daran zweifeln, daß dies so passiert, schauen Sie sich die Vielzahl von Booms und Pleiten an, die unsere Konjunktur in den letzten paar hundert Jahren immer wieder geplagt haben. Wir geben sogar ganzen Zeiträumen die Namen von Währungskrisen und Währungsschwierigkeiten, zum Beispiel die große Depression.

Denken Sie auch an die letzten fünfzehn Jahre. Wieviel Immobilien haben die Banken in der Rezession durch die erste Ölkrise übernommen. Wieviel Immobilien in den USA haben die Banken in den letzten ein bis zwei Jahren durch den Zusammenbruch der Ölindustrie geschluckt?

Manipulationen auf weltweiter Ebene

Besitzen die Banken die Immobilien noch immer? Natürlich nicht, sie sind in der darauffolgenden Inflation wieder verkauft worden. Im allgemeinen ist es den Banken durch Verordnung verboten, in Besitz genommene Immobilien länger als fünf Jahre zu besitzen. Deshalb können Sie normalerweise damit rechnen, daß der Inflationsboom innerhalb von fünf Jahren nach der Rezession auftritt.

Kehren wir zurück zu den »Eine-Welt-Banken«. Können die Insider diese Manipulationen auf weltweiter Ebene praktizieren? Ja, das können sie, und es gibt genügend Hinweise darauf, daß sie es tun.

Zum Beispiel haben das Federal Reserve System der USA und die Bank von England ihre Politik in den zwanziger Jahren sehr stark koordiniert. Insbesondere die Bank von England trachtete danach, die Zinssätze in Großbritannien niedriger zu halten als es die Marktkräfte anzeigten. Ihr Ziel war es, eine wirtschaftliche Schrumpfung zu verhindern. Jede Art von Schrumpfung wurde zu diesem Zeitpunkt als politisch unakzeptabel angesehen.

Um nun ein Abfließen von Gold zu verhindern – man war im Jahr 1925 zum Goldstandard zurückgekehrt –, sorgte die Bank von England dafür, daß das amerikanische Federal Reserve System den Geldvorrat in den USA erweitert. Das ist in einer Anzahl von Texten sehr gut dokumentiert, doch siehe insbesondere die Biographie von Lord Montague Norman, dem Gouverneur der Bank von England.

Leider endete dieses neue Geld aus der resultierenden Krediterweiterung durch amerikanische Banken auf dem Aktienmarkt und trug damit zu dem Spekulationswahnsinn bei, der zu dem unvermeidlichen Zusammenbruch im Oktober 1929 führte.

In welchem Zusammenhang steht das zur Gegenwart? Es gibt neue Entwicklungen in der »Kooperation« zwischen der Bank von England und dem Federal Reserve System der USA. Am 8. Januar 1987 wurde in einer gemeinsamen Presseveröffentlichung mitgeteilt, daß ein gemeinsamer Verordnungsrahmen »gemeinsam vom Büro des Währungskommissars, der Bundesversicherungsanstalt für den Schutz von Bankeinlagen, dem Federal Reserve Board (alle drei Institutionen führen in den Vereinigten Staaten Aufsicht über die Banken) und der Bank von England entwickelt worden ist«.

Wo steht im amerikanischen Gesetz, daß die US-Bankenaufsicht irgend etwas gemeinsam mit der Bank von England entwickeln darf? Und wir wurden darüber auch erst informiert, als die Sache bereits geschehen war.

Die Japaner sind Nummer eins im Weltbanksystem

Betrachten Sie sich auch die Aussage von Lewis T. Preston, dem Vorsitzenden der Morgan Guaranty Trust Company. Sie erscheint im Jahresbericht 1986 in einer Rede an die Aktionäre: »Wir unterstützen die Bemühungen der US-Bankenaufsicht und der britischen Behörden zur Entwicklung einheitlicher Maßstäbe für Bankenkapitalbedarf in Form von risikoangepaßten Vermögenswerten. Diese Bemühungen sind ein nützlicher Schritt, obwohl deren Durchführung sorgfältig überlegt sein muß. Während es zwar konstruktiv ist, eine Zusammenarbeit zwischen Aufsichtsbehörden zu haben, muß noch mehr erreicht werden bei der Durchsetzung von berechtigten Durchführungsverordnungen für amerikanische und britische Banken auf Wegen, wo der Wettbewerb von anderen Teilnehmern bei der Entwicklung von Weltkapitalmärkten anerkannt wird.«

Warum nun würde sich eine Bank wie die Morgan Guaranty für diese Verordnung aussprechen? Sicher würden sie es nur unterstützen, wenn sie sähen, daß es in ihrem Interesse wäre.

Nun, schauen wir uns einige Tatsachen und Zahlen an. Bis vor kurzem haben die amerikanischen Banken das Weltbankensystem durch die meisten ihrer Maßnahmen beherrscht, einschließlich greifbarer Maßnahmen hinsichtlich Größe und immaterieller Maßnahmen wie die Bereitschaft, Bankenmanipulationen in aggressiver Weise einzusetzen – zum Beispiel um die Darlehensgewährung zu erweitern oder zu stoppen und sogar zu verringern.

Bis vor wenigen Jahren waren noch fünf oder sechs der ersten zehn Banken der Welt amerikanisch. Jetzt sind nur noch zwei der ersten 25 Banken amerikanisch und nur fünf gehören zu den ersten 50 – die sechstgrößte amerikanische Bank steht an 53. Stelle –. Die japanischen Banken sind jetzt zum dominierenden Faktor im Weltbankensystem geworden, was den etablierten Interessen überhaupt nicht gefällt. Deshalb achten Sie auf Hürden, die auf dem einst ebenen Spielfeld in Zukunft sicher aufgebaut werden.

Die etablierten Interessen machen Kapitalangemessenheit zur Achillessehne der japanischen Banken, ob sie nun unterkapitalisiert sind oder nicht. Deshalb hat man begonnen, die Schuldenbemessung von vier japanischen Banken zu kürzen. Sie können damit rechnen, daß die amerikanischen Banken und ihre britischen Genossen ihr Privileg des »Eine-Welt-Bankensystems« nicht freiwillig aufgeben werden.

Wo führen die Dinge hin? Ich glaube, die »New York Times« hat die Antwort darauf bereits geliefert. In einer Titelschlagzeile wird uns mitgeteilt, daß »das amerikanische Finanzministerium jetzt für die Schaffung von Großbanken ist«.

Es heißt weiter, »George D. Gould, Staatssekretär im Finanzministerium, sagte in Interviews, daß er die Schaffung von fünf bis zehn Großbanken befürworte«.

Da haben Sie es: »Großbanken« mit der Macht, die im Umlauf befindliche Geldmenge nach Belieben zu erweitern oder zu verringern. Sobald der Appetit der Sonderinteressen einmal geweckt sein wird, und Privilegien gewährt worden sind, wird diese Sonderinteressen-Gruppierung, die Inhaber der Privilegien, alles Nötige tun, um diese Privilegien zu behalten. □

Schulden

Die Welt – eine öde Kreditlandschaft

Martin Mann

Als sich die Internationale Konferenz in der Schweiz Ende 1987 ihrem Ende entgegenquälte, elektrisierte Satoshi Sumita, Gouverneur der Bank von Japan, das Zusammentreffen und rief einen Riesenapplaus hervor. Er unterbrach den Redner mit den Worten: »Oh, hören Sie auf damit, Washington die Schuld zu geben. Die Wall Street ist schuld am Börsenkrach. Wir alle wissen das.«

»Er hat die Zuhörer daran erinnert, daß die Wirtschaftsweisen, die versuchen, für das zunehmende weltweite Wirtschaftschaos eine Erklärung zu finden, die meiste Zeit Blödsinn reden«, so Dr. Paul Adler, der bekannte amerikanische Wirtschaftswissenschaftler, der an der Schweizer Konferenz teilnahm, die von der Bank of International Settlements (BIS) als Mitglied der Beratungsgruppe in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gefördert wurde.

Acht Billionen Dollar Schulden

In einer Reihe von Interviews mit Maklern und Marktexperten aus dem New Yorker Wirtschaftssektor war festzustellen, daß Adlers Ansicht von vielen erfahrenen Wertpapierhändlern geteilt wird.

»Sie behaupten lediglich, daß die Märkte in Schwierigkeit geraten sind, weil die amerikanische Regierung nicht noch 30 Milliarden Dollar aus dem Handelsdefizit genommen hat«, sagte Jacques M. Werlinick, der seit über 30 Jahren Wertpapierhändler ist. »Weitaus beunruhigender ist die Tatsache, daß die amerikanischen Schulden im Inland – die Gesamtheit der Staats-, privaten und Unternehmensschulden – mehr als acht Billionen Dollar betragen und weiter steigen.

Amerikas Außenschuld hat die 500-Milliarden-Dollar-Grenze überschritten und steigt noch rascher an. Die Verpflichtungen der wenigen entwickelten Länder betragen mehr als eine Billion und steigen am schnellsten von allen. In diesem Schuldenberg ist das amerikanische Haushaltsdefizit lediglich ein weiterer Faktor.«

Ein Wirtschaftsjournalist von der Wall Street sah ähnlich düstere Aussichten für die Zukunft. »Die Banken haben die geopolitische Landschaft in eine öde Kreditlandschaft verwandelt«, sagte Allan Oxley, ein britischer Fernsehjournalist, der oft über Wirtschaftsprobleme berichtet. »Der Ausblick ist bedrohlich: wirtschaftliche Unordnung, politische Instabilität, Inflation, Arbeitslosigkeit und Massenarmut in gerade jenen Ländern, in denen die in den USA ansässigen Megabanken den größten Einfluß besitzen – das heißt in Amerikas eigener, geostrategischer Sphäre.«

Megabanken entscheiden über die Regierungen

In einer noch bedrohlicheren Entwicklung verbinden sich die Megabanker zu einer Weltregierung, die die konstitutionellen Regime, die den Amerikanern vertraut sind, verdrängen – so meinen diese Beobachter.

»Nehmen Sie zum Beispiel den Fall der vier mittelgroßen Länder, die im Jahr 1987 von schweren inneren Unruhen erschüttert wurden: Brasilien, Malaysia, Senegal und Argentinien«, erläuterte Adler. »Als ihre Außenminister und Wirtschaftsbosse die Vereinigten Staaten besuchten, um Hilfe zu bekommen, haben sie in Washington nur flüchtig haltgemacht.

Ihr Ziel war New York City, wo sie ihre Zeit mit den Schuldenausschüssen der Wall-Street-Banken verbrachten und um Entlastung baten.«

Entlastung von was? »Nur wenige Amerikaner wissen, daß die größten Kreditbanken und deren ›Vollstrecker‹, der Internationale Währungsfonds (IWF), inzwischen das tägliche Leben von Hunderten von Millionen Menschen in Dutzenden von Schuldnerländern kontrollieren«, erläuterte Dr. Lee Tae Ho, ein Wirtschaftswissenschaftler aus Korea, der bei den Vereinten Nationen tätig ist.

»Die Banken entscheiden buchstäblich darüber, wieviel ein Arbeiter für seine tägliche Busfahrkarte zahlen muß und wieviel Milch sich die Mütter für ihre Kinder leisten können. Die Banken entscheiden über das Importkontingent des Auslands, die Stunden, an denen öffentliche Büchereien und Museen geöffnet sind, bis hin zur Höhe der monatlichen Rente, die die Arbeiter im Ruhestand erhalten.

Dadurch, daß sie die Finanzen der Schuldnerländer bis ins kleinste Detail unter Kontrolle haben, sind die Megabanken mächtiger geworden als das amerikanische Außenministerium und das US-Verteidigungsministerium zusammengenommen.«

Die Folge: Arbeitslosigkeit, Rückschritte, Unruhen, politische Unbeständigkeit und wirtschaftliche Instabilität in einer Reihe von Ländern, Debakel, die bedrohlicher sind als das amerikanische Defizit.

Als Präsident José Sarney am 5. November 1987 in Brasilien ein neues Fünf-Milliarden-Dollar-Schuldenabkommen mit New Yorker Banken verkündete, explodierte das Land vor Wut über die erniedrigenden Bedingungen des Abkommens. Das brasilianische Parlament verlangte nicht nur Sarneys Sturz, sondern auch die Beseitigung der gesamten Struktur der sogenannten präsidentiellen Regierungsform, mit der Brasilien »zu einem sterbenden Statthalter der Wall Street« reduziert worden ist, wie der Abgeordnete José da Ribeira es in einer zornigen Rede bezeichnete.

Panzer und Truppen gegen Banken

In Argentinien, wo Präsident Raul Alfonsin bei den Wahlen 1987 durchfiel, weil der Wahlkampf weitgehend dem Thema Schulden gewidmet war, gewannen die Peronisten haushoch, weil sie eine gegen die Banken eingestellte Partei sind. Bereits die offizielle Ankündigung einer ähnlichen Schuldenvereinbarung, wie sie Brasilien getroffen hat, lähmte das Land, da die argentinischen Gewerkschaften einen 24stündigen Generalstreik erklärten.

In Peru setzte Präsident Alan Garcia Panzer und Truppen gegen die Hauptbanken ein, nachdem sich ein Finanzausschuß den staatlich verordneten Beschränkungen in ihren Operationen widersetzt hatte.

»Uns war klargeworden, daß wir uns einem Coup d'Etat durch die Banker gegenübersehen«, sagte Dr. Emilieo Vargas Izaguirre, ein hochrangiger Beamter im peruanischen Finanzministerium. »Wir sind jetzt entschlossen, den gesamten Finanzsektor zu verstaatlichen.«

Präsident Alan Garcia ist ganz offensichtlich nicht bereit, seine verfassungsmäßige Gewalt an die multinationalen Banken zu übergeben – selbst wenn US-Präsident Ronald Reagan mehr und mehr geneigt scheint, dies zu tun. □



Währungen

Mit dem Gold sieht es gut aus

C. Gordon Tether

Das Gold ist von dem Krach am Aktienmarkt nicht unberührt geblieben. Doch es gehört sicherlich zu den wichtigen Plazierungen, die am wenigsten von den Unruhen am Devisen- und Aktienmarkt der letzten Monate betroffen wurde.

Einen Monat nach dem »schwarzen Montag« an der Wall Street stand der Dollar-Preis für Gold etwa zwei Prozent über dem Wert vom Vorabend des großen Zusammenbruchs. Da jedoch der Devisenmarktwert des Dollar selbst im gleichen Zeitraum stark gesunken war – und zwar um fast zehn Prozent gegenüber den stärksten westlichen Währungen – bedeutete dies, daß das Gold im Vergleich zu den Papierwährungen in der Runde an Boden verloren hatte.

Eine der populärsten Methoden

Es läßt sich also nicht leugnen, daß das Gold durch die Krise einigen Schaden genommen hatte. Doch seine Reaktion auf den Zusammenbruch läßt sich am treffendsten dadurch beurteilen, daß man sein Verhalten mit dem jener Anlageform vergleicht, die sich als beste Alternative zum Schutz der Ersparnisse gegen die Geißel der Inflation erwiesen hat: Aktienpapiere.

Einen Monat nach der Katastrophe des »schwarzen Montag« fielen sie weltweit durchschnittlich um mehr als 25 Prozent. Nur in ein paar Ländern waren die Verluste deutlich geringer. Doch in einigen anderen wiederum waren sie sogar noch größer – sie betrugen dort nahezu 50 Prozent.

Der Unterschied ist noch gravierender, wenn man beachtet, daß Gold in den Monaten vor Ausbruch der Krise am Aktienmarkt im Vergleich zum US-Dollar und den Währungen allgemein in seinem Wert deutlich gestiegen ist.

Die Aussichten für Gold sind im großen und ganzen für die kommenden Monate vielversprechend.

Was auch erkannt werden muß ist die Tatsache, daß Gold im Vergleich zu Währungen nach dem Wall Street-Crash an Boden verloren hat, in gewisser Weise hat es sich zumindest eher um ein Nebenprodukt des Preisverfalls auf dem Aktienmarkt gehandelt und nicht um das Ergebnis eines Vertrauensverlustes in das Gold selbst. Durch die Schaffung von Liquiditätsproblemen für viele Investoren wurde damit der Verkauf flüssiger Mittel erzwungen und ausgelöst. Dazu gehörte zwangsläufig auch das Gold – was immer noch eine der populäreren Methoden zur Aufrechterhaltung einer angemessenen Liquiditätsbasis ist.

Weichen für ein Comeback des Goldes

Kurz gesagt: Alles in allem kann man davon ausgehen, daß das Gold die Krise so weit gut überstanden hat, und global gesagt sieht es so aus, als würde es von den neuen Kräften, die durch den Aufruhr am Aktienmarkt in die Weltwirtschaftsszene eingedrungen sind, eher profitieren als nachteilig davon beeinflußt zu werden.

Aus der Sicht des Goldes gehört dazu, daß die Rolle des Dollar als König des internationalen Währungsschlosses in ernsthafte Gefahren geraten ist. Schon einige Zeit lang vor dem Crash am Aktienmarkt hatte der Dollar natürlich schon ein wenig krank ausgesehen. Doch sein ständiger starker Wertverfall im Vergleich zu fast allen führenden Währungen, der diesem Ergebnis folgte, und das gleichzeitige Hervortreten der grundlegenden Schwächen in der amerikanischen Wirtschaft, machten das Ausmaß deutlich, in dem die Fähigkeit des Dollar, die internationale Währungsszene zu beherrschen, dauerhaft unterhöhlt worden ist.

Mit anderen Worten: Es ist eine Situation geschaffen worden, in der das Gold eine weitaus bessere Position innehat, um seine traditionelle Rolle als Hauptstütze des Weltwährungssystems wieder zu übernehmen. Das bedeutet offenbar nicht, daß wir mit so etwas wie einer raschen Rückkehr zum Goldstandard früherer Jahrzehnte rechnen können.

Doch es bedeutet wahrscheinlich, daß sich die allgemeine Öffentlichkeit von jetzt an der Anziehungskraft des Goldes als Vermögensanlage wohl weniger entziehen wird als in den letzten Jahren.

Mit ziemlicher Sicherheit bedeutet es auch, daß die offizielle Tendenz, das Gold als Währung zu verbieten, die die Vereinigten Staaten in den sechsziger Jahren in Gang gesetzt haben, um zu beweisen – vergebens wie sich herausstellte –, daß der Dollar genauso gut wie Gold war in der alten Parität 35 Dollar für eine Unze Gold, jetzt letztlich ihr Ende nehmen wird. Dies hat der amerikanische Finanzminister James Baker stillschweigend damit anerkannt, daß er – ungefähr einen Monat vor dem Wall Street Crash – auf die Bedeutung hingewiesen hat, Gold bei den Vorkehrungen für eine größere Stabilität der internationalen Finanz- und Wirtschaftsszene eine Rolle spielen zu lassen.

Kurzum: die Weichen für ein Comeback des Goldes im internationalen Währungssystem scheinen gestellt zu sein.

Die Lage richtig beurteilen

Eine andere Sache, die sich aufgrund der weltweiten Veränderungen – durchaus vielleicht durch die Krise am Aktienmarkt in Gang gesetzt – zugunsten des Goldes auswirken mag, ist die erneute Sorge über die Inflation.

Wenn die Krise am Aktienmarkt zu einer größeren weltweiten Rezession führen wird, ist es natürlich vorstellbar, daß keine Wiederbelebung der Inflation, wie es in den ersten Monaten des Jahres 1987 sichtbar war, eintreten wird. Doch wenn sich die Möglichkeit einer weltweiten Rezession bedrohlich zu zeigen beginnt, ist es wahrscheinlicher, daß die Staatsausgaben beträchtlich erhöht werden. In diesem Fall könnten die großen Haushaltsdefizite, die sich in der Vergangenheit als so inflationär erwiesen haben, erneut auftreten.

Ein Rätsel im jüngsten Verhalten des Aktienmarkts, das auffallender zu sein scheint als alles andere, ist die Tatsache, daß die Goldaktien in dem großen Rutsch, der von der Wall Street ausging, am meisten gelitten haben von allen Wertpapieren. Als der Abwärtstrend sein unteres Ende erreicht hatte, lagen ihre Werte tatsächlich nur wenig über der Hälfte der »Höchstwerte«, die Mitte 1987 erreicht wurden. □

DDR-Stahl für die USA

Oscar Boline

Internationalen Schmugglern geht es in der »freien Marktwirtschaft« von US-Präsident Ronald Reagan und seiner Wirtschaftspolitik bestens. Darin sind sich auch die westdeutschen Zolldienststellen und andere Behörden in Hamburg, Bonn und Düsseldorf einig.



Der damalige österreichische Bundeskanzler war zur Eröffnung des Stahlwerkes von Eishüttenstadt in die DDR gekommen (vorn, händeschüttelnd). Links im Bild Erich Honecker, er sorgt dafür, daß der Stahl aus dem neuen Werk illegal in die USA verkauft wird.

»Der Markt soll die Antwort finden«, sagen der amerikanische Präsident und die anderen Anhänger seiner Wirtschaftspolitik immer dann, wenn sie mit einem brisanten wirtschaftlichen Thema konfrontiert werden.

Der US-Markt schert sich einen Teufel

Das, so meint Gunther Scheuten, stellvertretender Leiter für zollamtliche Untersuchungen, ist genau das, was der ausgeklügeltste Ring internationaler Stahlschmuggler macht. Hinzufügen könnte man: der bestfinanzierteste und mächtigste Ring von Schmugglern, den die Menschheit jemals gekannt hat. Sie handeln mit Stahl, der in der Welt modernstem Stahlwerk in der DDR hergestellt worden ist.

Man kann sich kaum eine größere Niederlage für US-Präsident Reagans Grundsatz »Keine Geschäfte mit den Kommunisten« vorstellen.

Diese Schmuggler haben sich nicht nur einen Scherz mit der »freien Marktwirtschaft« des amerikanischen Präsidenten und seinem Tabu über den Handel mit den Kommunisten gemacht, sie haben auch sein im Jahr 1983 aufgestelltes Kontingentsystem über Stahlimporte völlig in Mißkredit gebracht. Reagan versicherte damals seinen Landsleuten, daß sein geplantes Kontingent die einheimische Stahlindustrie vor »unlauterem Wettbewerb aus dem Ausland«, die Arbeitsplätze und die wirtschaftliche Basis der amerikanischen Stahlstädte schützen würde.

Der große amerikanische »Markt« schert sich einen Teufel darum, ob der Stahl von den Kommunisten oder aus der freien Welt ist. Alles was zählt, ist der Preis, und der Preis für mitteldeutschen Stahl ist so niedrig, daß die resultierenden Profite leicht die Kosten und Risiken im Zusammenhang mit der Fälschung der benötigten Frachtbriefe und Ursprungszeugnisse abdecken können.

Stahl aus der DDR ist etwa 25 Prozent billiger als Stahl aus der freien Welt. Wenn also Stahl aus dem Westen beispielweise 540 Dollar pro Tonne kostet, so ist das Erzeugnis der Kommunisten schon für 515 Dollar, 454 Dollar oder sogar 405 Dollar pro Tonne zu haben.

Ungeheure Profite für geschmuggelten Stahl

Während ein amerikanischer Stahlbaron vielleicht einen Gewinn von 7 Dollar pro Tonne oder gewöhnlich noch weniger bei einem legalen Stahlgeschäft macht, kann er bei geschmuggeltem Stahl der Kommunisten noch 135 Dollar pro Tonne Profit hinzurechnen, weil das illegale Erzeugnis so billig ist, was einen ungeheuren Gesamtgewinn von 142 Dollar pro Tonne ergibt.

Mit den »richtigen« Frachtbriefen und Ursprungsnachweisen, was alles mit einer hübschen Summe zu kaufen ist, passierte der verbotene Stahl den amerikanischen Zoll und die Beamten, die das Kontingentsystem des amerikanischen Präsidenten überwachen, mit großer Leichtigkeit.

Wenn die deutschen Zollbeamten in Düsseldorf – mehr oder weniger die Hauptstadt der deutschen Stahlindustrie – nicht gewesen wären, die die illegalen Stahllieferungen auf dem deutschen Markt und in die Länder der europäischen Gemeinschaft genauestens untersucht haben, ist zweifelhaft, ob jemals entdeckt worden wäre, daß Stahl aus der DDR in die Vereinigten Staaten geschmuggelt wird.

Gunther Scheuten, der stellvertretende Leiter der deutschen Zollbehörde in Düsseldorf, sagte mir, daß sie bei der Verfolgung von Stahlschmuggel nach Westdeutschland und auf den Markt der Europäischen Ge-

meinschaft mehr oder weniger auf die Stahlschmuggel-Aktionen in die Vereinigten Staaten gestoßen sind.

Scheuten schätzte, daß 990 000 Tonnen Stahl aus der DDR im Wert von 450 Millionen Dollar über die westdeutschen Häfen Hamburg und Lübeck in den Jahren 1985 und 1986 auf Märkte in der ganzen Welt verschifft worden sind. Wieviel darüber hinaus noch über andere Häfen verschifft wurde, läßt sich schwer feststellen. Die Häfen von Hamburg und Lübeck sind »freie Häfen,«, Häfen, über die die Bonner Regierung keine Kontrolle hat. Somit sind sie ideale Häfen, über die Schmuggler operieren können.

Scheuten meinte, daß 81 840 Tonnen Stahl im Wert von 37,2 Millionen Dollar in dem fraglichen Zwei-Jahres-Zeitraum in die Vereinigten Staaten geschmuggelt worden sind. Der Europäischen Gemeinschaft fielen 220 000 Tonnen Stahl im Wert von 113,3 Millionen Dollar zum Opfer. Da bedeutet einen Verlust von 10 Millionen Dollar Zoll für die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft.

Die Spionage-Elite Europas

Das zweitgrößte Opfer ist die Türkei: 56 100 Tonnen Stahl im Wert von 25,5 Millionen Dollar gingen in diesen beiden Jahren in die Türkei.

Wieviel von den restlichen schätzungsweise 609 400 Tonnen, die in diesen beiden Jahren über Hamburg und Lübeck gingen, schließlich »von« Brasilien, Korea, Japan oder Südostasien auf den US-Markt kamen, ist unbekannt, doch die Stahlexperten meinen, daß es eine beträchtige Menge gewesen sein muß. Aufgrund des Preises und der Qualität gehen diese Geschäfte auch heute noch weiter.

Bei den ersten Enthüllungen über die Stahlschmuggel-Operationen kam es mir so vor, als seien sie vom Staatssicherheitsdienst der DDR, SSD, geplant und von ihm auch durchgeführt worden. Der SSD ist bekannt für solche Aktivitäten wie Stahlschmuggel, die sämtliche festgelegten Regeln über den Haufen werfen. Jahrelang wurde der SSD von seinem westdeutschen



Fred Sinowatz (Mitte, mit Blick in die Kamera) und SED-Parteichef Honecker bei der Eröffnung des eine Milliarde-Dollar-Stahlwerkes.

Gegenstück als die »Spionage-Elite« Europas angesehen.

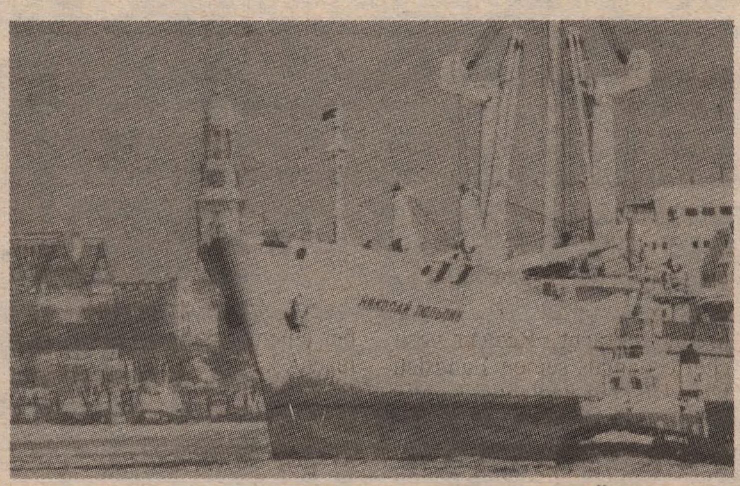
Es deutet alles auf den SSD hin. Niemand schien der Sache auf den Grund kommen zu können. Außerdem schien es so, daß die Presse und jene, die die Lieferungen untersuchten, eine ungewöhnliche Vertuschung der ganzen Affäre betrieben.

In den westdeutschen Zeitungen stand nur wenig oder gar nichts über dieses Thema zu lesen. Die Wochenzeitung »Der Spiegel« brachte einen Artikel über eine Seite, in dem mehr oder weniger um das Thema herum geschrieben wurde, doch es wurde nichts darüber enthüllt, wer oder was dahintersteckt.

Als ich Scheuten danach fragte, ob es möglich sei, daß der SSD hinter der Sache steckt, antwortete er: »Mit den Kontakten wie sie diese Schmuggler haben, ist niemand auf den SSD angewiesen.«

Scheuten meinte auch, das DDR-Stahlwerk sei von einer Stahlfirma gebaut worden, die keine Anzahlungen und endgültige Zahlungen in bar genommen habe. Der Bau des Stahlwerks sollte schließlich durch Stahllieferungen an den Konstrukteur und Bauunternehmer bezahlt werden, sobald das Werk gegen Ende 1984 fertiggestellt ist.

Am Ende unseres Interviews sagte Scheuten, der damalige österreichische Bundeskanzler Fred Sinowatz sei bei der Eröffnung des Stahlwerks als Gast des DDR-Parteichefs Erich Honekker anwesend gewesen. Damit hatte ich den Hinweis auf den Erbauer des Stahlwerks und wir beendeten unsere Unterhaltung. Sinowatz war von 1983 bis 1986 österreichischer Bundeskanzler.



Ein sowjetischer Frachter im Hafen von Hamburg. Über diesen Hafen und über Lübeck wurde eine Million Tonnen Stahl aus der DDR verschifft.

Voest-Alpine war eine der Stahlfirmen, die Scheuten schon zuvor als eine Firma erwähnt hatte, die in der Lage ist, das hochmoderne Stahlwerk der DDR zu bauen. Voest-Alpine, die in Linz und anderen österreichischen Städten ansässig sind, ist ein Riesenkonzern, der einen großen Teil von Österreichs Industrie kontrolliert. Das Haupttätigkeitsfeld liegt in der Stahlproduktion, Stahllieferung, dem Anlagen-Engineering, der Werkzeugmaschinenherstellung, dem Schiffsbau, dem Kohleabbau und verwandten Aktivitäten.

Das Werk kostete eine Milliarde Dollar

Voest-Alpine ist ein staatseigener Konzern. Österreich hat mehr staatseigene und staatlich kontrollierte Unternehmen als jedes andere europäische Land außerhalb des Sowjetblocks. In Geschäftskreisen ist häufig die Rede davon, daß es einfacher ist mit Firmen aus dem Sowjetblock zusammen zu arbeiten als mit westeuropäischen Unternehmen.

Kein Wunder, daß die Zeitungen nur zögernd über die Schmuggeloperationen berichten. Voest-Alpine und deren Tochtergesellschaften sind Österreichs führende Werbetreibende in ausländischen Publikationen. Sie inserieren regelmäßig in »Time«, »Newsweek«, »Der Spiegel« und anderen führenden westlichen Establishment-Organen.

Voest-Alpine hat das Stahlwerk in Eisenhüttenstadt an der Oder – hier liegt die Ostgrenze der DDR zu Polen – gebaut. Seine jährliche Kapazität beträgt 2,2 Millionen Tonnen. Die Gesamterstellungskosten des Werkes sollen fast eine Milliarde Dollar betragen haben. Sie waren zu zahlen in Stahllieferungen, die mehr oder weniger eine Jahresproduktion betrugen.

Wie Scheuten meint, sind 990 000 Tonnen in den Jahren 1985 und 1986 über die Häfen Hamburg und Lübeck geliefert worden, was der Hälfte der Kosten für das Stahlwerk entspricht. Somit hat es sich offensichtlich als gute Investition für Voest-Alpine erwiesen. Die Öffentlichkeit hat außerdem erst von dem Handel erfahren, als die »Zahlungen« erfolgten. □

Eine-Welt-Regierung

Freihandel eine Katastrophe

Folger Addison

Unmittelbar nach dem größten Zusammenbruch auf dem Aktienmarkt in der Geschichte ist sich jedermann darüber einig, daß das amerikanische Haushaltsdefizit – das derzeit bei jährlich 200 Milliarden Dollar liegt – reduziert werden muß. Es herrscht auch allgemein Übereinstimmung darüber, daß das US-Handelsdefizit – gegenwärtig fast 180 Milliarden Dollar pro Jahr – gesenkt werden muß.

Mitglieder des amerikanischen Kongresses haben mit dem amerikanischen Präsidenten nach dem Desaster an den Börsen eine Vereinbarung über die Reduzierung des Haushaltsdefizits um jährlich 23 Milliarden Dollar vereinbart. Es sind jedoch derzeit keine Bemühungen im Gange, das Handelsdefizit zu verringern. Das Establishment hat anläßlich des Börsenkrachs sogar die Gelegenheit ergriffen, wieder verstärkt die Trommel für den Freihandel zu rühren.

Für Sozialismus gegen Souveränität

Der Freihandel ist natürlich direkt verantwortlich für Amerikas sich weiterentwickelndes Handelsdefizit. Aus philosophischer Sicht, ein Teil der konservativen, liberalen Laisser-faire- und marxistischen Ideologie, fördert der Freihandel in der Tat die Sache des internationalen Sozialismus und die Eine-Welt-Regierung, indem er die nationalen Volkswirtschaften und die nationale Souveränität aufhebt.

Der Freihandel ist eine einträgliche Sache für die internationalen Banker, weil das Ausland ohne Exporte in die USA die Zinsen auf die Kredite nicht bezahlen kann, die ihrer korrupten, herrschenden Klasse von den US-Banken gegeben wurden.

Was Japan angeht, so haben Wall-Street-Banker ein starkes Interesse an der japanischen Industrie. Folglich kümmern sie sich mehr um eine gesunde japanische Wirtschaft als um die amerikanische. Leider gehört das amerikanische Federal Reserve System staatslosen internationalen Bankern, die nur ihrem eigenen, persönlichen Profit verpflichtet sind, und ihre Interessen sind niemals durch willfährige Präsidenten oder den US-Kongreß gefährdet.

Protektionismus ist der Ausdruck von Nationalismus im internationalen Handel. Durch ihn läßt sich eine gesunde Wirtschaft aufbauen und erhalten. Zölle – das primäre Werkzeug des Protektionismus – sichern die Binnenmärkte nicht nur für die einheimische Industrie, sie liefern auch Geld in die Staatskassen und erleichtern damit gleichsam als eine Steuer auf die Ausländer die Bürde des einheimischen Steuerzahlers.

Bis die Weltmärkte zusammenbrechen

Am Tag nach dem Zusammenbruch – es war der 20. Oktober 1987 – trat die Establishment-Presse auf den Plan. Die »Washington Post« warnte in einem Leitartikel: »Verfolgt nicht eine perverse Politik, die alles nur noch schlimmer macht, durch die Verabschiedung eines höchst protektionistischen Smoot-Hawley-Zolls.«

Die »New York Times« meinte, der »Kongreß muß helfen und seine protektionistischen Handelsgesetzentwürfe über Bord werfen«.

In einem Leitartikel der »Washington Times« hieß es, der Börsenkrach des Jahres 1929 habe in direktem Zusammenhang gestanden mit der Debatte im US-Kongreß über den Smoot-Hawley-Gesetzentwurf: »Der Börsenkrach des Jahres 1929 trat ein, nachdem sich eine Koalition aus Demokraten und progressiven Republikanern, die gegen das Gesetz waren, über Fragen von sekundärer Bedeutung zerstritten hatten. Damals waren die Republikaner die Verfechter des Protektionismus. Durch den Zusammenbruch der Koalition konnte das Smoot-Hawley-Gesetz im Senat verabschiedet werden, nachdem es im Finanzausschuß unter Vorsitz von Senator Reed Smoot (republikanischer Abgeordneter des Staates Utah) bereits durchgekommen war. Die Antwort des Marktes auf diese Nachricht war der ›schwarze Dienstag‹. (Willis Hawley war ein republikanischer Abgeordneter aus Oregon).

Doch die Depression begann tatsächlich erst, als Präsident Hoover am 15. Juni 1930 ankündigte, er werde gegen das Smoot-Hawley-Zoll-Gesetz kein Veto einlegen. Am nächsten Tag brachen die Weltmärkte zusammen.«

US-Präsident Ronald Reagan sollte versprechen, so schreibt die »Times«, gegen sämtliche protektionistischen Maßnahmen ein Veto einzulegen.

Nach dem ersten Krach am 29. Oktober 1929 hat es noch viele weitere Zusammenbrüche gegeben. Jeden dieser Zusammenbrüche allein der Verabschiedung des Smoot-Hawley-Zoll-Gesetzes zuzuschreiben, wäre nach Expertenmeinung, die zu



New York am 29. Oktober 1929. Verantwortlich für den Börsenkrach war das US-Federal Reserve System, das den Krediten und der Geldversorgung den Hahn abdrehte und diese Politik bis 1939 aufrecht erhielt.

diesem Problem befragt wurden, eine Verdrehung der geschichtlichen Tatsachen, um sie einer vorgefaßten Meinung anzupassen.

Der amerikanische Präsident selbst hat nach dem Zusammenbruch jede Gelegenheit ergriffen klarzustellen, wie wichtig es ist, Protektionismus zu vermeiden. Praktisch jede Rede, die er vor Gruppen und Vereinigungen gehalten hat, enthielt diese Botschaft. Er zog gegen die verschiedenen protektionistischen Handelsgesetzentwürfe in beiden Kammern des US-Kongresses zu Felde und hat versprochen, Veto einzulegen.

Das Handelsdefizit wird nicht diskutiert

Reagan benutzt eindeutig das Gespenst einer Wirtschaftskatastrophe, um die Leute in Angst und Schrecken zu versetzen, so daß sie es schließlich akzeptieren, wenn man sagt, der Protektionismus war die Hauptursache für die große Depression der dreißiger Jahre.

Zu dem Thema Handel ist der amerikanische Kongreß jedoch seltsamerweise ziemlich stumm geblieben. Jeden Tag werden Reden gehalten, in denen die Schuldenhöhe der Vereinigten Staaten verurteilt wird – wofür auf Bundesebene in den USA zumindest der Kongreß direkt verantwortlich ist –, doch zum Thema Handelsdefizit wird nur sehr wenig gesagt. Ein paar hartnäckige Freunde des US-Präsidenten in der Republikanischen Partei haben allgemeine Aussagen gegen den Protektionismus gemacht, doch das Thema Handelsdefizit wird tatsächlich kaum diskutiert.

Der Grund dafür liegt darin, daß Protektionismus als Wahlkampfthema unter den Wählern sehr populär ist, da Hunderttausende von Jobs aufgrund unfairen Wettbewerbs aus dem Ausland verlorengegangen sind. Protektionismus bedeutet, daß Arbeitsplätze gerettet und geschaffen werden, während sich die amerikanische Industrie erholt.

Die Demokraten haben in den Wahlen des Jahres 1984 ihre Mehrheit in Washington verstärkt und die Kontrolle über den Senat erhalten, weil sie im Wahlkampf vor allem versprochen haben, die amerikanische Industrie zu schützen.

Die Republikaner schrecken davor zurück, sich gegen eine solch populäre Politik auszusprechen, während die Demokraten aufgrund des Feldzugs des Establishments, der Protektionismus mit Depression im Zusammenhang bringt, zeitweise zu dem Thema verstummt sind.

Der Protektionismus war hingegen nicht der Grund für den Börsenkrach des Jahres 1929 oder die darauf folgende Depression. Dr. Martin Larson schreibt in seinem Buch »Die Federal Reserve und unser manipulierter Dollar«: »Was genau die große Depression ausgelöst hat, war Thema vieler Diskussionen, und es stimmt zweifellos, daß verschiedene Faktoren dazu beigetragen haben. Die Analyse zeigt hingegen, daß die Hauptverantwortung dafür eindeutig bei dem Federal Reserve System (Fed) liegt.

Die Fed-Banken hätten die spekulativen Kredite leicht verhindern können, die zwangsläufig zu dem Zusammenbruch am Aktienmarkt im Jahr 1929 führten. Anstatt diese Aufgabe zu erfüllen, für die sie angeblich geschaffen worden war, führte die Fed die sogenannte ›Real Bills Doctrine‹ ein, derzufolge Geldmittel nur in dem Maße zur Verfügung gestellt wurden, wie es die derzeitige Konjunkturtätigkeit erforderte.

Verfechter des Freihandels widerlegt

Während sich die große Depression verstärkte und ein Schock dem anderen folgte und während die Konjunktur von Stillstand ins Chaos stürzte, machte die Fed die Kredite weiterhin knapper, bis die Währung fast ganz von der amerikanischen Szene verschwand. Die gesamten Bankeinlagen fielen von 935 Milliarden Dollar im Jahr 1929 auf 282 Milliarden Dollar im Jahr 1933.«

Raymond E. Walk, ein ausgesprochener Verfechter der amerikanischen Grundstoffindustrie und selbst Industrieberater, schließt sich Larsons Analyse an: »Die Wahrheit ist, daß die Zölle weder mit dem Krach des Jahres 1929 noch der großen Depression etwas zu tun hatten, sondern daß sie als Nebelschleier verwendet werden für das unverantwortliche Verhalten des Federal Reserve Board, das den Krediten und der Geldversorgung den Hahn abdrehte – und diese Politik bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs aufrechterhielt.

Im Jahr 1929 hatte die Fed bei weitem nicht die Kontrolle über das Währungssystem, die sie heute hat, doch sie war mächtig genug, aus Gründen, die sie nur allein kennt, den Börsenkrach auszulösen und eine Depression aufrechtzuerhalten.

Der Kongreß könnte diese Situation beheben, wenn er sich nur die Zeit nehmen würde, die Verfassung zu lesen. Er könnte seine Machtbefugnis zur Regulierung des Handels wiederherstellen und ein dringend benötigtes, schuldenfreies Währungssystem einrichten.«

Walk fragt die Anhänger des Freihandelssystems, die so schnell bei der Hand sind, den Zöllen die Schuld für die Depression zu geben: »Wenn das Smoot-Hawley-Gesetz des Jahres 1930 der Grund war für die große Depression, warum gab es dann keine positive Veränderung, als das gegenseitige Handelsabkommen im Jahr 1934 verabschiedet wurde, womit genau 50 Prozent des Dollar-Werts der Zölle beseitigt wurden, die das Smoot-Hawley-Gesetz eingeführt hatte?«

Die Anhänger des Freihandelssystems ignorieren einige einfache Tatsachen über die Volkswirtschaften: Wenn eine Volkswirtschaft zu einem Industriestaat wird, reduziert sich der Bedarf nach Außenhandel, er erhöht sich nicht. Die Vereinigten Staaten machten ihre größten wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte in Zeiten starken Protektionismus, nicht in Zeiten niedriger Zölle.

Amerikanische Industriezweige, insbesondere kleine und mittelgroße Unternehmen, sind gegenüber subventionierten, verstaatlichten oder sozialistischen staatseigenen Industriezweigen auf dem Weltmarkt benachteiligt.

Destabilisierung durch Freihandel

Die oben erwähnten Industriezweige haben es gewöhnlich auf die Binnenmärkte in Amerika abgesehen, die größten auf der Welt. Um diese Märkte zu erobern, haben diese Industriezweige die nötigen Mittel, um lange Verlustperioden auszuhalten, damit sie ihre Produkte in den Vereinigten Staaten billig verkaufen und somit den inländischen Wettbewerb ausschalten können. Sobald die US-Industrie einmal zerstört ist, hängt der amerikanische Markt dann vom Ausland ab, das dann die Preise auf eine gewinnbringende Stufe erhöhen kann.

Der Dollar des amerikanischen Arbeiters trägt eine verborgene Schuldenlast, mit der solche Aktivitäten wie Verteidigung, Wohlfahrtsstaat, Auslandshilfe und viele andere fragliche Lasten unterstützt werden, die die meisten anderen ausländischen Währungen nicht zu tragen haben.

Der Freihandel andererseits ist das rascheste Mittel zur Destabilisierung einer gesunden Wirtschaft, deshalb wurde er von Karl Marx unterstützt. Karl Marx am 9. Januar 1848 in Belgien: »Mit anderen Worten, das Freihandelssystem beschleunigt die soziale Revolution . . . meine Herren. Ich bin für den Freihandel.«

Der Freihandel führt zu weltweiter Überkapazität und Überproduktion; er führt zu einem allgemeinen niedrigeren Lebensstandard für die Arbeiter auf der ganzen Welt; verringert nicht die Kosten, sondern begünstigt eine empfängliche Umgebung für die Bildung von Kartellen und Monopolen. Der Freihandel zerstört die nationale industrielle Verteidigungsbasis.

Es ist sicher, daß der Propagandafeldzug, der die Schuld an der großen Depression dem Protektionismus gibt, weiter wachsen wird. Die Geschichte zeigt allerdings klar und deutlich, daß die längsten Zeiten des Wachstums und des Wohlstands in den Vereinigten Staaten zum Beispiel mit Zeiten hoher Zölle zusammenfielen.

Es war nicht nur so, daß die Industrie blühte und die Leute Arbeit hatten, es gab auch Haushaltsüberschüsse aufgrund der Zolleinnahmen und folglich niedrigere Steuern. Das ist das beste Argument zugunsten des Protektionismus. □

Wird die ECU bald Handelswährung?

Nach Ansicht von EG-Kommissionspräsident Jacques Delors würde sich die europäische Währungseinheit ECU schneller durchsetzen, wenn ihr die Regierungen der zwölf Mitgliedsstaaten die notwendige Unterstützung angedeihen ließen. Die Mitgliedsregierungen sollten die Förderung der ECU mit Nachdruck betreiben.

Der Kommissionspräsident erinnerte in diesem Zusammenhang an die bereits erzielten Erfolge des Europäischen Währungssystems. Bei seiner Einführung im Jahr 1979 habe die Inflationsrate in den Ländern, die voll in das Währungssystem eingebunden seien, noch bei durchschnittlich 11 Prozent gelegen. Heute betrage die Teuerungsrate nur noch 2,5 Prozent.

Jacques Delors forderte ferner die schrittweise Einführung der ECU im Warenaustausch zwischen den Ländern der Europäischen Gemeinschaft sowie bei EG-Einfuhren aus Drittländern, die ihre Rechnungen ohnehin nicht in ihrer eigenen Währung ausstellen. Dies gelte insbesondere für die meisten Staaten der dritten Welt. □

Entspannte Wetterlage im Handelskrieg mit den USA

Der transatlantische Handelskrieg zwischen den Konstrukteuren von Linienflugzeugen wird voraussichtlich nicht stattfinden. Vertreter der Europäischen Gemeinschaft und der Vereinigten Staaten einigten sich in London auf grundsätzliche Spielregeln für den Wettbewerb zwischen den Flugzeugbauern beiderseits des Atlantiks. Um zu einer endgültigen Lösung zu kommen, sind weitere Verhandlungen vorgesehen. Die amerikanischen Firmen verpflichten sich, vorerst keine Klagen gegen ihren europäischen Rivalen Airbus bei der US-Regierung zu erheben.

Bereits seit langem verweisen die amerikanischen Konstrukteure von Linienmaschinen darauf, daß das europäische Konsortium Airbus von den direkt betroffenen EG-Staaten – Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Spanien – öffentliche Beihilfen erhalte. In diesen vier Ländern befinden sich Produktionsstätten der europäischen Flugzeuge.

Dem Vorwurf des unlauteren Wettbewerbs halten die Europäer entgegen, daß die amerikanischen Flugzeugbauer von staatlichen Aufträgen für Militärmaschinen profitieren, die jedoch auch im zivilen Luftverkehr eingesetzt würden. Das Geplänkel wuchs sich vor mehreren Monaten zum regelrechten Handelsstreit aus, als die US-Regierung unter dem Druck der vorliegenden Klagen einheimischer Flugzeugbauer und des hohen Auslandsdefizits den Europäern mit Vergeltungsmaßnahmen drohte.

In London verständigten sich beide Parteien auf gewisse Disziplin bei der Vergabe öffentlicher Beihilfen. Hiervon ist das bereits gestartete Programm für die neue Airbus-Generation – ein Ansatzpunkt für die Kritik der Amerikaner – jedoch nicht betroffen. In der Frage der staatlichen Beihilfen, die zwar für die Forschung im militärischen Bereich bestimmt sind, aber auch der zivilen Luftfahrt zugute kommen, wollen EG und USA ebenfalls zu einer Lösung kommen. Ferner werden Europäer und Amerikaner versuchen, andere Herstellerländer – insbesondere Japan und Schweden – für die Annahme dieser Wettbewerbsregeln zu gewinnen.

Der Kompromiß war erst nach zähem Ringen zustande gekommen, da für beide Seiten viel auf dem Spiel steht. So exportieren die Vereinigten Staaten für fast fünf Milliarden Dollar Zivilverkehrsmaschinen und Ersatzteile nach Europa. Das Ausfuhrvolumen der Gemeinschaft in die USA liegt bei etwa drei Milliarden. Außerdem belaufen sich die Bestellungen und Optionen europäischer Luftfahrtgesellschaften bei amerikanischen Firmen auf 23 Milliarden Dollar. Die Aufträge und Optionen von US-Gesellschaften für den Airbus werden mit 13 Milliarden Dollar beziffert. □

Chirac spricht in Israel über PLO

Der französische Premierminister, Jacques Chirac, war im November 1987 in Israel. Anläßlich dieses Besuchs äußerte sich Chirac in der französischen jüdischen Monatszeitung »L'Arche«:

»Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) ist eine Realität, die nicht ignoriert werden kann. Diese Meinung wird in Europa einschließlich Frankreich seit langem vertreten und es wird dabei empfohlen, die PLO in die Friedensverhandlungen mit einzubeziehen.«

In einem Treffen mit Chirac machte der israelische Premierminister Yitzhak Shamir eine »scheinbar versöhnende Geste«, wie die »Jerusalem Post« es nannte, als er Interesse an Verhandlungen mit den Palästinensern zeigte, die »Israel anerkennen und den Terrorismus ablehnen«. Shamir bezeichnete sein Treffen mit Chirac als »mehr denn freundschaftlich, ja beinahe intim«.

Wie aus Nahostquellen verlautet, befinden sich Shamir und ein bestimmter Block innerhalb der Herut-Likud-Partei mit Bindungen zum früheren Premierminister Menachem Begin, die dem Handels- und Industrieminister Ariel Sharon entgegengesetzt sind, inmitten einer politischen Wende, hin zu größerer Offenheit für eine Diskussion mit Elementen innerhalb der PLO. □

Kritik an japanischen Einfuhrzöllen

Für rund vier Deutsche Mark pro Kopf und Jahr importiert Japan Wein und Alkoholika aus den zwölf Ländern der Europäischen Gemeinschaft. Dies nutzt vielleicht der Volksgesundheit, ist jedoch äußerst abträglich für den Handel. Denn nicht allein aus Enthaltsamkeit verzichten die Japaner auf europäischen Wein und Schnaps. Vielmehr schrecken sie die hohen Preise ab. Schuld daran ist das japanische Zollsystem, das nahezu alle europäischen Erzeugnisse in die höchsten Kategorien mit Sätzen zwischen 50 bis 200 Prozent einstuft.

Japan hatte der EG-Kommission in monatelangen bilateralen Verhandlungen eine Teilreform seiner Einfuhrzölle angeboten. Brüssel hatte dieses Angebot jedoch als unzureichend zurückgewiesen und auf einer Entscheidung im Rahmen des Internationalen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) bestanden.

Die GATT-Runde gab schließlich den Europäern recht, da nach Ansicht der Sachverständigen das bestehende japanische Zollsystem gegen Artikel III des Abkommens verstoße. Sie forderte die japanischen Behörden auf, von ihrer bisherigen Praxis abzurücken.

Kein Gehör fand hingegen eine Klage der Europäer gegen die Etikettierung japanischer Erzeugnisse, die nach Auffassung der EG-Kommission dazu angetan ist, den Kunden bezüglich des Ursprungs der Ware irrezuführen. Nach Ansicht der GATT-Experten lassen die von Brüssel vorgelegten Beweisstükke diesen Schluß nicht zu. □

Transatlantischer Hormonkrieg dauert an

Im transatlantischen Handelskrieg zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten sind die Amerikaner erneut in die Offensive gegangen. Inzwischen haben die EG-Landwirtschaftsminister ihre Entscheidung, die Einfuhr von US-Fleisch, das von hormonbehandelten Tieren stammt, zu verbieten, für ein Jahr verschoben.

Nach den Konzessionen der Europäer schien ein Waffenstillstand zunächst in greifbare Nähe gerückt. US-Präsident Reagan drohte jedoch jetzt an, die Vereinigten Staaten würden im Gegenzug ihre Einfuhrzölle für

EG-Importe entsprechend den Ausfällen erhöhen, die den US-Fleischexporteuren entstünden. Zu dieser Maßnahme würden sie allerdings erst dann greifen, wenn die Europäer die US-Fleischeinfuhren stoppten.

Daß Gefahren für den Verbraucher von hormonhaltigem Fleisch ausgehen können, wird jenseits des Atlantiks bestritten. Deshalb sind die Amerikaner offenbar der Ansicht, daß ihr Fleisch auch für die Europäer gut ist.

Brüssel reagierte prompt und unmißverständlich. Die EG-Kommission bezeichnete die Haltung der USA als »bedauerlich und unberechtigt«. Das Verbot der Hormonfütterung und des Verkaufs von hormonhaltigem Fleisch betreffe in erster Linie die Landwirte in der EG und stelle somit keine Diskriminierung dar. Zudem habe die EG den Drittländern eine einjährige Gnadenfrist eingeräumt.

EG-Landwirtschaftskommissar Frans Andriessen kündigte eine harte Gangart der Europäer an; falls die USA ihre Drohungen wahrmachten, sähe sich die Gemeinschaft zu Vergeltungsmaßnahmen gezwungen. □

Norwegens größte Bank verliert 124 Millionen Dollar

Sprecher von Norwegens größter Bank, der Den Norske Creditbank, berichteten, daß sich ihre Verluste in Aktiengeschäften in den ersten Wochen nach dem Börsenkrach im Oktober auf 600 Millionen Kronen oder rund 83 Millionen Dollar beliefen.

»Der weitere Fall der Aktienpreise weltweit seither hat die Situation der Bank deutlich weiter verschlechtert«, sagte Terje Loeddesoel, der Leiter der Bank.

Loeddesoel fügte hinzu, die Verluste seien inzwischen auf 800 Millionen Kronen oder 124 Millionen Dollar angestiegen. Wenn sich keine Besserung zeigt, »besteht die Gefahr, daß wir in die roten Zahlen kommen«. □

Verbot von krebserregenden Substanzen

Die Liste der in der Europäischen Gemeinschaft verbotenen krebserregenden Chemikalien ist um vier Stoffe länger geworden. Die zuständigen Minister der zwölf Mitgliedsländer verabschiedeten jetzt eine gemeinsame Richtlinie zum Schutz der Arbeitnehmer. Sie verbietet EG-weit die Herstellung und Verwendung von Benzidin und drei weiteren Substanzen, die in dem Verdacht stehen, Krebs hervorzurufen.

Die neuen Bestimmungen lassen allerdings einige Ausnahmen zu. So dürfen diese Stoffe in Verbindung mit anderen Substanzen als Neben- oder Abfallprodukt vorkommen, wenn ihr Anteil 0,1 Prozent des Gewichts nicht überschreitet. Außerdem können die Mitgliedstaaten die Verwendung der verbotenen Chemikalien zu wissenschaftlichen Zwecken gestatten. □

Bank von England will Bankkapital-Standard

Die Bank von England drängt auf eine internationale Vereinbarung, um die Voraussetzungen und Anforderungen an Bankenkapital zu vereinheitlichen.

Die Bankkapitalvorschriften bestimmen das Verhältnis, zu dem eine Bank gegen Kapital Kredite vergeben kann, und diese Vorschrift ist derzeit in den verschiedenen Ländern unterschiedlich.

Die Bundesrepublik ist gegen eine solche Vorschrift, da der Vorschlag für eine solche Vereinbarung auf einem amerikanisch-britischen Muster basiert, das Normen setzt, die niedriger sind als die Normen Deutschlands. Damit müßte Deutschland seine Standards senken, was für gefährlich gehalten wird angesichts einer möglichen neuen Welle finanzieller Zusammenbrüche.

Frankreich hat sich Deutschland in der Ablehnung der vorgeschlagenen Vereinbarung angeschlossen – aber aus anderen Gründen. Die Franzosen halten im Gegenteil den Standard für nicht niedrig genug und möchten die Definition von Kapital lokkern und Rückstellungen für Kreditverluste mit einschließen. Da Frankreich und Deutschland aus unterschiedlichen Gründen gegen einen internationalen Bankkapital-Standard sind, scheint es unwahrscheinlich, daß sie einen Block bilden werden, um letztlich den Abschluß der Vereinbarung zu verhindern. □

INF-Vereinbarung vielleicht nicht legal

Könnte Europa die Vereinbarung über die Intermediate Nuclear Forces juristisch anfechten? Der Franzose Jean-Marie Benoist, der kürzlich eine Anti-INF-Anzeige unterzeichnete, die in der »Washington Post« erschienen ist, erhob diese Frage in einer Ausgabe von »Le Mode«.

Benoist, Präsident des Europäischen Zentrums für Strategische und Internationale Beziehungen (»CERIS«) schrieb, »nach internationalem Recht bleibt dieser Vertrag sehr umstritten und er ist deshalb vor den Gerichten angreifbar, da die Europäer nicht daran teilhaben, wenn man berücksichtigt, daß es in erster Linie eine Frage des Überlebens und der Freiheit für Europa bedeutet«.

Benoist ermahnte »die amerikanischen Gesetzgeber vor der Ratifizierung dieses schlechten Abkommens, das Verteidigungsminister André Giraud zu Recht ein ›zweites München‹ nannte, sich die Stimmen maßgebender Europäer zu Herzen zu nehmen und die Tatsache zu berücksichtigen, daß man angesichts eines Feindes nicht selbst einseitig abrüstet und sich wichtiger Verteidigungsmittel beraubt«.

Unter der Überschrift: »Euro-Missiles: Wer profitiert von diesem Abkommen?« warnt Benoist davor, daß der Vertrag, im Rahmen dessen amerikanische Raketen abgezogen werden, »uns in eine nicht beneidenswerte Lage bringt, vergleichbar mit der, die am Vorabend der beiden letzten Weltkriege herrschte«. Er erinnerte an Präsident Charles de Gaulles unbeachtete Warnungen, daß der Vertrag von Jalta Osteuropa unter »das Joch sowjetischer Herrschaft bringen würde«.

Benoist schließt mit den Worten: »Die Ergebnisse der wahrscheinlichen De-Nuklearisierung Westeuropas zeigt sich bereits in Westdeutschland, wo der Präsident der Vereinigten Staaten, der neue Roosevelt von Jalta, dabei ist, der Held der Grünen zu werden.« □

Sowjetgeneral besuchte Thailand

General Yevgeny Ivanovsky, Befehlshaber der sowjetischen Bodenstreitkräfte, besuchte vor kurzem Thailand und erwiderte damit den Besuch des thailändischen Oberbefehlshabers General Chavalit Yongchaiyut in Moskau. Dies war der erste Besuch eines hochrangigen sowjetischen Armeeoffiziers in Bangkok.

General Chavalit hat die Unruhen im benachbarten Kampuchea verurteilt, die »eher als ein Bürgerkrieg zwischen zwei kommunistischen Gruppierungen« denn als eine Frage des Widerstandes gegen die von den Sowjets unterstützte Besatzung durch die Vietnamesen angesehen werden. Chavalit appellierte an die Sowjets, sich stärker um die Lösung der Krise in Kampuchea zu bemühen, weil die Sowjets die Führer der sozialistischen Bewegung in der Welt seien.

Indem der frühere kambodschanische Herrscher Prinz Norodom Sihanouk zustimmte, sich mit dem kampucheanischen Premierminister Hun Sen zu treffen, hatte er damit insgeheim die Position akzeptiert, daß es sich bei dem Konflikt in Kampuchea um einen »Bürgerkrieg« handelt. □

Europäische Gemeinschaft

Crash vereint Europäer gegen USA

Oscar Boline

Es ist nichts Ungewöhnliches, daß die Reagan-Regierung von Europäern kritisiert wird. Der jüngste Börsenkrach ist dabei keine Ausnahme. Im folgenden Bericht schreibt Oscar Boline über Meinungen, über die in den Establishment-Medien kaum berichtet wurde. Die wichtigste Tatsache dabei ist die wachsende Bindung unter den Ländern Europas – insbesondere zwischen Frankreich und Deutschland –, die sich gegen die amerikanische Wirtschaftspolitik vereinen.

Der amerikanische Finanzminister James A. Baker beschuldigte die Westdeutschen in harter Form, daß sie das internationale Wirtschaftsspiel nicht nach den Regeln spielen. Damit wurden die Weltaktienmärkte mehr als ins Wanken gebracht, es führte zu Verlusten und Befürchtungen einer weltweiten Depression für Investoren und andere Beteiligte. Es machte ein für allemal das Vertrauen in Amerikas Führung in Weltangelegenheiten zunichte.

Zwischen Reagan und Gorbatschow

Bakers Stellungnahme kam nur Stunden vor der Ankunft des französischen Präsidenten François Mitterrand, dessen Frau und einer Reihe von Ministern und Spitzenbeamten zu einem zweitägigen Staatsbesuch in der Bundesrepublik. Sofort umhüllte ein Schleier der Geheimhaltung den Besuch. Die Hunderte von Journalisten, die den Staatsbesuch begleiteten, hofften, eingehende Informationen über das zu bekommen, was über Präsident Reagan und seine Mannschaft von Reaganomics gesagt und getan wurde. Sowohl von französischer als auch von deutscher Seite wurde stets nur gesagt: »Kein Kommentar!«

Zum Leidwesen für die Vereinigten Staaten kamen Bakers Äußerungen inmitten einer Zeit, wo die Glasnost-Politik von Kremlchef Michail Gorbatschow für Europäer eine gute Alternative zu sein scheint zum amerikanischen Banken- und multinationalen Imperialismus und den Reaganomics – die Wirtschaftspolitik Reagans –, die von diesen gepredigt wird. Reaganomics wird als eine Art »Hexerei« angesehen, die die Banken- und multinationale Clique benutzt, um in einem ersten Schritt zur Schaffung der »One World«, die sie dann beherrschen werden – was ihr Ziel ist –, die Volkswirtschaften zu unterminieren.

Das Schlüsselmerkmal der Reaganomics ist die Anhäufung hoher Haushaltsdefizite und die Finanzierung dieser Defizite durch die höchsten Zinssätze weltweit, um so ausländisches Kapital für den Kauf amerikanischer Staatsobligationen anzuziehen. Dadurch sind Kapitalanleger aus den führenden Ländern in der Welt den Vereinigten Staaten preisgegeben. Angesichts der nachlassenden Konjunktur können die Kapitalanleger nur wenig tun, sobald sie einmal drin sind, als weitere Staatsanleihen zu kaufen.

Den USA den Kampf ansagen

Sir Peter Vanneck, ehemaliger Bürgermeister von London, einst stellvertretender Leiter der Londoner Börse und Inhaber vieler Ehrenposten in England – unter anderem Zeremonienmeister der Königin – und jetzt Mitglied des Europäischen Parlaments, scheint nicht viel von den Vermögenswerten zu halten, auf denen diese Obligationen basieren. In einem kurzen Gespräch meinte Vanneck: »Reagan trägt das Haushaltsdefizit als sein persönliches Aushängeschild vor sich her.«

»Es bedarf mehr, als die Hand seiner Frau zu halten und vor den Fernsehkameras zu winken, um dies in Ordnung zu bringen«, kommentierte Andrew Pierce, Mitglied des Europäischen Parlaments von der englischen Westküste. Eine Woche nach dem »schwarzen Montag« meinte Pierce: »Nun, das ist der Moment, auf den wir alle gewartet haben, denn die Vereinigten Staaten haben lange das Geld anderer ausgegeben und der Tatsache nicht ins Auge geschaut, daß man auf lange Sicht gesehen nur das Geld ausgeben kann, das man selbst hat.

Das ist Thatcherismus! Von Margaret Thatcher wird oft behauptet, daß sie den Thatcherismus von Reagan abgeguckt hat. Er ist es, der das Geld anderer Leute ausgegeben hat.«

Was Bakers Provokationen des weltweiten Aktienmarkt-Crashs betrifft, so fügte Pierce hinzu: »Wir in Europa müssen jetzt damit rechnen, daß unsere Konjunktur infolge einer Rezession in den Staaten eine Talfahrt erlebt. Reagan kann sich da nicht herausreden. Die Banker schenken seinen honigsüßen Worten keinerlei Aufmerksamkeit. Er muß etwas unternehmen.«

Pierce fürchtet, daß die Amerikaner die Reaktionen in Europa nicht verstehen werden, daß sie von der Person ihres Präsidenten noch immer zu sehr überwältigt sind und die Realität nicht verstehen.

»Ich fürchte, wenn Reagan das nicht in Ordnung bringt, dann wird das Europa ganz schön in den Schlamassel ziehen. Wie kann man die Amerikaner davon überzeugen, die Medizin zu nehmen, die Pille zu schlukken?« fragte Pierce.

»Sagt den USA den Kampf an«, meinte Michael Kilby, Europa-Abgeordneter aus dem englischen Nottingham. »Europa erwartet von den USA eine starke Führung und finanzielle Verantwortung, einem Land, das das mächtigste auf der Welt ist. Davon haben wir in letzter Zeit nicht viel gesehen.

Sie tun alles für ihre Clique

Die Rolle Amerikas im Hinblick auf seine Finanzen ist von völliger Verantwortungslosigkeit gekennzeichnet. Die Amerikaner haben sich angeschickt, das Haushaltsdefizit nicht durch Einnahmen, sondern durch hohe Kreditaufnahme im Ausland zu finanzieren. Ich habe Geld in

Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg versuchen, den beunruhigten US-Finanzminister James A. Baker (rechts) zu beschwichtigen.



Oscar Boline (links) im Gespräch mit Mark Clinton aus Dublin (Mitte) und Thomas Raftery aus Cork. Raftery ist der Meinung, die Amerikaner leben in einer Traumwelt.

amerikanische Staatsobligationen gesteckt. Es schien eine fast todsichere Gelegenheit zu sein, 17 bis 19 Prozent Zinsen für mein Geld. Viele Europäer taten das gleiche. Das Ergebnis war ein hoher Dollar-Kurswert und keine Produktion, sondern statt dessen erhöhte Importe.

Diese völlig verantwortungslose Aktion führte zum schwarzen Montag. Amerikas Prestige ist geschwächt, und es wird harte Arbeit und viel Zeit erforderlich sein, um das wieder in Ordnung zu bringen.«

Der amerikanische Finanzminister Baker ist inzwischen für viele Europäer zum »häßlichen Amerikaner« geworden. Eigentlich wird die gesamte Gruppe um Reagan in Europa mit Argwohn beobachtet. Man beschuldigt sie, bereit zu sein, alles für ein Mitglied ihrer Clique zu tun.

Der schwarze Montag war kaum vorüber, als die Top-Wirtschaftszeitungen aus Washington berichteten, daß Baker und der Vorsitzende des Federal Reserve Systems, Alan Greenspan, einen Plan ausarbeiteten, um Wertpapiermakler aus finanziellen Schwierigkeiten zu retten. Dieses Vorgehen seitens einer Regierung, die sich der Doktrin des Laisser-faire verschrieben hat, führte zu großer Kritik an Reaganomics.

Der Abgeordnete des Europäischen Parlaments aus dem englischen Dorset, Bryan Cassidy, er ist Verfechter eines harten Kurses in wirtschaftlichen Dingen, äußerte sich ebenfalls zu diesem Problem: »Ich bin äußerst erstaunt darüber, daß die Leute an der Börse, die normalerweise von den Vorteilen eines freien Marktes reden, so lange der Markt im Aufwärtstrend liegt, anfangen nach staatlicher Unterstützung zu verlangen, sobald sich ein Abwärtstrend zeigt. Das ist ein schlechtes Beispiel für Staatsmentalität.«

Ein anderer Europa-Abgeordneter, Thomas Raftery, war gerade aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrt und faßte seine Empfehlungen über Amerika wie folgt zusammen: »Ich möchte die Amerikaner nicht beleidigen. Meine Vorfahren haben dort eine Heimat gefunden, als sie Irland verlassen mußten, und ich bin sehr dankbar für alles, was Amerika für die Welt getan hat. Doch bei meinen beiden Besuchen im Jahr 1980 und jetzt habe ich große Unkenntnis über die Welt jenseits der Grenzen der Vereinigten Staaten festgestellt – nicht nur bei den Durchschnittsbürgern, sondern auch bei Leuten, von denen man es anders erwarten würde.

Jacques Delors, Chef der EG-Kommission, meinte, US-Finanzminister Baker sei »ein Feuerwehrmann mit der Wirkung eines Brandstifters«.





Es ist so, als wäre Amerika die Welt und alles andere habe keinerlei Bedeutung, sei nicht von Wichtigkeit und könne deshalb ignoriert werden. Es ist eine Traumwelt. Die Amerikaner erzählen einander, was sie hören wollen.«

Amerika sollte wieder zu Hause produzieren

Dies, so hofft Raftery, ist durch den schwarzen Montag und die Ereignisse der folgenden Tage vielleicht erschüttert worden. Denn: »Kein Land, kein Haushalt kann fortfahren damit, immer weiter Schulden zu machen. Amerika ist jetzt der größte Schuldner auf der Welt. Es war einst der größte Gläubiger.

Zu viele US-Industrien sind außer Landes gegangen. Die Produzenten haben die Kunden vergessen. Sie müssen die Leute an die erste Stelle setzen. Wenn die Kunden keinen einheimischen Produzenten finden, der ihre Nachfrage erfüllen kann, dann werden sie im Ausland danach Ausschau halten.

Ich habe viele gute Produkte in Amerika gesehen, die unter amerikanischen Markennamen verkauft, doch in Hongkong, Südkorea und anderswo hergestellt worden sind. Ich denke, die amerikanischen Produzenten müssen damit anfangen, die Leute an die erste Stelle zu setzen und nicht rasche Profite. Sie müssen anfangen, zu Hause zu produzieren.«

Das ist nicht nur die Meinung von Thomas Raftery, es ist im Grunde die Einstellung vieler Europäer heute gegenüber den Vereinigten Staaten. □

Franz-Josef Strauß und Francois Mitterrand sind beide langjährige Kritiker von Reagans-Wirtschaftspolitik.

Federal Reserve System

Profite mit Drogengeldern

George Nicholas

Das amerikanische Federal Reserve System ist eine Schattenregierung der Privatbanken. Von den Drogenhändlern ist sie in eine Art Geldwaschanlage umgewandelt worden, die sich jetzt jeden Monat ihren Anteil an der Milliardenbeute holen. Dies wurde bekannt im Verlaufe einer Untersuchung, in der Interviews mit Experten der Wall Street und Vertretern der amerikanischen Legislative geführt wurden.

Überraschenderweise wurde festgestellt, daß einige der führenden Kriminalisten der Vereinigten Staaten das Federal Reserve System (Fed) inoffiziell verantwortlich machen für die Vereinnahmung und Vertuschung der Riesenprofite, die in die Tasche von internationalen Drogenhändlern wandern.

Das schmutzige Geheimnis

»Dieses Geschäft mit ›heißem Geld‹ sind das schmutzige Geheimnis der Fed«, bestätige James Harmon, der leitende Direktor von Präsident Reagans Kommission über das organisierte Verbrechen in den USA auf einer Konferenz von amerikanischen Bundesstaatsanwälten. Seine Kritik wurde anschließend von einem jungen Rechtsanwalt weitergegeben, der bei der Konferenz anwesend war.

»Wir sprechen hier von beachtlichen Summen – mächtige Drogenhändler pumpen bis zu 40 Milliarden Dollar jährlich in unsere Volkswirtschaft. Nachdem diese Gelder über die Fed ›recycled‹ wurden, werden sie in ganz legitime Geschäfte investiert.«

Andere Recherchen bestätigen Harmons Aussage, obwohl sie allerdings meinten, 40 Milliarden Dollar sei eine niedrige Einschätzung für diesen geheimen Geldhandel.

»Es stimmt für das, was man offen sehen kann, wenn man sich die Mühe macht, wirklich hinzuschauen«, sagte Walter Thaggert, ein ehemaliger Polizeibeamter, der jetzt für eine große Anwaltskanzlei arbeitet.

Jeden Dienstag und Freitag versammelt sich eine Reihe von gepanzerten Autos auf dem Flughafen von Miami und warten auf die ankommenden Flüge aus Panama und Venezuela. Mit ihnen kommen Kuriere zurück, die Stahlkoffer bei sich führen, die oft mit Handschellen an ihren Handgelenken gesichert sind. Mit bewaffneten Wachen und Transportern werden sie nach Miami hinein eskortiert, wo die Stahlkoffer geöffnet und der Inhalt – Bündel mit amerikanischer Währung – bei der Federal Reserve Bank deponiert werden.

Warum nimmt die Fed diese Riesenmengen nicht dokumentierten Bargelds an? »Weil es sich bei den Einlegern um Banker handelt«, sagt Dr. Claudio Tonelles Cabrera, ein Wirtschaftswissenschaftler, der sich an der Columbia-Universität auf interamerikanische Währungsstudien spezialisiert hat. »Es ist im Grund ein ganz einfacher Plan. Die meisten großen Drogenhändler geben ihre Dollars in Panama auf die Bank, wo die führenden Geldkonsortien der Wall Street – die Chase Manhattan Bank, die Citibank und andere – große Zweigstellen besitzen.«

Mit Drogengelder Schuldverschreibungen gekauft

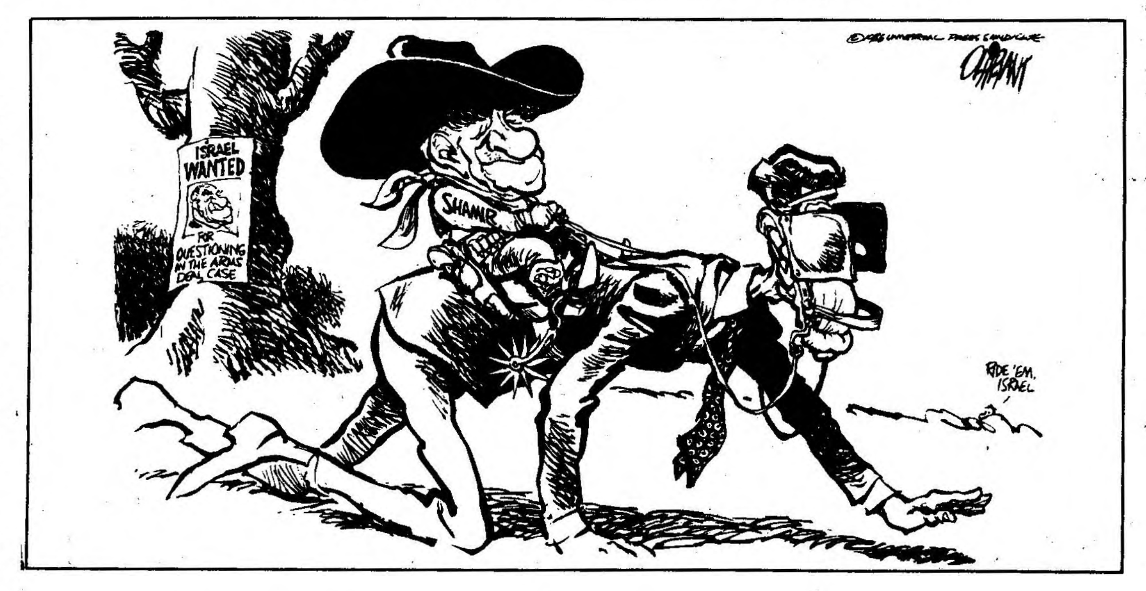
Fast alle diese Einlagen gehen auf sogenannte Firmenkonten im Ausland, die amerikanische Banken in Panama für Kunden führen, die nicht in der Lage sind, die Herkunft ihres Vermögens zu erläutern. Sobald die Gelder dann in den Tresoren liegen, nehmen sich die Geldmanager der Chase Manhattan oder Citibank ihrer an. Sie transferieren sie in die Vereinigten Staaten, wo sie nach Anweisungen des Einlegers in Aktien, Schuldverschreibungen auf dem Geldmarkt, in Immobilien oder in irgendeinem anderen gewinnbringenden Geschäft angelegt werden.

»Ein Grund, warum die Fed scheinbar bereit ist, sich vor diese Transfers zu stellen, liegt darin, daß mehr und mehr von diesen Drogengeldern in amerikanische Schuldverschreibungen angelegt werden«, sagt Rita Bauer, eine Wirtschaftswissenschaftlerin, die bei der Federal Reserve beschäftigt war und jetzt Marktbeobachterin für eine große New Yorker Investmentbank ist.

»Das ist eine recht neue Taktik. Die Zahlen des Finanzministeriums zeigen, daß im Jahr 1985 amerikanische Aktien im Wert von fast drei Milliarden Dollar mit Geldern gekauft wurden, die über Panama und Venezuela eingeschleust worden sind, das ist ein Anstieg von über 360 Prozent im Vergleich zum Vorjahr«, sagt sie.

»Im gleichen Zwei-Jahres-Zeitraum stiegen die Käufe von Schuldverschreibungen mit ›heißem Geld‹ um fast 500 Prozent auf sage und schreibe 5,9 Milliarden Dollar. Wenn das so weitergeht, bleibt Kolumbien vielleicht ein Schuldnerland, doch das Drogenkartell des Landes wird zum größten Gläubiger Kolumbiens werden.«

Andere Quellen meinen, daß sich dieser beispiellose Trend fortsetzen und ausweiten werde. »Die Anti-Drogenkampagne der Reagan-Regierung wird jetzt selbst von den Beamten, die sie durchführen als ›Heuchelei‹ bezeichnet«, behauptet ein kürzlich ausgeschiedener FBI-Agent. »Andererseits ist die Fed stolz darauf hinzuweisen, daß einer von ihren zwölf Bezirken – Atlanta, wozu auch Miami gehört – im letzten Jahrzehnt jedes Jahr einen hohen Dollar-Überschuß in seinen Büchern aufweist. Was die Fed ihnen nicht erzählt, daß es sich nach Meinung fast jedes Experten bei diesem Milliardenüberschuß um Recycling-Drogengeld handelt.«



Die meisten Experten sind der Ansicht, daß die Fed nicht »von alleine auf diese Machenschaften gekommen ist«, wie Dr. Bauer das Verhalten bezeichnete. »Wir haben uns schon immer gewundert, was die Rockefeller-Brüder – den verstorbenen Nelson und David – dazu motiviert hat, so stark an Lateinamerika interessiert zu sein, wo in früheren Zeiten schließlich nicht viel Bankgeschäfte von großem Ausmaß getätigt worden sind«, sagt Tonelles.

Das besondere Interesse Rockefellers

»Niemand wußte, worauf sie im Jahr 1970 hinauswollten, als sich die Chase Manhattan und andere große Wall Street-Banken an die Arbeit machten, um einen neuen Bankenkodex für Panama zu schaffen. Die Gesetze, die sie schufen, wurden von einer Militärdiktatur nach der anderen in diesem ignoranten kleinen Land gehorsamst befolgt.

Diese Statuen gaben den Banken die unumschränkte Macht über Geld in jeder beliebigen Art wie sie wünschten zu verfügen, ohne einer außenstehenden Behörde rechenschaftspflichtig zu sein. Sie sind über Jahre hinweg expandiert, doch nicht eine einzige Bankprovision ist ihnen jemals abgesprochen worden.«

Kein Wunder, daß es keinen Protest von seiten des Banken-Establishment gab, als US-Staatsanwälte in den letzten Jahren immer mehr Druck auf die Schweiz ausgeübt haben, bis diese ihr traditionelles Bankgeheimnis aufgab, meinte der frühere FBI-Agent. »In der Schweiz mußte die Chase Manhattan mit einer ansässigen Bank – zum Beispiel dem Crédit Suisse – zusammenarbeiten, um die großen Mengen heißer Gelder reinzuwaschen«, sagte dieser erfahrene Rechercheur. »In Panama gibt es derlei Komplikationen nicht.«

Inzwischen sind unveröffentlichte Daten über das amerikanische Federal Reserve System bekannt geworden, die diese Theorie bestätigen und zeigen, daß die Chase Manhattan Bank – das Finanzflaggschiff der Familie Rokkefeller – und mit ihr verbündete US-Großbanken am Ende des vergangenen Jahres über 140 Milliarden Dollar in den Büchern ihrer Zweigstelle in Panama stehen haben werden, eine schwindelerregend hohe Summe, besonders gemessen an Panamas Warenkorb-Konjunktur und dem elenden Handelsdefizit.

Geleitet von einer Clique von Insidern

»Die traurige Tatsache ist, daß Drogen zu Lateinamerikas führendem Exportartikel geworden sind«, sagt ein ehemaliger Datenkontrolleiter der amerikanischen Drogenbehörde, der jetzt für das Weiße Haus arbeitet. »In der Geschichte wird dies als eine Tragödie verzeichnet sein. Doch die Rockefeller sehen es als eine Gelegenheit, um beispiellose Profite zu machen. In Panama haben sie eine sichere Geschäftsenklave aufgebaut, um den zunehmenden Fluß an Geldern aus diesem Handel anzulegen, reinzuwaschen und zu reinvestieren. Und was ebenso wichtig dabei ist, sie haben die Fed, die diese Geschichte deckt.«

»In Wirklichkeit muß es leicht gewesen sein«, sagt Tonelles. »Die Federal Reserve ist wie die Regierung von Panama, eine kleine verschwiegene Enklave, geleitet von einer Clique von Insidern, die über Fortschritt und Patriotismus sprechen, doch nur Profite im Kopf haben.« □



David Rockefeller

Ein Freund hinter den Kulissen

James P. Tucker

Ein langjähriger Freund der Rockefeller-Familie ist der einflußreiche New Yorker Anwalt Herbert Brownell. Er gehörte zu den ersten Befürwortern des 25. Zusatzartikels zur amerikanischen Verfassung.



Birch Bayh war ein Befürworter des Zusatzartikels und ein führender, liberaler Internationalist.

Herbert Brownell war sogar selbst amerikanischer Justizminister unter der Regierung Eisenhower und fast 30 Jahre lang eine treibende Kraft im liberalen Flügel der republikanischen Partei der USA.

Während seiner Amtszeit als Justizminister erstellte Brownell nach Präsident Dwight Eisenhowers vorübergehender Amtsunfähigkeit den Entwurf für einen Zusatzartikel zur Verfassung. Er beinhaltete die Grundsatzbestimmungen zur Entscheidung über die Amtsunfähigkeit eines amerikanischen Präsidenten, die schließlich im 25. Zusatzartikel ihren Ausdruck fanden, wie er dann fast ein Jahrzehnt später vom Kongreß genehmigt und von den Staaten ratifiziert wurde.

Im Jahr 1963 dann allerdings begann Brownell mit der Koordinierung des Drängens von seiten des Establishments zur Annahme der Maßnahme, die anschließend ausgearbeitet und dem Kongreß als 25. Zusatzartikel zur amerikanischen Verfassung vorgelegt wurde.

Brownell war Rädelsführer eines zwölfköpfigen Anwaltsgremiums, das von der American Bar Association (amerikanischen Anwaltskammer), ABA, einberufen wurde. Unter Brownell entwarf dieses Gremium eine Reihe von Bestimmungen, die Anfang des Jahres 1964 dem Kongreß vorgelegt wurden.

In den folgenden drei Jahren führte Brownell dann eine ausgedehnte und gut finanzierte Kampagne zugunsten dieses Zusatzartikels, die dann auch schließlich zu seiner formellen Annahme durch den Kongreß und am 10. Februar 1967 zu dessen Ratifizierung durch die Staaten führte.

Der vorrangige Befürworter für den Zusatzartikel im Kongreß war der damalige Senator Birch Bayh, einer der führenden, liberalen Internationalisten im Senat, der aufgrund eines Wählerentscheids im Jahr 1980 seinen Senatssitz verlor.

Die Ironie des Schicksals

Im US-Repräsentantenhaus war ein weiterer Liberaler des Establishments, das damalige Mitglied des Repräsentantenhauses und Vorsitzender des Rechtsausschusses, Emanuel Celler, Mitbefürworter des Artikels. Brownells Kampagne zur Ratifizierung des Zusatzartikels in den einzelnen Staaten wurde fast ausschließlich von seinen Kollegen im Justizbereich bestritten.

Angesichts des Ursprungs des Zusatzartikels erscheint es um so mehr als eine Ironie des Schicksals, daß es Herbert Brownells Herr und Meister Nelson Rockefeller war, der nach der Watergate-Affäre – mit der US-Präsident Richard Nixon und sein Vizepräsident Spiro Agnew gestürzt wurden – beinahe das Präsidentenamt übernommen hätte.

Wären Lynette Fromme oder Sarah Jane Moore eine bessere Wahl gewesen, hätte Gerald Ford das Weiße Haus sehr wahrscheinlich frühzeitiger verlassen und Nelson Rockefeller hätte den Traum seiner Familie erfüllt und wäre ohne die Abhaltung von allgemeinen Wahlen zum Präsidentenamt aufgestiegen. □

Kann man Reagan stürzen?

Michael Collins Piper

Was wäre, wenn eine Establishment-Clique im amerikanischen Kabinett entscheiden würde, daß der amerikanische Präsident Ronald Reagan nicht mehr in der Lage ist, sein Amt bis zum Ende der Amtszeit auszuführen? Was wäre, wenn die gleiche Clique beschließen würde, Reagan aus dem Weißen Haus zu entfernen und Vizepräsident George Bush das Präsidentenamt zu übergeben und damit eine zusätzliche Unterstützung seiner Bemühungen die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Republikaner im Jahr 1988 zu gewinnen?

Angenommen, der amerikanische Präsident lehnt es ab, dem Druck nachzugeben und aus dem Amt zu scheiden, selbst angesichts vom Establishment verbreiteter Verdachtsmomente, daß er entweder aus körperlichen oder gar geistigen Gründen für das Amt ungeeignet sei?

Die Verfassung würde es zulassen

Der 25. Zusatzartikel zur amerikanischen Verfassung liefert eine mögliche Antwort: Das Kabinett selbst besitzt die verfassungsrechtliche Machtbefugnis, den Präsidenten seines Amtes zu entheben.

Am 10. Februar 1967 wurde der kaum bekannte 25. Zusatzartikel ratifiziert. Abschnitt 4 dieses Zusatzartikels gibt dem Establishment die Möglichkeit, einen »geistesgestörten« Präsidenten aus dem Weißen Haus zu entfernen: »Wenn der Vizepräsident und eine Mehrheit, entweder der leitenden Beamten der Exekutive oder eines anderen Organs – wie es vom Kongreß laut Gesetz vorgesehen werden kann –, dem pro-tempore Präsidenten des Senats und dem Sprecher des Repräsentantenhauses ihre schriftliche Erklärung übermittelt, daß der Präsident nicht in der Lage ist, die Rechte und Pflichten seines Amtes auszuüben, so muß der Vizepräsident als amtierender Präsident sofort die Rechte und Pflichten dieses Amtes übernehmen.«

Ronald Reagan, oder jeder andere, könnte in diesem Fall protestieren so viel er wollte, er könnte schreiend und tretend aus dem Weißen Haus getrieben werden – und die amerikanische Verfassung würde es zulassen.

In Abschnitt 4 heißt es weiter: »Wenn daraufhin der Präsident dem pro-tempore Präsidenten des Senats und dem Sprecher des Repräsentantenhauses seine schriftliche Erklärung übermittelt, daß keine Unfähigkeit existiert, übernimmt er die Rechte und Pflichten seines Amtes wieder, es sei denn, der Vizepräsident und eine Mehrheit, entweder der leitenden Beamten der Exekutive oder eines anderen Organs – wie es vom Kongreß per Gesetz vorgesehen ist –, übermittelt dem pro-tempore Präsidenten des Senats und dem Sprecher des Repräsentantenhauses innerhalb von vier Tagen ihre schriftliche Erklärung, daß der Präsident nicht in der Lage ist, die Rechte und Pflichten seines Amtes auszuführen.

Eine Verschwörung ohne jedes Risiko

Daraufhin entscheidet der Kongreß über das Thema, indem er sich innerhalb von 48 Stunden versammelt, wenn er nicht versammelt ist. Wenn der Kongreß – innerhalb von 21 Tagen nach Erhalt der letzteren, schriftlichen Erklärung oder, falls der Kongreß nicht versammelt ist, innerhalb von 21 Tagen nach dem Aufruf sich zu versammeln – mit Zweidrittel-Mehrheit der Stimmen beider Häuser entscheidet, daß der Präsident nicht in der Lage ist, die Rechte und Pflichten seines Amtes auszuführen, muß der Vizepräsident damit fortfahren, diese als amtienreder Präsident auszuführen; im anderen Fall übernimmt der Präsident wieder die Rechte und Pflichten seines Amtes.«

Kurz gesagt: Wenn das Establishment eine Verschwörung – und das ist das einzige, hier passende Wort, um dies zu umschreiben – in Gang gesetzt hat, um einen Präsidenten ohne die Durchführung von Wahlen oder ohne das Risiko, den Verdacht der Öffentlichkeit zu erregen, indem sie einen Mörder zur Eliminierung eines widerspenstigen Präsidenten verdingen, zu stürzen, so kann das geschehen – ganz legal und in Übereinstimmung mit der amerikanischen Verfassung.

Natürlich gäbe es viel Mitgefühl für Reagan auf seiten des amerikanischen Volkes, wenn er in eine solch verzwickte Lage käme, doch die Sorge um die Sicherheit und das Wohl des Landes würden bestimmt überwiegen. Wer möchte schließlich, daß ein Verrückter – oder gar jemand, der weithin verdächtigt wird, geistig gestört zu sein – die Hand an dem Knopf hat, mit dem die Atombombe ausgelöst wird?

In Reagans Kabinett und den höheren Ebenen seiner Regierung gibt es eine beträchtliche Anzahl von Mitgliedern des mächtigen Council of Foreign Relations (Rat für Auslandsbeziehungen), CFR, und der Trilateralen Kommission – den einflußreichen privaten Interessengruppen, die vom Rockefeller-Imperium kontrolliert werden.

US-Außenminister George Shultz, Handelsminister William Verity und der neue amerikanische Verteidigungsminister Frank Carlucci sind alle Mitglieder entweder des CFR oder der Trilateralen Kommission, und Finanzminister James Baker ist ein langjähriger Freund und politischer Verbündeter von US-Vizepräsident George Bush, der selbst Mitglied der Trilateralen ist.

Zusammen stellen sie nicht ganz eine Kabinettsmehrheit dar, doch immerhin fast. Wenn beispielsweise der CFR eine Verschwörung zur Entfernung Reagans aus dem Weißen Haus aushecken würde und, angenommen, die obigen Beamten würden dabei mitmachen, so brauchten sie nur wenige Stimmen, um den Präsidenten zu stürzen, vorausgesetzt natürlich, der Vizepräsident – der als amtierender Präsident folgt – würde bei dem Plan mitmachen.

Die Zeit wird es zeigen

Unter den Umständen, in denen eine solche Verschwörung aktiv durchgeführt werden könnte – insbesondere mit der bereitwilligen Unterstützung und einflußreichen Hilfe der Establishment-Polizei, vor allem der »Washington Post« und der »New York Times«, die beide in Artikeln in nicht allzu subtiler Weise schon darauf hingewiesen haben, daß der Präsident irgendwie den Kontakt mit der Realität verloren habe –, wäre es nicht schwer, diese zusätzlichen Stimmen zu bekommen.

Die Establishment-Medien – die starken Druck vom CFR und der Trilateralen Kommission bekommen, die auch Schlüsselfiguren aus den Medien zu ihren Mitgliedern zählen – würden sicher eine große Kampagne starten, um die öffentliche Meinung in Richtung Entfernung des Präsidenten aus dem Amt zu bringen, und das schon allein würde einen erheblichen Druck auf jedes noch unschlüssige Kabinettmitglied ausüben.

Kann so etwas passieren? Der 25. Zusatzartikel der Verfassung sagt: Ja! Doch wird es passieren? Die Zeit wird es zeigen. □



Carlucci und sein Geheimnis

Warren Hough

Frank C. Carlucci, 57 Jahre, der als Nachfolger Caspar Weinbergers im Amt als amerikanischer Verteidigungsminister stark kritisiert wird, hat als stellvertretender US-Verteidigungsminister in der ersten Reagan-Regierung die Untersuchung eines großen Korruptions- und Bestechungsskandals verhindert. Er verließ dann die amerikanische Regierung und ging mit dem Hauptverdächtigen eine Geschäftsbeziehung ein.

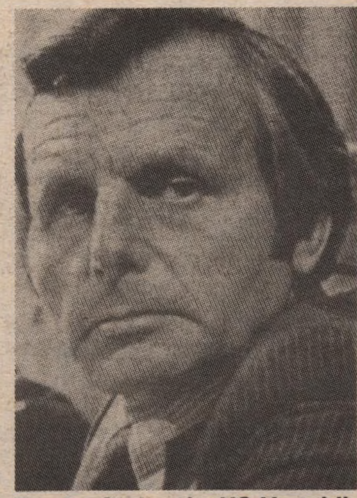
Neue Einzelheiten über »Calucc-cis schmutziges Geheimnis« – wie ein Informant es nannte – ergaben sich kürzlich aus einer Reihe Interviews mit Vertretern der Judikative und anderen Beobachtern, darunter der berühmteste Gefangene der US-Regierung, der ehemalige CIA-Agent Edwin Wilson, der in seiner Zelle im Gefängnis von Marion im US-Bundesstaat Illinois, das den höchsten Sicherheitsvorkehrungen unterliegt, verhört wurde.

Es war Zeit Millionär zu werden

Nach der Rekonstruktion des Falles, der vom FBI erstmals im Jahre 1981 zusammengetragen wurde – und noch immer als »geheim« eingestuft wird –, taten sich vier hochrangige Washingtoner Beamte aus Kreisen der nationalen Sicherheit Mitte des Jahres 1979 zusammen und gründeten eine stille Teilhaberschaft, um »zu Millionären zu werden«, wie eine Quelle es nannte.

Das Mittel dazu war eine neu gegründete Firma mit dem Namen Egyptien-American-Transport and Services Corporation (EATSCO). Einer der stillen Partner, Thomas Clines, ein hochrangiger CIA-Beamter, beantragte die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand, um Präsident der neu gegründeten EATSCO zu werden.

Bei den drei anderen handelte es sich um Theodore Shackley, damals ein stellvertretender CIA-Direktor, Luftwaffengeneral Richard Secord, Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium, und Erich von Marbod, Leiter der Verteidigungssicherheitsbehörde, eine der mächtigsten Hochburgen des Pentagons.



Frank Carlucci, US-Verteidigungsminister, verhinderte in der ersten Reagan-Regierung die Untersuchung eines Korruptions- und Bestechungsskandals.

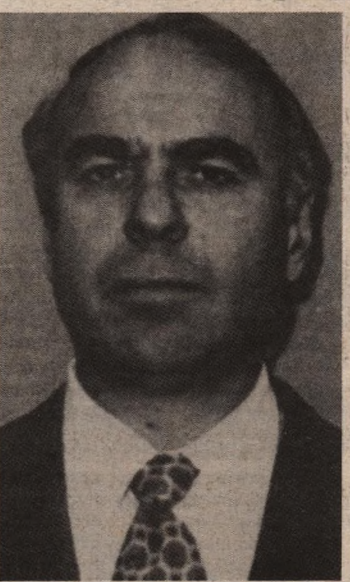
Alle drei blieben in der Regierung, um die EATSCO auf ihrem Weg zu Wohlstand und Reichtum zu fördern und zu protegieren, so sagen diese Quellen.

»Nachdem sie jahrzehntelang nur ein kärgliches Gehalt von der Regierung bezogen haben, beschlossen diese vier, daß es für jeden an der Zeit sei, Millionär zu werden«, sagte die ehemalige CIA-Expertin Shirley Brill, die damals Clines Verlobte war. »Clines und Marbod sagten: ›Wir wollen richtig Geld machen und wir werden jeden in die Pfanne hauen, der uns dabei in den Weg kommt.‹«

Feilschen um den Lügendetektor

»Und sie hatten die Macht, beides zu tun«, sagte Mrs. Brill.

Die Ereignisse zeigten bald, daß Mrs. Brill recht hatte. Die EATSCO wuchs stark; bald nach ihrer Gründung erhielt sie vom Pentagon ein Monopol als alleiniger Transporteur von amerikanischer Militärhilfe nach Ägypten. Diese Konzession war mehrere Millionen Dollar wert, denn



Edwin Wilson, langjähriger CIA-Agent, hat Tonbänder über Waffengeschäfte, die hohe amerikanische Beamte in große Verlegenheit bringen können.

Anfang des Jahres 1979 – unmittelbar nach dem sogenannten Camp-David-Abkommen – stiegen die amerikanischen Militärlieferungen an Ägypten um mehr als das Zehnfache.

Doch Ende des Jahres 1980 gingen bei mehreren Regierungsbehörden immer mehr vertrauliche Tips und Klagen ein über das Geschäft der EATSCO. Verschiedene Schiffsreedereien warfen die Frage auf, warum gerade die EATSCO – die weder Schiffe besaß noch nachweisbares Vermögen und auch keine Erfahrungen im Reedereiwesen – vom Pentagon als exklusiver Frachtspediteur für Ägypten ausgewählt worden war.

Ein weiterer Informant erzählte dem amerikanischen Justizministerium, daß Marbod die Zahlung von über 70 Millionen Dollar an die EATSCO mit verdächtiger Eile genehmigt hätte, ohne die Rechnungen dieses völlig neuen Spediteurs ordnungsgemäß zu prüfen.

Ein weiterer vertraulicher Informant warnte das amerikanische Handelsministerium, daß das Geld für die Unternehmensgründung – 500 000 Dollar – von Edwin Wilson, einem früheren CIA-Agenten, gekommen sei, gegen den strafrechtliche Untersuchungen wegen Waffenschmuggels im Gange waren.

Im November 1980 entschied das US-Justizministerium eine stille Ermittlung gegen die EATSCO und deren Protektoren im Pentagon durchzuführen. Doch dies wurde durch Carlucci verhindert, den zweiten Mann im Pentagon, der die Vollmachten über Angelegenheiten der nationalen Sicherheitsinteressen der USA hatte – worunter auch die EATSCO angeblich fiel.

Nach »längerem Feilschen« – wie es von Informanten bezeichnet wurde – zwischen Carlucci und hochrangigen FBI-Beamten wurde vereinbart, daß Marbod und Secord sich in einem ersten Schritt in der verschwiegenen Untersuchung Lügendetektor-Tests des FBI unterziehen würden.

Carlucci war der Boß zu Hause

»Die Tests fanden nie statt«, sagte ein ehemaliger amerikanischer Staatsanwalt, der mit dem Fall vertraut war. »Irgendjemand an sehr hohen Stellen im Pentagon gab Marbod einen Tip und er machte sich davon und überließ seine beiden Häuser in Virginia einem Immobilienmakler zum raschen Verkauf, während er selbst nach Italien floh.«

Eine Untersuchung über die Umstände um Marbods Verschwinden brachte zutage, daß Carluccis Amt dem hochrangigen Beamten eine vorzeitige Pensionierung bewilligt hat mit der unwahrscheinlichen Begründung, er habe einen Anfall von Narkolepsie – eine seltene und schwächende Krankheit – erlitten.

Ein New Yorker Reedereivertreter, der EATSCO auf priva-

USA

Carlucci und sein Geheimnis



US-Präsident Ronald Reagan scheint sich immer schwerer zu tun, für seine Regierung unbescholtene Minister zu finden.

ter Ebene als ein Unternehmen aus »gierigen und mächtigen Bürokraten bezeichnet hat, die kräftig absahnen«, meinte, der Fall könnte aus wahren bürokratischen Gründen unter den Tisch gekehrt worden sein; das US-Verteidigungsministerium wollte vielleicht verhindern, daß sein neues Bündnis mit Ägypten nicht in den Geruch eines Waffenlieferungsskandals gerät.

»Wirklich ungeheuerlich war die nächste Wende in der Affäre«, erzählte dieser Informant. »Ein Jahr nach Marbod verließ Carlucci selbst das Pentagon. Er kündigte an, er werde für Sears ein neues Tochterunternehmen gründen, was der dahinsiechenden Warenhauskette Zutritt zu dem sich rasch entwickelnden internationalen Markt der Rüstungsindustrie verschaffen würde.«

Bei seinem Sprung in den Waffenverkauf, so stellte sich heraus, stellte Carlucci den flüchtigen Marbod als Stabschef und rechte Hand ein. Vier Jahre lang arbeiteten Carlucci und Marbod zusammen und machten für Sears schnelle Gewinne mit Waffenverkäufen.

Marbod, der ein Jahresgehalt von über 250 000 Dollar plus umfangreicher Sondervergütungen erhielt, war für sämtliche Geschäfte in Übersee verantwortlich; Carlucci, der »Präsident von Sears World Sales« war, war der Boß zu Hause. Informanten behaupten, daß das Unternehmen in einer Zeit rasch sinkenden internationalen Waffenhandels trotz bester Bemühungen dieses dynamischen Duos keine Gewinne gemacht hat.

Die ganze Zeit hindurch, so die Informanten, war Marbod weiterhin ein geheimer Agent. Sears-Boß Roderick Hill sagte dazu, er habe erst Ende des Jahres 1982 festgestellt, daß Marbod eine hochbezahlte Führungskraft seiner Firma war, als die Verhaftung von Wilson durch die Bundespolizei Anstoß gab zu neuen Forderungen aus dem US-Justitzministerium nach einer strafrechtlichen Ermittlung und eventuellen Anklage gegen Marbod.

»Trotz dieses ganzen Drucks wurde Marbod niemals vor Gericht gestellt«, sagte ein FBI-Agent. »Er schien Freunde und Gönner in den höchsten Stellen zu haben. Jetzt, wo Carlucci im amerikanischen Verteidigungsministerium an der Spitze steht, können wir die ganze Sache wahrscheinlich vergessen.«

Doch andere Beamte der nationalen Sicherheit der USA, die mit dem Fall vertraut sind, sagen auf inoffizieller Ebene, daß sie Carluccis dubiose Rolle in der Affäre nicht vergessen können.

»Niemand, der je versucht hat, über Nacht Millionär zu werden, indem er mit Waffenlieferungen an weniger entwickelte Länder den Todeshändler spielte, sollte jemals die Führung über Amerikas Verteidigung übernehmen – und das gilt für Carlucci ebenso wie für seinen Partner Marbod«, sagte ein ehemaliger Beamter der nationalen Sicherheit in Washington, der alle Hauptfiguren in diesem Spiel kennt. □

Naher Osten

»USS Stark« war eine Brandfalle

Mike Blair

Die Schuld an dem Tod der 37 US-Soldaten an Bord der »USS Stark« im Persischen Golf liegt bei dem amerikanischen Verteidigungsminister und dem Generalstab. Vor fünf Jahren erlitten die Briten schwere Verluste an Bord von vier der »Stark« ähnlichen Schiffen, als diese im Falkland-Krieg von französischen Exocet-Raketen getroffen wurden. Die Umstände waren dem militärischen Establishment in den USA wohlbekannt.

Einige der 37 amerikanischen Seeleute, die im Mai 1987 starben, als das US-Schiff »Stark« von Exocet-Raketen, die von den Irakern im Persischen Golf abgefeuert worden waren, getroffen wurde, könnten noch am Leben sein, wenn das Schiff ordnungsgemäß mit Feuerlöscheinrichtungen versehen gewesen wäre.

Versäumnisse sind Schuld an sinnlosen Todesopfern

Diese Enthüllungen über die »Stark« kommen zu einer Zeit, wo mehrere 30 Jahre alte Minensucher mit Motoren, die leicht Feuer fangen, in den Golf geschleppt werden, um Verschleiß an den defekten Motoren zu vermeiden.

Tatsache ist, daß die Seeleute, die das große Feuer bekämpften, das 24 Stunden lang nach dem Raketenangriff auf der »Stark« wütete, über keinerlei Spezialfeuerlöschgeräte verfügten, Gerät, das den meisten freiwilligen Feuerwehrvereinen in den Vereinigten Staaten zur Verfügung steht. Sie mußten Schienenhammer und Äxte benutzen, um sich ihren Weg durch die Trennwände und Schotten zu bahnen, um die Kumpels zu retten.

Die langen Verzögerungen, bis man zu den Eingeschlossenen gelangte, führten zu sinnlosen Todesopfern.

Zahlreiche der eingeschlossenen Seeleute wurden tot aufgefunden, mit Luftkissen um den Hals, während andere Besatzungsmitglieder, die gegen das flammende Inferno kämpften, so etwas nicht hatten oder feststellen mußten, daß der Sauerstoff dafür nur zehn Minuten reichte.

Auch Gummiboote, feuerfeste Kleidung und Schläuche waren äußerst knapp.

Untersuchungen der amerikanischen Marine haben ergeben, daß das Schiff infolge eines Mangels an Schläuchen wahrscheinlich verbrannt und gesunken wäre, wenn ein fremdes Schleppschiff der »Stark« nicht zu Hilfe gekommen wäre und mit weiteren Schläuchen geholfen hätte, das Feuer zu bekämpfen.

Schockierende Parallelen zum Falklandkrieg

Das Schicksal der »Stark« ähnelt dem von vier britischen Schiffen ähnlicher Bauart, den Kreuzern »Antelope« und »Ardent« sowie den Zerstörern »Coventry« und »Sheffield«, die im Falkland-Krieg im Jahr 1982 von argentinischen Flugzeugen angegriffen worden waren.

Die hohen Tiere in der amerikanischen Navy hätten aus den britischen Erfahrungen auf den Falkland-Inseln eine Reihe von Lektionen lernen sollen, doch sie haben sie offensichtlich ignoriert.

Unter anderem haben die Briten gründlich gelernt, daß solch leicht gepanzerte Schiffe nicht

ohne angemessene Deckung aus der Luft in den Kampf geschickt werden sollten. Sie haben gelernt, daß solche Schiffe mit Decksaufbauten aus Aluminium und ohne gepanzerten Rumpf praktisch Brandfallen darstellen.

Die Decksaufbauten aus Aluminium bei den britischen Schiffen wie auch bei der »Stark« und anderen amerikanischen Schiffen der gleichen Oliver-Hazard-Pery-Fregattenklasse, die derzeit im Persischen Golf stationiert sind, schmelzen bei 1220 Grad Fahrenheit. Das Feuer, das auf der »Stark« wütete, erreichte in einigen Bereichen manchmal 1800 Grad.

Die amerikanischen Schiffe führen meterlange kunststoffumhüllte Elektrokabel mit sich, die rasch Feuer fangen und einen beißenden, vernebelnden Rauch über das Schiff verbreiten, was Feuerlöscharbeiten behindert und die Besatzung ersticken läßt.

»Besatzungsmitglieder an Bord der ›Stark‹ beschrieben das Feuer als so intensiv, daß schließlich Teile der Decksaufbauten und des Decks zu schmelzen begannen«, meinte ein Vertreter der US-Marine. »Der Besatzung zufolge hinderte sie das Ausmaß und die Dichte des Rauchs mehrere Stunden daran, die Brandquelle festzustellen und blokkierte jegliche Sicht in die angrenzenden Bereiche«, heißt es in dem Bericht weiter.

Das Feuer an Bord der »Stark« und der britischen »Sheffield« war Feuer der »Klasse D«, das stärkste an Bord eines Schiffes, bei dem sogar Aluminium und Magnesium schmelzen und das am schwierigsten zu bekämpfen ist, weil es Wasser sofort in sengenden Dampf verwandelt.

Die »Sheffield« wie die »Stark« waren das Opfer französischer Exocet-Raketen.

Im Falklandkrieg nannte der Marineexperte Anthony Preston den Einsatz von Aluminium bei Schiffsdecksaufbauten »einen schrecklichen Mißgriff«.

Eine Wiederholung der Horrorgeschichte

So beschreibt Captain James Salt von der »Sheffield« den Verlust seines Schiffes auf den Falkland-Inseln: »Ich weiß, es klingt unglaublich, doch innerhalb von 15 bis 20 Sekunden war der ganze Operationsbereich des Schiffes voll von schwarzem, beißendem, stechendem Rauch, hauptsächlich von Kabelbäumen und Farbe. Dann ging er natürlich auf das Heizöl und andere Brennstoffe über.«

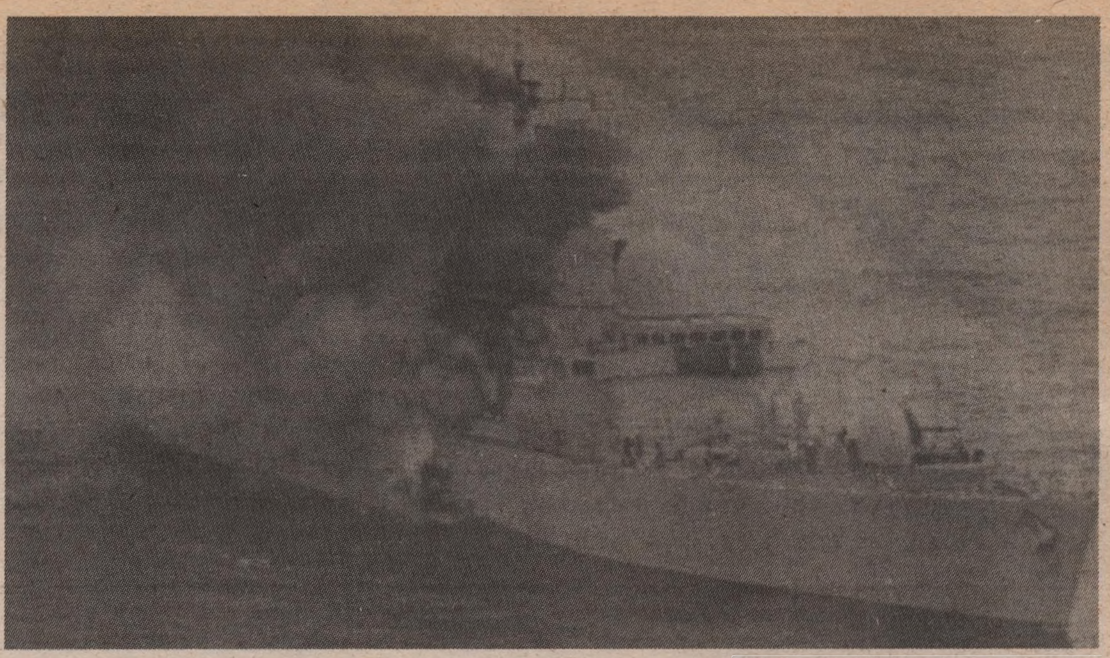
Der britische Offizier sagte, das Feuer breitete sich über die Elektrokabel aus. In der Folge gingen sämtliche Kommunikationsverbindungen des Schiffes verloren und es konnte sich somit nicht mehr verteidigen.

Und der Bericht über das Schicksal der »Stark« zeigt, daß man aus den Lektionen der »Sheffield« nichts gelernt hat: »Die Flammen von Exocet-Raketen schossen in die Höhe, setzten den Aluminiumrahmen in Brand und drangen vor bis ins Kampfinformationszentrum. Das elektrische System fiel aus und das Schiff war lahmgelegt.

Die Brandbekämpfer auf der ›Stark‹ mußten zu ihrem Entsetzen feststellen, daß viele ihrer Kameraden in ihren Schlafkojen verbrannt oder durch den Rauch erstickt waren, als dieser zusammen mit giftigen Gasen durch das Lüftungssystem des Schiffes gedrungen war.«

Es war die genaue Wiederholung der Horrorgeschichte der »Sheffield«. Jetzt, nach der »Stark«-Katastrophe, hat die US-Marine beschlossen, bei den Deckaufbauten kein Aluminium mehr einzusetzen. Offiziell heißt es, der Faktor Feuergefahr sei nicht der Grund, sondern eher die Tatsache, daß die Deckaufbauten aus Aluminium zu Rissen neigen und deshalb teure Reparaturen erfordern.

Auf jeden Fall sind 40 der Fregatten der Oliver-Hazard-Perry-Klasse – von denen ein Dutzend nach dem Falkland-Krieg und trotz dessen bitterer Lektionen gebaut wurden – derzeit mit ihren gefährlichen Decksaufbauten aus Aluminium in Gebrauch. Wie die »Stark« sind einige dieser Schiffe im heiklen Persischen Golf stationiert und warten darauf, daß die Katastrophe erneut eintritt. □



»HMS Sheffield« wurde im Falkland-Krieg 1982 von einer durch die Argentinier abgefeuerten Exocet-Rakete getroffen.





Zwei Fotos vom Lenkwaffenzerstörer »USS Stark«, wie er Schlagseite hat, nachdem er von einer Exocet Rakete getroffen wurde.

Kuba

Hilfe für die Sowjets gegen USA

Peter Blackwood

Amerikanische militärische Geheimdienstexperten äußerten sich gegenüber einigen US-Journalisten, daß das kommunistische Regime des kubanischen Diktators Fidel Castro offenbar damit beauftragt worden ist, Überraschungsangriffe auf militärische US-Schlüsselstützpunkte zu planen. Sie sollten im Fall eines amerikanisch-sowjetischen Krieges geschehen.

Die Experten gründen ihre Meinung auf einen jüngeren Bericht des ehemaligen Befehlshabers der kubanischen Luftwaffe, der im Frühjahr 1987 in die Vereinigten Staaten übergelaufen ist. Brigadegeneral Rafael del Pino Diaz, der engen Kontakt zum kubanischen Verteidigungsminister Raul Castro, dem Bruder des kubanischen Diktators, hatte, enthüllte, daß die kubanische Luftwaffe über eine Notfallplanung zum Angriff des Homestead-Luftwaffenstützpunktes in Südflorida und des amerikanischen Marinestützpunktes in der Guantanamo Bay in Kuba verfüge, falls es zu Feindseligkeiten mit den Vereinigten Staaten komme.



US-Vizepräsident George Bush im Gespräch mit dem kubanischen Überläufer General Rafael del Pino Diaz.

Kubaner überfliegen US-Stützpunkte

Die Geheimdienstexperten berichten, General del Pinos Enthüllungen könnten erklären, warum im Jahr 1983 zwei kubanische Flugzeuge die streng geheimen Einrichtungen des amerikanischen strategischen Luftkommandos (SAC) am Griffiss-Luftwaffenstützpunkt in der Nähe von Rom im Hinterland von New York unerlaubterweise überflogen haben.

Bei dieser Gelegenheit konnten die Kubaner den Stützpunkt in geringer Reichweite fotografieren. Auf ihm befindet sich die 416. Bombardment Wing mit 16 B-52-G-Bombern des strategischen Luftkommandos, die mit nuklearen Cruise-Missiles ausgerüstet sind.

Militärexperten zufolge, die dieses unerlaubte Überfliegen von seiten der Kubaner erstmals mit Journalisten diskutierten, konnten die Kubaner dadurch nicht nur Luftaufnahmen von dem streng geheimen Stützpunkt machen, sondern es zeigte ihnen auch, wie die Vereinigten Staaten reagieren würden, wenn man unerlaubt ihre militärischen Schlüsseleinrichtungen überfliegt. Die Reaktion war nicht beeindruckend.

Wie man damals feststellen konnte, wurden die kubanischen Flugzeuge davor gewarnt, daß sie Sperrgebiet überfliegen würden. Beide Male wurden die Warnungen ignoriert: das erstemal am 4. März 1983 und zum zweitenmal unmittelbar am darauffolgenden Tag.

Es wurden keine amerikanischen Abfangjäger mobilisiert und die USA unternahmen praktisch nichts, außer die Erlaubnis der kubanischen Fluglinie, amerikanisches Territorium zu überfliegen, für die Dauer von zwei Wochen aufzuheben.

Spionage mit Linienmaschinen

Die Iljuschin-Düsenflugzeuge sowjetischer Bauart der Air Cubana, Kubas Fluglinie, überfliegen US-Territorium mehrere Male wöchentlich. Wenn sie in Havanna Richtung Norden starten, streifen die Flugzeuge über dem Atlantik amerikanischen Luftraum, bis sie New York City erreichen, von wo aus sie dann den Kennedy Airport überfliegen, Syracuse, New York, Massena und schließlich ihr Ziel Montreal oder Quebec in Kanada erreichen.

Auf dem Rückflug in Richtung Süden fliegen sie von Montreal oder Quebec nach Saranac Lake, New York in der Nähe von Lake Placid – dem Austragungsort der Olympischen Winterspiele des Jahres 1980 – und dann nach Syracuse und zum Kennedy Airport. Über dem Kennedy Airport drehen sie südlich ab über den Atlantik zurück nach Kuba.

Vor dem Jahr 1979, als die aktuellen Flugpläne festgelegt wurden, durften die Kubaner über US-Territorium fast direkt zwischen Kuba und Kanada hin- und herfliegen, eine Route, die sie über Florida, South Carolina, North Carolina, Virginia, Maryland, Pennsylvania und New York führte.

Dieser Flugplan wurde Beamten im amerikanischen Außenministerium zufolge im Jahr 1979 geändert, nachdem die Kubaner im Jahr 1978 und 1979 amerikanische militärische Einrichtungen in Virginia und North Carolina überflogen hatten.

Die ursprüngliche Route hat sie wahrscheinlich über oder in die Nähe solch einladender potentieller militärischer Ziele geführt wie Key West in Florida, den Patrick-Luftwaffenstützpunkt in Florida, die Luftwaffenstützpunkte Fort Bragg und Pope in North Carolina, die Städte Petersburg und Richmond im US-Bundesstaat Virginia, Washington, Arlington und Alexandria, Fort Belvoir, Fort Myer, das US-Verteidigungsministerium, das Waffenzentrum der US-Marine, das CIA-Hauptquartier, die Andrews-Luftwaffenbasis und Annapolis in Maryland.

Die Kubaner überflogen auch folgende Ziele oder zumindest nahe an ihnen vorbei: Die US-Marineakademie, Fort George C. Meade und Baltimor, das Versuchsgelände von Aberdeen, die Städte Lancaster, Reading, Wilkes Barre und Scranton in Pennsylvania, die Städte Binghamton und Utica in New York, den Luftwaffenstützpunkt Griffiss und Plattsburgh in New York und den lebenswichtigen Seeweg St. Lawrence, die Verbindung zwischen dem Atlantik und den großen Seen des amerikanischen Kontinents.

Alle militärischen Ziele fotografiert

Derzeit fliegen die Kubaner direkt über beziehungsweise streifen einige interessante Punkte wie New York City, den Luftwaffenstützpunkt Griffiss, den Stützpunkt strategischer Luftkommandos im östlichen Hinterland von New York bei Plattsburgh, Fort Drum, wo die 10. Gebirgsdivision der US-Army stationiert ist, und den Seeweg von St. Lawrence.

»Offenbar hatten die Kubaner im Laufe der Jahre Gelegenheit, alle diese potentiellen militärischen Ziele zu fotografieren«, sagte ein militärischer Geheimdienstexperte der USA. □

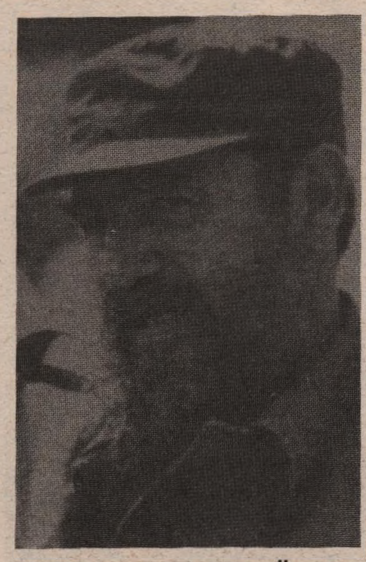
Kuba

Ein General berichtet

Peter Blackwood

Der kubanische Brigadegeneral Rafael del Pino Diaz ist ein ehemaliger stellvertretender Befehlshaber der kubanischen Luftstreitkräfte, der Anfang des Jahres 1987 in die Vereinigten Staaten übergelaufen ist. Seinen Aussagen nach bekamen kubanische Agenten ausreichend Gelegenheit, einen amerikanischen Düsenjäger-Stützpunkt in Florida Ende der sechziger Jahre zu fotografieren, und Kuba verfügt heute über eine Notfallplanung zum Angriff des amerikanischen Stützpunktes, falls es zu Feindseligkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion kommen sollte.

Der ehemalige kubanische General sagte, im Jahr 1968 durfte eine Gruppe kubanischer Luftwaffenoffiziere den Luftwaffenstützpunkt Homestead in Südflorida besuchen, um einen MiG-17-Bomber wieder in Besitz zu nehmen, mit dem ein kubanischer Offizier in die Vereinigten Staaten übergelaufen war.



Fidel Castro plant Überraschungsangriffe auf amerikanische Militärstützpunkte für den Fall eines Krieges zwischen den USA und der UdSSR.

Die Offiziere waren Agenten

Die kubanischen Offiziere, bei denen es sich in Wirklichkeit um Geheimdienstagenten handelte, benutzten die Gelegenheit, um den Stützpunkt, auf dem der 13. Taktische Kampfbomber-Verband der amerikanischen Luftwaffe stationiert ist, ausführlich zu fotografieren. Diese Bomber würden beim Schutz des südöstlichen Teils der USA vor einem feindlichen Luftangriff eine Schlüsselrolle spielen.

Heute, so del Pino, verfügt die kubanische Luftwaffe über zwei Geschwader hochtechnisierter MiG-23-Düsenkampfbomber sowjetischer Bauart auf dem Stützpunkt von San Antonio de los Banos, etwa 20 Meilen südwestlich von Havanna. Der ehemalige kubanische Offizier meinte, alle drei Monate würden die MiG-Geschwader für eine Mission den Angriff von Homestead üben. Es würden Übungsflüge von San Antonio de los Banos zu einem simulierten Homestead-Flugfeld auf der kubanischen Insel Youth südlich von Kuba unternommen. Diese Flüge dauern 23 Minuten, genausolange wie ein MiG braucht, um von San Antonio de los Banos nach Homestead zu fliegen.

Die MiG-23 erreichen 1555 Meilen pro Stunde und verfügen über einen Kampfradius von rund 750 Meilen. Es sind aber nur 200 Meilen von San Antonio de los Banos nach Homestead, wo die MiGs ausreichend Zeit haben, um sich ihrem Ziel zu widmen. Ein MiG-23 kann fast 3000 Kilo Bomben beziehungsweise Luft-Boden-Raketen mit sich führen.

Del Pino behauptet, er sei selbst »zwei- oder dreimal« diese Übungsflüge geflogen, einmal vor ungefähr einem Jahr. Um die Wahrheit seiner Behauptungen zu belegen, zeichnete del Pino eine Skizze von Homestead mit dem Kontrollturm des Stützpunkts, den Start- und Landebahnen und Parkzonen für die amerikanischen Düsenabfangjäger.

Der größte Agenten-Fang der USA

Der General behauptete, die kubanische Luftwaffe verfüge über eine ähnliche Notfallplanung zum Angriff des amerikanischen Marinestützpunkts an der Guantanamo Bay am östlichen Ende der Insel. Er sagte, Angriffe auf Homestead und Guantanamo seien ein spezieller Teil der streng geheimen kubanischen Kampfstrategie im Fall von Feindseligkeiten mit den USA.

Kuba besitzt die zweitstärkste Luftwaffe in Nord- oder Mittelamerika, die Vereinigten Staaten verfügen über die stärkste. Kuba hat bis zu 250 Kampfflugzeuge. Amerikanische Militärexperten sind sich vollkommen darüber einig, daß Kuba in der Lage ist, Ziele in Florida anzugreifen.

»Diese Enthüllungen von del Pino sind sehr interessant«, meinte ein Beamter aus dem amerikanischen Außenministerium. »Wir wissen nicht genau, was die Kubaner tun würden, doch offensichtlich können sie alle möglichen Dinge tun.«

Del Pino, der in seinen Jugendjahren in Knoxville im US-Bundesstaat Tennessee studiert hat, spricht Spanisch und Englisch. Bei der gescheiterten, von den USA unterstützten Invasion in der Schweinebucht durch kubanische Exilanten im Jahr 1961 wurde del Pino ein Held in Castros Kuba, nachdem er zwei B-26-Bomber amerikanischer Bauart abgeschossen hatte, die die Angreifer unterstützt hatten.

Nachdem er in den letzten Jahren von dem Castro-Regime immer mehr enttäuscht war, entschloß sich del Pino, in die Vereinigten Staaten überzulaufen. Er verließ Kuba mit seiner Familie in einem kleinen kubanischen Schulungsflugzeug und landete auf dem Marinestützpunkt Kay West in Südflorida. Der General ist »der größte Geheimdienstfang, den wir je aus Kuba gemacht haben«, behauptet ein US-Beamter. □

Nicaragua

Der Verrat der USA

P. Samuel Foner

Nicaragua wird zum zweiten Mal innerhalb der letzten zehn Jahre von den Vereinigten Staaten verraten. Beim ersten Mal war es während der Regierung von Jimmy Carter, als die USA den Sandinistas sowohl versteckt als auch offen halfen, das Regime Anastasio Somozas zu stürzen.

Dieses Mal bereitet die Regierung von US-Präsident Ronald Reagan eine »Schlichtung« mit den Sandinistas vor, betreibt die effektive Zerstörung der »Contra«-Freiheitskämpfer und fegt somit jegliche Hoffnung auf Demokratie in diesem belagerten Land hinweg.

Der Verrat des CIA

Zu Beginn dieses Jahrhunderts sagte George Santayana (1863–1952): »Jene, die die Vergangenheit vergessen, sind dazu verurteilt, sie erneut durchzumachen.« Es scheint so, als hätte die Regierung der Vereinigten Staaten – egal, wer im Weißen Haus sitzt – und die Mehrheit des amerikanischen Volkes die Vergangenheit vergessen. Von Osteuropa und China, während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg bis zu den Aufständen in Ungarn und der Tschechoslowakai, Kuba und Ferdinand Marcos auf den Philipinnen, werden alle, die sich den Vereinigten Staaten anschließen, zwangsläufig an die Kommunisten verraten.

Zwei Artikel aus den Establishment-Medien der jüngsten Zeit weisen auf die fruchtlose Politik der Regierung in Nicaragua hin, doch beide zeigen auch nicht die offensichtlichen Lösungen auf.

In einer Schlagzeile des »Wall Street Journal« heißt es: »Die Rebellen Nicaraguas bekommen nicht viel Unterstützung von Exilanten«. In dem Abschnitt »World Intelligence Briefing« des »Insight Magazines«, das von der »Washington Times« veröffentlicht wird, lautet die Überschrift: »Sandinistas bitten um Öl«. Das Magazin gibt viele



Sergio Ramirez Mercado, Nicaraguas Vizepräsident, bettelt um Öl, da das Land keine Devisen hat, um es zu bezahlen.

Erklärungen dafür, warum die Contra-Freiheitskämpfer so wenig Unterstützung bekommen, nennt aber nicht den einzigen und wesentlichen Grund: Die Contras sind vom CIA unterwandert und manipuliert.

Die Spanisch sprechende Exilgemeinde in den Vereinigten Staaten weist eine große Mehrheit Kubaner auf, die gegen Castro sind. Diese Kubaner erinnern sich an das vom CIA geplante Fiasko in der Schweinebucht und daran, wie die Vereinigten Staaten die Operation in letzter Minute verraten und damit die Antikommunisten Castros Gnade und der seiner Handlanger überlassen haben. Die wirklich gegen Castro eingestellten Kubaner werden in den USA ignoriert, während die Vereinigten Staaten Castros Agenten unterstützen.

Die zwielichtige Rolle der US-Regierung

Es ist heute eine ganz andere Geschichte als das, was Präsident Reagan den Antikommunisten vor über sechs Jahren versprochen hat. Im Jahr 1981 lautete eine Schlagzeile: »Kubaner und nicaraguanische Freiheitskämpfer nehmen Kommunisten das Land weg«.

In dem Artikel hieß es dann weiter: »Antikommunistische Exilanten aus Kuba und Nicaragua planen die Invasion ihrer Heimatländer, um die kommunistischen Regierungen dort zu stürzen – und unter einer neuen ›Reagan-Doktrin‹ werden sich die Vereinigten Staaten nicht einmischen.«

Reagan und seine Regierung scheinen dieses Versprechen vergessen zu haben, doch nicht so die lateinamerikanische Exilgemeinde.

Zur Zeit ist für die amerikanische Reagan-Regierung das beste Szenario für den Sturz des Sandinista-Regimes in Nicaragua gegeben – ohne dabei auch nur einen Tropfen amerikanisches Blut vergießen zu müssen – und doch ignoriert man diese Gelegenheit einfach.

»Seit Anfang Sommer 1987«, heißt es in »Insight«, »hat Nicaraguas Vizepräsident Sergio Ramirez Mercado und andere Sandinisten-Vertreter Länder auf einer ›Notstandsdarlehens‹-Basis um Öl gebeten, da Nicaragua nicht die erforderlichen Devisen hat, um es zu bezahlen.«

Ohne Öl können die Sandinistas ihre Kriegsmaschinerie nicht laufen lassen und ohne die Beweglichkeit auf seiten der Sandinistas könnten die Contras das kommunistische Regime rasch destabilisieren. Es wäre deshalb zum Vorteil Amerikas, dafür zu sorgen, daß Nicaragua kein Öl bekommt.

Wie bekommt die kommunistische Regierung ihr Öl, wenn sie welches bekommt? Wie bei vielen anderen Ländern kommt es in Tankern. Wie könnten die Vereinigten Staaten die Tanker stoppen? Durch eine Blockade. Mit einer Blockade könnte man das Rückgrat des marxistischen Sandinisten-Regimes in Nicaragua brechen.

Der Grund ist einfach: Die Wirtschaft Nicaraguas ist bereits ein Trümmerhaufen. Jede Unterbrechung des steten Stroms von Importen aus dem Sowjetblock wird die Stützen von Daniel Ortegas junger Diktatur herausschlagen.

Eine Reihe politischer und militärischer Führer stimmen mit dieser Ansicht überein, darunter Admiral Thomas Moorer, Generalleutnant i. R. Daniel Graham von High Frontier und John Buchanan, ein Experte für strategische Planung.

Bereits im August 1985 schloß sich Admiral Elmo Zumwalt, ehemaliger Leiter der Marineoperationen und Militärberater Ronald Reagans während der Präsidentschaftswahlen des Jahres 1980, anderen prominenten amerikanischen Militärführern darin an, eine Blockade Nicaraguas beizupflichten.

Nicaragua wird ein zweites Kuba

Der ehemalige Senator Jeremiah Denton sagte einer Gruppe alter Militärs, er würde dem US-Präsidenten persönlich sagen, eine Blockade würde das marxistische Regime in Nicaragua zu Fall bringen, ohne daß dabei ein Tropfen amerikanisches Blut fließen muß. Denton, ein Soldat im Vietnamkrieg, der sieben Jahre lang Kriegsgefangener gewesen ist, gehörte zu den führenden US-Politikern, die die Blockade schon früher befürwortet haben.

Aber die Situation in Nicaragua war schon früher verfahren. Angefangen hat alles mit dem amerikanischen Verrat des Regimes von Anastasio Somoza. Von Anfang an hatten sich die Sandinistas den Kommunisten verschrieben. Nach dem Sturz von Somoza gab es für die USA nur eine Möglichkeit, die Blockade, um die kommunistische Regierung zu Fall zu bringen.

Es ist fast unmöglich zu glauben, daß Reagan nicht weiß, was passiert, wenn die Vereinigten Staaten zulassen, daß Nicaragua ein zweites Kuba wird. Es ist auch unvernünftig anzunehmen, der amerikanische Präsident kennt seine Optionen nicht. Wird sich die amerikanische Regierung nicht an vergangene ähnliche Probleme mit Ländern erinnern, die dann kommunistisch wurden? Sollte das nicht der Fall sein, werden die USA eine harte Lektion erneut durchmachen. □

Nicaragua

Schweigen über Ortegas Hysterie

James P. Tucker

Präsident Daniel Ortega von Nicaragua zeigte sich bei einem Treffen mit Journalisten irrational und unlogisch, doch seine Schwächen werden von den Establishment-Medien vertuscht. Anlaß war eine Reise nach Washington, wo er die Vereinigten Staaten bei der Organisation amerikanischer Staaten (OAS) verurteilte und einen weiteren »Friedensplan« propagierte.

Daniel Ortega begann mit der Begrüßung der »werten Journalisten« und meinte dazu, er sei einer von ihnen, da er einst der Herausgeber der Schulzeitung seiner Schule in Managua gewesen ist. Dann verurteilte er die Tatsache aufs schärfste, daß diese Zeitung – ein Sprachrohr der Kommunisten, das den gewaltsamen Sturz der Regierung vertrat, die zu jener Zeit ein enger Verbündeter Amerikas gewesen war – von eben jener Person verboten worden ist, die er dann später abgesetzt hat: Anastasio Somoza.

Ein Wettstreit der Bewunderung

Viel Zeit wurde dann mit freundlichen Fragen von der Establishment-Presse verbracht, obwohl sich Ortega angreifbar gemacht hatte, indem er sich als Verfechter einer »freien Presse« präsentierte. Er bezeichnete den früheren amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter als einen »vernünftigen Mann« und meinte, mit Präsident Ronald Reagan sei »die Situation ganz anders«.

Die Regierung Carter hat amerikanische Steuegelder zur Unterstützung der kommunistischen Regierung von Ortega nach Nicaragua geschickt, während die Sowjetunion militärische Hilfe lieferte.

Plötzlich kam es zu einer rüden Unterbrechung in diesem gegenseitigen Wettstreit der Bewunderung: »Herr Präsident, Somoza hat ›La Prenza‹ nie verboten, obwohl diese Zeitung seine Regierung sehr stark kritisiert hat. Sie haben die Zeitung nun schon seit vielen Monaten verboten und man ist sicherlich dort jetzt eingeschüchtert. Wie können Sie sich als ein Verfechter der ›freien Presse‹ geben?«, fragte ich Ortega.

»Sie haben sich nicht darum gekümmert, als wir unsere Meinung nicht über die Medien zum Ausdruck bringen durften«, antwortete Ortega etwas zögernd, wobei ihm die Tatsache zu Hilfe kam, daß ein Dolmetscher übersetzte.

Politische Gefangene als Kriminelle abgestempelt

Auf der anderen Seite, so wurde Ortega gesagt, ist über seine kommunistische Revolution in Nicaragua viel berichtet worden und es wurden häufig Anschuldigungen erhoben, daß Somoza ein Monster sei.

Wie in Kuba im Jahr 1959 und in der Sowjetunion im Jahr 1919 gewannen die Kommunisten in Nicaragua nach einer Revolution die Oberhand, in der es viele Komponenten gab. Von allen Gruppierungen – einschließlich Ortegas Kommunisten – kamen die Verurteilungen Somozas, über die weithin ausführlich berichtet wurde.

»Warum können Sie ›La Prensa‹ nicht die Freiheit einräumen wie Somoza es tat?«

Rasch gerettet durch eine freundliche Frage, verbrachte Ortega einige Zeit damit zu sagen: »Mr. Wright ist an Frieden interessiert« und er würde »heute gerne noch einmal mit dem Sprecher des Repräsentantenhauses zusammentreffen«.

Erneut über eine freie Presse befragt, gab Ortega dann mit erhabener Stimme die folgende eigenartige Antwort: »›La Prensa‹ wurde von Ihrem Kongreß verboten«, weil sie für die Hilfe der Contras gestimmt hat und »wenn weitere 270 Millionen Dollar für den Tod von Nicaraguanern befürwortet werden, werde ich ›La Prensa‹ wieder verbieten«.

Diese interessante Logik von seiten des Verfechters der Pressefreiheit blieb unangefochten, da der erregte Ortega erneut durch wohlwollende Fragen gerettet wurde.

Ortega hatte es dann weitaus leichter bei der Frage, wie bald »die 10000 politischen Gefangenen« freigelassen werden könnten, wenn es zum Frieden kommen würde. In jedem »Friedensplan« wird die Freilassung von politischen Gefangenen gefordert.

Zunächst, so Ortega, säßen nur 4300 Menschen in den Gefängnissen Nicaraguas. In kommunistischen Ländern ist stets die Zahl der Gefangenen so hoch wie der Regierungschef sagt. Ortega meinte, es handele sich dabei im wesentlichen um Kriminelle und es gäbe keine politischen Gefangene. Etwa die Hälfte sind Wachtposten aus der Zeit Somozas und die andere Hälfte »Beamte, die Verbrechen begangen haben«, erläuterte er.

Ortegas Verlangen nach einer »Demokratie« ohne Unterwürfigkeit gegenüber der Sowjetunion, die über Kuba Milliarden von Dollar an Militärhilfe geliefert hat, wurde ohne jegliche Herausforderung bereitwillig akzeptiert. Ortega ist zweimal in Moskau mit Michail Gorbatschow zusammengetroffen

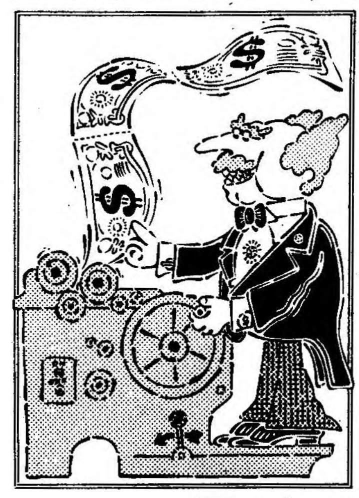
70 Jahre kommunistische Weltrevolution

Durch den Dolmetscher, der ihm als eine Art Puffer diente und durch selektives Akzeptieren von Fragestellern blieb Ortega die Beantwortung der Frage erspart, ob er seine Bewegung noch immer als »eine Revolution ohne Landesgrenzen« definiere. Sein Mentor, Kubas Fidel Castro, hatte geschworen »die Revolution nach ganz Südamerika zu exportieren«. In Nicaragua hatte Castro Erfolg. Zusammen beeinflussen die beiden sowjetischen Satellitenstaaten die Rebellion der Kommunisten in El Salvador und anderswo.

In der Establishment-Presse, dieZeuge von Ortegas irrationaler Darbietung war, wurde dieser Aspekt der Geschichte unterdrückt. Somit konnte Wright den Außenminister spielen, indem er an Besprechungen über Ortegas »Friedensplan« teilnahm.

Ortega verlangte einen einmonatigen Waffenstillstand und in dieser Zeit solle die Hilfe an die Contras mit der im letzten Kongreß verabschiedeten Genehmigung aufhören. Den Contras würden Amnestie und Beteiligung an dem »demokratischen Prozeß« zugesichert. Contra-Führer betrachten dies als nichts weiter als den Versuch, einen taktischen Vorteil zu gewinnen. Da die Zusagen, die in den vergangenen 70 Jahren von der kommunistischen Weltbewegung gemacht worden sind, keinen großen Stellenwert haben, äußerten die Contras ihre Zweifel darüber, ob sie an einer Demokratie beteiligt oder in die Reihe der übrigen politischen Gefangenen eingeordnet werden würden.

Indem sie Ortegas irrationale Aussagen absichtlich unterdrückt, läßt die Establishment-Presse in der Öffentlichkeit den Eindruck einer nicht existierenden Übereinstimmung der Politik der USA und ihren Verbündeten in der Frage der Beurteilung von Daniel Ortega und seines kommunistischen Regimes in Nicaragua entstehen. □



Schlechtes Image für Israel

Vertreter Israels sind besorgt darüber, daß der Bericht der Landau-Kommission über die Untersuchung der Shin Bet – den internen israelischen Sicherheitsapparat – den Feinden der zionistischen Nation im Ausland in deren Propagandakrieg als »große Verstärkung und Munition« dienen wird. In dem Bericht heißt es, die Shin Bet verwende die Folter, »um sicherzustellen, daß die Beschuldigten auch überführt werden«, und daß sie routinemäßig seit dem Jahr 1971 »in Gerichtsprozessen Meineide geschworen habe«.

Ein israelischer Beamter sagte, amnesty international und die UNO-Komitees werden jetzt »die Bestätigung finden für ihre traditionellen Beschuldigungen von Menschenrechtsverletzungen, die Israel angeblich begehen würde«. □

Diaspora-Bindungen zu Israel nehmen ab

Rabbi Mordeschai Piron, Berater in Diaspora- (außerhalb Israels lebende Juden) Angelegenheiten im israelischen Außenministerium, warnt: »Es bestehe die dringende Notwendigkeit, die Bindungen zwischen Israel und der Diaspora zu verstärken, weil sich die Juden, die in anderen Ländern, vor allem in Westeuropa und Amerika leben, sich von Israel distanzieren.«

Rabbi Piron sagte weiter, seine Prioritäten seien die Vereinigung des jüdischen Volkes und die Bekämpfung der »alarmierenden Zunahme der Assimilation«, die in seinen Augen zu einer »nationalen jüdischen Kalamität« wird. □

ADL hilft libyschen Juden

Eine neue Organisation, die Internationale Kommission für Ansprüche von Juden aus Lybien, ist vom Hauptquartier der Anti-Defamation League (ADL) in New York City gegründet worden, um den Juden dabei zu helfen, von dem Ghaddafi-Regime einen Ausgleich für die Verstaatlichung ihres Besitzes im Jahr 1970 zu erhalten. □

Presbyterianer und Juden trafen sich

Jüdische und presbyterianische Führer der USA haben sich zum ersten Mal wiedergetroffen, nachdem die Presbyterianische Kirche der USA ihr kontroverses Positionspapier angenommen hat, das von vielen Zionisten bekämpft worden ist.

In dem Sieben-Punkte-Papier heißt es: »Wir glauben, daß zu keiner Zeit irgendeine Regierung jemals den vollen Ausdruck von Gottes Willen darstellen kann . . . Israel ist eine geopolitische Entität und kann nicht im theologischen Sinne bestätigt werden.«

In dem Papier wird Israel auch wegen fehlender Gerechtigkeit im Zusammenhang mit den enteigneten Palästinenseren kritisiert. Das amerikanische jüdische Komitee sagte, es begrüße die Gelegenheit zur Wiedereröffnung eines Dialogs mit der presbyterianischen Kirche. □

F-16-Projekt gefährdet

Die Pläne für eine gemeinsame Produktion des F-16-(Falcon) Düsenjägers amerikanischer Bauart mit Israel Aircraft Industries (IAI) sind gefährdet, da einem Bericht Wolf Blitzers vom Washingtoner Büro der »Jerusalem Post« zufolge, Tel Aviv es ablehnt, die Sicherheit der US-Technologie zu garantieren.

Die Koproduktion des F-16 war eine der Entschädigungen der USA für Israels Einverständnis, den US-finanzierten Lavi-Düsenjäger zu stornieren. Doch Israels Weigerung eine Cocom-Vereinbarung zu unterzeichnen – mit der Begründung, damit würde die Möglichkeit des ungehinderten Verkaufs seiner Waffen auf dem internationalen Markt eingeschränkt – hat die Verhandlungen zu einem Stillstand gebracht.

General Dynamics Corporation, der Hauptauftragnehmer für den F-16, versucht dem Bericht zufolge das Problem auf höchster Ebene in der israelischen Regierung zu lösen. □

Weitere Waffen für den Iran

Der ehemalige Stabschef der israelischen Luftwaffe, General Mordechai »Moti« Hod, soll kürzlich Teheran einen Besuch abgestattet haben, um den Bedarf des Iran an Militärlieferungen zu erörtern. Unter anderem untersuchte er vor allem die Möglichkeit des Baus von Radarüberwachungsanlagen, die gegen den Irak gerichtet werden sollten, die aber auch anderen Einsatzzwecken zugeführt werden können.

Es ist nicht klar, ob Hod im Auftrag der israelischen Regierung unterwegs war, die im Konflikt am Persischen Golf noch immer eher dem Iran zugeneigt ist, oder ob er private israelische Interessen vertrat. Hod genießt einen wohlverdienten Ruf als internationaler Waffenhändler und zwar sowohl auf seinem früheren Posten als Stabschef der Luftwaffe als auch wie jetzt als einer von Israels zahlreichen selbständigen Waffenlieferanten an die dritte Welt.

Auf jeden Fall soll Hod darauf hingewiesen haben, daß mit den geplanten Radareinrichtungen sowohl sowjetische wie irakische Aktivitäten in der Luft überwacht werden können, womit er der amerikanischen Mißbilligung des Geschäfts deutlich entgegentreten wollte. □

Pläne für die islamische Übernahme des Irak

Die Schaffung einer »islamischen Republik Irak« war das Hauptdiskussionsthema zwischen dem iranischen Premierminister Mir Houssein Mousavi und der syrischen Führung bei Treffen, die im Oktober 1987 stattfanden, so heißt es im Londoner »Foreign Report«.

Der oberste iranische Verteidigungsrat plant eine massive Bodenoffensive gegen den Irak. Angeführt von dem Minister der Revolutionsgarden (Pasdaran). Rafigh Dost befürwortet eine Gruppierung die unmittelbare Schaffung einer fundamentalistischen »Republik« im Stile Khomeinis, sobald es dem Iran gelungen ist, die Verteidigungslinien des Irak zu durchbrechen und die Außenbezirke von Basrah zu erreichen. Der Parlamentssprecher Ali Akbar Rafsanjani dagegen riet zunächst Libyen zu konsultieren.

Unter dem Druck Saudi-Arabiens haben die Syrer ihre Unterstützung des Iran bisher von der Bedingung abhängig gemacht, daß die Iraner kein irakisches Territorium – also »arabisches« Territorium – besetzen. Doch in Vorbereitung eines solchen Schrittes haben die Iraner jetzt ihre »Badr-9-Einheit« verstärkt, zu der Tausende von Irakis gehören, die gegen Präsident Saddam Hussein sind. Die Badr-9-Einheit wurde vor kurzem zusammen mit pro-iranischen Kurden an der Nordfront aufgestellt. □

Übernimmt Felix Rohatyn Israel?

Als Chaim Herzog zum ersten Mal als israelischer Präsident in die Vereinigten Staaten reiste, galt sein Hauptanliegen vom Weißen Haus die Zustimmung zu bekommen für den Plan zum Ausverkauf der bankrotten israelischen Wirtschaft. Der Plan bezieht sich auf einen Gesetzentwurf des US-Kongresses, demzufolge Israel die Hälfte seiner Schulden an die US-Regierung in einer Summe durch Aufnahme dieses Betrages bei US-Banken zahlen kann. Die US-Regierung würde die Bankanleihe an Israel – laut Gesetzentwurf – garantieren, was nach derzeitigem amerikanischem Gesetz nicht rechtmäßig wäre.

Berichten zufolge kommt die Initiative überhaupt nicht von Isra-

el, sondern wurde von Felix Rohatyn von Lazard Frères ersonnen, der sich schon den »Big-Mac«-Plan ausgedacht hat, der New York City, Goldman Sachs, das Spielfeld des US-Staatssekretärs im Außenministerium John Whitehead und Salomon Brothers in den Bankrott führte.

Eine weitere Schlüsselfigur ist Meshulam Riklis, der Eigentümer der Rapid America Corporation mit Verbindungen zu finanziellen Unterstützern von General Ariel Sharon, der hofft eines Tages Israels Premierminister zu werden.

Einigen israelischen und arabischen Beobachtern zufolge würde es das Ende der Souveränität Israels bedeuten, wenn die Pläne ausgeführt werden. Jemand formulierte es mit den Worten: »Glauben Sie die Wall Street würde Israel die gleichen luxuriösen Geschäfte anbieten wie es sie in von den US-Kongreßabgeordneten bekommt, die das Land in Washington kontrolliert? Solange Israel ein Staat ist, kann es die Banken beschwatzen. Wenn sich alle seine Schulden in den Händen der New Yorker Banken befinden, wird es ausgenommen werden wie nie zuvor.

Es wird zu einem Riesencasino werden, einem zweiten Batistas Kuba. In New York fürchtet man Israel könnte tatsächlich bei dem Erschließen der Region das Konzept des Marshall-Plans anwenden, da alle seine anderen strategischen Optionen so sehr gescheitert sind. Um dieser Gefahr Einhalt zu gebieten, wurde beschlossen jeglichem Souveränitätsanspruch Israels einfach ein Ende zu setzen«. □

Sowjets wollen Beziehungen zu Israel verstärken

Anzeichen eines neuen Tauwetters in den sowjetisch-israelischen Beziehungen tauchten bei den Feierlichkeiten zur Oktoberrevolution in Uruguay auf, als der sowjetische Botschafter in Montevideo seinen israelischen Kollegen mit Handschlag begrüßte und die nicht vorhandenen diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern als »unvernünftig« bezeichnete.

Beamten im israelischen Außenministerium zufolge, die von der »Jerusalem Post« zitiert wurden, war dies »soweit wir uns erinnern können« das erste Mal seit dem arabisch-israelischen Krieg im Jahr 1967, daß ein sowjetischer Diplomat einen israelischen Botschafter offiziell zu Feierlichkeiten anläßlich der Oktoberrevolution eingeladen hat. Die Sowjets haben die diplomatischen Beziehungen zu Israel nach diesem Krieg abgebrochen.

Der israelische Botschafter Eliezer Palmor berichtete, er sei von dem sowjetischen Botschafter Igo Lapatiyev »wärmstens« empfangen worden. □

North wollte Israel die Schuld geben

Der ehemalige Berater des Nationalen Sicherheitsrates der Vereinigten Staaten, Oberstleutnant der Marine Oliver North, versuchte erfolglos die israelische Regierung dazu zu bringen, die »Verantwortung für die Umleitung der Profite aus den iranischen Waffenverkäufen an die nicaraguanischen Contras zu übernehmen«.

Zwei Tage bevor der amerikanische Justizminister Edwin Meese die Transaktion im Jahre 1986 publik gemacht hat, hat North eine diesbezügliche Eintragung in den täglichen Aufzeichnungen gemacht, die er über die Iran-Contra-Ereignisse führte, so heißt es in dem jüngst veröffentlichten Bericht der Untersuchungsausschüsse des amerikanischen Kongresses.



Aus einer Eintragung am 22. November 1986 geht hervor, daß er dies Amiram Nir, dem Assistenten des damaligen israelischen Premierministers Shimon Peres, unterbreitet hat. North schrieb, Nir habe das mit den Worten abgelehnt: »Ich kann diese Geschichte nicht unterstützen.«

In dem veröffentlichten Ausschußbericht heißt es dennoch: »Die Israelis haben die Iran-Initiative stark befürwortet und sie als eine gemeinsame amerikanisch-israelische Operation angesehen.«

Außerdem waren die Israelis »bereit für Amerika zu leugnen«, indem sie Verantwortung dafür übernehmen, falls die Geschichte publik würde, heißt es in dem Bericht.

Doch, so wird hinzugefügt, die Israelis stimmten zu, nur dann die Schuld auf sich zu nehmen, »wenn sie dadurch nicht der Kritik durch den Kongreß ausgesetzt würden und der Außenminister voll informiert würde«. Keine von diesen beiden Bedingungen wurde jedoch erfüllt. □

Jüdischer Medienverband bildet weltweites Netzwerk

Eine neue Organisation, der Internationale Jüdische Medienverband, will engere Verbindungen unter jüdischen Journalisten auf der ganzen Welt schaffen. Er wurde im November 1987 in Jerusalem gegründet.

Gründungsvorsitzender der neuen Organisation ist Robert Cohen aus St. Louis, Präsident des amerikanischen, jüdischen Presseverbandes. Die Vereinigung wird eng mit der Welt-Zionisten-Organisation (WZO), dem Weltverband jüdischer Journalisten und dem Weltverband jüdischer Studenten zusammenarbeiten. Mit dem Nachrichtendienst über Satellit des WZO werden die jüdischen Zeitungen über Ereignisse von jüdischem und zionistischem Interesse immer auf dem neuesten Stand sein. □

Israel wird gebeten Pollards Frau zu helfen

Anne Henderson-Pollards Vater appellierte im November 1987 an Israel, sich bei der amerikanischen Regierung für seine Tochter zu verwenden. Er behauptete, sie würde »langsam und qualvoll im Gefängnis sterben«.

Mr. Henderson hat auch eine Kampagne »Bürger für die Pollards« organisiert, um zu bewirken, daß die Strafen für die beiden Spione reduziert werden. Er hat sich auch an amnesty international und das nationale Gefängnisprojekt des amerikanischen Bürgerrechtsverbandes gewendet, die in dem Fall der Pollards eingreifen sollen.

Der US-Staatsanwalt Joseph di-Genova hat dagegen an das Gericht eine Aktennotiz geschrieben mit dem Hinweis, die Angeklagte »versuche ihren Gesundheitszustand dazu zu benutzen, der Bestrafung für ihr Verbrechen zu entgehen«. □

Rotchina liefert Waffen an Iran

Mike Blair

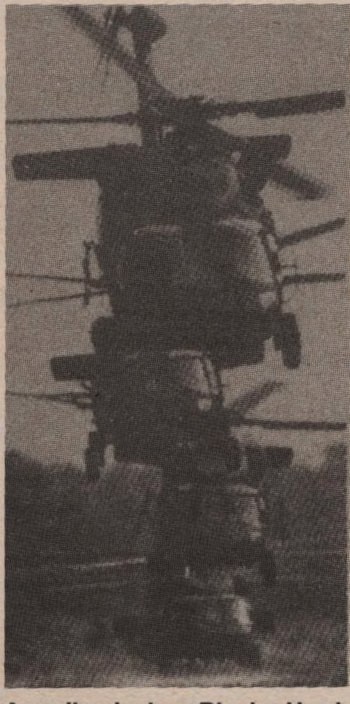
Die amerikanische Regierung Reagan wurde davor gewarnt, keine hoch technisierten Waffen und Waffentechnologie an Rotchina, einem erklärten Feind der Vereinigten Staaten seit fast vier Jahrzehnten, zu verkaufen. Doch die US-Regierung scherte sich einen Teufel und verschaffte Peking unumschränkten Zugang zu den besten US-Waffen. Die Folgen dieser Politik zeigen sich jetzt im umkämpften Persischen Golf.

Die Warnungen der amerikanischen Regierung kamen unter anderem von dem damaligen US-Senator Barry M. Goldwater, der den Vorsitz im Heeresausschuß des amerikanischen Senats führte. Goldwater behauptete lange Zeit, man könne den Rotchinesen nicht trauen. Er wurde ignoriert.

Gute Waffen zum Aufheizen des Krieges

Jetzt sehen sich die amerikanischen Streitkräfte am Persischen Golf selbst den von Rotchinesen an den Iran gelieferten Waffen gegenüber, die von den hoch technisierten Silkworm Boden-Boden-Raketen bis zu Artilleriegeschossen reichen. Unter Verwendung von US-Technologie produzieren die Rotchinesen heute gute Waffen und während sich der Krieg am Persischen Golf aufheizt, bedrohen sie ernsthaft das Leben der amerikanischen Soldaten dort.

Nach Schätzungen des amerikanischen Geheimdienstes hat der Iran bis zum heutigen Tag etwa 100 Silkworm-Raketen von Rotchina bekommen. Darüber hinaus wird vermutet, daß man einen Handel mit Peking über 100 hoch technisierte C-801-Anti-Schiffsraketen abgeschlossen hat, die bisher vom Irak gekauft worden sind und von der irakischen Luftwaffe beim Angriff auf Schiffe im Golf wirksam eingesetzt wurden. Sie sind ähnlich der französischen Exocet-Rakete, die den US-Zerstörer »Stark« Anfang des Jahres 1987 in den Gewässern des Golfs zerstörten, wobei 37 Besatzungsmitglieder ihr Leben lassen mußten. Die C-801 ist schneller und präziser als die Silkworm, so behaupten Waffenexperten.



Amerikanische Black Hawk Helikopter werden an Rotchina geliefert. Rotchina verkauft diese Hubschrauber und andere US-Waffen dann an den Iran über eine Scheinfirma in Hongkong.

In einem Bericht des Militärexperten Anthony H. Cordesman wird darauf hingewiesen, daß Rotchina derzeit dabei ist, Waffen im Wert von 500 Millionen Dollar an den Iran zu liefern. Peking leugnet zwar die Lieferung von Waffen an den Iran, doch der amerikanische Geheimdienst ist in den Besitz von Luftaufnahmen gekommen, die zeigen, wie Waffen in China an Bord eines Schiffes verladen und später im Iran ausgeladen werden.

Scheinfirma in Hongkong

Experten zufolge befinden sich derzeit auf dem Waffenkanal zwischen Rotchina und dem Iran die C-801-Raketen, weitere Silkworms, große Mengen Artilleriegeschosse, Granatwerfer, Panzer und gepanzerte Fahrzeuge.

Es sollen sich chinesische Techniker im Iran befinden, die die iranischen Revolutionsgarden in der Verwendung der Waffen schulen, so heißt es in einem Bericht aus Nahost.

Laut Aussagen des amerikanischen Verteidigungsministeriums kamen 1987 etwa 70 Prozent der in den Iran importierten Waffen aus Rotchina und dem kommunistischen Nordkorea. Die meisten im Persischen Golf gefundenen Minen kommen aus Nordkorea und sind sowjetischer Bauart nach einer Konstruktion, die vor dem Ersten Weltkrieg existierte und die seit langem überholt sind, aber dennoch ihre tödliche Wirkung nicht verfehlen.

Rotchina verkauft die Waffen an den Iran über eine Scheinfirma in Hongkong. In einem Geheimdienstbericht heißt es, daß innerhalb der letzten Monate eine Schiffsladung von Artilleriegeschossen aus Rotchina im Iran angekommen ist. Ironischerweise haben die USA den Rotchinesen bei der Verbesserung ihrer Artillerie und Artilleriegeschosse geholfen.

Pläne und Ausrüstung kommen aus Amerika

Im Oktober 1985 stimmte die Reagan-Regierung dem Verkauf von Plänen und Ausrüstung für ein modernes Werk zur Herstellung von Zündschnur und Projektilen für 155 Millimeter-Artilleriegeschosse an Rotchina zu.

Es gibt auch zuverlässige Berichte darüber, daß Rotchina Shenyang J-6 Düsenjäger, die Pekinger Version des sowjetischen MiG 21, an den Iran verkauft. Auch hier haben die Vereinigten Staaten ironischerweise im Jahr 1986 ein Geschäft mit Rotchina über die Lieferung von fortgeschrittener Luftfahrtelektronik für ihre Düsenjäger abgeschlossen, während sie es ablehnen, fortgeschrittene Abfangjäger an ihren langjährigen Verbündeten, die Republik des freien China auf Taiwan, zu verkaufen.

Im Jahr 1984 traf Rotchina eine Vereinbarung mit den USA zum Kauf von zwei Dutzend Sikorsky Black Hawk-Helikoptern, den besten und fortgeschrittensten Truppentransport-Hubschraubern der US-Armee. Einem Informanten aus dem Pentagon zufolge hat Peking auch bereits schon Helikopter an den Iran verkauft.

Die Pekinger Bosse leugnen die Geschäfte

Im Oktober 1987 verkündete die Reagan-Regierung, daß sie Überlegungen, ob weitere High-Tech an Rotchina verkauft werden solle, aussetzen würde. Als eine offenbare Folge davon soll die Kunde von Peking zurück nach Washington gewandert sein, daß man anstrebe, die Waffenverkäufe an den Iran zu kürzen.

Die Pekinger Bosse leugnen zwar immer noch den Verkauf von Waffen an den Iran, doch behaupten sie, über »Drittländer« würden Waffen nach Teheran geliefert. Die Regierung von Ronald Reagan weiß allerdings, daß dies nicht der Fall ist und sie verfügt über Aufnahmen von Spionagesatelliten, um das zu beweisen.

»Ich bin sicher, daß sie einfach einen neuen Waffenkanal aufmachen werden«, sagte ein Skeptiker. »Auf jeden Fall ist es zu wenig und zu spät, wenn man die militärische Hardware der Rotchinesen berücksichtigt, die sich bereits in den Arsenalen des Iran oder auf dem derzeitigen Kanal über Hongkong befindet.« □

Naher Osten

Irans High-Tech-Luftabwehr

Mike Blair

Die amerikanische Regierung von Ronald Reagan verkündete, sie werde die Silkworm-Raketen-Standorte am Persischen Golf nicht angreifen und zerstören, weil man Probleme damit habe, die amerikanischen Flugzeuge wieder aufzutanken. Das ist jedoch eine Lüge. Der wahre Grund liegt darin, daß die Vereinigten Staaten wegen der Luftabwehr-Raketenanlagen amerikanischer Bauart potentielle starke Verluste befürchten. Hier ist die Geschichte, die man in den Establishment-Medien nicht lesen konnte.

Am 20. Oktober 1987 griffen die Vereinigten Staaten zwei Bohrinseln am Persischen Gold an, die die Iraner offenbar als Militärstützpunkte benutzen. Das war die zugegebene Reaktion der US-Regierung auf den Angriff der »Sea Isle City« – ein unter amerikanischer Flagge laufender Tanker – im Haupthafen von Kuwait vier Tage zuvor durch die Iraner, wobei eine Silkworm-Rakete rotchinesischer Bauart zum Einsatz gekommen war.

Dem Präsidenten nachgeplappert

Die Rakete war von der Halbinsel Faw abgefeuert worden, einem Streifen irakischen Territoriums am nördlichen Ende des Golfs, der von den Iranern besetzt ist. Viele Beobachter – darunter auch amerikanische und ausländische Militärexperten – fragten sich, warum nicht die Silkworm-Abschußbasen von amerikanischen Bombern angegriffen worden waren anstatt der weitaus unbedeutenderen Angriffe der Bohrinsel.

US-Präsident Reagan bezeichnete die Angriffe auf die Bohrinsel als »geeignet und zweckmäßig« und betonte dabei, daß sich die Vereinigten Staaten nicht im Krieg mit dem Iran befänden. Die Iraner betrachten sich selbst jedoch als im Krieg mit den US-Streitkräften im Golf.

Der damalige US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger nannte den Angriff eine »wohlüberlegte und geeignete Reaktion«, womit er sich offenbar nach dem amerikanischen Präsidenten richtete.

»Ich denke, es war genau die richtige Reaktion«, behauptete US-Außenminister George Shultz.

Wie jeder Militärexperte von einiger Erfahrung rasch erkannte, war es natürlich nicht die »geeignete und zweckmäßige«, »wohlüberlegte und zweckmäßige«, »genau die richtige Reaktion« oder was auch immer.

Der Schah kaufte die Hawks

Das Problem waren und sind die Silkworm-Raketen auf der Halbinsel Faw. Sie gefährden nicht nur Tanker wie die »Sea Isle City«, sondern jedes amerikanische Kriegsschiff in den Golfgewässern.

Doch diese Raketen können nicht ohne große Verluste für die US-Streitkräfte im Golf angegriffen werden und zwar direkt aufgrund der Tatsache, daß sie von Hawk-Missiles und Luftabwehrraketen amerikanischer Bauart geschützt werden – und die Hawk-Missiles sind heute funktionsfähig, weil Schlüsselbauteile für die hoch technisierten Waffen im Jahr 1986 von der Regierung Reagan in den unter dem Namen »Iran-Contra-Affäre« bekannten Geschäften an die Iraner verkauft worden sind.

Das sind genau die Tatsachen, die die amerikanische Regierung dem Volk nicht erzählen kann und über die auch in den Establishment-Medien darum nichts berichtet wird.

Im Jahr 1976 haben die Vereinigten Staaten 1800 Hawk-Missiles für 600 Millionen Dollar an den Schah verkauft. Gleichzeitig wurde ein Vertrag über automatische Feuersysteme mit Hawks und Depotinstandhaltungssystemen im Wert von weiteren 400 Millionen Dollar geschlossen. Weitere 187,7 Millionen Dollar wurden für ein Hawk-Schulungsprogramm bewilligt, das später offenbar storniert wurde.

Diese Geschäfte mit dem Schah sind vom amerikanischen Waffenexperten Tom Gervasi, dem Direktor des Zentrums für militärische Forschung und Analyse in New York City, umfassend nachgewiesen.

Als der Schah im Jahr 1979 gestürzt wurde, sah sich das neue Regime von Ajatollah Khomeini im Besitz von 37 Hawk Triad Missiles, doch es fehlten ihnen verschiedene kritische Teile, um sie voll funktionstüchtig zu machen.

Bis zum Jahr 1986 waren sie nicht einsatzfähig; dann verkaufte die Regierung Reagan im Iran-Contra-Skandal insgeheim die Schlüsselbauteile an Teheran, die nötig waren, um die Hawks funktionstüchtig zu machen. Die unerfreulichen Einzelheiten darüber, wie diese kritischen Teile ihren Weg in den Iran fanden, erscheinen in den Feststellungen des gemeinsamen Untersuchungsausschusses von US-Senat und Repräsentantenhaus über den Skandal.

»Ist das nicht eine Ironie des Schicksals?« meinte ein Vertreter aus der höchsten Regierungsebene in Washington dazu.

Iranische »Alleskiller« made in USA

Wenn die Hawks nicht gewesen wären, hätten die Silkworm-Raketen-Standorte von den A-6-Bombern auf US-Flugzeugträgern angegriffen werden können. Doch da sich die Hawks dort befinden und einsatzbereit sind, wären nach dem Urteil von Militärexperten, die mit dem Hawk-Waffensystem vertraut sind, die A-6-Bomber stark gefährdet gewesen.

Der amerikanischen Öffentlichkeit wurde erzählt, »Probleme mit dem Wiederauftanken« hätte die A-6-Bomber davon abgehalten, die Silkworm-Standorte anzugreifen. Es wäre offenbar ein Wiederauftanken der A-6-Bomber während des Fluges erforderlich gewesen. Doch das ist ein Unterfangen, das die amerikanische Marine durchführen kann. Jeder amerikanische Flugzeugträger hat vier KA-6D-Tanker für das Wiederauftanken während des Fluges an Bord, eine Tatsache, die Sprecher der Reagan-Regierung bei dem Erwähnen der »Probleme des Wiederauftankens« unerwähnt ließen.

Das Hawk-Flugabwehrraketensystem ist höchst wirkungsvoll und es ist einigen Experten zufolge die beste Boden-Luft-Rakete, die in Funktion ist. Gervasi nannte sie die »hoch technisierteste, am besten lenkbare und zuverlässigste Boden-Luft-Rakete auf der Welt, die in Kämpfen in Nahost und Südostasien sowie Tests, die seit ihrem ersten Einsatz im Jahr 1960 durchgeführt wurden, eine Erfolgsquote von 96 Prozent aufwies«.

Amerikanische Militärs bezeichnen die Hawk als den »Alles-Killer«. »Ich habe Freunde, die tatsächlich als Piloten der amerikanischen Marine auf den Flugzeugträgern früher aufgehört haben, weil sich diese Hawks in den Händen der Iraner befinden«, sagte ein hochrangiger, ehemaliger Marineoffizier. »Sie fliegen jetzt für Fluggesellschaften.« □

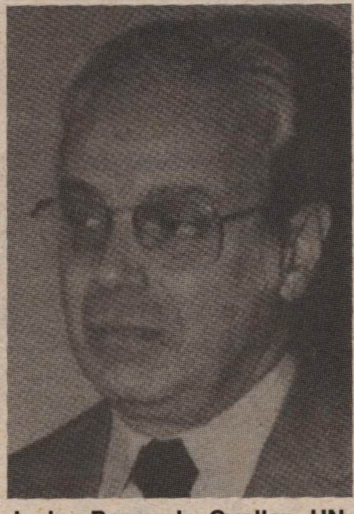


Iran spielt das Spiel der UNO

Warren Hough

Wie aus diplomatischen iranischen Kreisen im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York zu erfahren ist, hat der Iran beschlossen, einem jüngsten UN-Beschluß zufolge an den Kampffronten mit dem Irak einen Waffenstillstand zu verhängen. Der Schritt des Iran läßt auf eine Unterbrechung im verbitterten Golfkrieg hoffen, der nach neuesten Informationen in den letzten sieben Jahren über eine Million Menschenleben gefordert hat.

Das Einverständnis des Iran darüber, dem Abschlachten Einhalt zu gebieten, ist eine Reaktion auf den persönlichen Appell von seiten des UN-Generalsekretärs Javier Perez de Cuellar, der bei seinem jüngsten Besuch in Teheran auf Einstellung der Feindseligkeiten drängte, so behaupteten diese Quellen. Der Waffenstillstand tritt in Kraft, sobald die UN ihre eigenen Verpflichtungen nach der Resolution 598 – dem vom Sicherheitsrat am 20. Juli 1987 einstimmig angenommenen Friedensvorschlag – erfüllt, wie iranische Diplomaten bestätigen.



Javier Perez de Cuellar, UN-Generalsekretär, weiß, daß es nur Frieden in Nahost gibt, wenn die UN ihre eigenen Verpflichtungen erfüllt.

»Wir haben keinerlei Eroberungsabsichten«

Das Dokument des Sicherheitsrates verlangt von beiden kampfführenden Parteien, »alle militärischen Aktionen zu Lande, zu Wasser und in der Luft sofort einzustellen und sämtliche Streitkräfte sofort auf die international anerkannten Grenzen zurückzuziehen«.

In einem Interview wies ein hochrangiger iranischer Beamter einen Bericht zurück, der am 12. November 1987 in der »New York Times« erschienen war und in dem es hieß, der Iran plane die langfristige Besetzung irakischen Territoriums, das seine vorrückenden Truppen derzeit erobert haben.

»Wir haben keinerlei Eroberungsabsichten«, versicherte der iranische Diplomat. »Wir werden alle unsere Streitkräfte aus dem Irak abziehen, wenn die Kampfhandlungen eingestellt werden. Und das wird – zumindest von unserer Seite her – passieren, sobald die Bestimmungen der Resolution 598 von den Vereinten Nationen durchgesetzt worden sind.«

In Paragraph sechs der Resolution wird der Generalsekretär ermächtigt, »die Frage der Bildung eines unparteiischen Organs zu untersuchen, das feststellen soll, wer die Verantwortung für den Konflikt trägt«.

Untersuchung der Ursprünge des Krieges

Nach Ansicht des Iran ist das der »Schlüsselparagraph« des UN-Papiers. Er ist auch der Kernpunkt der schärfsten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Widersachern. Der Iran besteht darauf, daß Resolution 598 so in Kraft treten muß, wie von den Vereinten Nationen beabsichtigt, »folgerichtig«, das heißt, dem Waffenstillstand muß unmittelbar die Bildung eines neutralen Untersuchungsausschusses folgen, der ermächtigt wird, die Ursprünge des Krieges zu untersuchen.

In diesem Forum soll dann ebenfalls der Angreifer bestimmt und die Frage der entsprechenden Reparationen untersucht werden.

Nach europäischen Diplomaten läßt sich die Haltung des Iran zu diesem Thema »kaum widerlegen«. Sie stellen fest, daß in dem UN-Dokument selbst die verschiedenen Stadien des Waffenstillstandes als ein »kontinuierlicher Prozeß« aufgeführt sind – so wie es auch vom Iran interpretiert wird.

In der Befürchtung, daß eine unparteiische Untersuchung ihn als Angreifer ermitteln wird, hat der Irak dagegen versucht, die Resolution 598 zu verwässern. In einer vertraulichen diplomatischen Note an den Generalsekretär der Vereinten Nationen vom 1. November 1987 argumentiert die irakische Regierung dahingehend, daß – obwohl sie bereit sei, »bei der Durchsetzung des ersten Paragraphen der Resolution mitzuarbeiten – Diskussionen über die anderen Paragraphen erst dann eingeleitet werden können, wenn der erste Paragraph vollständig erfüllt worden ist«.

Nach der Beurteilung eines westdeutschen Beamten mit langjährigen Erfahrungen im UN-Protokollstab »sagt der Irak: ›Wir wollen über diese Resolution erst dann sprechen, wenn die Iraner ihre Zelte abgebrochen haben und nach Hause gegangen sind.‹

Die Haltung der Iraner, die die Resolution in ihrer Gesamtheit durchgesetzt sehen wollen, ist dem Geist dieses Dokuments viel näher.«

Quellen aus dem Stab des Generalsekretärs sagen, die Reaktion der Iraner auf Resolution 598 »erscheint auf den ersten Blick annehmbar«. Doch sie bringen ihre Sorge zum Ausdruck über die Haltung des Irak. »Saddam Hussein, der Präsident des Irak, möchte die Resolution in Einzelteile zerstückeln und nur jene Bestimmungen angehen, die für ihn vor Vorteil sind«, sagt ein Diplomat.

Es wird noch keinen Frieden geben

Erfahrene Nahost-Experten sind hinsichtlich einer offiziellen Waffenstillstandsvereinbarung wenig optimistisch und beurteilen die Chancen zugunsten einer Einstellung von Kampfhandlungen am Golf skeptisch. »Der Irak hat diesen Krieg nicht allein begonnen«, sagt ein Golf-Diplomat, dessen Regierung mehr auf seiten des Irak steht. »Da waren noch andere daran beteiligt.«

Jüngsten Berichten zufolge könnte auch die US-Regierung darin verwickelt gewesen sein, dem Irak Geheimdienstinformationen zugespielt zu haben, die Saddam Hussein in den Glauben versetzen sollten, seine Truppen würden bei der Invasion in den Iran auf wenig Widerstand stoßen.

Neueren Enthüllungen zufolge hatte der nationale Sicherheitsberater der Carter-Regierung, Zbigniew Brzezinski, wenige Wochen vor Ausbruch des Krieges ein geheimes Treffen mit irakischen Spitzenbeamten in Bagdad. Bei diesen vertraulichen Gesprächen soll der Abgesandte Carters Saddam Hussein angeblich zugesichert haben, daß die Vereinigten Staaten eine irakische Invasion »stillschweigend unterstützen« würden.

»Diese Berichte zeigen, daß die Vereinigten Staaten – die scheinbar neutral sind in diesem Konflikt – ein verstecktes Interesse daran haben könnten, eine unparteiische Untersuchung der Ereignisse zu vermeiden, im Zuge derer irakische Stoßtruppen im September 1980 in den Iran einfielen«, sagt ein kriegsmüder Nahost-Delegierter. »Wenn das der Fall ist, wird es noch lange keinen Frieden in der Golfregion geben.« □



Naher Osten

Wird der Golf zum US-Friedhof?

Mike Blair

Amerikanische Fernsehteams berichten darüber, daß Schiffe der amerikanischen Marine im Einsatz am Golf von der Schulter abgefeuerte Stinger-Raketen der US-Armee verwenden, um die ungenügende Anti-Luftabwehr damit zu unterstützen.

Bereits im September 1987 wurde bekannt, daß sich Experten der US-Armee in einem Geheimauftrag auf dem amerikanischen Marinestützpunkt Norfolk im US-Bundesstaat Virginia befinden, um Matrosen für ihren Einsatz am Persischen Golf in der Verwendung von leichten, doch tödlichen Stinger-Raketen zu schulen.

Boote aus dem Korea-Krieg

Zu der Zeit war die amerikanische Marine dabei, zwei alte Minensuchboote aus der Zeit des Koreakrieges in den Golf zu entsenden, um kuwaitische Öltanker, die wieder die Flagge der Vereinigten Staaten führten, durch die umkämpften Gewässer zu eskortieren. Es wurde darauf hingewiesen, daß die beiden Minensuchboote »Inflict« (MSO 456) und »Fortify« (MSO 446) gegen Luftangriffe ungeschützt seien und daß Seeleute von Armee-Experten für den Gebrauch der tragbaren Stinger-Raketen rasch ausgebildet würden.

Der Korrespondent des amerikanischen Fernsehnetzes »ABC«, Bill Seamans, berichtete in der Fernsehsendung »ABC World News Tonight« von der »Inflict« und dem mit Lenkflugkörpern ausgestatteten Leahy-Kreuzer »Richmond F. Turner« (CG 20), der im nördlichen Teil des Golfs in der Nähe der Marinestation des Iran auf der Insel Farsi operierte.



Ein US-Matrose hält eine Stinger-Rakete, während ein anderer an Bord der »USS Richmond Turner« nach feindlichen Flugzeugen Ausschau hält.

Die ABC-Korrespondenten dienten als Repoter für alle amerikanischen Fernsehanstalten bei der seltenen Gelegenheit, die die US-Marine für die Berichterstattung über ihre Operation am Golf bot.

In dem ABC-Bericht erfaßten die Kameras der Reporter Aufnahmen von amerikanischen Seeleuten, die Stinger hielten, als sie auf Kampfstationen beordert wurden, als die US-Schiffe über Radar gewarnt wurden, daß sich irakische und iranische Flugzeuge in der Nähe befänden.

Die »Turner« sollten die alten Minensuchboote vor einem möglichen Angriff durch feindliche Flugzeuge oder Hochgeschwindigkeits-Vorpostenboote der Iraner abschirmen, die häufig Schiffe im Golf angreifen.

Der ABC-Bericht bestätigte auch, daß die US-Marine die Belastungen des Einsatzes am Golf zu spüren beginne, und daß sie auf eine solche Aktion nicht vorbereitet sei.

Mit Holz verkleidete Minensuchboote

Dies wurde in dem ABC-Bericht verdeutlicht durch Bilder von den 25-Millimeter-Automatikkanonen der US-Armee, die mit jenen vergleichbar sind, die auf den neuen Bradley-Truppentransportern der Armee benutzt werden und die hier zur Abwehr möglicher Angriffe durch iranische Schnellboote eingesetzt wurden. Die Kanonen waren hinter Notbehelfsbunker aus Sandsäcken entlang der Reling der »Turner« aufgestellt.

Bei den Bildern des Minensuchboots »Inflict« wurde sofort deutlich, daß die alten Schiffe vor Luftangriffen völlig ungeschützt sind. Die »Inflict« ist ein Minensuchboot der Agile-Klasse, die ursprünglich mit doppeltmontierten 40-Millimeter-Luftabwehrkanonen ausgerüstet waren. Der ABC-Bericht zeigte jedoch deutlich, daß die Kanonen von der »Inflict« entfernt worden sind.

Vor solchen Schiffen können Militärexperten nur warnen. Sie wurden in den fünfziger Jahren gebaut als Minensuchboote, und es ist von ihnen bekannt, daß sie auf See Feuer fangen. Die Schiffe werden von Waukesha-Dieselmotoren angetrieben, die große Risse aufweisen und wo leicht Öl in die Abzugsschächte gerät, das sich dann entzündet. Die einzelnen Erfahrungen mit diesen alten Minensuchbooten sind voll von Schwierigkeiten einschließlich schwerer Brände an den Waukesha-Motoren.

Die mit Holz verkleideten Minensuchboote sind sogar in den Persischen Golf geschleppt worden, um Verschleiß an den defekten Motoren zu vermeiden.

Es ist offensichtlich, warum die amerikanische Marine die »Inflict« für die Fernsehnachrichten-Sendung gewählt hat. Sie wies am wenigsten Probleme auf.

Die »Fortify«, die die »Inflict« von ihrem Heimatstützpunkt in Norfolk an den Golf begleitet hat, kann auf eine Geschichte mit besonders vielen Schwierigkeiten zurückblicken. Zwischen den Jahren 1977 und 1983 kam es zu insgesamt 25 Motorenschäden an den Waukesha-Dieselmotoren.

Eines der alten Schiffe, die »Conquest« (MSO 488) mit Heimatstützpunkt Seattle, mußte nach Pearl Harbour auf Hawaii geschleppt werden, nachdem sie das Schiff gerammt hatte, das sie in den Golf schleppen sollte; der Zusammenstoß hatte ein fünf Meter großes Loch in ihre Holzverkleidung gerissen. □



Der Golfkrieg und das Völkerrecht

Walter Seiter

Zahlreiche bundesdeutsche Blätter zollen den Amerikanern überschwengliches Lob, wenn sie von deren Einsatz im Persischen Golf berichten. Sie finden es richtig, die Anwesenheit der US-Flotte mit dem Nimbus des edlen Beschützers zu umgeben. So ist zu erfahren, daß die amerikanische Marinepräsenz dem »Schutze der Freiheit der Meere« und der »Sicherung unseres Wohlstandes« dient. Die Vorgänge im Persischen Golf reden jedoch eine andere Sprache. Keine der beiden wohlklingenden Formulierungen trifft den Kern der Sache.

Im Golf sind harte US-amerikanische Interessen im Spiel, die bewußt eine Strategie der Konfrontation betreiben, um notfalls eine Kriegsentscheidung zugunsten der Iran-Gegner zu erzwingen.

Der Propagandatrick der USA mit »Freiheit der Meere«

Derartige US-Praktiken sind nichts Neues. Sie haben während der kolonial-imperialistischen Phase ebenso eine Rolle gespielt, wie in den beiden Weltkriegen und sind über Korea und Vietnam hinaus bis heute die Grundlage amerikanischer Machtpolitik geblieben. Die Amerikaner fühlen sich nur ihren eigenen Interessen verpflichtet, auch wenn sie vorgeben, ihr Schicksal mit dem der Menschheit zu identifizieren und den Anspruch erheben, Demokratie und Menschlichkeit weltweit zu vertreten.

Der Kampf um die »Freiheit der Meere« war und ist ein Propagandatrick der Vereinigten Staaten.

Kriege haben die USA ausschließlich auf fremdem Boden geführt, stets über die Ozeane hinweg. Die Weltmeere zu beherrschen ist ihnen Gesetz und Recht. Für die »Freiheit der Meere« bleibt nur, was ihnen nützt. Geschäfte sind die Maxime ihres Handels, die Wirtschaftspiraterie ihr Vorrecht.

Erinnern wird uns: Amerikaner finanzierten die beiden Weltkriege, die anderen erlitten sie. Mit einem puritanischen Sendungsbewußtsein ausgestattet glauben die US-Amerikaner, bei allen internationalen Spannungen sich in die Rolle als »Weltfriedensstifter« durchsetzen zu müssen, notfalls mit Gewalt. Sie vergessen dabei die Zwiespältigkeit ihrer Moral abzulegen, was den Freunden oft teuer zu stehen kam. Der Alarmzustand am Golf ist eine amerikanische Herausforderung.

Alles berechnet und vorprogrammiert

Keinesfalls wird die neutrale Schiffahrt wie die westliche Presse darzustellen beliebt, von Khomeini bedroht. Nach internationalem Seekriegsrecht ist jede Schiffsladung gefährdet, die zugunsten einer der kriegführenden Parteien transportiert wird.

Kuwait unterstützt militärisch und wirtschaftlich den Irak. Es muß daher mit Gegenmaßnahmen des Iran rechnen. Ein irakischer Raketenangriff auf ein US-Schiff war es, der die Eskalation im Persischen Golf steigerte. Außerhalb der Kampfzone ist die »Freiheit der Meere« vom Iran weder angetastet noch blokkiert oder gehemmt.

Dies bleibt bislang den USA und England vorbehalten; zur Zeit der Weltkriege, als jene Mächte auf den Ozeanen die »Freiheit der Meere« rigoros zunichte machten. Heute provoziert die US-Flotte mit nicht zu überbietender Arroganz den Iran am Persischen Golf. Es ist nur allzu deutlich, daß es hier keinesfalls um die »Freiheit der Meere« geht.

Alles ist berechnet und vorprogrammiert, um bei passender Gelegenheit den vernichtenden Schlag gegen den verhaßten Iran auszulösen. An Drohungen und Hinweisen, daß die Geschütze der US-Schiffe »sprechen« werden, fehlt es nicht.

Daß in der bundesdeutschen Presse verständnisvolle Töne für den Angreifer Irak anklingen, ist mehr als verwunderlich. Ungeniert wird der brutalen Gewalt das Wort geredet. Vom geschändeten Völkerrecht spricht niemand. Liegt seitens des Irak nicht ein eklatanter Bruch des Völkerrechts vor, dessen Fall schon längst ein internationales Gericht hätte übernehmen müssen?

Der Irak hat, und das ist unbestritten, 1980 den Iran überfallen. Er glaubte damals, mit dem instabilen Khomeini-Regime leichtes Spiel zu haben. Das war eine Fehlspekulation. Darauf steigerte der Irak den Krieg zum Bombenterror auf die Zivilbevölkerung und setzte Giftgas ein.

Diese eindeutigen Kriegsverbrechen nahm man ohne Rührung zur Kenntnis. Sie blieben ohne Echo, lösten keine Demonstrationen aus und veranlaßten niemand, wirksam dagegen einzuschreiten. Das Ausmaß des Verbrechens wird deutlich, wenn man bedenkt, daß selbst Hitler, die Inkarnation alles Bösen, während des Zweiten Weltkrieges den Einsatz von Giftgas untersagte.

Der Überfall des Irak erfüllte alle Tatbestände der Nürnberger Statuten von 1945: Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Aber nichts rührt sich. Die Mächtigen der Welt mischen im Golfkrieg kräftig mit und machen dabei ihre Geschäfte. Es sind eben jene, die sich in Nürnberg nicht wortgewaltig genug um das neue Zeitalter der Gerechtigkeit, des Friedens und der Menschenrechte großtun konnten und vorgaben, mit den Nürnberger Urteilen künftig Kriege auszuschließen.

Eine verlogene und unglaubwürdig gewordene Welt

Die Presse schreibt, daß der Irak sich des Einverständnisses der Weltmeinung sicher sein darf, wenn er glaubt, einer Bedrohung durch einen Angriff zuvorzukommen.

Hat je die Presse oder die Weltmeinung etwas Ähnliches den Deutschen zugestanden? Als die Polen in den Jahren 1918 bis 1939 Tausende Deutsche vertrieben, ermordeten und die deutschen Ostprovinzen bedrohten, wodurch die Reichsregierung sich gezwungen sah, militärisch einzugreifen, war es »Überfall und Kriegsverbrechen«.

Wenn die Amerikaner wegen einiger in Grenada angepöbelter Studenten ihre Militärmacht in Bewegung setzt, ist es gut und rechtens.

Weshalb zweierlei Maß und das stets zum Nachteil der Deutschen? Es gibt genug Beispiele, wie nach 1945 das Völkerrecht gebeugt wurde und machtpolitischen Fakten weichen mußte. So ist es auch dabei geblieben, daß die Strafbestimmungen des Nürnberger Prozesses kein neues Recht, sondern Ausnahmerecht darstellten, das nur ein einziges Mal angewendet wurde, in Nürnberg gegen besiegte Deutsche.

Das Weltgewissen kümmert sich heute keinen Deut um die damals großspurig und lauthals verkündeten Rechtsnormen. In der deutschen Presse ist, was den Golfkrieg anlangt, jeder Bezug auf die in Nürnberg verkündeten Rechtsnormen ausgeklammert. Dafür wird dem Irak für seine Angriffshandlung Wohlwollen und Verständnis entgegengebracht.

Eine verlogene und unglaubwürdig gewordene Welt! □

Zionismus

Einfluß auf das Pentagon

Victor Marchetti

Das Jüdische Institut für Nationale Sicherheitsangelegenheiten (JINSA) hat für eine kleine Gruppe seiner unerschütterlichen Förderer sein neuntes Pentagon-Jahrestreffen in Washington abgehalten.

Das Thema des Jahrestreffens 1987 war, wie üblich, die amerikanisch-israelische strategische Militärkooperation. Besondere Betonung wurde dabei auf die Beteiligung Israels an der Strategischen Verteidigungs-Initiative (SDI) gelegt, die in einer hoch sensitiven Forschung und Entwicklung für das amerikanische Verteidigungsministerium bestehen soll.

Briefing über die sowjetische Bedrohung

Darüber hinaus gab es Hintergrundinformationen durch hochplazierte US-Militäroffiziere und ziviles amerikanisches Verteidigungspersonal über das strategische Gleichgewicht mit den Sowjets, die Lage am Persischen Golf und die Verteidigung Westeuropas unter dem Intermediate Nuclear Forces-Vertrag (INF) mit Moskau.

Das Programm des Jahrestreffens begann mit einem Besuch des Luftwaffenstützpunktes Bolling in Maryland. Unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen bekam die Gruppe dort von Offizieren der US-Luftwaffe ein Briefing über die strategische Bedrohung der Sowjets und ein ungewöhnliches Counter-Briefing über die »Vorstellung der Sowjets« von einer amerikanischen Bedrohung durch einen Sowjetoffizier. Wie sich später herausstellte, handelte es sich bei diesem sowjetischen Offizier um einen Überläufer aus dem Ostblock, der jetzt als Berater der US-Luftwaffe tätig ist. Mit seiner Präsentation in »voller Uniform« und mit einem starken Akzent sollte die Bedeutung der sowjetischen Bedrohung dramatisiert werden.

Am Nachmittag des selben Tages wurden die JINSA-Gäste mit dem Hinweis, daß keine Notizen, Tonbandaufnahmen oder Fotos gemacht werden dürften, von US-Staatssekretär bei der Luftwaffe, Tydal McCoy, begrüßt. Er sprach über die Bemühungen der Sowjets, eine Raketenabwehr zu entwickeln und darüber, daß das Pentagon mehr Geld für die Arbeit an SDI benötige und voraussichtlich technologische Unterstützung Israels.

Admiral William Crowe, der Leiter des US-Generalstabs, unterrichtete die Gruppe dann über die militärische Lage am Persischen Golf. Später gab es dann noch ein Briefing über den weltweiten Terrorismus.

Nach dem Abendessen an diesem Tag im Grand Hotel gab es eine Rede von Dr. Dov Zakheim, dem ehemaligen Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium. Er holte weit aus, um den versammelten Zionisten-Sympathisanten zu erklären, warum die USA das Lavi-Düsenjägerprojekt streichen mußten und um ihnen zu versichern, daß Israel damit entschädigt würde, daß man sie an der Produktion des F-16 bei General Dynamics Corporation beteiligen würde.

Angst vor Technilogie-Transfer an die Sowjets

Der zweite Tag begann mit einem Briefing durch General Joshua Shani, Attaché der israelischen Botschaft, der über verstärkte Kooperation mit den USA auf dem Gebiet der Militärtechnologie sprach. Die Militärhilfe an Israel wurde heruntergespielt zugunsten der sicheren und einträglicheren Entwicklungsprojekte über Waffensysteme und militärische Hight-Tech-Unterstützungsprogramme.

Der Rest des Tages wurde im Pentagon verbracht, beginnend mit einem Besuch des hochsensitiven Operationszentrums der US-Luftwaffe, dem Wahsingtoner »nordamerikanischen Verteidigungs-Kommandosystem« im Cheyenne Mountain in der Nähe von Boulder im US-Bundesstaat Colorado. Hier wurde die JINSA-Gruppe über das weltweite Management der Operationen der amerikanischen Luftwaffe einschließlich des strategischen Luftkommandos unterrichtet.

Danach gab es verschiedene Informationen über den Stand der SDI-Forschung und Entwicklung sowie über die Probleme, die sich aus einem Rüstungsbegrenzungsabkommen mit der Sowjetunion ergeben könnten.

Anschließend folgte das sensationelle Briefing über technologische Sicherheit durch den Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium Stephen Bryen. Bryen ist der Ehemann von Shoshanna Bryen, der Leiterin von JINSA.

Bryen begann mit der Schilderung von Einzelheiten über den Toshiba-Skandal, wo die japanische Elektrofirma zusammen mit einer norwegischen Firma an die Sowjetunion hochsensitive amerikanische U-Boot-Technologie geliefert hat. Bryen sagte, daß durch die Bemühungen seines Amtes diese Verschwörung aufgedeckt und offengelegt worden ist.

Die Wichtigkeit des Schutzes amerikanischer Militärtechnologie betonend, überraschte er die überzeugten Zionisten-Freunde sodann mit der Aussage, daß dies das Hindernis bei der Entwicklung einer engeren strategischen Kooperation mit der israelischen Regierung gewesen sei.

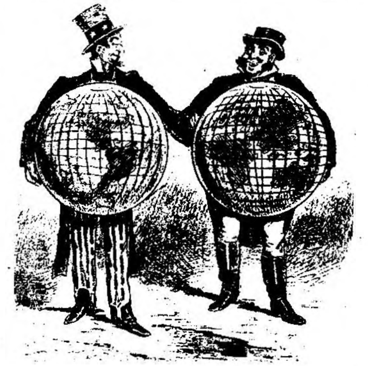
Keine Ausdehnung der strategischen Zusammenarbeit

Bryen zufolge können und wollen die Vereinigten Staaten keine hochsensitiven gemeinsamen Projekte mit der israelischen Rüstungsindustrie in Angriff nehmen, wenn nicht sichergestellt ist, daß die amerikanische Technologie vor möglichem Transfer an die Sowjetunion, das kommunistische China, Kuba, den Iran oder andere Länder auf der schwarzen Liste der USA geschützt ist. Vereinbarungen in dieser Hinsicht – bekannt unter dem Namen Cocom für Koordinations-Komitee – sind mit allen Verbündeten Amerikas in Kraft, die an gemeinsamen Rüstungsentwicklungs- oder Produktionsprojekten beteiligt sind. Es existiert jedoch keine derartige Vereinbarung mit Israel.

Bryen gab die Schuld für das Fehler einer Cocom-Vereinbarung eindeutig General Ariel Sharon, der jetzt Industrie- und Handelsminister ist. Bryen sagte, Sharon lehne es ab, eine Vereinbarung zu unterzeichnen, die garantiert, daß amerikanische Militärtechnologie oder gemeinsam produzierte Waffen nicht ohne vorherige Zustimmung der USA an ein anderes Land weitergegeben werden.

So lange das der Fall sei, so Bryen, kann es zu keiner bedeutenden Steigerung in der amerikanisch-israelischen strategischen Kooperation oder Rüstungsproduktion kommen.

Mit dieser scharfen Bemerkung endete das Pentagon-Treffen der JINSA 1987 – sehr zum Mißfallen der Zionisten-Freunde, die nach Washington gekommen waren, um zu hören, daß die amerikanisch-israelische Militärkooperation im Wachsen begriffen ist. Die JINSA-Mitglieder einschließlich dem Präsidenten Dr. Lawrence Goldmuntz und dem Vorstandsvorsitzenden Herbert Fierst beeilten sich rasch zu versichern, daß Bemühungen im Gang seien »das Problem von israelischer Seite her zu korrigieren«. □



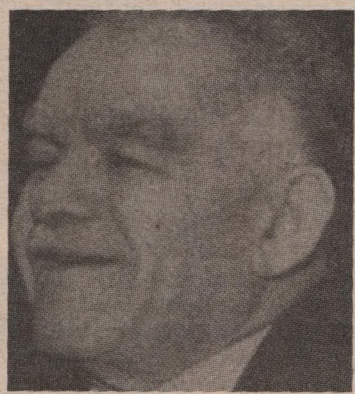
Zionismus

Der Stern der JINSA sinkt

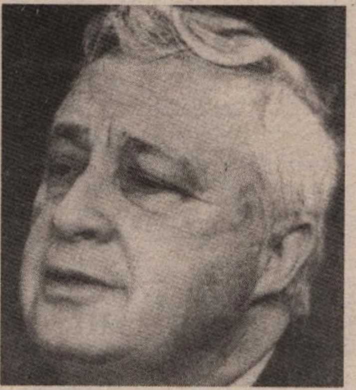
Victor Marchetti

JINSA, die lange als einflußreichste zionistische Lobby im Hinblick auf Militärangelegenheiten galt, die vom amerikanischen Verteidigungsministerium, Pentagon, Gefälligkeiten für Israel erwirken konnte, scheint jetzt in Verwirrung und Kontroverse versunken zu sein. Alle Anzeichen deuten auf eine scharfe, interne Spaltung hin zwischen den »Pragmatikern«, die die Notwendigkeit erkennen, mit den politischen Zielen Amerikas in Einklang zu sein und den »Extremisten«, für die nach wie vor Israel an erster Stelle kommt.

Beim neuen Pentagon-Jahrestreffen der JINSA trat diese Kluft erstmals öffentlich zutage, das heißt innerhalb zionistischer Kreise, denn das Treffen war für die Öffentlichkeit oder die Medien nicht zugänglich. Es zeigte sich außerdem, daß die extremistischen Kräfte, jene, die den harten Kurs des ehemaligen israelischen Verteidigungsministers, General Ariel Sharon, und des Premierministers Yitzhak Shamir vertreten, im Vormarsch sind.



Yitzhak Shamir gehört zu den führenden Politikern, die zum Thema territorialer Kompromiß hinsichtlich Westbank keine Flexibilität zeigen.



Ariel Sharon ist strickt gegen jede Verständigung mit den Palästinensern, was ein Hindernis für die Chancen einer Friedenskonferenz bedeutet.

Besorgt über die sowjetische Bedrohung der USA

Ein Anzeichen dafür war, daß die Teilnehmerzahl nur sehr gering war. Weniger als 30 Gäste zahlten die geforderten 300 Dollar für das Privileg, von amerikanischen Offizieren und Zivilpersonen aus der höchsten Ebene im amerikanischen Verteidigungsministerium unterrichtet zu werden. Unserem Beobachter der Tagung zufolge, »waren fast ebensoviele JINSA-Mitglieder und Militärs wie Gäste anwesend«.

JINSA war nicht nur von der geringen Teilnehmerzahl enttäuscht, sondern auch von der wenig beeindruckenden Zusammensetzung der Gruppe. Die Gäste waren weder einflußreiche Mitglieder aus Rüstung und Industrie noch großzügige Spendengeber für die israelische Sache. Während fast alle amerikanische Juden waren, schienen sie über die sowjetische Bedrohung der Vereinigten Staaten mehr besorgt zu sein als über die Bedrohung Israels von seiten der Araber, über die viel Lärm gemacht wird.

Das ist ein Schlüsselpunkt, denn er weist darauf hin, daß eines von JINSAs langfristigen Zielen – nämlich den Pro-Zionismus und die Hilfe an Israel mit dem Antikommunismus gleichzusetzen – in der Seele der amerikanischen Juden nicht permanent verwurzelt ist.

Weitaus wichtiger dagegen ist, daß so bekannte Pentagon-Doppelt-Loyale wie Dov Zakheim, US-Staatssekretär für Planung und Ressourcen, und Stephen Bryen, Unterstaatssekretär für Handelspolitik, es für richtig hielten, ihre Aueinandersetzung mit den Extremisten um Sharon ans Tageslicht zu bringen. Sie sprachen das kritische Thema Cocom (Vereinbarung über den Schutz der Technologie) an und brachten es als eine zwingende Voraussetzung für die Beteiligung an den Joint-ventures mit der Hilfe an Israel in Verbindung. Diese Joint-ventures sind von Sharon unter dem Freihandelsbereichsabkommen mit den USA verzweifelt gewünscht, um den Verlust seines geliebten Lavi-Düsenjäger-Projekts auszugleichen.

Der Kern des Konflikts

Was das Thema Ausgleich für den Lavi anbetrifft, so soll Zakheim sich am Abend, an dem er vor der Gruppe sprach, einigen Gästen gegenüber dahingehend geäußert haben, daß er meinte, den Israels würde »im Umgang mit den Vereinigten Staaten der gesunde Menschenverstand fehlen« und sie sollten »den umfassenden Belangen der Regierung gegenüber flexibler und sensitiver sein«. Entschlüsselt war seine Aussage eine klare Warnung, daß die »Israel-zuerst«-Haltung im Umgang mit dem Pentagon vielleicht nicht mehr in dem Maße ihre Wirkung haben wird wie in der Vergangenheit.

Die gegenwärtige Kluft zwichen JINSA und anderen Befürwortern enger strategischer amerikanisch-israelischer Bindungen spiegelt keine Verminderung des Einflusses der JINSA in amerikanischen Militärkreisen wider. Der Interessenverband hat noch immer innerhalb und außerhalb des US-Verteidigungsministeriums einflußreiche Verbündete. Zu ihren Ratgebern gehören unter anderem die ehemalige Botschafterin bei den Vereinten-Nationen, Jeane Kirkpatrick, der pensionierte Admiral Elmo Zumwalt, das Mitglied des Repräsentantenhauses, Jack Kremp, US-Senator Rudy Boschwitz und der ehemalige nationale Sicherheitsberater des Weißen Hauses, Michael Ledeen.

Ihre Kontakte im US-Verteidigungsministerium auf den höchsten Ebenen sind die besten. Davon zeugt die Tatsache, daß die amerikanische Militärhilfe an Israel in der Reagan-Ära stark gestiegen und die strategische Kooperation enorm gewachsen ist – und das zu einer Zeit, wo der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger bei weitem kein uneingeschränkter Anhänger Israels und des Zionismus gewesen ist.

JINSAs Politik der unumschränkten Unterstützung des israelischen Verteidigungspotentials bleibt unverändert. Lediglich die Methoden zum Erreichen der Ziele haben sich geändert. Das ist der Kern des Konflikts mit den Shamir-Sharon-Extremisten. Beide Gruppen haben die Absicht, das Pentagon zu schröpfen wie es nur geht. Darüber besteht kein Zweifel. Somit geht es in der Auseinandersetzung lediglich darum, wie dies am besten erreicht werden kann.

Nach dem Aus für den Lavi

Diese Gruppe hatte auch fest damit gerechnet, daß Israel vom US-Verteidigungsministerium ein großzügiges Paket an Trostprojekten bekommen wird für die Zustimmung zur Stornierung seines schlecht geplanten und ungeheuer aufwendigen Lavi-Düsenjäger-Programms. Man hat sich allerdings verrechnet.

US-Staatssekretär Richard Armitage aus dem US-Verteidigungsministerium hat die Hiobsbotschaft vor kurzem in vertraulichen Gesprächen mit den Israelis in Jerusalem bekanntgegeben.

Angeführt wurde die Liste der Enttäuschungen von der Entscheidung der USA, lediglich 50 Prozent der Forschungs- und Entwicklungskosten für das ATBM-Projekt zu übernehmen, das die Israelis als das Haupt-

Arbeitsbeschaffungs-Programm für Israel Aircraft Industries (IAI) anstelle des Lavi-Projekts vorgeschlagen haben. Die Israelis meinen, die ATBM (anti-taktische ballistische Rakete) biete wertvolle Einsatzmöglichkeiten in der Strategischen Verteidigungs-Initiative (SDI), doch die Pentagon-Planer sind offensichtlich nicht derselben Meinung.

Ursprünglich wollten die Israelis, daß die USA 90 Prozent der Finanzierung des High-Tech-Projekts übernehmen, das nach ihren Schätzungen zwischen 100 und 200 Millionen Dollar kosten würde. Den Berechnungen des Pentagon zufolge werden die letztendlichen Kosten des Projets jedoch deutlich höher liegen, »vor allem, wenn die IAI das Projekt übernimmt«, sagte ein Pentagon-Experte.

Israels Anteil am Projekt wird jedoch trotzdem weitgehend mit amerikanischen Geldern finanziert werden. Achtzig Prozent der Kosten für die Israelis werden durch amerikanische Militärhilfe abgedeckt werden. Nur 20 Prozent – tatsächlich 10 Prozent der Gesamtkosten – müssen aus inländischen israelischen Quellen kommen.

In der Enttäuschung für die Israelis kommt hinzu, daß das Pentagaon nicht in der Lage war, für die gemeimsame Produktion des amerikanischen F-16 Düsenjägers als Alternative zum Lavi eine akzeptable Vereinbarung mit der IAI auszuarbeiten. Darüber hinaus hat Armitage der israelischen Führung mitgeteilt, daß das Pentagon beschlossen hat, der IAI nicht zu gestatten, sich an Ausschreibungen für Wartungsaufträge für in Europa stationierte, amerikanische Helikopter im Wert von rund 100 Millionen Dollar zu beteiligen.

»Diese Ära nach Lavi«, sagte ein Israel-Anhänger im Pentagon, »ist ein einziger Lug und Trug«.

Hindernis für Friedenskonferenz

Die Enttäuschung der Israelis hat nun ihrerseits unter vielen Zionisten-Sympathisanten in Washington zu Verleumdungen und Streitigkeiten geführt. Der frühere Unterstaatssekretär im US-Verteidigungsministerium, Dov Zakheim, der die Stornierung des Lavi-Projekts empfahl, doch als Gegenleistung ein generöses amerikanisches Trostpaket versprochen hatte, war Zielscheibe harter Kritik. Das gleiche gilt für Steve Rosen, den Forschungsdirektor des amerikanisch-israelischen Ausschusses für öffentliche Angelegenheiten (AIPAC), der sich im Pentagon und bei anderen amerikanischen Bundesbehörden für Geschäfte mit Israel einsetzt.

Die Hoffnung, den US-Kongreß zu überzeugen hier rettend einzuspringen, ist angesichts der Kürzungen im Verteidigungshaushalt im besten Fall ungewiß. Folglich konzentrieren sich die zionistischen Kräfte in Washington jetzt auf die Hoffnung, daß der neue US-Verteidigungsminister Frank Carlucci ein offeneres Ohr für Israels Bedürfnisse haben mag als der ehemalige Verteidigungsminister Caspar Weinberger.

Unterdessen haben pro-israelische Kräfte als Reaktion auf die Knauserigkeit der Amerikaner das Schreckgespenst des harten Kurses in der israelischen Politik wieder aufleben lassen. Schließlich waren es der harte General Ariel Sharon – jetzt Industrie- und Handelsminister – und Premierminister Yitzhak Shamir, Führer der Likud-Koalition, die sich der Stornierung des Lavi-Projekts am meisten widersetzt haben.

Es wird davor gewarnt, daß Sharon und Shamir die führenden israelischen Politiker sind, die zum Thema territorialer Kompromiß hinsichtlich des Problems West Bank und Palästinenser die geringste Flexibilität zeigen, was ein unüberwindbares Hindernis für die Chancen einer internationalen Friedenskonferenz darstellt.

Ein pro-israelischer Verteidigungsexperte meint, daß die fortgesetzte Ablehnung des amerikanischen Verteidigungsministeriums, Israel für die finanziellen Verluste am Scheitern des Lavi-Projekts zu entschädigen sowie mögliche Kürzungen bei künftiger Unterstützung für die US-Politik in Nahost schädlich sein wird. □

Heißt das Vorbild Japan oder Korea?

Mark Lane

Einer der zahlreichen angeblich faszinierenden Aspekte des amerikanischen Freihandels-Bereichs-Abkommen mit Israel sind die vielen verschiedenen Arten, wie es durchgesetzt wird. Eine davon, die von besonderem Interesse ist, ist die Operation Independence (Operation Unabhängigkeit), OI, eine neu gebildete nordamerikanische Koalition erfolgreicher Geschäftsleute und Führer jüdischer Gemeinden mit dem genannten Ziel, »Israel zu wirtschaftlicher Unabhängigkeit zu bringen«. Mit ihm soll ein »strategischer Plan« zur Erschließung von Märkten in den USA und Kanada für israelische Waren durchgesetzt werden, um einen gewinneinträglichen und lebensfähigen israelischen Produktionssektor zu schaffen.

Stellen Sie sich einen Augenblick lang vor, daß eine solche Gruppe für irgendein anderes Land als Israel arbeitet. Japan zum Beispiel hat sich selbst zu einer dominierenden internationalen Wirtschaftsmacht aufgebaut, die selbst die Vereinigten Staaten in vielen Bereichen in den Schatten stellt, indem es die Vernichtung bestimmter amerikanischer Industriezweige anstrebte und so konstante Märkte für seine eigenen Waren schuf. Japan hat auf diese Weise den amerikanischen Elektronikmarkt erobert und auf die gleiche Art die Kontrolle über fast 40 Prozent des einheimischen Automobilmarktes der USA gewonnen.

Marktlücken für israelische Produkte

Im letzteren Fall stellte Japan fest, daß ein großer, nicht befriedigter Bedarf nach kleinen, erschwinglichen Autos hoher Qualität bestand, eine Marktlücke, und sie haben diese voll ausgenutzt. Diese wurde dann ausgeweitet und man richtet die Aufmerksamkeit jetzt auf den amerikanischen Markt von Luxusfahrzeugen.

Stellt man sich nun vor, Japans Erfolg wäre auf die Bemühungen einer Gruppe japanisch-amerikanischer Geschäftsleute zurückzuführen, die Vereinigungen und Netzwerke in den Vereinigten Staaten einzig und allein deshalb gebildet haben, um die japanische Industrie aufzubauen. Käme es zu Ressentiments unter der amerikanischen Arbeiterschaft, den Geschäftsleuten und Politikern? Natürlich! Ganz sicher würden auch harte Maßnahmen gegen solche Taktiken unternommen, bevor der amerikanischen Wirtschaft zu viel Schaden zugefügt worden wäre.

Das ist nun genau das, was die OI für die Vereinigten Staaten im Sinn hat. Die Mitglieder hoffen, amerikanische Marktlücken für israelische Hersteller ausfindig zu machen und ihnen zu helfen, mit der richtigen Kombination von Marktgeschick und Absatzsystemen diese Lücken auszufüllen – und zwar im Hinblick auf künftige Expansion.

Bestand an billigen arabischen Arbeitskräften

Howard Cohen, der leitende Direktor der Gruppe, ist ein ehemaliger Stabsassistent von US-Präsident Carter und war Direktor der Finanzverwaltung des Staates Pennsylvania. Er war Präsident und Vorstandsmitglied der ICE-Gruppe.

Seine Botschaft ist einfach: Der beste Weg Israels Abhängigkeit von US-Hilfe zu mindern besteht darin, die israelische Wirtschaft auszubauen. Welche Volkswirtschaften sind heute die erfolgreichsten? Es sind jene, die auf Export basieren wie Japan, Taiwan, Hongkong und andere Schwellenländer auf dem Weg zu Industrienationen am Rand des Pazifik. Daraus folgt, daß Israel diesen Beispielen nacheifern will.

Das Land hat auf diesem Gebiet deutliche Vorteile. Es verfügt über eine gut ausgebildete, technisch bewanderte Elite von Ingenieuren und Wissenschaftlern sowie einem verfügbaren Bestand an billigen arabischen Arbeitskräften. Doch sie verfügen auch über Vorteile, die die arabischen Länder nicht besitzen: einen engagierten Stamm von Anhängern in den Zielländern, die bereit sind, Zeit und Energie zu opfern, um die Märkte zu schaffen und Marktlücken für israelische Waren zu finden.

Die Gesamtstrategie der OI hat sechs Bestandteile: die Steigerung der israelischen Exporte in die Vereinigten Staaten und Kanada durch Konzentration auf spezielle Industriezweige mit einem Exportwachstumspotential; die Unterstützung der israelischen Unternehmen zur Beschaffung von Investitionskapital aus Quellen, die neben Bargeld auch die entsprechenden Geschäftserfahrungen und Marktverbindungen bieten; die Förderung des Tourismus nach Israel, um das Wachstum dieser Industrie zu unterstützen; die Entwicklung eines amerikanisch-israelischen Austauschprogramms von Industriemanagern, um die israelischen Geschäftsverbindungen zu steigern; die Beratung der israelischen Regierung über benötigte Änderungen zur Verbesserung des Konjunkturklimas in Israel; die Schaffung eines Netzwerks und Verflechtung mit anderen Organisationen, die ähnliche Ziele haben.

Die acht Industriezweige, auf die man dabei abzielt, sind: Lebensmittelverarbeitung; Hardware, Haushaltswaren und Baubedarf; Textilindustrie; Rüstungsindustrie; Metallindustrie; medizinische Geräte und Ärztebedarf; Computer-Software und High-Tech-Elektronik.

Ausnutzen des Freihandels

Die OI befürwortet gemeinsame amerikanisch-israelische Firmen nach dem Muster eines beispielhaften, neu eingerichteten Unternehmens: der I/AM Importing Inc., einem Nahrungsmittelvertrieb.

Als ein Handelsunternehmen kauft die Firma Waren in Israel und verkauft sie in Amerika. In den OI-Broschüren werden die Vorteile eines solchen Unternehmens beschrieben: »Es liefert zehn bis zwölf israelischen Firmen erfahrenes amerikanisches Marketing Know-how auf einer viel effektiveren Ebene als jeder einzelne von ihnen allein erwerben könnte. In der Überwindung sowohl der Distanz als auch der kulturellen Einstellungen zeigt sich die Stärke in der Ausnutzung der amerikanischen Marketing-Erfahrung.«

Die Gruppe betont, daß ihre primäre Rolle in der Unterstützung, nicht der direkten Aktion liegt. Zu diesem Zweck konzentriert man sich auf drei Programme: die Schaffung von Praktikantenpositionen in amerikanischen Firmen für israelische Führungskräfte; die Aufstellung einer Gruppe pensionierter amerikanischer und kanadischer Geschäftsleute, die bereit sind, eine Zeitlang nach Israel zu gehen und dort beim Ausbau mittelgroßer israelischer Firmen in große Firmen zu helfen, und die Rekrutierung junger amerikanischer und kanadischer Führungskräfte der Wirtschaft, die für zwei bis fünf Wochen im Jahr nach Israel gehen, um kleinen israelischen Firmen und Kibbutz-Betrieben bei der Verwirklichung ihrer Vertriebspläne zu helfen.

Könnte sich Israel wirklich nach dem Vorbild Japans, oder wie es bei Korea jetzt der Fall ist, zu einer Industriemacht entwickeln? Niemand weiß das: Doch Israel wird sicherlich in dieser Hinsicht jede Hilfe von den Bürgern des Landes, auf das man es abgesehen hat, bekommen, ein Vorteil, auf den die erwähnten asiatischen Länder bei ihrem Erfolg nicht setzen konnten. □

Zionismus

Der 13. Stamm

Victor Marchetti

Die Herkunft der Juden hat Geisteswissenschaftler und Laien immer gleichermaßen fasziniert. Der doppelte Anspruch direkt von Shem, dem Sohne Noahs, abzustammen und Gottes auserwähltes Volk zu sein, hat zahlreiche Studien hervorgebracht, in denen die Gültigkeit dieser Aussagen entweder bestätigt oder angezweifelt wird. In einem Versuch, dieses Rätsel zu lösen, schrieb Arthur Koestler sein Buch »The Thirteenth Tribe« (»Der 13. Stamm«), das in seiner Grundlage ebenso einzigartig wie provozierend ist und das schließlich zum umstrittensten Buch werden sollte, das je über die Geschichte der Juden geschrieben worden ist.

In »Der 13. Stamm« verfolgt Arthur Koestler, ein Jude aus Ungarn, die Geschichte des alten Khazaren-Reiches zurück, eine große, doch fast vergessene türkische Macht in Südosteuropa, die im Jahr 740 zum Judentum konvertiert wurde. Khazaria wurde schließlich fünf Jahrhunderte später von den Truppen Dschingis-Khans überrannt, doch Koestler zeigt, daß die verfügbaren Beweise stark darauf hindeuten, daß die Khazaren selbst überlebten und nach Westrußland und Polen wanderten und dort die Wiege des modernen westlichen Judentums, die Ashkenazim, schufen.

Ein Kurs zwischen zwei Mächten

Nach Koestler, der viel von seiner Analyse auf die Werke einer Handvoll amerikanischer und britischer Historiker und den verstorbenen israelischen Geisteswissenschaftler Abraham Poliak von der Hebräischen Universität in Tel Aviv stützt, entschlossen sich die Khazaren, zum Judentum zu konvertieren, um ihre Unabhängigkeit zu bewahren. Zu jener Zeit kämpften sie dagegen, von zwei starken Mächten im Süden – dem alten Byzanz auf der einen Seite und dem sich ausweitenden moslemischen Reich der Araber auf der anderen Seite – absorbiert zu werden.

Indem sie sich für das Judentum – statt für das Christentum oder den Islam – entschieden, schlagen die Khazaren auf geschickte Weise einen Kurs zwischen den beiden Mächten ein, verbündeten sich gelegentlich mit der einen gegen die andere Macht, doch erhielten sich immer ihre Unabhängigkeit und ihre neu angenommene Religion.

Schließlich sank die Macht der Khazaren-Krieger und sie verloren ihr Land – das Gebiet nördlich des Kaukasusgebirges zwischen den Flüssen Don und Wolga. Doch sie blieben ein geeintes Volk, verbunden durch ihr tiefes Engagement für das Judentum.

Im Laufe der Zeit ersetzte die biblische Geschichte über die Hebräer und die Israeliten jene ihrer türkischen Vorfahren und deren lange verlorenem Reich von Khazaria. So hielten sich die Immigranten der Khazaren nach Polen und Westrußland schließlich selbst für biblische Juden, die Abkömmlinge der Shem und des auserwählten Volkes – Erben des Landes Israel.

Unter diesem Volk, den Ashkenazi-Juden, entstand zum ersten Mal das Konzept des modernen Zionismus.

Koestler erkannte, daß seine Theorie problematisch war und eine potentielle Quelle der Kontroverse, insbesondere in zionistischen Kreisen. Er versuchte damit fertig zu werden, indem er hinsichtlich der Diaspora und dem Staat Israel den Implikationen seiner Forschungen einen weithergeholten Anhang hinzufügte.

Koestler schreibt: »Ich bin mir der Gefahr bewußt, daß es (sein Buch) auf böswillige Weise falsch interpretiert werden könnte, indem man behauptet, es werde darin die Existenzberechtigung des Staates Israel in Abrede gestellt. Doch dieses Recht basiert nicht auf den hypothetischen Ursprüngen des jüdischen Volkes und auch nicht auf dem überlieferten Bund Abrahams mit Gott; es basiert auf internationalem Recht, das heißt der Entscheidung der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1947, Palästina in einen arabischen und einen jüdischen Staat zu teilen.

Ungeachtet der Ursprünge der Bürger Israels und ungeachtet der Illusionen, die diese über ihren Rassenursprung haben mögen – ihr Staat existiert de jure und de facto und kann nicht aus der Existenz verschwinden, es sei denn durch Völkermord.«

Koestler schreibt dann weiter: »Ob die Chromosomen seines Volkes, die Gene khazarischen oder semitischen, römischen oder spanischen Ursprung enthalten, ist irrelevant und kann das Existenzrecht Israels nicht beeinträchtigen – ebensowenig wie die moralische Pflicht jeder zivilisierten Person auf Verteidigung dieses Rechts. Die Juden, die es (Israel) bewohnen, besitzen ungeachtet ihrer bewegten Ursprünge die wichtigsten Voraussetzungen für eine Nation: ... eine gemeinsame Sprache, eine gemeinsame Regierung und eine gemeinsame Armee.«

Als das Buch »The Thirteenth Tribe« im Jahr 1976 veröffentlicht wurde, ist es von der Mehrzahl der Kritiker gut aufgenommen worden und wurde sogar für seine »kluge Gelehrsamkeit mit gesundem Menschenverstand« gelobt. Im »Wall Street Journal« erschien beispielsweise eine glänzende Rezension, in der es hieß: »Man muß kein Jude sein oder mit Leidenschaft für oder gegen die polemischen Implikationen sein, um sich für ›The Thirteenth Tribe‹ zu interessieren. Das Buch sollte jeden Geschichtsfreund faszinieren.«

Doch Koestler hatte recht damit, wenn er eine Kontroverse voraussah. Er irrte nur damit, wenn er glaubte, sein Buch würde von jenen vor allem, die gegen die Existenz des modernen Israel sind, auf »böswillige Weise interpretiert werden«. Statt dessen waren es die Zionisten selbst, die seine These bestritten. □

Die Herkunft der Juden hat immer fasziniert und Wissenschaftler sowie Laien beschäftigt.



Zionismus

Kahanes Bomben

Mark Lane

Die israelische Regierung deckt bewußt Verbrechen einschließlich Mord- und Mordversuchen, die von Zionisten-Anhängern in den Vereinigten Staaten verübt werden. Eine laufende Untersuchung durch das amerikanische Justizministerium und das FBI über eine Reihe von Bombenattentaten und andere Terrorakte in den USA wurde durch die Weigerung der israelischen Regierung behindert, entsprechende Informationen zu geben, die von den amerikanischen Untersuchungsbeamten verlangt wurden.

Ein großes Geschworenengericht in New York City untersuchte die Rolle der Jüdischen Verteidigungs-Liga (JDL), die von Rabbi Meir Kahane gegründet wurde, bei Bombenattentaten, Morden, Entführungen und Erpressungen, berichtete der Staatssekretär im US-Justizministerium Charles Rose. Rose wurde gefragt, ob Kahane selbst unter Mordverdacht stehe. »Wir ermitteln gegen die JDL wegen Mordes, und Kahanes Leitung der JDL wird dabei ebenfalls untersucht. Sie können also ihre eigenen Schlüsse ziehen«, sagte er. Kahane blieb trotz seiner Wahl in die Knesset im Jahr 1984 »Berater« der JDL.



Alex Odeh, der Vertreter des amerikanisch-arabischen Anti-Diskriminierungs-Komitees, wurde durch eine Bombe getötet. Das FBI ist bisher mit der Aufklärung dieses Verbrechens nicht sehr weit gekommen.

Von der israelischen Armee trainiert

Den amerikanischen Ermittlungen nahestehende Quellen behaupten, zu den Hauptverdächtigen gehöre eine kleine Gruppe von JDL-Mitgliedern, die regelmäßig zwischen den Vereinigten Staaten und Israel hin- und herreist; in Israel arbeitet diese Gruppe auch für Kahanes gewalttätige anti-palästinensische Kach-Bewegung. Die israelische Regierung hat den unter Mordverdacht Stehenden Pässe unter falschem hebräischen Namen ausgestellt und es so den Untersuchungsbeamten schwergemacht, deren Schritte zu verfolgen.

Viele der Verdächtigten sind an Terrorakten gegen in Israel und an der West Bank lebende Palästinenser beteiligt gewesen. Zahlreiche unter ihnen wurden von der israelischen Armee trainiert.

Das Gericht untersucht den Mord an Alex Odeh vom Oktober 1985, einem Vertreter des amerikanisch-arabischen Anti-Diskriminierungs-Komitees (AAADC) in Santa Ana im US-Bundesstaat Kalifornien, der durch eine Bombe getötet wurde; den Mord an Tscherim Soobzokov, einem der Nazikriegsverbrechen Verdächtigten, im August 1985 in Paterson, US-Bundesstaat New Jersey; den Bombenanschlag vom September 1985 auf die Wohnung eines weiteren angeblichen Nazikriegsverbrechers, Elmar Sprogis, sowie das Bombenattentat auf ein Büro des AAADC in Boston im August 1985.

Durch die für Sprogis gedachte Bombe wurde ein unschuldiger Passant so schwer verletzt, daß sein Bein amputiert werden mußte. Bei dem Bombenanschlag auf das Büro in Boston wurden zwei Polizisten schwer verletzt.

Dokumenten der US-Regierung zufolge ist das FBI auf »verschiedene Schlüsselverdächtige gestoßen, von denen viele aus den Vereinigten Staaten geflohen sind und in Kiryat Arba um Asyl gebeten haben«. Die Siedlung Kiryat Arba an der West Bank wird vom FBI »als Zufluchtsort für extremistische jüdische Elemente des rechten Flügels« beschrieben.

FBI gibt dem israelischen Geheimdienst Hinweise

In dem FBI-Dokument heißt es: »Das FBI-Hauptquartier hat dem israelischen Geheimdienst (ISIS) in Washington, D.C., verschiedene Hinweise gegeben. Die Reaktionen darauf sind wichtig für die Aufklärung der 25 Terrorzwischenfälle und andere kriminelle Aktivitäten der JDL. Es ging dabei um Informationen über Fernsprechteilnehmer, Informationen über die kriminelle Vergangenheit von Personen, Haftunterlagen, Gefängniskontakte, Freunde, Angaben über Wohnsitz und Reisedokumente.

Die für Terrorismus zuständige Abteilung hatte mehrere Treffen mit ISIS-Vertretern in Washington, bei denen unsere Sorge über die Behandlung unserer Anfragen von seiten der ISIS zum Ausdruck gebracht wurde.«

Dem FBI zufolge haben die Israelis trotz wiederholter Anfragen und Treffen es abgelehnt, für die amerikanischen Ermittlungen wichtige Informationen zu liefern. Bei den Untersuchungen im Spionagefall Pollard hat sich Tel Aviv ähnlich behindernden Taktiken schuldig gemacht.

Der stellvertretende FBI-Direktor Floyd I. Clarke schrieb in einer Aktennotiz an Oliver Revell, den zweiten FBI-Chef, wiederholte FBI-Anfragen über jetzt in Israel lebende Mordverdächtige der JDL blieben unbeantwortet. Die Reaktion der israelischen Regierung zusammenfassend schrieb Clarke: »Sie kamen nicht termingerecht, waren unvollständig und in bestimmten Fällen erfolgte überhaupt keine Reaktion.«

Bei den israelischen Behörden liegt nicht die ganze Schuld für das Scheitern der Ermittlungen und der Strafverfolgung der JDL-Terroristen. In US-Dokumenten heißt es, daß die JDL für mehr als 25 Terrorakte einschließlich Bombenattentate, Entführungen und Morde in der jüngsten Vergangenheit verantwortlich ist.

Damit stände sie an erster Stelle auf der Liste der aktiven Terrororganisationen in den Vereinigten Staaten. Trotzdem hat sich das FBI kaum darum bemüht, die JDL mit Informanten zu infiltrieren oder durch legales Abhören der Leitungen zu überwachen.

Juden sollten keinen Heiden ausgeliefert sein

Kontaktleute der amerikanischen Regierung in Israel haben gesagt, die israelische Regierung sei wenig geneigt, mit amerikanischen Ermittlungsbeamten zusammenzuarbeiten, weil viele Israelis die Meinung vertreten, daß Juden, die angeblich Freunde der PLO oder angebliche ehemalige Nazis töten, keine Verbrecher sind.

So wird Eben William Nakash, ein in Paris geborenes jüdisches Mitglied im französischen Untergrund, der des Mordes an einem Araber in Frankreich überführt worden war, bevor er nach Israel entkam, tatsächlich von der religiösen Gemeinde in Israel unterstützt. Nakash wehrt sich gegen die Bemühungen, die um seine Auslieferung im Gang sind, und hat dabei die Unterstützung von zwei Chief Rabbis.

Rabbi Eliazer Waldman ist ein Mitglied der Knesset und meinte: »Juden sollten Heiden niemals und unter keinen Umständen ausgeliefert werden.«

So läßt sich die Ablehnung der israelischen Regierung, bei den Untersuchungen der US-Beamten über die Morde zu kooperieren, erklären. Weniger verständlich ist die Weigerung der USA, ihre Bemühungen zu verstärken, von einem Land Kooperation bei den Ermittlungen über den Mord, den Mordversuch und die Entführung von amerikanischen Bürgern in den Vereinigten Staaten durch Personen, die von der israelischen Regierung geschult wurden, zu verlangen, einem Land, das finanziell von Amerika abhängt. □

Zionismus

Wie Kahane zu Geld kommt

Mark Lane

Rabbi Meir Kahane, der Gründer der in den USA ansässigen Jüdischen Verteidigungs-Liga (Jewish Defense League), JDL, hat in Israel eine erstaunlich gut finanzierte Kampagne gestartet, um den Einfluß von Kach, seiner rassistischen Bewegung, zu erhöhen. Obwohl das Ziel – alle Palästinenser aus ihrem Land zu vertreiben – und die Mittel – Einschüchterung, Gewalt und landesweiter Terror – von der Mehrheit der amerikanischen Juden verabscheut werden, beschafft sich Kahane Hunderttausende von Dollar in den Vereinigten Staaten, und das offenbar unter Verletzung von Recht und Gesetz.

Kahanes Sicherheitsdirektor und Organisator für Spendensammlungen, Murray Young, ist kürzlich zu einer fünfjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden, nachdem er überführt worden war, in New York mehrere terroristische Bombenanschläge verübt zu haben. Ironie des Schicksals: während sein Statthalter verhaftet wurde, sammelte Kahane im West Side Jewish Community Center in New York City Spenden.

Ausnutzung der US-Steuergesetze

Ein großer Teil des Geldes wird über »The Jewish Idea« (TJI) eingetrieben, die im Jahr 1979 in den Vereinigten Staaten als steuerfreie Wohltätigkeitsorganisation zur Sammlung von steuerabzugsfähigen Spenden gegründet worden ist. In den vergangenen sechs Jahren hat die TJI für Kahane und seine Kach-Bewegung weit über 750 000 Dollar gesammelt.

Das amerikanische Gesetz sieht für Organisationen, die gemeinnützigen oder erzieherischen Ausbildungs-Charakter nachweisen können, außerordentliche Vergünstigungen vor. Die gesetzlichen Bestimmungen sind dabei unzweideutig und von der amerikanischen Steuerbehörde, dem Justizministerium und dem Amt des Justizministers gegen zahlreiche nicht-zionistische Missetäter strikt in den Vereinigten Staaten durchgesetzt worden.

Die amerikanische Steuergesetzgebung, die für steuerfreie und gemeinnützige Organisationen gilt, verbietet den vorteilhaften Status Gruppen, die vom Ausland her kontrolliert werden, die direkt in politische Aktivitäten verwickelt sind, und selbst denen, die beträchtliche Summe für Lobby-Tätigkeiten ausgeben. Die Steuerbefreiung soll wirklich gemeinnützigen und erzieherischen Organisationen gelten wie zum Beispiel dem Roten Kreuz.

Im Jahr 1984 hat sich Kahane erfolgreich um die Wahl in die Knesset beworben. Die TJI verschickte Broschüren mit der Bitte um Spenden an amerikanische Juden und dem Versprechen, daß die Gelder dafür benutzt würden, »Kach und Kahane in Israel an die Macht zu bringen«. Mit diesem Brief wurde fast jede Bestimmung des geltenden amerikanischen Gesetzes verletzt.

Um Kahane an die Macht zu bringen

Vor kurzem organisierte die TJI ein Abendessen zu Spendensammel-Zwecken für Kahane in der ehrwürdigen Lincoln Square Synagoge in New York City. Kahane bat um Spenden, die ihm helfen sollten, bei den nächsten Wahlen in Israel »zehn Sitze in der Knesset« zu gewinnen. Richard Propis, internationaler Schatzmeister der Kach, zufolge, brachte der Abend 40 000 Dollar ein.

Der Zweck, zu dem die TJI als juristische Person eingetragen wurde, ist, »die Mitglieder der Gemeinde zu informieren und aufzuklären, so daß sie über die gegenwärtigen Weltprobleme und deren Auswirkung auf das Judentum und die jüdische Gemeinde besser unterrichtet sind« – so steht es in den Dokumenten, die beim Amt des US-Justizministers in Albany, New York, nachzulesen sind. Nach dem Gesetz dürfen die Gelder nur zur Förderung der genannten Ziele der Organisation ausgegeben werden. Sie dürfen niemals zur Finanzierung, Beeinflussung oder gar indirekten Einflußnahme auf das Ergebnis einer politischen Kampagne in den USA oder Israel verwendet werden.



Angesichts der Tatsache, daß Kahane über Jahre hinweg das Gesetz in aller Öffentlichkeit verhöhnt hat, sagte der zweite Mann im amerikanischen Justizministerium, Charlie Rose, eine gegenwärtige Untersuchung der JDL-Aktivitäten schließe auch einen Blick auf die Verwendung steuerfreier Mittel aus den USA mit ein. □

Rabbi Meir Kahane ist Gründer der Jewish Defense League in den USA.



Zitate

Deutschland

Michel Rocard, Sozialist und Bewerber als Präsident der fünften französischen Republik: »Ganz offen gesagt glaube ich, daß die schmerzhafte Trennung Deutschlands noch sehr lange Zeit fortbestehen wird und daß die Deutschen dies auch wissen. Etwas Unwahrscheinliches brauche ich somit nicht zu fürchten. Ansonsten wird der allgemeine Rahmen der ausgehandelten Sicherheit – oder das überbewaffnete Mißtrauen – diese Perspektive nützlich oder gefährlich machen. Ich glaube nicht an die von einigen mit Hinweis auf Deutschland angesprochene neutralistische Versuchung, sondern ich halte die Beteiligung Deutschlands an der europäischen Säule des Atlantischen Bündnisses für unentbehrlich.«

Prophezeiung

Dr. Allan Boesak, Südafrikanischer Kirchenrat: »Das neue Jerusalem wird aus der Asche all dessen entstehen, was heute Pretoria heißt. Es geht in dieser Vision nicht um eine letzte Welt, in die sich die Kirchen hineinflüchten sollen. Vielmehr geht es darum, daß die Kraft Gottes in dieser Welt und in dieser menschlichen Geschichte sichtbar wird. Das neue Jerusalem ist keine zukünftige Welt irgendwo anders. Nein, das neue Jerusalem kommt vom Himmel in diese Wirklichkeit. Das neue Jerusalem ist keine Fata Morgana aus dem Jenseits. Es braucht nicht auf die Ewigkeit zu warten. Dieses neue Jerusalem wird aus der Asche all dessen entstehen, was heute Pretoria heißt. Denn das Alte ist vergangen.«

Waffenhandel

Mehdi Basargan, ehemaliger iranischer Ministerpräsident: »Israel, jener große Regisseur und Waffenlieferant, ist der Hauptgewinner des Krieges, weil Tel Aviv die Vernichtung der Streitkräfte beider Länder herbeiwünscht.«

Fortschritt

Erich Honecker, DDR-Staatsratsvorsitzender: »An Stelle von 25 deutschen Staaten vor dem Bismarckschen Reich gibt es heute zwei deutsche Staaten. Nach unserem Verständnis wird das auch in Zukunft so bleiben. Realitäten heute sind stärker als gewisse Träume an Kaminen. Mit dem Abkommen, wie es jetzt existiert, kann man gut leben.«

Kurs

Rolf Rodenstock, Inhaber der Optischen Werke G. Rodenstock: »Die Wirtschaft vermißt eine Kursbestimmung. Sie will nicht in unterschiedlichen Kaffeesätzen lesen, wie sie die vielen Konjunktur-Propheten bieten. Die meisten lagen 1987 so daneben wie nie zuvor, und alle waren kurzatmig.«

Menschenrechte

Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: »Ich kann nichts für die Ignoranz anderer Leute. Ich habe vor eineinhalb Jahren gegen die Verleihung des Friedensnobelpreises an den sowjetischen Vizeministerpräsidenten und stellvertretenden Gesundheitsminister Chasow weltweit protestiert. Da habe ich von all denen, die mir heute Vorwürfe machen, nur Staub gesehen. Die CDU hat eine umfangreiche Dokumentation über Afghanistan veröffentlicht, wir haben ein Nicaragua-Hearing veranstaltet. Nur, ich kann nicht glaubwürdig in den Augen junger Leute die Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion oder in der DDR angreifen, wenn ich auf dem anderen Auge blind bin. Außerdem hat Norbert Blüm völlig recht, wenn er sagt: Mit Gorbatschow oder Husak werde ich als christlicher Demokrat nicht verwechselt. Aber ich werde möglicherweise mit Leuten verwechselt, die foltern lassen und sonntags in die Kirche gehen zum Beispiel Pinochet, Botha oder wie sie alle heißen. Und deswegen brauchen wir hier eine klare Distanzierung gerade gegenüber Leuten, die sich als Christen bezeichnen und sich genauso schlimm oder nicht schlimmer benehmen wie Kommunisten.«

Gold

Gert Becker, Vorstandschef der Degussa AG: »Menschen, die gar nichts von Gold verstehen, schätzen genauso häufig richtig oder falsch wie die Fachleute.«

Revisionismus

Professor Hellmut Diwald, Historiker: »Wir werden noch ganze Komplexe umschreiben müssen, entscheidend ist dabei die Dokumentenfrage. Daß ein Hauptteil der zeitgenössischen Akten uns überhaupt noch nicht zugänglich gemacht worden ist, ist noch für viele Überraschungen gut. Die Russen haben kein einziges Dokument herausgerückt; die Franzosen halten ebenfalls ihre Archive und das, was sie bei uns mitgenommen haben, verschlossen. Die Amerikaner wählen bei dem, was sie uns zurückgeben, sehr vorsichtig aus. So stehen wir immer noch unter einer merkwürdigen Bevormundung.«

Zeitgeist

Professor Karl Steinbusch, Kybernetiker: »Auf der Höhe der Zeit ist nicht, wer die Torheit des Zeitgeistes weiterträgt, sondern wer ihr widerspricht.«

Politik

Björn Engholm, SPD, Oppositionsführer in Schleswig-Holstein: »Kleine Notlügen sind mal erlaubt!«

Unterwürfigkeit

Helmut Kohl, Bundeskanzler: »Ein großes Problem für die Wirtschaft ist das riesige Budgetdefizit der USA. Eine Verringerung dieses Defizits in den nächsten Jahren kann also das Vertrauen in die amerikanische Währung stärken. Auf jeden Fall sollten die amerikanischen Freunde mehr Verantwortung für den Dollar mittragen, die ja nach wie vor die wichtigste Leitwährung der Welt ist. Wir setzen weiterhin auf eine enge Zusammenarbeit mit den USA und anderen Industrieländern, um die Lage auf den internationalen Finanzmärkten zu stabilisieren.«

Nachbarn

Lothar Rühl, Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium: »Die deutsch-französische Solidarität ist das politische Fundament der gemeinsamen Sicherheit aller Länder Nordwesteuropas. Es handelt sich dabei um eine privilegierte Beziehung, nicht aber um eine exklusive. Für beide Nachbarn am Rhein ist die Sicherheitsgemeinschaft mit Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und Großbritannien militärisch, ökonomisch und politisch die unerläßliche Ergänzung.«

Europäische Gemeinschaft

Poul Schlüter, dänischer Ministerpräsident: »Ich glaube, daß sich der Mitgliederkreis bis zum Jahr 2000 wesentlich erweitern wird. Norwegen, Schweden, Österreich und auch die Schweiz dürften sich früher oder später anschließen. Die Neutralitätsfrage wird auf längere Sicht kaum ein unüberwindliches Hindernis sein. Auch das bessere Ost-West-Klima, die engere wirtschaftliche Verflechtung von Ost- und West-Europa, auf die wir hoffen, könnte die Annäherung der Neutralen an die EG erleichtern.«

Wahrheit

Richard Nixon, ehemaliger amerikanischer Präsident: »Für Politiker gehört es zum Geschäft, die Unwahrheit zu sagen. Deshalb kann ein Politiker im moralischen Sinne des Wortes nicht lügen.«

Perspektive

Helmut Kohl, Bundeskanzler: »Wir Deutschen dürfen die NS-Verbrechen nie vergessen, verdrängen oder verharmlosen, weil wir nur durch die Erinnerung zur Versöhnung befähigt werden.«

Nation

Alfred Dregger, CDU-Fraktionsvorsitzender im Bundestag: »Besorgt machen uns Geschichtslosigkeit und Rücksichtslosigkeit der eigenen Nation gegenüber. Ohne einen elementaren Patriotismus, der anderen Völkern selbstverständlich ist, wird auch unser Volk nicht überleben können. Wer die sogenannte ›Vergangenheitsbewältigung‹, die gewiß notwendig war, mißbraucht, um unser Volk zukunftsunfähig zu machen, muß auf unseren Widerspruch stoßen.« □

Zionismus

Wer ist Mark Lane?

Mark Lane ist Anwalt, Autor, Dozent und Drehbuchschreiber. Er ist seit 36 Jahren Mitglied der New Yorker Anwaltskammer. Sein erstes Buch »Rush to Judgement« war eine Stellungnahme zu dem übereilten und unvollständigen Bericht der Warren-Kommission über die Ermordung von US-Präsident John F. Kennedy. Nachdem es ursprünglich in den Vereinigten Staaten verboten war, wurde es dann in den USA und in vielen anderen Ländern zum Bestseller. Sein klassischer Film »Executive Action« etablierte ein neues Drehbuchgenre – die Verschwörung in Regierungskreisen – in Hollywood. Das »Time«-Magazine nannte ihn »einen der drei populärsten Sprecher auf dem Universitätskampus«. Lane war Mitglied im Parlament des Staates New York, lehrte Jura an der katholischen Universität in Washington, verhandelte Fälle vor dem Obersten Bundesgerichtshof, war Vertreter der American Indian Movement im Wounded Knee-Prozeß des Jahres 1974 und entkam aus Jonestown, Guyana, kurz bevor das Massaker der Anhänger von Jim Jones dort im Jahr 1974 begann. Lane verbrachte eine Zeitlang an der West Bank mit palästinensischen Farmern, traf PLO-Führer Yassir Arafat in Beirut und Mitglieder der Knesset, des israelischen Parlaments, in Jerusalem. Er ist in einer jüdischen Familie in Brooklyn aufgewachsen, besuchte die Synagoge; er und sein Bruder waren »Bar Mitzvahed«. Wie wurde Lane zu einem Zionisten-Gegner?

Ich habe darüber in der letzten Zeit etwas nachdenken müssen. Vor etwa zehn Jahren ging ich nach Beirut und traf mich mit Yassir Arafat auf dessen Einladung hin. Er hatte von meinem Buch »Rush to Judgement« gehört und meinte, ich sei ein anständiger Mann und könnte ihm vielleicht in seiner Sache helfen.

Jüdische Tradition und der Zionismus

Während ich dort war, verbrachte ich sehr viel Zeit mit palästinensischen Flüchtlingen in den Lagern im Libanon. Als ich in die Vereinigten Staaten zurückkehrte, behandelten mich die Medien sehr unfreundlich, weil ich mich mit der PLO abgegeben hatte.

Eine Jüdin, die in Memphis eine populäre Talkshow im Fernsehen leitete, sagte zu mir nach der Sendung: »Ich respektiere, was Sie getan haben, und ich würde Sie nie fragen, warum Sie dort hingegangen sind, obwohl Sie Jude sind. Ich bin sicher, Sie sind dort hingegangen, weil Sie Jude sind.«

Da ist vielleicht etwas dran an ihrer Aussage: nämlich, daß die jüdische Tradition im Gegensatz zum Zionismus Mitleid lehrt für jene, die leiden.

Als ich die Zustände sah, unter denen die palästinensischen Kinder und alten Menschen in den Lagern gezwungen waren zu leben und als ich dann später nach Israel kam und die brutale Besetzung der West Bank und des Gaza-Streifens durch die Israelis sah, wußte ich, daß ich gegen die Behandlung der Palästinenser durch die Israelis protestieren mußte – und genau das tat ich dann auch, als ich nach Amerika zurückkam.

Die Ignoranz und Arroganz

Ich habe festgestellt, daß die meisten Israelis sich dieser schrecklichen Lage bewußt sind und für die Einrichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates in den besetzten Gebieten sind. Jacobo Timermann hat recht, wenn er sagt, die Ignoranz und Arroganz der amerikanischen jüdischen Gemeinde und der nicht-jüdischen Zionisten in den USA seien das wirkliche Problem.

Deshalb versuchte ich die amerikanischen Juden zu beeinflussen, indem ich an vielen Universitäten sprach, Artikel veröffentlichte und schließlich der erste amerikanische Jude wurde, der an der israelischen Botschaft in Washington verhaftet wurde, weil er gegen die Invasion der Israelis im Libanon und gegen die Belagerung Beiruts protestiert hat.

Es gab einmal eine Werbung der Firma Levy in der es hieß, man muß kein Jude sein, um jüdisches Roggenbrot zu mögen. Man muß sicherlich kein Jude sein, um ein Anhänger der Zionisten zu sein.

Jerry Falwell ist vielleicht Amerikas führender Zionist. Während er vielleicht glaubt, Juden können nicht in den Himmel kommen, ist er doch bereit, Milliarden amerikanischer Dollar auszugeben und wenn nötig das Leben Tausender junger Amerikaner zu opfern, um ein unterdrückerisches, israelisches Regime zu unterstützen.

Pat Robertson ist ein weiterer überzeugter Anhänger, der die Interessen Israels vor alle anderen Überlegungen stellt. Die Senatoren Jesse Helms und Alan Cranston haben nur eine Sache gemeinsam: die rücksichtslose und nie enden wollende Unterstützung des zionistischen Israels.

Meinem Sekretariat wurde mitgeteilt, daß man mir nicht nur verbieten würde an den Universitäten über den Nahen Osten zu sprechen, sondern daß man auch keine Sprecher oder Künstler aus meinem Büro mehr verpflichten würde, die mich repräsentierten. Das ist die Sache, die heutzutage verboten ist. Das heißt, eine abweichende Meinung wird zum Schweigen gebracht.

Wenn man den Traum der Zionisten darstellen will, dann wird man von den Colleges und Universitäten sehr willkommen geheißen. Dennoch bin ich zu einigen durchgedrungen – nicht auf offiziellem Weg, sondern über Freunde und Studenten –, mit denen ich gearbeitet hatte und über Kontakte mit einigen Palästinensern, die in den USA studieren.

Besorgt über den Einfluß des Zionismus

Die Anti-Defamation League der B'nai B'rith-Loge veröffentlichte ein Buch, in dem die Namen jener aufgeführt waren, die behaupteten, die führenden proarabischen Propagandaführer zu sein. Bei den meisten der darin Aufgeführten handelte es sich um Araber. Soweit ich mich erinnere waren lediglich sieben Juden aus der ganzen Welt genannt. Ich war einer von ihnen.

Da ich auf diesem Gebiet erst seit sehr kurzer Zeit aktiv war, war das eine große Ehre für mich. Als Amerikaner bin ich besorgt über den Einfluß der zionistischen Kräfte auf den Gesetzgebungsprozeß und die Medien. Eine Demokratie braucht eine informierte Wählerschaft und einen Kongreß, der frei auf die Themen des Tages reagieren kann. Unser ganzes Konzept einer politisch ansprechbaren Demokratie ist in Gefahr, wenn ein Teil der Gesellschaft mit ungeheurer Macht und ungeheurem Einfluß ein Veto auf die Gesetzgebung ausüben kann, die ihr nicht paßt; Gesetzesvorlagen mit Erfolg einbringen kann, die sie befürworten, die Öffentlichkeit daran hindern kann zu erfahren, daß es zwei Seiten gibt, die zu berücksichtigen sind, und die politische Führer zwingt, Programme zu akzeptieren, die nicht dem besten Interesse des amerikanischen Volkes oder der Gesellschaft als Ganzes dienen.

Eines Tages, wenn sich die politischen Perspektiven weltweit ändern, werden sich die Gesetzgeber frei fühlen. Dann werden sie die Jahre der Frustration in weniger gemäßigten Worten ausdrücken. Der Antizionismus wird in Antisemitismus übergehen.

An diesem Punkt wird man von den jüdischen Führern hören, daß Judentum und Zionismus nicht das gleiche sind; daß das Judentum eine Religion ist, der Zionismus eine politische Kraft. Jetzt ist die Zeit, zu verlangen, daß diese Unterscheidung gemacht wird. Jetzt ist die Zeit für aufrechte Juden, sich gegen die Auswüchse des Zionismus in der Welt auszusprechen.
Außerdem bedroht die Vermischung eines repressiven, imperialistischen politischen Konzepts – des Zionismus – mit einer alten Religion, die ihre eigenen Wertgrundsätze hat, die Art, wie man sich eine Religion vorzustellen hat, und sie bedroht auch die Substanz unseres alten Erbes. □

Neue Weltordnung

Der Geist des Antichrist

Werner Graus

Im Jahre 1951 machte der katholische Bischof Fulton Sheen in den USA folgende prophetische Bemerkung: »Von nun an geht der Kampf nicht mehr um Kolonien oder nationale Rechte, sondern um die Seelen der Menschen. Der Antichrist wird sich nicht Antichrist nennen, sonst hätte er wohl keine Anhänger. Er wird kommen, verkleidet als Freund der Humanität. Er wird die Wissenschaften fördern, aber nur, damit man sich der Wunder der Wissenschaft bedient, um etwas anderes zu zerstören. Ja, er wird vielleicht selbst von Christus sprechen und wird sagen, daß er der größte Mensch ist, der je gelebt hat. Und trotz seiner Scheinliebe und der angeblichen Menschenfreundlichkeit sowie seiner einschmeichelnden Worte über Freiheit und Gleichheit besitzt er ein großes Geheimnis, das er niemandem verrät: daß er nämlich nicht an Gott glaubt. Wir leben in den Tagen der Apokalypse.«

Im folgenden veröffentlichen wir einige Gedanken und Exzerpte aus dem Buch von Virion »Le nouvel ordre de monde« (»Die neue Weltordnung«), 1974, um darzulegen, daß das, was sich heute vor unseren Augen in Kirche und Welt abspielt, von langer Hand geplant ist. Man erstrebt – wie im Titel der Abhandlung bereits programmatisch ausgesagt – eine neue Weltordnung: eine einzige Weltregierung und eine einheitliche Weltreligion. Sie soll eine kommunistische, sozialistische beziehungsweise freimaurerische sein, eine von den Weisen von Zion gesteuerte Internationale in Nachäffung der katholischen Kirche, der einzig wahren universalen Institution auf Erden.

Das Schicksal heißt Atheismus

Man bedient sich des biblischen Wortschatzes, aber man bedient sich der inspirierten Worte im Gegensinn, das heißt, man betreibt semantischen Betrug – nebenbei: auch der Teufel bediente sich bei der Verführung Jesu göttlicher Worte – und man verkündet einen falschen Christus, zum Beispiel den der Evolution eines Teilhard de Chardin.

Hierzu einige Zitate als Beleg. Ferris schrieb 1944: »Die falsche Position des mittelalterlichen Klerikalismus, der eher auf dem römischen Gesetz beruhte als auf der Heiligen Schrift, wird schmerzlich zu Tode gebracht werden, und es wird ihm der Thron entrissen, und den Völkern, die das Evangelium der Reformation nicht annehmen, wird der lehrmäßige Atheismus und der soziale Kommunismus als Schicksal zuteil werden.«

Seltsam offenherzig, schwer verständliche Aussagen. Hier wird der Protestantismus als wahres Evangelium, als die einzig zulässige Norm gepriesen, was er ja durch den bereits lange geübten Ökumenismus praktisch bereits geworden ist. Hier wird der Haß gegen die römisch-katholische Kirche sichtbar. Die wahre katholische Kirche muß als der Feind schlechthin niedergeschlagen werden, und mit ihm fiele dann auch die westliche, einst christliche Zivilisation.

Das ist die babylonische Hure

Bekanntermaßen hat der italienische Staat vor einigen Jahren einen Vertrag mit dem »Vatikan« dahin ratifiziert, daß Rom von nun an nicht mehr den Status einer »heiligen Stadt« innehat. Nun, das ist folgerichtig im Sinne der Doktrin der okkupierten Cathedra Petri, von der auch die Religionsfreiheit der Freimaurer und deren Menschenrechte propagiert werden.

In einer Botschaft der berüchtigten Gladys Talor aus dem Jahr 1972 ist zu lesen: »Das römische Reich war gefallen; aber in Zentraleuropa erhob sich eine Tyrannei, die sich christlich nennt, die alle Zeichen des Tieres trägt. Dies war unter der Führung der Päpste in Rom. Alle Kaiser pilgerten nach Rom, beugten das Knie. Rom, das ist die babylonische Hure.«

Luther beschimpfte Rom ebenfalls in ähnlicher Weise. Möglicherweise wurde er deshalb in der sogenannten »Konzils-Kirche« von Congar zum »Kirchenvater« erhoben, »der in gewisser Weise sogar noch genialer war als der heilige Augustinus und Thomas von Aquin; denn er hat das Christentum neu bedacht«.

Professor Mans, Nachfolger von Professor Lortz, nannte Luther sogar »den Vater des Glaubens«.

In der Zeitschrift »Destinée, Jahrgang 1962, heißt es: »Das Eindringen des Antichristen hat schon vor vielen Jahrhunderten begonnen in der Person jedes Papstes der katholisch-römischen Hierarchie.« Diese Leute behaupten dann, Christus selber würde kommen, um an die Stelle des Katholizismus auf Erden die Religion zu erneuern. Der Protestant, Dr. Koch, Fachmann für Okkultismus, reiht den Katholizismus schließlich unter das »Okkulte ABC« ein.

Eine andere Botschaft dieser antichristlichen Schriftsteller beziehungsweise Propagandisten lautet: »Kein Zweifel, wir sind dem Tag nahe, für den die Ankunft des Herrn angekündigt wird. Beim Aufleuchten seiner Herrlichkeit werden hinweggefegt alle Machwerte der Anmaßung, darin inbegriffen alle Auffassungen, aus denen die götzendienerischen Riten und Zeremonien des römischen Katholizismus begründet sind, auch die, die den Judaismus ablehnen, werden hinweggefegt.«



Werden die kommenden Jahre ein Konzil der Weltreligionen im Vatikan bringen? Die Gebetstreffen in Assisi und Kyoto sind für Kenner der katholischen Hierarchie die ersten Anzeichen dafür.

Eine Weltreligion hat keinen Platz für eine Kirche

Diese neue Religion ist also auf einen »Christus« gegründet, der nicht der der Evangelien, der nicht das menschgewordene Wort Gottes ist, dessen Menschwerdung sich in seinen Sakramenten verborgenermaßen fortsetzt und ausweitet. Es ist eine Religion ohne Dogmen – durch Ausscheiden der katholischen Positionen –, ohne Liturgie und Sakramente, die man als götzendienerische Riten betrachtet. Man spricht nebenbei schon unter katholischen Priestern im Zusammenhang mit den Sakramenten von »Magie«. Ein Priester, der gefragt wurde, ob er an die Wandlung glaube, gab zur Antwort, er könne doch nicht zaubern.

All dies propagiert einen neuen Judaismus, einen Judaismus mit

universalem Geltungsanspruch. Haben wir nicht schon einen »konvertierten« Juden als angeblichen Kardinal in Paris? Herr Lustiger, der ausdrücklich darauf besteht festzuhalten, daß er nie seinen jüdischen Glauben aufgegeben habe.

Kardinal Suenens sprach schon von einem künftigen Konzil der Weltreligionen, das seine Schatten mit den synkretistischen Gebetstreffen in Assisi und Kyoto im Jahr 1987 kräftig vorauswarf. Neben dieser Ein-Weltreligion ist natürlich kein Platz mehr für eine Kirche, die von sich behauptet, daß sie die alleinige Hüterin der geoffenbarten Wahrheit ist.

Das »neue Evangelium« der neuen Weltreligion propagiert ein Ziel: die Errichtung des Paradieses auf Erden. Die wahren Christen dagegen erwarten am Ende der Zeiten das Gericht und einen neuen Himmel und eine neue Erde. Sie glauben »an die Auferstehung des Fleisches und an das ewige Leben«.

In den Hetzkampagnen heißt es weiter: »Frankreich und Italien unterstützten einst mit ihrer Macht den katholischen Glauben und damit die religiöse Intoleranz der römischen Kirche, deren System immer der Predigt des Evangeliums feindlich war.« Und heute? Heute muß jeder Staat wegen der sogenannten Religionsfreiheit religiös indifferent sein.

Weil man die Wahrheit nicht annehmen will, lehnt man auch das Dogma von der allerheiligsten Dreifaltigkeit ab und predigt einen nachchristlichen Judaismus. So heißt es zum Beispiel: »Gott ist eine Familie, ein Reich, nicht eine begrenzte Trinität.« In unverschämter Weise behauptet man, der Glaube der Christen an die heiligste Dreifaltigkeit sei dem Heidentum entlehnt.

Ferner verkündet man eine sogenannte »Gotteskindschaft«, die letztlich nichts anderes ist als Pantheismus: alle und alles ist göttlich, der Glaube, in welchem schließlich alle übereinstimmen, ist die Religion des Menschen. Judentum. Mohammedanismus und die Zeugen Jehovas leugnen alle die heiligste Dreifaltigkeit und die Gottheit Christi.

Nach vier Gesprächen sagte mir einmal eine Zeugin Jehovas: »Jetzt weiß ich, daß mein Gott und Ihr Gott nicht identisch sind.« Hierauf gab ich zur Antwort: »Sie wissen so gut wie ich, daß es nur einen Gott geben kann; mein Gott ist der wahre Gott.« Daraufhin gab sie mir keine Antwort.

Eine neue Rasse und eine neue Religion

Aus folgendem Ausspruch leuchtet der Hochmut gegenüber der Gottheit Christi deutlich hervor: »Die ganze Menschheit ist der einzige, persönliche Gott, und Christus ist nur die Verwirklichung oder die Vollendung dieser göttlichen Person. Ihr Christus »wird herrschen mit seinen Heiligen, das sind die Erwählten Gottes, das ist das Volk Israel«.

Schon im Jahr 1863 schrieb die Zeitschrift »Jewish World«: »Das große Ideal des Judaismus ist, daß die ganze Welt von der jüdischen Lehre durchdrungen sei und daß in einer universalen Brüderlichkeit aller Nationen – das ist ein noch größerer Judaismus – alle Rassen und getrennten Religionen verschwinden.«

Mit »Redemptor hominis« hat dieser judaistische Universalismus katholischerseits seine lehramtliche Zustimmung erhalten. Denn nach einer jüdischen Zeitschrift geht »der Plan Gottes auf die Vereinigung aller Rassen, Religionen und Glaubensrichtungen. Dieser Plan für die neue Ordnung der Dinge muß alles erneuern: eine neue Rasse, eine neue Religion, keine sektiererische mehr. Es ist dies die Religion des Großen Lichts. Der Große Geist, der hinter Amerika steht, dieser großen Nation, ist nichts Sektiererisches.«

Nebenbei bemerkt: die Bezeichnungen »Großes Licht« und »Großer Geist« sind zwei okkultistische Namen für Luzifer/Satan.

Erneut vernehmen wir das Angebot: »Dies alles will ich dir geben, wenn du niederfällst und mich anbetest.« Wir kennen aber auch Seine Antwort: »Weiche Satan, du sollst den Herrn, deinen Gott anbeten und ihm allein dienen.« □

Bibel

El Schaddai und sein Gesetz

Zweiter Teil und Schluß

Ernst Heger

Der Antichrist wird seine Herrschaft über die Welt anscheinend unaufhaltsam errichten. Die Erde wird auf ihrem Weg um die große Zentralsonne immer näher an El Schaddais-Höllenpfuhl kommen, so daß der Scheitan selbst sich als Mensch auf der Erde inkarnieren kann. Viele werden diesem dann personifizierten Antichrist folgen. Seine Knechte und deren Hilfswillige werden große Macht erringen. Schließlich wird ein kurzes aber schreckliches Geschehen den Satan und die Seinen hinwegfegen, die Menschen werden den Satan als Satan erkennen, sie werden auch zugleich die Satansknechte erkennen.

Christus läßt den anscheinenden zeitweiligen Triumph der Satansdiener zu, damit sie so offensichtlich sich zeigen sollen, daß alle Menschen sie als das erkennen, was sie sind – die Sendlinge des Scheitans. Deshalb auch hat sich Christus kreuzigen lassen: Zum Zeugnis und für die Erkenntnis aller Menschen. Der Jahwe des Alten Testaments hat an sich mit der christlichen Religion nichts zu tun. Das Alte Testament beschreibt eigentlich mehr den Vertrag zwischen den Hebräern und dem Satan: Sie erfüllen seine Blutgesetze, und er verspricht ihnen die Herrschaft über alle Völker. Der Weltkampf aller Zeiten ist in letzter Konsequenz der Kampf einer kleinen Minderheit gegen alle anderen Völker. Wenn – nach dem erwähnten zeitweiligen Triumph des Satans und jenem schrecklichen Geschehen – die Kräfte des Bösen hinweggefegt sein werden, dann beginnt das »Goldene Zeitalter des göttlichen Lichts«.

Warum Pilatus' Bemühungen vergeblich waren

Wer also von Jahwe selbst oder seinen Priestern gebannt ist, muß zum Blutopfer für Jahwe werden. Aus diesem Grund wird auch verständlich, warum die Bemühung des Pilatus, den vor ihn geschleppten mensch-gewordenen Gott Christus freizusprechen und zu retten, vergeblich bleiben mußten; denn gemäß 3. Buch Mose 24,16 »Wer den Namen Jahwes lästert, soll mit dem Tode bestraft werden . . .«, war Christus im Synhedrion zum Tode verurteilt worden.

Matthäus 26,65 – 66: »Da zerriß der Hohepriester seine Kleider und sprach: ›Er hat Gott gelästert. Was brauchen wir noch Zeugen. Siehe, jetzt habt ihr die Lästerung gehört. Was ist eure Meinung?‹ Sie aber antworteten: ›Er ist des Todes schuldig.‹«

Und vor Pilatus bekannten sie: »Wir haben ein Gesetz, und nach dem Gesetz muß er sterben, weil er sich zu Gottes Sohn (zu Gott) gemacht hat« (Johannes 19,7).

Der Bann muß aber schon viel früher erfolgt sein, weil es heißt: »Nicht wegen eines guten Werkes wollen wir dich steinigen, sondern wegen deiner Lästerung (Luther: um der Gotteslästerung willen), weil du, der du ein Mensch bist, dich zu Gott machst« (Johannes 10,33).

Die Anbetung des goldenen Kalbes

Alles Jahwe Gelobte und Gebannte muß also als Blutopfer dienen. Da diese Gelübdeopfer ein »Hochheiliges« dem Jahwe

El Schaddai und sein Gesetz

sind, so kommt dafür auch der Segen Jahwes über die Darbringer. Als das Volk Israel am Sinai ein goldenes Kalb (Mne-Abir, eine ägyptische Gottheit) gemacht und davor Opfer dargebracht hatte, da entbrannte der Zorn Jahwes gegen sein Volk. Mose versuchte Jahwe zu »begütigen«, so daß Jahwe seine Absicht, Israel zu vertilgen, bereute. Mose jedoch, den Abfall des Volkes von Jahwe und die Anbetung des Kalbes sehend, trat vor die Leviten und sprach:

»So spricht Jahwe, der Gott Israels: ›Jeder gürte ein Schwert um die Hüfte! Geht im Lager hin und her, von einem Tor zum anderen, und tötet auch den eigenen Bruder und Anverwandten.‹ Die Leviten taten nach dem Befehl des Mose, und es fielen von dem Volk an jenem Tage gegen dreitausend Mann. Dann sagte Mose: ›Ihr habt euch heute eingesetzt als Priester für Jahwe, jeder, der gegen seinen Sohn und seinen Bruder war, so daß er euch heute Segen verleihe‹« (2. Buch Mose 32,27 – 29).

Bei Luther heißt es viel deutlicher: »Füllet heute eure Hände (mit Blut) dem Herrn (Jahwe), ein jeglicher an seinem Sohn und Bruder, daß heute über euch der Segen gegeben werde.«

So kommt also das Blut der Gebannten als Segen über jene, die den Bann vollstrecken. Nur in diesem Zusammenhang wird dann jene Stelle verständlich, die im Matthäus 27,24 – 25 geschrieben steht:

»Als aber Pilatus sah, daß er nichts erreichte, sondern daß der Tumult nur noch größer wurde, nahm er Wasser, wusch vor dem Volk die Hände und sagte: ›Ich bin unschuldig an diesem Blute, seht ihr zu!‹ Und das ganze Volk antwortete und sprach: ›Sein Blut komme über uns und unsere Kinder!‹«

Sie waren der Meinung, daß das vergossene Blut des Gebannten und später Gekreuzigten als Segen ihres Jahwe über sie kommen werde.

Über Bann und Gelübde sind viele Stellen im Alten Testament zu finden, wie im 4. Buch Mose 30,3: »Wenn ein Mann Jahwe ein Gelübde macht oder einen Eid schwört . . . so soll er sein Wort nicht brechen; genauso, wie er es ausgesprochen hat, soll er tun.«

Die Erfüllung der Gelübde

Alles Gelobte oder Verbannte ist Jahwes Eigentum. Wer sich daher daran vergreift wie Achan, fällt unter den Bann Jahwes und muß verbrannt werden: »Und wer dann mit dem Gebannten ergriffen wird, soll dem Feuer übergeben werden, er und alles was zu ihm gehört, weil er den Bund mit Jahwe gebrochen hat« (Josua 7,15).

Im Alten Testament gibt es zahlreiche Hinweise auf Gelübde und deren Erfüllung. So heißt es zum Beispiel in den Psalmen (Psalm 116,15 – 15): »Was ich Jahwe gelobt, ich bringe es dar vor dem Angesicht all seines Volkes. Teuer zu stehen kommt in den Augen Jahwes der Tod seiner Frommen.«

Als deutlichstes Beispiel für die Erfüllung eines Gelübdeopfers sei hier aus dem 11. Kapitel des Buches Richter zitiert. Der Anführer der Israeliten in ihrem Kampf gegen die Ammoniter, Jiphtach oder Jephthah machte Jahwe ein Gelübde und sprach: »Wenn du die Ammoniter in meine Hand gibst, dann soll, wer zuerst aus der Tür meines Hauses mir entgegenkommt, wenn ich als Sieger vom Kampf gegen die Ammoniter heimkehre, der soll Jahwe gehören, und ich will ihn als Brandopfer darbringen« (Richter 11, 30 – 31).

Jahwe gab, wie es weiter heißt, die Ammoniter in seine – des Jiphtach – Hand und besiegte sie. Als er heimkehrte kam ihm als erstes aus seinem Haus sein einziges Kind, eine Tochter, entgegen. Da beklagte er sein Unglück und rief: »Ich habe mich selbst gebunden vor Jahwe und kann nicht widerrufen« (Richter 11,35). Sie bat ihn, ihr noch zwei Monate Zeit zu geben, daß sie ihre Jungfrauschaft beweine mit ihren Gefährtinnen. Und in Vers 39 heißt es dann: »Nach zwei Monaten kehrte sie zu ihrem Vater heim und er vollzog an ihr das Gelübde, das er ausgesprochen hatte.«

Das heißt, sie wurde Jahwe als Brandopfer dargebracht. Die Gelübde betreffen jedoch nicht nur einzelne Menschen, sondern oftmals ganze Volksstämme. Ein Beispiel dazu ist zu finden im 4. Buch Mose im 21. Kapitel. Als die Kanaaniter gegen Israel zogen: »Da machte Israel Jahwe ein Gelübde und sprach: ›Gibst du dieses Volk wirklich in meine Hand, vollstrecke ich an ihren Städten den Bann.‹ Und Jahwe erhörte das Rufen Israels und gab die Kanaaniter in seine Hand, und es vollstreckte an ihnen und ihren Städten den Bann. Den Ort nannte man Horma (Mord).«

Eine weitere Stelle ist in dem Buch Josua nachzulesen, wo Jahwe dem Josua befiehlt, die Stadt Jericho zu erobern, und Josua sprach zum Volk: »Stoßt den Kriegsschrei aus! Denn Jahwe hat euch die Stadt gegeben. Die Stadt soll für Jahwe dem Bann verfallen sein mit allem, was in ihr ist« (Josua 6,16 – 17).

Also eroberte Israel die Stadt Jericho und »sie vollzogen den Bann an allem, was in der Stadt war, an Mann und Weib, jung und alt, bis zu Ochs und Schaf und Esel, mit der Schärfe des Schwertes« (Josua 6,21).

Die Verteilung der Beute

Da war dann Jahwe sicher tief befriedigt von den Strömen vergossenen Blutes an Mensch und Vieh. Ebenso geschah es mit der Abschlachtung der Midianiter, zu der Mose von Jahwe aufgefordert worden war. Es war gemäß 4. Buch Mose 31,3 ein »Kriegszug Jahwes gegen Midian, um an Midian die Rache Jahwes zu vollstrecken«.

Nun, die Rache Jahwes wurde vollstreckt wie geschrieben steht im 4. Buch Mose 31,7: »So zogen sie gegen Midian, wie Jahwe Mose geboten hatte, und machten alle männlichen Personen nieder« (Luther: » . . . und erwürgeten alles was männlich war«).

Dann führten die Israeliten die Frauen und Kinder Midians gefangen fort, schleppten ihre Viehherden und ihre ganze Habe als Beute mit und steckten alle ihre Städte, Wohngebiete und Zeltlager in Brand. Mose aber wurde zornig auf seine Hauptleute und fuhr sie an:



In einem Konzilsdokument des Vaticanum II wurde der untrennbare Zusammenhang des Alten mit dem Neuen Testament nochmals festgelegt.

»Habt ihr wirklich alle Weiber am Leben gelassen? Sie waren doch gerade für die Israeliten . . . der Anlaß, um des Peors willen (des Gottes Baal von Peor) von Jahwe abzufallen. Tötet sofort alle männlichen Kinder, ebenso tötet jedes Weib, das bereits mit einem Manne verkehrt hat. Alle jungen Mädchen aber – die noch unberührt sind – laßt für euch am Leben« (4. Buch Mose 31,15 – 18).

Bei der Verteilung der Beute – die Zahlen sind sicherlich übertrieben – erhält Jahwe seinen Anteil, den er von Mose verlangt hat, von den unter anderem erbeuteten beziehungsweise gefangenen Vieh und Menschen erhielt Jahwe 675 Schafe, 72 Rinder, 61 Esel, und von den Mädchen » . . .davon die Abgabe an Jahwe zweiunddreißig Seelen« (4. Buch Mose 31,40).

Es steht nicht ausdrücklich geschrieben, daß der Beuteanteil Jahwes ihm dann als Blut- und Brandopfer dargebracht worden ist, aber aus den bisherigen Zitaten kann mit Sicherheit darauf geschlossen werden. Wie den Midianitern erging es nach vielen Textstellen auch anderen Volksstämmen, wobei sich Jahwe öfter als Ausrotter bezeichnet:

2. Buch Mose 23,23: »Dann wird mein Engel vor dir hergehen und dich zu den Amoritern, Hethitern, Perisiten, Kanaanitern, Hiwwitern und Jebusitern führen; und ich werde sie ausrotten.«

5. Buch Mose 19,1: »Wenn Jahwe, dein Gott, die Völker ausrottet, deren Land dir Jahwe, dein Gott, dir geben will, und du ihren Besitz angetreten und in ihren Städten und Häusern Wohnung genommen.«

Obwohl El Schaddai-Jahwe in den meisten deutschen Bibeln, wie bereits zu Anfang ausgeführt, zumeist mit »allmächtiger Gott« übersetzt wird, hat Jahwe keines der Völker persönlich ausgerottet, dazu reichte seine »Allmacht« nicht, sondern er mußte sich zur Befriedigung seiner Rache und Gier nach Blutopfern stets seines von ihm auserwählten Volkes bedienen, das dann seine Befehle aus Furcht von seiner Rache ausführte.

Dazu weitere Beispiele 4. Buch Mose 33,50 – 52: »Jahwe redete zu Mose: Wenn ihr über den Jordan in das Land Kanaan gezogen seid, habt ihr alle Bewohner des Landes vor euch zu vertreiben und ihre gesamten Bildwerke zu vernichten.«

5. Buch Mose 2,24 – 25: »Siehe, ich gebe den Amoriter Sichon, den König von Heschbon, und sein Land in deine Gewalt. Beginne mit der Besetzung und nimm den Kampf mit ihm auf. Mit dem heutigen Tag fange ich an, Furcht und Schrecken vor dir über alle Völker unter dem ganzen Himmel zu bringen; sobald sie nur von dir hören, sollen sie vor dir zittern und beben.«

5. Buch Mose 2,32 – 35: »Als daher Sichon gegen uns (berichtet Mose) zum Kampf nach Jahaz ausrückte, er mit seinem ganzen Kriegsvolk, gab ihm Jahwe, unser Gott, uns preis, so daß wir ihn, seine Söhne und sein ganzes Kriegsvolk besiegten. Wir eroberten damals all seine Städte und vollzogen an jeder Stadt, an Männern, Frauen und Kindern den Bann, ohne auch nur einen entkommen zu lassen. Nur das Vieh und das Raubgut aus den Städten, die wir eingenommen hatten, behielten wir als Beute für uns.«

5. Buch Mose 3,3 – 7: »Jahwe, unser Gott, gab dann auch Og, den König von Baschan in unsere Gewalt, und wir besiegten ihn, ohne ihm einen entkommen zu lassen. Dann eroberten wir alle seine Städte. Wir vollzogen den Bann an ihnen, wie wir an Sichon getan hatten, an der ganzen Stadt, an Männern, Frauen und Kindern, den Bann vollzogen. Alles Vieh aber und Raubgut aus den Städten nahmen wir als Beute.«

5. Buch Mose 3, 21 – 22: »Deine Augen haben gesehen, was Jahwe, unser Gott, an diesen beiden Königen getan hat. So wird Jahwe an all den Königreichen tun . . . du brauchst vor ihnen keine Furcht zu haben; denn Jahwe, euer Gott, selbst ist es, der für euch streitet.«

5. Buch Mose 6, 17 – 19: »Gewissenhaft müßt ihr die Gebote Jahwes, eures Gottes, seine Forderungen und Bestimmungen, welche er dir anbefohlen hat, halten und tun, was in den Augen Jahwes recht und gut ist, damit es dir wohl ergehe und du hineinkommst in das schöne Land, welches Jahwe deinen Vätern zugeschworen hat, in Besitz nehmest, indem du, wie Jahwe verheißen hat, alle deine Feinde vor dir vertreibst.«

5. Buch Mose 7, 1 – 2: »Wenn dich Jahwe, dein Gott, in das Land bringt . . . und wenn er viele Völker vor dir vertreibt: die Hethiter, Girgaschiter, Amoriter, Kanaaniter, Perisiter, Hiwwiter und Jebusiter . . . und wenn sie Jahwe, dein Gott, dir preisgibt und du sie dann besiegst, dann sollst du an ihnen unbedingt den Bann vollstrekken; du darfst weder einen Vertrag mit ihnen abschließen, noch Gnade an ihnen üben.«

Die Ausrottung vieler Völker

5. Buch Mose 7,22 – 23: »Indes wird Jahwe, dein Gott, diese Völker ganz alllmählich vor dir vertreiben (Luther: . . .ausrotten vor dir); du wirst sie nicht auf einmal zu vernichten vermögen . . . und Jahwe, dein Gott, wird sie dir preisgeben und sie in große Verwirrung versetzen bis sie ausgetilgt sind.«

5. Buch Mose 11,22 – 25: »Wenn ihr diese ganze Gesetzesanweisung (Gebote), die ich euch zu befolgen anbefehle, getreulich beachtet . . . dann wird Jahwe alle diese Völker vor euch vertreiben . . . Jeder Fleck Bodens, den die Sohle eures Fußes betritt, wird euer sein; von der Wüste bis zum Libanon, vom Euphratstrom bis zum westlichen Meer wird sich euer Gebiet erstrecken. Niemand wird euch standhalten können. Schrecken und Furcht vor euch wird Jahwe über das ganze Land verbreiten.«

Nicht nur fremden Völkern gilt die Ausrottung durch Jahwe und der Bann, sondern auch den Israeliten. Sollte sich eine von diesen bewohnte Stadt von Jahwe abwenden und anderen Göttern dienen, »dann sollst du die Bewohner jener Stadt mit der Schärfe des Schwertes schlagen. Vollziehe in ihr und an allem, was in ihr ist, den Bann . . . und dann die Stadt, mit allem was in ihr erbeutet wird, als Ganzopfer für Jahwe, deinen Gott, verbrennen« (5. Buch Mose 13, 16 – 17).

Der würdige Nachfolger des Mose, Josua, erhielt gleichfalls Befehle von Jahwe, vor allem seine Gesetze und Vorschriften genauest einzuhalten. So fielen dann die Israeliten mordend und brennend in Kanaan ein, so daß die Hure Rahab zu den Kundschaftern des Josua sagen mußte: »Ich weiß, Jahwe hat euch dieses Land gegeben; Schrecken vor euch fiel auf uns, und alle Bewohner des Landes wurden bei eurem Nahen von Entsetzen gepackt« (Josua 2,9).

Nicht besser erging es dann der Stadt Ai. Auch hier gebietet Jahwe dem Josua: »Jahwe sprach zu Josua: ›Auf, zieh hinaus nach Ai! Siehe, ich gebe den König von Ai, sein Volk, seine Stadt und sein Land in deine Hand. Du sollst an Ai und seinem König tun, wie du an Jericho und seinem König getan hast‹« (Josua 8, 1 – 2).

Josua 8,8: »Ist die Stadt eingenommen, dann steckt sie in Brand. Dies sind die Befehle, die ihr ausführen sollt. Seht, ich habe sie euch gegeben.«

Das gesamte 10. Kapitel des Buches Josua handelt dann von der Ausrottung einiger Ansiedlungen der Amoriter, die Josua sämtlich dem Jahwe »verbannte« und »mit der Schärfe des Schwertes« schlug, das heißt, alles ermordete an Mensch und Vieh, so daß es zum Schluß heißt, daß Josua »vollzog an allem, was atmet, den Bann, wie es Jahwe, der Gott Israels, ihm befohlen hatte«.

Freudenfeste voll »süßem Wohlgeruch«

Weitere Abschlachtungen kanaanitischer Stämme und Vernichtung ihrer Ansiedlungen werden im 11. Kapitel voll Stolz berichtet. Josua 11,11: » . . . und schlugen alle Lebewesen darin mit der Schärfe des Schwertes und vollzogen den Bann. Keine lebende Seele blieb übrig.«

Alles das geschah aber auf Veranlassung Jahwe, der diese Stämme gegen Israel hetzte, damit diese Gelegenheit haben, den Bann zu vollziehen. Josua 11,20: »Denn von Jahwe war es beschlossen, daß sie ihr Herz so verhärteten, um gegen Israel zu kämpfen, damit an ihnen der Bann ohne Gnade vollzogen und sie vernichtet würden, wie Jahwe es dem Mose befohlen hatte.«

El Schaddai und sein Gesetz

So kam Jahwe zu Strömen vergossenen dampfenden Blutes, was für ihn Freudenfeste voll »süßem Wohlgeruch« gewesen sein müssen. Man könnte noch viele weitere Zitate voll solcher Greuel anführen. Man muß sich aber fragen, warum das Volk Israel so willig allen Befehlen seines Jahwe nachkam und alles ausrottete, was dieser »Gott« befohlen hatte. Der Grund sind die Verheißungen, die Jahwe schon Abraham, Jakob, Isaak und Mose sowie deren Nachfolgern gemacht hat.

Zunächst ging es um die Erfüllung der Verheißung, mit Hilfe Jahwes das gesamte Land von der Grenze Ägyptens bis zum Libanon, vom Euphrat bis zum Mittelmeer zu erobern und die dort lebenden Völker zu vernichten oder zu vertreiben.

Trotz dieser auf Befehl Jahwes an den Völkern vollbrachten Greuel ist im »Lied Moses« als Lobgesang zu lesen: »Der Fels! Vollkommen ist sein Tun, denn recht sind alle seine Wege. Der Gott in Treuen, des Frevels bar, gerecht und redlich ist er!« (5. Buch Mose 32,41).

Die Herder-Übersetzung versucht hier, die hebräische Versdichtung ins Deutsche zu übertragen; daher ist der Luthertext viel klarer: »Er ist ein Fels. Seine Werke sind unsträflich, denn alles, was er tut, das ist recht. Treu ist Gott, und kein Böses an ihm; gerecht und fromm ist er!«

Und als letztes Wort des Mose vor seinem Tod steht geschrieben: »Heil dir, Israel! Wer kommt dir gleich, du siegreiches Volk, Jahwe ist der Schild, der dir hilft, und das streitende Schwert, das dich erhöht« (5. Buch Mose 33,29).

Das bezieht sich auf die Eroberung Kanaans und der angrenzenden Gebiete. Aber dann gibt Jahwe noch andere Verheißungen, die viel weitreichender sind.

5. Buch Mose 15,6: »Denn Jahwe, dein Gott, hat dich, wie er dir verheißen hat, gesegnet, so daß du vielen Völkern borgen kannst, du selber aber nicht zu borgen brauchst und so über viele Völker herrschest, sie aber nicht über dich herrschen werden.«



In der Peterskirche wurde 1962 das zweite vatikanische Konzil von Papst Johannes XXIII. eröffnet.

5. Buch Mose 28,13: »Und Jahwe macht dich zum Haupte, nicht zum Schwanze; nur aufwärts, nie abwärts geht's mit dir, wenn du den Geboten Jahwes, deines Gottes gehorchst.«

Psalm 149,4 – 8: »Denn Wohlgefallen hat an seinem Volk Jahwe. Die Gebeugten krönt er mit Sieg. Die Getreuen sollen jubeln in Herrlichkeit. Rache zu vollziehen an den Heiden, Strafgerichte unter den Völkern: Könige zu legen in Ketten, Fürsten in eiserne Fesseln.«

Verheißung von Macht und Herrlichkeit

Jesaja 49, 22 – 23: »So spricht der Herr Jahwe: Siehe, ich erhebe zu den Heidenvölkern (Gojim) meine Hand und errichte für die Nationen mein Panier. Dann bringen sie in ihrem Mantel (Luther: . . . in den Armen) deine Söhne und tragen deine Töchter auf den Schultern. Es werden Fürsten deine Pfleger sein und Königinnen deine Ammen. Das Antlitz zur Erde tief gebeugt, werden sie dir huldigen und den Staub deiner Füße küssen (Luther: Sie werden vor dir niederfallen zur Erde aufs Angesicht und deiner Füße Staub lekken). Da wirst du erfahren, daß ich Jahwe bin, der nicht zuschauen werden läßt, die auf mich vertrauen.«

Jesaja 60,16: »Du wirst die Milch der Völker trinken und dich von dem Reichtümern der Könige nähren; dann wirst du erkennen, daß ich, Jahwe, dein Retter bin, dein Erlöser, der Starke Jakobs.«

Jesaja 61,5 – 6: »Dann stehen Fremde da und weiden eure Herden, Ausländer sind eure Ackersleute und eure Winzer. Ihr aber werdet genannt: Priester Jahwes; ihr werdet heißen: Diener unseres Gottes. Den Reichtum der Völker werdet ihr genießen, und mit Schätzen werdet ihr euch schmücken.«

In diesen Zitaten geht es nicht mehr um die Eroberung einzelner Länder, sondern um die Vorherrschaft über alle Völker der Erde, um Macht und Herrlichkeit. Auf Grund solcher Verheißungen ist es verständlich, daß das Volk Israel die Gesetze Jahwes einzuhalten und die Verpflichtungen des Bundes mit ihm zu erfüllen trachtete, noch dazu, wo Jahwe droht: »Ich will euch wohl unter die Rute bringen und euch in die Bande des Bundes zwingen« (Hesekiel 20,37).

Es sind noch viele massive Drohungen zu lesen, wenn die Gesetze des Bundes nicht befolgt werden. So zum Beispiel im 26. Kapitel des 3. Buches Mose, Vers 3 – 13, wo Jahwe dem Volk Israel seinen Segen verheißt, reiche Ernten und Verjagung aller Feinde, wenn die Gesetze des Bundes befolgt werden. Darauf folgt Vers 14 – 16 die Drohung: »Wenn ihr aber nicht auf mich hört und alle diese Gebote nicht erfüllt, wenn ihr meine Satzungen verachtet und Widerwillen habt gegen meine Anordnungen . . . und meinen Bund brecht, so will ich mit euch demgemäß verfahren.«

Dann folgen 30 Verse mit der Ankündigung furchtbarster Rache, Vernichtung, Hunger und Elend, was alles nur ein Geist abgrundtiefer Finsternis und Bosheit ersinnen kann. Noch länger und greulicher sind die Flüche und Drohungen Jahwes im 28. Kapitel des 5. Buches Mose, wo nach 14 Versen Segenverheißungen gleich 54 Verse furchtbarster Rachedrohungen folgen.

Diese Androhungen von Rache und Vernichtung ziehen sich durch viele Bücher und Stellen des Alten Testaments. Aber sie richten sich nicht nur gegen das Volk Israel wegen seines ständigen Abfalls von Jahwe, sondern als »Tag der Rache« und »Tag des Jahwe« gegen alle Völker der Erde.

So heißt es bei Jesaja 28,22: »Denn von beschlossener Vertilgung hörte ich vom Herrn (Adonai) Jahwe Zebaoth über die ganze Erde.«

Hiob 18,20: »Ob seines Tages schaudern die vom Westen, und die vom Osten packt das Grauen.«

Psalm 110,5–6: »Könige wird er zertreten am Tag seines Zornes, unter den Heiden hält er Gerichtstag, Tote liegen zuhauf, weithin auf Erden zerschlägt er die Häupter.«

Das ist ein geradezu apokalyptisches Thema, das einer eigenen Betrachtung wert wäre, aber hier nicht weiter behandelt werden kann. Wer Jahwe wirklich ist, dürfte aus den bisher zitierten Texten hinreichend deutlich gezeigt worden sein, ebenso seine Ziele und Absichten: Von allen Völkern der Erde als einziger Gott anerkannt und angebetet zu werden. Und von sich selbst bekennt er:

»Denn ein Feuer ist angegangen durch meinen Zorn, und wird brennen bis in die unterste Hölle, und wird verzehren das Land, und wird anzünden die Grundfesten der Berge. Sehet ihr nun, daß ich's allein bin und ist kein Gott neben mir? Ich kann töten und lebendig machen, ich kann schlagen und kann heilen, und ist niemand, der aus meiner Hand errette. Denn ich will meine Hand in den Himmel heben und will sagen: Ich lebe ewiglich!« (5.Buch Mose 32,22 und 39,40).

Sünde wider den Geist

Jesja 4,5: »Ich bin Jahwe, und sonst ist keiner; außer mir gibt es keinen Gott! Ich bin Jahwe, und sonst ist keiner, der Licht bildet und Finsternis schafft, der Heil wirkt und Unheil schafft; ich bin Jahwe, der alles dieses wirkt.«

Soweit eine kleine Auswahl einschlägiger Texte. Hier muß gesagt werden, daß Israel sich erst verhältnismäßig spät zu Jahwe als den einzigen Gott bekannte, und vorher El, Baal, Moloch, Aschers und den anderen Göttern der umliegenden Völker opferte und diente. Das Volk Israel war auch weder das erste, noch das letzte Volk, das einem bestimmten Gott oder mehreren Göttern/Göttinnen Blut- und Brandopfer dargebracht hat. Man denke nur zum Beispiel an die Göttin Kali in Indien oder an den Huitzilopochtli der Azteken.

Es ist auch hier nicht der Ort, auf die verschiedenen Verfasser und Quellen einzugehen, die im Laufe vieler Jahrhunderte vor Christi Geburt zum heute geltenden Text des Alten Testaments geführt haben. Hier sei auf die umfangreiche Fachliteratur verwiesen – zum Beispiel Würthwein »Der Text des Alten Testaments«, Stuttgart 1952.

Es erhebt sich jedoch die Frage: Was hat das Alte Testament, das von Juden für Juden geschrieben worden ist, mit dem Christentum zu tun? Die Antwort möge ein völlig unverdächtiger Fachmann geben: Egon Friedell in seiner »Kulturgeschichte Ägyptens und des Alten Orients«, DTV-Taschenbuch Nr. 10013, Seite 12 bis 15 auszugsweise:

»Daß Christus nicht der jüdische Messias war, kann wohl von keiner vorurteilslosen Betrachtung geleugnet werden. Ist aber der Heiland nirgends im Alten Bundes verkündigt, welche Beziehung besteht dann zwischen den beiden Teilen der Bibel? Nach Marcion verhalten sie sich wie polare Gegensätze, nach Auffassung der Kirche wie Stufen: Das Alte Testament ist legisdation in servitutem (Gesetzgebung zur Knechtschaft), das Neue Testament legisdation in libertatem (Gesetz zur Befreiung). Aber ist das Judentum wirklich eine Art Vorhalle des Christentums? Aber ist ist schon so, wie Harnack sagt: ›Was christlich ist, kann man aus dem Alten Testament nicht ersehen‹.«

Dann zitiert Friedell auch Nietzsche, der in »Jenseits« sagte: »Dieses ›Neue Testament‹ mit dem Alten Testament zu einem Buch zusammengeleimt zu haben als ›Bibel‹, das ist vielleicht die größte Verwegenheit und ›Sünde wider den Geist‹, welche das literarische Europa auf dem Gewissen hat.«

»Ihr müßt zwischen Jahwe und Gott wählen«

Und Friedell schreibt weiter: »Gerade weil das Alte Testament in einzelnen Teilen ein Dokument der reinsten Ethik ist, die vor dem Erscheinen des Heilandes überhaupt möglich war, darf man jene anderen Partien nicht geflissentlich übersehen, in denen sich der Gegengeist offenbart: die Predigt der Rachsucht und Roheit, des Hasses und Hochmuts. Man denke zum Beispiel an die Eroberung des Gelobten Landes: nichts als Mord und Tücke, giftige Schadenfreude, teuflische Grausamkeit, ein einziger langer Jubelschrei des Blutrausches: ›Keiner blieb übrig!‹ Nirgends die geringste Anwandlung, die Seele des Feindes zu achten: er ist nur Schlachtvieh.«

Friedell stellt dann die Frage: »Aber ist der Gegenstand der Bibel die hebräische Geschichte oder der christliche Glaube? Was wir aus dem Buch der Bücher zu empfangen wünschen, ist Anleitung zum seligen Leben, nicht zur Religionswissenschaft. Wir wollen daraus erfahren, wie wir zu Gott gelangen können, nicht, wie die Juden allmählich zu ihrem Gott gelangten. Dieses Thema möge der Ethnologe, Altertumsforscher, Kulturphilosoph ergründen, ein christliches Problem ist es nicht. Das Alte Testament ist, wie jedermann weiß, eine Sammlung von literarischen Produkten sehr ungleichen Alters und sehr ungleichen Werts. Eine Sichtung und Redaktion hat wohl im Lauf der Zeiten stattgefunden; aber sie geschah nicht nach den Gesichtspunkten der einzigen Religion, die diesen Namen verdient: der christlichen. Als Christus erschien, war der Text des Alten Testaments bereits unwiderruflich fixiert.«

Friedell kommt dann zu der Feststellung: »Das ganze Alte Testament ist ja eigentlich nichts anderes als ein immer wieder erneuerter Vertrag zwischen Jahwe und Israel. Zwischen der Gottheit des Alten Testaments und der Gottheit des Neuen Testaments kann es daher nicht Identität oder Harmonie, auch nicht das Verhältnis halber und voller Offenbarung geben, sondern nur schroffe Alternative. Kant sagte: ›Ihr müßt zwischen Jahwe, dem deus ex machina, und Gott, dem deus ex anima, wählen, für beide ist nebeneinander kein Platz.‹«

Soweit Zitate aus dem Werk von Egon Friedell, der bei weitem nicht der einzige war, der das Alte Testament auf diese Weise kritisch betrachtete. Als Beispiel sei nur auf das Werk von Delitzsch »Die große Täuschung« hingewiesen. Auch in neuerer Zeit sind viele kritische Werke zu diesem Thema erschienen.

Im Gegensatz dazu hat die katholische Kirche – die protestantischen, orthodoxen und andere christlich sich nennende Kirchen werden sicher nicht wesentlich anderer Meinung sein – in einem Konzilsdokument des Vaticanum II neuerlich den untrennbaren Zusammenhang des Alten mit dem Neuen Testament festgelegt, und damit die Identität Gottes in beiden Teilen der Bibel.

Ohne Vorurteil und Fanatismus

Die »Dogmatische Konstitution über die göttliche Offenbarung« enthält im vierten Kapitel »Das Alte Testament« folgende Erklärung:

»Der liebende Gott, der um das Heil des ganzen Menschengeschlechts besorgt war, bereitete es vor, indem er sich nach seinem besonderen Plan ein Volk erwählte, um ihm Verheißungen anzuvertrauen. Er schloß mit Abraham und durch Moses mit dem Volke Israel einen Bund. Dann hat er sich dem Volke, das er sich erworben hatte, durch Wort und Tat als einzigen, wahren und lebendigen Gott so offenbart, daß Israel Gottes Wege mit den Menschen an sich erfuhr, daß es sie (die Wege Gottes) durch Gottes Wort aus der Propheten Mund allmählich voller und klarer erkannte und sie unter den Völkern mehr und mehr sichtbar machte. Die Geschichte des Heiles liegt, von heiligen Verfassern vorausverkündet, berichtet und gedeutet, als wahres Wort Gottes vor in den Büchern des Alten Bundes. Darum behalten diese von Gott eingegebenen Schriften ihren unvergänglichen Wert.

Gottes Geschichtsplan im Alten Bunde zielt vor allem darauf, das Kommen Christi, des Erlösers des Alls, und das Kommen des messianischen Reiches vorzubereiten, prophetisch anzukündigen und in verschiedenen Vorbildern anzuzeigen. Die Bücher des Alten Bundes erschließen allen entsprechend der Lage, in der sich das Menschengeschlecht vor der Wiederherstellung des Heils in Christus befand, Wissen über Gott und Mensch und die Art und Weise, wie der gerechte und barmherzige Gott an den Menschen zu handeln pflegt. Obgleich diese Bücher auch Unvollkommenes und Zeitbedingtes enthalten, zeigen sie doch eine wahre und göttliche Erziehungskunst.

Deshalb sollen diese Bücher von denen, die an Christus glauben, voll Ehrfurcht angenommen werden. Schließlich ist das Geheimnis unseres Heils in ihnen verborgen. Gott, der die Bücher beider Bünde inspiriert hat und ihr Urheber ist, wollte die Weisheit, daß der Neue Bund im Alten verborgen und der Alte im Neuen erschlossen sei.«

Soweit das Konzilsdokument. Belegt werden diese Behauptungen mit zahlreichen Bibelstellen, die diese Erklärung untermauern sollen. Wer jedoch in der Lage ist, ohne Vorurteil oder Fanatismus logisch und gerecht denken zu können, wird anhand aller vorangegangenen Zitate die richtigen Schlüsse ziehen. □

USA

Paul Volcker soll zurückkehren

Der Leitartikelschreiber der »New York Times«, Anthony Lewis, ist eine Stimme von vielen, die die Rückkehr des Ex-Vorsitzenden des Federal Reserve Systems in den USA, Paul Volcker, in die Regierung verlangt, da, wie er meint, die Glaubwürdigkeit in Amerikas Führungsqualitäten nach dem weltweiten Zusammenbruch am Aktienmarkt so am besten wiederhergestellt werden kann.

Man wünschte sich dies in den USA trotz der Tatsache, daß Volcker im Jahr 1971 als Staatssekretär im US-Finanzministerium den Fehler Nixons mit verursacht hat, den Dollar vom Goldstandard zu trennen und damit den Euro-Dollar-Markt im Ausland und die damit verbundenen weltweiten Finanzspekulationen geschaffen hat. Im Jahr 1979 hat er dann die Zinssätze von seinem Posten beim Federal Reserve System aus auf Werte um 20 Prozent hinaufgetrieben, was zum Zusammenbruch amerikanischer Farmen und Fabriken sowie Länder der dritten Welt unter einer unbezahlbaren Schuldenlast führte.

Volcker mag seine Fehler als Vorsitzender des Federal Reserve Systems gemacht haben, doch »ihn wieder zurück ins Spiel zu bringen, wäre ein starkes Symbol der Vernunft und Entschlossenheit«. Reagan könnte ihn entweder zum Finanzminister machen oder ihn zum »Sonderbotschafter für die Organisation eines dringenden internationalen Treffens über die Finanzkrise« ernennen. Zweck der Konferenz wäre die Erzielung einer Vereinbarung darüber, daß die Vereinigten Staaten ihr Haushaltsdefizit reduzieren, während Westdeutschland und Japan »ihre Konjunktur aufpumpen« würden.

Wenn Volcker zurückkäme, »müßte Reagan damit aufhören, sich weiter über seine wirtschaftliche Phantastereien auszulassen. Er müßte der Linie Volckers folgen, und das ist es, worauf es ankäme«, schreibt Lewis.

Die gleiche Ansicht wurde von einem führenden europäischen Mitglied der Trilateralen Kommission zum Ausdruck gebracht. »Es ist unmöglich, wieder einen starken Präsidenten zu bekommen, der mit dieser Wirtschaftskrise fertig werden soll. Das richtigere wäre, die dringend erforderlichen Dinge zu tun, die getan werden müssen, und darunter fiele, Volcker zum amerikanischen Wirtschaftszar zu machen«, sagte er. »Wir können nicht bis zu den Wahlen auf eine Lösung warten. Entweder wir kriegen jetzt einen zweiten Herbert Hoover oder wir finden einen Weg, um die Lage zu beruhigen. Das Problem dabei ist, daß der Mann an der Spitze in Washington keine Ahnung von dem Problem hat, mit dem er es zu tun hat.« □

Mexiko

Der Konsum sinkt ständig weiter

Der Zeitung »El Financiero« zufolge war das Bruttosozialprodukt in Mexiko im Jahr 1986 auf der gleichen Höhe wie im Jahr 1979, während der Privatkonsum des Jahres 1986 die Werte des Jahres 1980 aufwies, die wiederum die niedrigsten seit 1979 waren. Die Bruttokapitalbildung lag etwas unter dem Wert von 1983, dem niedrigsten seit 1970.

Während das Jahr 1987 dem Bericht zufolge nach Jahren der Sparmaßnahmen, die von der Regierung Miguel de la Madrids auf Betreiben des Internationalen Währungsfonds (IWF) auferlegt worden waren, den Beginn eines »Wiederaufschwungs« kennzeichnen sollte, blieb die Wirtschaftspolitik der Regierung weiterhin in einer abschwächenden Tendenz, während Gelder, die von ausländischen Gläubigern versprochen worden waren, niemals ankamen.

Pro Kopf gerechnet, so heißt es in »El Financiero«, lag Mexikos Bruttosozialprodukt 1986 bei einem ähnlichen Wert wie 1978 und 1979, während der Privatkonsum mit dem des Jahres 1976 vergleichbar ist. Die Bruttokapitalbildung lag unter dem Wert des Jahres 1970. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf war auf jedem Sektor – mit Ausnahme von Elektrizität und finanziellen Dienstleistungen – auf der niedrigsten Stufe seit sechs Jahren.

Mexikos »beunruhigende wirtschaftliche Lage« wird begleitet von einer beunruhigenden politischen Situation, zumal der Architekt der verheerenden wirtschaftlichen Flaute, Carlos Salinas de Gortari, der nicht so populäre Präsidentschaftskandidat der regierenden PRI-Partei für das Jahr 1988 ist.

Mexikos mächtiger Arbeiterbund, der CTM, ein Schlüsselbestandteil der PRI-Basis, hat mit Salinas seine Probleme. Ein Diskussionspunkt ist zum Beispiel die sinkende Kaufkraft in der Arbeiterschaft, die dem CTM-Boß Fidel Velázquez zufolge jetzt auf Werten des Jahres 1981 liegt – trotz der 14 Lohnerhöhungen, die es in der sechsjährigen Amtszeit von de la Madrid gegeben hat. Sie ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß der mexikanische Peso nur noch etwa die Hälfte seines Wertes von vor einem Jahr hat. □

Drogenmafia

Die Bosse des Medellin-Kartells bleiben ungeschoren

Die amerikanischen Zollbehörden verkündeten die Festnahme von Mitgliedern einer kriminellen Vereinigung, die des Schmuggels von Kokain und Marihuana für das Medellin-Kartell unter Führung des Jet-Set-Finanziers Pablo Escobar Gaviria und Jorge Luis Ochoa und den Brüdern Fabio und Juan David zusammen mit Rafael Cordona Salazar beschuldigt werden. Die Organisation soll in den letzten vier Jahren mindestens 60 000 Pfund Kokain geschmuggelt haben. Sie hat seit dem Jahr 1982 für das Medellin-Kartell gearbeitet.

In der Anklage werden 30 Personen erwähnt, unter anderem Michael Munday und James Coley, die direkt mit den Bossen des Medellin-Kartells zu tun hatten. Es fiel auch der Name des Grand Prix »Promotors« von Palm Beach, Lloyd Frink. Lediglich die beiden letzten befinden sich in Haft. Munday unternahm im September 1986 auf dem Flughafen von Lakeland einen kühnen Fluchtversuch, als Agenten eine Flugzeughalle umzingelten und versuchten, ihn festzunehmen. Munday zielte mit einer Leuchtpistole auf Benzintanks neben einem Flugzeug, das mit Kokain beladen war, wodurch es ihm gelang zu fliehen.

Laut der Anklage verfügte die Organisation über hochtechnisierte Ausrüstung, um die Gesetze zu umgehen. So benutzten sie beispielsweise Infrarot-Sender, um Kokainladungen im Meer zu versenken, die dann später wieder geborgen wurden und auf nordamerikanisches Territorium geschmuggelt wurden.

Sie hatten eine Beobachtungsstation eingerichtet, um die Patrouillenboote der Zoll- und Küstenwache zu überwachen und verfügten über hochtechnisierte Funkverbindungen, über die eine ständige Verbindung zwischen ihren Flugzeugen, Booten und den Kontaktleuten auf den Bahamas und in Kolumbien aufrechterhalten wurde.

Das Kokain kam mit Touristenflügen aus Kolumbien und wurde auf den Bahamas ins Wasser geworfen. Man kam ihnen schließlich auf die Spur, weil die Firma, bei denen sie die Konstruktion von »Infrarot-Leuchtturm-Signalen« in Auftrag gegeben hatten, die gleiche war, die diese Signale auch für den amerikanischen Zoll herstellt.

Die Verhaftungen könnten ein harter Schlag für die Drogenmafia sein, doch wieder einmal kommen die Bosse des Medellin-Kartells ungeschoren davon, da das Auslieferungsabkommen zwischen Kolumbien und den Vereinigten Staaten aufgehoben worden ist. □

Kredite

Mehr Geld für Peru

Die Inter-American-Development Bank (BID) kündigte die

Vergabe eines Kredites an Peru in Höhe von 55 Millionen Dollar an, um die Fortsetzung der Investitionsprojekte im Land trotz der Kreditverkürzungen seitens des Internationalen Währungsfonds (IWF) und einiger anderer Gläubigerbanken zu ermöglichen. Die Entscheidung war ein Zeichen des Vertrauens in die Wirtschaftspolitik der peruanischen Regierung, erklärte Perus Wirtschaftsminister Gustavo Saberbein.

BID gab Perus Agricultural Bank 10 Millionen Dollar, der Industrial Bank 11,9 Millionen Dollar, steckte 3,5 Millionen in ein Wasserenergieprojekt in Crahuaquero und 9 Millionen in andere Investitionsprojekte.

Präsident Alan Garcia betonte, daß trotz des Wirtschaftskrieges, den Terroristen, Drogenhändler und Banker gegen das Land führen, die Konjunktur weiter ansteigen wird, wie das schon im Jahr 1986 der Fall war. »Es gab einen Anstieg um 8,2 Prozent, trotz der negativen Voraussagen einiger Wirtschaftswissenschaftler; im Jahr 1987 werden es 7 Prozent sein.«

Im Oktober 1987 ordnete die Central Reserve Bank Perus die Abwertung der Landeswährung – des Inti – um 25,5 Prozent an, um die Exporte zu steigern und wichtige Importe zu schützen. Getreide und andere lebenswichtige Nahrungsmittel, Waffen und Medikamente sind nicht davon betroffen. Mit der Abwertung sollte auch dem Absinken der Reserven Einhalt geboten werden; diese wurden im Herbst 1987 auf 521 Millionen Dollar geschätzt, den niedrigsten Wert seit der Regierungsübernahme durch Garcia im Jahr 1985. □

Peru

Fordert von der UN Hilfe im Kampf gegen Drogen

Die Regierung Perus präsentierte dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Javier Pérez de Cuéllar, einen »Plan Sierra« zur Förderung des landwirtschaftlichen Ausbaus von Regionen, die vom Terrorismus und Drogenhandel geplagt sind, um in diesen ländlichen Gemeinden Wohlstand zu erreichen.

Perus Landwirtschaftsminister Remigio Morales Bermúdez, der den Plan vorgeschlagen hat, sagte gegenüber Journalisten, sein Ziel sei die »Pazifizierung durch landwirtschaftlichen Ausbau. Die Entwicklung der Agrargemeinden und ihre wirtschaftliche Integration ist der neue Name für Frieden.«

Die Sendero-Luminoso-Terroristen sind heute in den Städten an der Küste stärker als in den Anden, meinte Bermúdez, »weil die Bauern dort die Formel der Entwicklung und der Ablehnung von Gewalt akzeptiert haben«.

In dem Plan werden für die nächsten fünf Jahre zur Bekämpfung des Drogen-Terrorismus 450 Millionen Dollar Investitionen vom Ausland verlangt. □

Irak

Ein erbitterter Feind Israels?

Der israelische Verteidigungsminister Yitzhak Rabin behauptete, die Vereinigten Staaten seien bei ihrem Angriff des Iran im Persischen Golf vom Irak in diese Richtung beeinflußt worden. Rabins Kommentar anläßlich einer in Jerusalem vor ausländischen Journalisten abgehaltenen Konferenz war die erste öffentliche Kritik der US-Politik im Golf seitens eines hochrangigen israelischen Regierungsvertreters.

Rabin ist ein führender Politiker der Gruppe in Israel gewesen, der seit dem Jahr 1979/80 Waffen an den Iran geliefert hat.

»Keine dieser Flotten im Persischen Golf schützt die Rechte des Iran auf freie Nutzung der Meere, die durch den Irak bedroht sind«, sagte Rabin. »Sie schützen lediglich die Rechte auf freie Seefahrt von Kuweit, Saudi-Arabien und den Ölscheichs westlich vom Golf, die vom Iran als Reaktion auf die Bedrohung von seiten des Irak gefährdet sein könnten.«

Rabin fügte hinzu: »Der Iran ist heute ein erbitterter Feind Israels in seiner Philosophie; solange Khomeini an der Macht sein wird, wird es meiner Meinung nach zu keinem Wandel kommen. Doch erlauben Sie mir gleichzeitig darauf hinzuweisen, daß der Iran von den letzten 37 Jahren 28 Jahre lang ein Freund Israels gewesen ist. Wenn es 28 Jahre lang funktioniert hat, warum sollte es dann nicht wieder funktionieren, sobald diese verrückte Idee des schiitischen Fundamentalismus über Bord ist.« □

Israel

Zweifel an KGB-»Beweisen« im Demjanjuk-Prozeß

In Zeugenaussagen von Sachverständigen im Prozeß gegen John Demjanjuk wird die Anschuldigung von seiten der israelischen Regierung, daß es sich bei ihm um »Iwan, den Schrecklichen« handele, den brutalen Wachposten des Konzentrationslagers der Nazis in Treblinka, bestritten und behauptet, die gegen ihn erhobenen Beweise, die aus sowjetischer Quelle stammen, seien falsch. Demjanjuk, ein naturalisierter amerikanischer Staatsbürger und Automobilarbeiter aus Cleveland, wurde aufgrund der Kollaboration zwischen dem Amt für Sonderermittlungen (OSI) im amerikanischen Justizministerium und sowjetischen und israelischen Behörden für den Prozeß nach Israel deportiert.

Graf Tolstoi, der Leiter der in Großbritannien ansässigen Vereinigung für ein freies Rußland, sagte, der von den Sowjets präsentierte »Personalausweis« würde bei jedem rechtschaffenden Historiker den größten Verdacht erregen. Der sowjetische Beamte, der das Dokument lieferte, Alexander Rudenko, meinte Tolstoi, sei in Dokumentenfälschungen unter Stalin geschult worden. Die Sowjets, so behauptete er, hätten es abgelehnt, den US-Behörden genügend Zeit zu geben, um den »Personalausweis« zu untersuchen, und sie hätten es auch abgelehnt, ihn an Israel auszuhändigen, bis Armand Hammer intervenierte.

Als die Verteidigung Tolstoi fragte, ob er glaube, Hammer sei in eine Verschwörung gegen Demjanjuk verwickelt, lehnte der Richter diese Frage ab: »Wir werden keinen Prozeß gegen irgend jemand anderen außer den Angeklagten zulassen.«

Eine Woche vorher wurde ein Überläufer vom KGB, Avraham Shifrin, als Zeuge der Verteidigung berufen. »Der größte Teil der Arbeit des KGB basiert auf Fälschungen«, sagte er aus. Der KGB und die sowjetischen Behörden hatten viele Operationen gegen Ukrainer laufen, meinte er, gegen die sie einen ungeheueren Haß hegen. Shifrins Zeugenaussage wurde nicht nur von der Anklage, sondern auch vom Richter herabgesetzt. □

Schweden

Verbindungen zwischen Irangate und Mord an Palme

Der schwedische Premierminister Olof Palme »wurde ermordet, weil er über Schwedens Waffengeschäfte mit dem Iran wußte und Untersuchungen darüber anstellen wollte. Dies habe ich aus zwei zuverlässigen Quellen erfahren«, sagte der ehemalige iranische Präsident Abolhassan Banisadr gegenüber der schwedischen Tageszeitung »Aftonbladet«.

Banisadr zufolge handelt es sich bei einer der beiden Quellen um eine iranische, bei der zweiten um eine europäische. »Beide behaupten, Palme sei getötet worden, weil er von den Waffengeschäften zwischen Schweden und dem Iran wußte.«

Banisadr fügte hinzu, er wisse nicht, wer Palme getötet habe, nur warum. Banisadr ist von der schwedischen Polizei noch nicht befragt worden, die jedoch ihr Interesse bekundete, dies zu tun.

In einer damit verbundenen Entwicklung bemüht man sich in Schweden intensiv darum, einen Skandal im Keim zu ersticken, der durch Anschuldigungen hochzukommen droht, daß Joel Haukka, der in die Untersuchungen des Palme-Mords ver-

wickelt war, ein Agent des sowjetischen KGB sein soll. Haukka, ein gebürtiger Estländer, soll die zweifelhafte Meinung haben, rechte Konservative seien für den Mord verantwortlich.

Zuverlässigen Quellen innerhalb des schwedischen Establishments zufolge wurde der schwedische Staatsanwalt Ola Brogrem vor kurzem zu einer geheimen Konferenz ins Außenministerium berufen, mit dem Ziel, Haukka vor einer Anklageerhebung zu bewahren. Bei dieser Konferenz war unter anderem der zweite Mann des Ministeriums, Pierre Schori, anwesend. Diesen Berichten zufolge wurde der Staatsanwalt angewiesen, die Untersuchung fallenzulassen. □

Josef Stalin

Swetlana: »Nehmt euch vor dem Geist Stalins in acht!«

In einem Interview mit der Londoner Zeitung »Daily Mail« warnte Stalins Tochter Swetlana den Westen vor Gorbatschow. Swetlana Peters, wie sie heute heißt, wird nach Großbritannien zurückkehren.

Von Gorbatschow sagte sie: »Er wird nur soweit gehen, wie er darf. Er mag vielleicht mehr tun wollen, doch die Partei hat vollkommene Macht über ihn. Ich denke, daß Gorbatschow die gleiche Tragödie erwartet, wie sie dem tschechischen Parteichef Dubček passiert ist.

Ich kenne die bolschewistische Partei. Es ist noch die gleiche wie jene, die vor 70 Jahren gegründet worden ist. Es ist noch immer dieselbe grausame, rohe und mörderische Partei. Sie haben sich Chruschtschow auf unbarmherzige Weise entledigt, sobald dieser anfing, die Hand gegen sie zu erheben – und die können auch diesen Mann mit Leichtigkeit loswerden.«

Swetlana ist besorgt über Gorbatschows Angriff auf Stalin, der jedoch bei weitem nicht soweit ginge, wie einige im Westen erwartet haben: »Dies wird das Land erneut spalten, denn über dieses Thema ist Rußland sehr, sehr geteilter Meinung. Wenn er den Geist Stalins bekämpft, ist er in großer Gefahr. Er ist der Führer einer Weltmacht. Die Tatsache, daß Rußland eine Weltmacht ist, liegt an meinem Vater.

Der russische Imperialismus, Einfluß und sein Status in der Welt, das alles ist ein Erbe Stalins. Ich sage nicht, daß dies der Bewunderung wert ist, sondern es ist einfach eine Tatsache. Indem er den Geist Stalins zurückdrängt, untergräbt Gorbatschow seinen eigenen Einfluß.

Diesen Geist zu bekämpfen ist eine gefährliche Sache, und es handelt sich hier um einen machtvollen Geist. Sobald man ihn wachruft, könnte es zu Schwierigkeiten kommen. Stalin war zu stark an der Schaffung dessen beteiligt, was das heutige Rußland darstellt.«

Über ihren Vater sagte Swetlana zur Londoner »Daily Mail«: »Als Mensch war er Asiate. In seiner Seele stand er dem Ajatollah näher als Lenin.« □

Tunesien

Neuer Führer bringt Stabilität

Nach einer langen Periode der Unsicherheit nimmt die Situation in Tunesien jetzt eine Wende in Richtung größerer Stabilität, nachdem General Zin el Abedin Ben Ali zum Premierminister und Generalsekretär der regierenden Partei ernannt wurde. Er wird seinen Posten als Innenminister beibehalten, was ihm große Vollmachten für den Umgang mit den Problemen im Inland geben wird.

Informierte Quellen berichten, daß General Ben Ali weithin respektiert wird und einen Dialog mit allen demokratischen Komponenten des politischen Lebens in Tunesien anstreben wird. Gleichzeitig wird er versuchen, die Netzwerke der Fundamentalisten und insbesondere der Islamischen Tendenzbewegung (MTI) zu neutralisieren.

Einige Erleichterung ist spürbar sowohl in Paris als auch in Washington, den beiden Hauptverbündeten Tunesiens. Beide waren besorgt über Tunesiens Annäherung an Libyen und über die Unzufriedenheit im Volk über die Wirtschaftskrise, die sich die MTI zunutze gemacht hat. Ebenso bereitete die Nachfolge für den alternden Präsidenten Habib Bourguiba Sorgen. □

Japan

Abhängigkeit von den USA verringern

Die »Japan Times« berichtet, daß nach Ansicht des japanischen internationalen Handels- und Industrieministers Hajime Tamura »Japan als ein langfristiges Ziel seine Handelsstrukturen allmählich – wenn nicht gar völlig – in Richtung geringerer Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten« ändern muß. Tamura sagte, Japan schickt fast 40 Prozent seiner Exporte in die USA, während von der Bundesrepublik nur zehn Prozent in die Vereinigten Staaten gingen.

Eine zu starke Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten schwächt Japans Handelsposition gegenüber Washington, sagte Tamura, und macht sie verwundbar für Handelsreibungen und ein Ansteigen des Yen-Werts. Japan muß seine Handelsbeziehungen zu dem Bündnis Südostasiatischer Länder (ASEAN) sowie zu Südkorea, Taiwan und China in ähnlicher Weise ausweiten wie Deutschland es zu den anderen EG-Ländern tut, meinte Tamura.

»Das dringlichste Problem, mit dem Japan konfrontiert ist, ist die Korrektur seines großen Handelsbilanzdefizits. Die Rückführung der japanischen Überschüsse in die Schwellenländer sollte zu unseren Bemühungen gehören, dieses Ziel zu erreichen.« □

Insider

Kissinger und Rockefeller sprechen mit thailändischen Politikern

Henry Kissinger unterrichtete den thailändischen Premierminister Prem Tinsulamonda in einer Besprechung in Bangkok über die Haltung der Sowjetunion und Chinas zu internationalen Problemen. Wie die thailändische Zeitung »The Nation« berichtete, sprach Kissinger über seine Treffen mit Michail Gorbatschow und Teng Xiaoping.

Der stellvertretende Regierungssprecher Montri Chenvidyakarn zitierte Kissinger mit den Worten, Moskau wolle sein Wirtschafts- und Sozialsystem reformieren und unterstützt die atomare Abrüstung.

Kissinger wurde begleitet von David Rockefeller und dem amerikanischen Botschafter in Thailand, William Brown. Rokkefeller soll Prem gegenüber geäußert haben, daß ein vietnamesischer Truppenrückzug aus Kambodscha zur Lösung der regionalen Probleme beitragen werde.

Kissinger ist Direktor des Rokkefeller Brothers Fund, mit dem ein kürzlich in Bangkok stattgefundenes Symposium gefördert wurde. □

Weltregierung

Hammer wieder in Moskau

Während der Reagan-Gorbatschow-Gipfel vorbereitet wurde, flog Armand Hammer von Occidental Petroleum, der Lieblingsmilliardär des KGB, wiederum zu Gesprächen mit der Kreml-Führung nach Moskau. Der 89jährige Hammer, Freund jedes Sowjetchefs seit Lenin, traf mit dem sowjetischen Premierminister Nikolai Ryzhkov zusammen, um letzte Hand an den Vertragsentwurf über atomare Mittelstreckenstreitkräfte (INF) zu legen, der dann von Reagan und Gorbatschow im Dezember 1987 in Washington unterzeichnet wurde.

Bei seinem Besuch in Moskau kündigte Hammer das größte Joint-venture an, das je zwischen einer westlichen Firma und der Sowjetunion unternommen wurde. Stolz verkündete er auf einer Pressekonferenz in Moskau, er habe mit der sowjetischen Regierung ein Memorandum zum Bau und Betrieb eines petrochemischen Werkes im Wert von 6 Milliarden Dollar unterzeichnet.

Hammer sagte, das Joint-venture spiegele sein Vertrauen in Michail Gorbatschow wider. Das Memorandum zielt auf die Einrichtung des größten petrochemischen Werks auf der Welt ab. Hammer meinte, seine Firma in Los Angeles habe sich mit Montedison, Italien, und der Marubeni Corporation, Japan, zusammengeschlossen, um das Werk zu bauen, in dem Petrochemikalien hergestellt werden sollen.

»Mit diesem Joint-venture werden die großen natürlichen Ressourcen der Sowjetunion mit westlicher Technologie kombiniert und der Nutzen dieser Produkte wird damit der ganzen Welt zugänglich gemacht«, kommentierte Hammer seine Vereinbarung mit dem Kreml. □

Depression

Schweizer Banken warnen vor Flaute

»Wir sehen uns einer weltweiten Depression gegenüber wie in den dreißiger Jahren, wenn der Gefahr eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs nicht durch eine rechtzeitige, umfangreiche Geldversorgung begegnet wird«, sagten die Schweizer Bankiers Kurt Schiltknecht und John Lademann. Beide sind von der Bank Leu in Zürich.

Entgegen den wiederholten Behauptungen in den amerikanischen Medien, daß die Europäer nach einer Reduzierung des Defizits im amerikanischen Bundeshaushalt schreien, räumten die beiden Banker ein, daß dies nichts nützen wird, um die Krise zu lösen. »Die Regierungen sind mit einer völlig neuen Situation konfrontiert, die es in der gesamten Nachkriegszeit nicht gegeben hat«, sagten sie. »Frühere Sorgen über Inflation und das US-Defizit beginnen dahinter zurückzutreten«.

Die Banker empfahlen, die Zentralbanken sollten ihre Politik des knappen Geldes beenden und die westlichen Wirtschaftssysteme mit neuem Geld versorgen, denn der Krach des schwarzen Montags habe die Welt definitiv verändert. »Was vor sechs Wochen noch richtig war, hat keine Gültigkeit mehr. Es würde keinen Sinn machen, die Bemühungen zur Reduzierung der Haushaltsdefizite zu beschleunigen. Wie in den dreißiger Jahren würde das bedeuten, pro-zyklisch zu handeln und die Gefahr einer Depression sogar zu erhöhen. Die Europäer sollten aufhören, Washington zu einer frühen Konsolidierung seines Haushalts zu drängen. Das amerikanische Haushaltsdefizit ist jetzt von sekundärer Bedeutung.« □

China

Joint-venture mit US-Autoindustrie

Beijing plant ein Joint-venture mit einer großen amerikanischen Autofirma, sagte Chinas Vizeminister des Wirtschaftsausschusses der Regierung, Zhu Rongji. Er meinte, er werde in den inzwischen begonnenen Gesprächen mit General Motors, Ford und Chrysler über die Möglichkeit eines Joint-venture zur Herstellung von Limousinen in China verhandeln.

»Ich denke, die Sache hat sehr gute Erfolgschancen«, sagte Zhu. Er wies darauf hin, daß China bereits ein Joint-venture mit Chrysler habe, die in Beijing American Motors Cherokee Jeeps herstellen.

Zhu wies bei dieser Gelegenheit auch darauf hin, daß ein Drittel der über 4000 Joint-ventures mit ausländischen Firmen in China jetzt Gewinne bringen, doch daß »ein weiteres Drittel – obwohl es gut läuft –« Probleme habe mit dem Ausgleich der Devisenerlöse, während das restliche Drittel Verluste einfährt. □

Großbritannien

Mrs. Thatcher sorgt sich um Europas Verteidigung

Nach dem Vertrag zum Abzug von Mittelstrecken-Atomstreitkräften (INF) aus Europa diskutierte die britische Premierministerin Margaret Thatcher die Notwendigkeit verstärkter Verteidigungsbemühungen. Nach jeder voraussichtlichen Vereinbarung über INF und START, sagte sie, »darf es zu keinem weiteren Rüstungsabzug aus Europa kommen, bevor uns die Sowjetunion bei konventionellen Waffen weitaus näherkommt und bevor wir sehen, ob wir wirklich ein Kontrollsystem bekommen und die Sowjets zustimmen, ihre chemischen Waffen auszurotten, weil wir unsere ausgerottet haben«.

Außerdem darf es keinen weiteren Abzug der Amerikaner aus Europa geben: »Die Grenze durch Deutschland ist die Grenze der Freiheit für Amerika sowie für Europa.«

Die französisch-deutsche Militärkooperation ist eine gute Sache, sagte Mrs. Thatcher, solange »in Europa keine Substrukturen entstehen, die unwissentlich und unbeabsichtigt die Wirkung haben, die Bindungen des atlantischen Bündnisses zu unterminieren. Ich denke, es ist wichtig, daß diese Vereinbarungen nicht stärker werden als alles andere.« □

Philippinien

Ein Land blutet aus

Die Philippinen sind am Ausbluten, so äußerte sich der Wirtschaftsplanungssekretär des Landes, Solita Collas-Monsod, auf einer Konferenz, die von der »International Herald Tribune« gesponsert wurde. Collas-Monsod wörtlich: »Die Philippinen können nur dann Stabilität erreichen und zu anhaltendem Wachstum kommen, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt sind. Reformen, die den effektivsten Einsatz und eine gerechte Verteilung der Ressourcen ermöglichen; und daß sich unsere Gläubiger und Hilfsquellen mit der Erleichterung der Last der Bedienung der Außenschuld einverstanden erklären, was uns genügend Ressourcen für den Einsatz und die Verteilung im Inland läßt.«

Weiter: »Für die Jahre 1986 und 1987 wies jedermann auf die Tatsache hin, daß wir 2,7 Millionen Dollar erhalten würden. Niemand schien Notiz davon zu nehmen, daß wir im gleichen Zeitraum 5,7 Milliarden Dollar an öffentliche und private Gläubiger würden zahlen müssen.«

»Lassen Sie mich die Zahlen richtigstellen«, fuhr der Minister in Singapore fort. Präsidentin Aquino »hat wiederholt gesagt, daß das Wachstum den Vorrang hat vor den Schulden. Unsere Regierung ist darauf aus, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Doch wenn wir nicht genügend Mittel haben, können wir nicht zahlen, und ohne Wachstum wird es auf den Philippinen vielleicht niemanden mehr geben, der die Schulden bezahlenkann.« □

Argentinien

Arbeiter inszenieren einen Anti-IWF-Streik

Industrielle, Arbeiter und Farmer haben ihre Ablehnung gegenüber der Sparpolitik der Regierung von Argentiniens Präsident Raul Alfonsin zum Ausdruck gebracht.

Die peronistische »Allgemeine Arbeitervereinigung« (CGT) inszenierte einen Generalstreik und verlangte, daß die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) für Argentinien auferlegte Wirtschaftspolitik über Bord geworfen werde.

Gleichzeitig erklärte der argentinische Landwirtschaftsverband einen »Alarm- und Mobilisierungszustand« für die Agrarproduzenten, »die die bestehende Wirtschaftspolitik ablehnen sollten«. Der Verband besteht darauf, daß die »Lagebestimmung, die durch ausländische Gläubiger und den Internationalen Währungsfonds festgelegt wird, definitiv über Bord geworfen werden sollte«, hieß es in der Erklärung von seiten der Organisation.

Sie schließen sich dem argentinischen Arbeitgeberverband in der Ablehnung des 4,5 Milliarden Dollar betragenden Steuererhöhungspakets an, das der IWF verlangt, und sie planen die Durchführung »gemeinsamer Aktionen mit anderen Organisationen und politischen Parteien im ganzen Land«.

In Vorbereitung für den letzten Generalstreik im Dezember 1987 hielt der CGT eine Reihe von Versammlungen, Treffen und öffentlichen Zusammenkünften ab, um die Arbeiter über die Art des Kampfes gegen den IWF zu unterrichten. □

Briefe

Betr.: Aktien »Der Boom geht nicht ewig weiter«, Nr. 12/87

Der von Ihnen angeführten Argumentation, daß die derzeit enorme Liquidität auf den Kapitalmärkten die Kurse von Aktien hochstilisiert hat, könnte auf den ersten Blick zugestimmt werden.

Was von Ihnen eine sicherlich nicht ganzheitliche Betrachtung erfuhr, ist der Tatbestand der Ausschüttungsrendite bei Aktien. Tatsächlich war das höhere Risiko von Aktien mit einer vergleichsweise höheren Ausschüttung verbunden. Die zunehmende Kontrolle der AGs durch Gesetze und die Medien haben dieses Risiko wesentlich beschränkt. Hinzu kommt, daß der Anleger heute meist nicht mehr auf eine möglichst hohe Ausschüttung angewiesen ist. Vielmehr steht inzwischen die Steigerung des Vermögens im Vordergrund. Rein rechnerisch erhöht der einbehaltene Gewinn den Wert der Aktie.

Zusammengefaßt soll dies heißen:
Die Überteuerung einer Aktie kann niemals an der ausgeschütteten Dividende gemessen werden.
Relevant wäre in diesem Zusammenhang der Vergleich von Aktienkurs zu erzieltem Gewinn pro Aktie.

Hans-Peter Betz, Ulm

*

Betr.: Deutschland »Ein geteiltes Deutschland ist das beste«, Nr. 11/87

Seit langem ist es mein Kummer, daß auch jüngere Historiker es nur schwer vermögen, sich in das Denken der alten Generation hineinzufühlen. Auch habe ich gelernt, bei journalistischen Widergaben von Aussagen, die heute bereits historischen Rang haben, zu relativieren. Es ist leicht, mit der Veränderung einiger Buchstaben den Sinn zu verändern, wenn niemand mehr in der Lage ist, sich dagegen zu wehren. Wer nichts von dialektischer Redeweise weiß, könnte alles für die absolute Wahrheit halten. Es kommt auf die Wahrhaftigkeit an.

So habe ich in den vergangenen Wochen sehr sorgfältig alle Aussagen zur Kenntnis genommen, die nach dem Besuch von Honecker aus Moskau und aus der DDR kamen.

Da der östliche Sozialismus nichts mit sozialem Verhalten zu tun hat, wird seit meiner Schulzeit jedes Wort zur Durchsetzung ganz bestimmter Ziele genutzt. Damals konnte nur Mißtrauen wachsen. Das hat sich bis heute nicht verändert.

Auch Adenauer hat in der Spannung zwischen Erlebtem und dadurch in ihm ausgelösten Vorstellungen gestanden und war sich seiner Verpflichtung bewußt, zu tun was seines Amtes war. Außerdem ist auch Adenauer 1919–23 ein junger Mann gewesen und hatte bis zum Ende des Krieges sicher weitere Erkenntnisse und Erfahrungen sammeln können.

Bis zum Jahre 1951 habe ich in der DDR mit drei Kindern gelebt und den schnellen Wechsel von »rechts nach links« sehr anschaulich erlebt.

Sind Sie wirklich der Meinung, Stalin hätte im Jahre 1952 ein »militärisch blockfreies Deutschland« gewollt? Er hätte dem deutschen Volk wirklich durch freie Wahlen Entscheidungsfreiheit zugestanden? Was ist denn »positiver und negativer Neutralismus«? Neutralisierung Deutschlands wäre nur möglich gewesen, wenn das ganze Deutschland dem DDR-Regime unterstellt worden wäre. Die Westmächte hätten zugeschaut, und die Rote Armee hätte unter Umständen sogar am Rhein gestanden.

Die Mauer in Berlin und überhaupt die Grenze werden nur fallen, wenn wir alle unter Honeckers Flagge mit Zirkel und Sichel das Becher-Lied singen werden.

Übrigens liebt die ganze Welt Deutschland nur, weil es davon zwei gibt! Und dafür wird von vielen Seiten gesorgt werden, sofern wir weiterhin in der Bundesrepublik Deutschland die derzeitigen Umgangsformen beibehalten.

Frau Elisabeth Pitschmann, Braunschweig

*

Überwinden läßt sich die deutsche Teilung nur durch einen jetzt noch in weiter Ferne liegenden Ausgleich zwischen den Siegermächten, eine Kooperation statt der augenblicklichen, vor allem militärischen Konfrontation. Mit unseren Beteiligungen an NATO und Warschauer Pakt unterstützen wir Deutschen die Konfrontation statt der allein verantwortlichen Kooperation.

Wir Deutschen in beiden Staaten versündigen uns, wenn uns der politisch-militärische Ost-West-Gegensatz wichtiger ist, als die darunter leidende Einheit von Volk und Nation.

Es ist ein merk- und fragwürdiger »Schutz«, den wir Bundesdeutschen den Menschen in der DDR geben, wenn wir ihrer Bedrohung durch Atomwaffen zustimmen. Wenn Widersinn das Merkmal guter Politik wäre, hätten wir damit unser Soll übererfüllt. »Der brave Mann denkt an sich selbst zuletzt« sollte es heißen. Wir haben daraus ein »zuerst« gemacht. Die Geschichte wird diesen Mangel auf Dauer kaum mit Erfreulichem vergüten. Die Führung der Bundesrepublik Deutschland kann den entgleisten Angehörigen der jüngeren Generation nicht die Gewissenlosigkeit der Polizistenmorde vorwerfen, solang sie nicht ihre eigene Gewissenlosigkeit bereut und ihre Folgen wieder gut macht.

Gottfried Jahn, Siegen

*

Die USA und UdSSR hatten eine kriegerische Koalition gegen Deutschland und seine Verbündeten, jetzt kollaborieren beide Supermächte um die Gunst der Völker, betrügen sich gegenseitig im Rüstungswettlauf, ohne sich ideologisch darauf zu einigen, daß der Spaltung der Welt in zwei Machtblöcke ein Ende gesetzt wird. Die Auflösung der Militärs würde dem Frieden mehr dienen als die Vernichtung der einzelnen globaltödlichen Waffenarsenale. Bei Abrüstungsverhandlungen muß die Wurzel der gegenseitigen Bedrohung beseitigt werden. Alles andere taugt nichts.

Alle Vereinbarungen sind nichts wert, wenn diese nicht an bestimmte Bedingungen geknüpft werden. So wäre als Voraussetzung für den Abschluß eines Vertrages gewesen, die Sowjets zu verpflichten, den unterdrückten Völkern das Selbstbestimmungsrecht zurückzugeben oder ihnen dies nicht länger vorzuenthalten. Das hätte auch bedeutet, die Mauer in Berlin abzureißen, freie Wahlen zuzulassen und mit der neu gewählten deutschen Regierung einen Friedensvertrag auszuhandeln.

Karl-Heinz von Mellenthin, Frankfurt

*

Betr.: In eigener Sache »Zionisten bestimmen was Schweizer lesen dürfen«, Nr. 1/88

Es ist verdienstvoll, daß »Blick« die schweizerische Demokratie schützen will. Ein am 23. August 1987 im Sonntags-»Blick« veröffentlichter Artikel von Heinz Moll über »Nazi-Zeitungen in der Schweiz« hat bewirkt, daß die Zeitungs-Großverteiler die von »Blick« angeklagten Zeitungen seit November mit Boykott belegen. Diese Maßnahme bedeutet eine Beschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung.

»Blick« ist nahe am Pulsschlag des Volkes und deshalb wohl überzeugt, daß die schweizerische Demokratie schon so welk ist, daß sie vor der Wucht zum Beispiel der »Deutschen Wochen Zeitung« zugrunde ginge. Zwar sind die von »Blick« genannten Zeitungen bei uns behördlich zugelassen, und die Schweizer Bundesanwaltschaft bezeugt, daß die von »Blick« verfehmte Monatsschrift »CODE« keine Gefahr für Staat und Demokratie darstelle. »Blick« übt somit eine strenge Zensur aus, mit der Begründung »jüdische Kreise sind besorgt«, die Gefahr des Rassismus werde akut.

Nun hat aber »Blick«-Redakteur H. Moll, die Zeitschrift »CODE« offensichtlich nie genau gelesen (er spricht von einer Zeitung »CODE« und von einer Zeitung »DIAGNOSEN«, wo es sich aber beide Male um dieselbe handelt!), deshalb kann er nicht wissen, daß die jüdischen Kreise so nervös reagieren, weil »CODE« zum Beispiel zahlreiche Berichte von Charles M. Fischbein veröffentlicht. Fischbein spricht von seinen Erfahrungen mit israelischen Ministern und zionistischen Dienststellen. War er doch selber bis 1984 Direktor des Jüdischen Nationalfonds in Washington.

Wenn »Blick« im Zusammenhang mit Leuten wie Fischbein von »gefährlichem Nazischund« und »Rassismus« spricht, wird einem ganz träumerisch zumute, besonders da Fischbeins überraschende Berichte noch nie dementiert werden mußten. »Blick«-Kommentator H. Moll müßte uns eigentlich erklären, ob der Jude Fischbein ein antijüdischer Jude oder ein Nazi-Jude ist.

Die schweizerische Demokratie würde tatsächlich an akuter Erkältung leiden, wenn Berichte »antisemitischer Israeliten« bereits mit Boykottmaßnahmen und dem Ruf nach »strafrechtlicher Verfolgung des Rassismus« abgewehrt werden müßten. Und wie verhält sich das übrigens zu den schrillen Tönen, mit welchen »Blick« gelegentlich für die Presse- und Meinungsäußerungsfreiheit eintritt? Müssen wir annehmen, diese Töne gälten nur, wenn Geschäftsinteressen von »Blick« auf dem Spiel stehen?

Beat Christoph Baeschlin, Tegna

*

Betr.: Kulturgeschichte »Magische Weltsicht«, Nr. 11/87

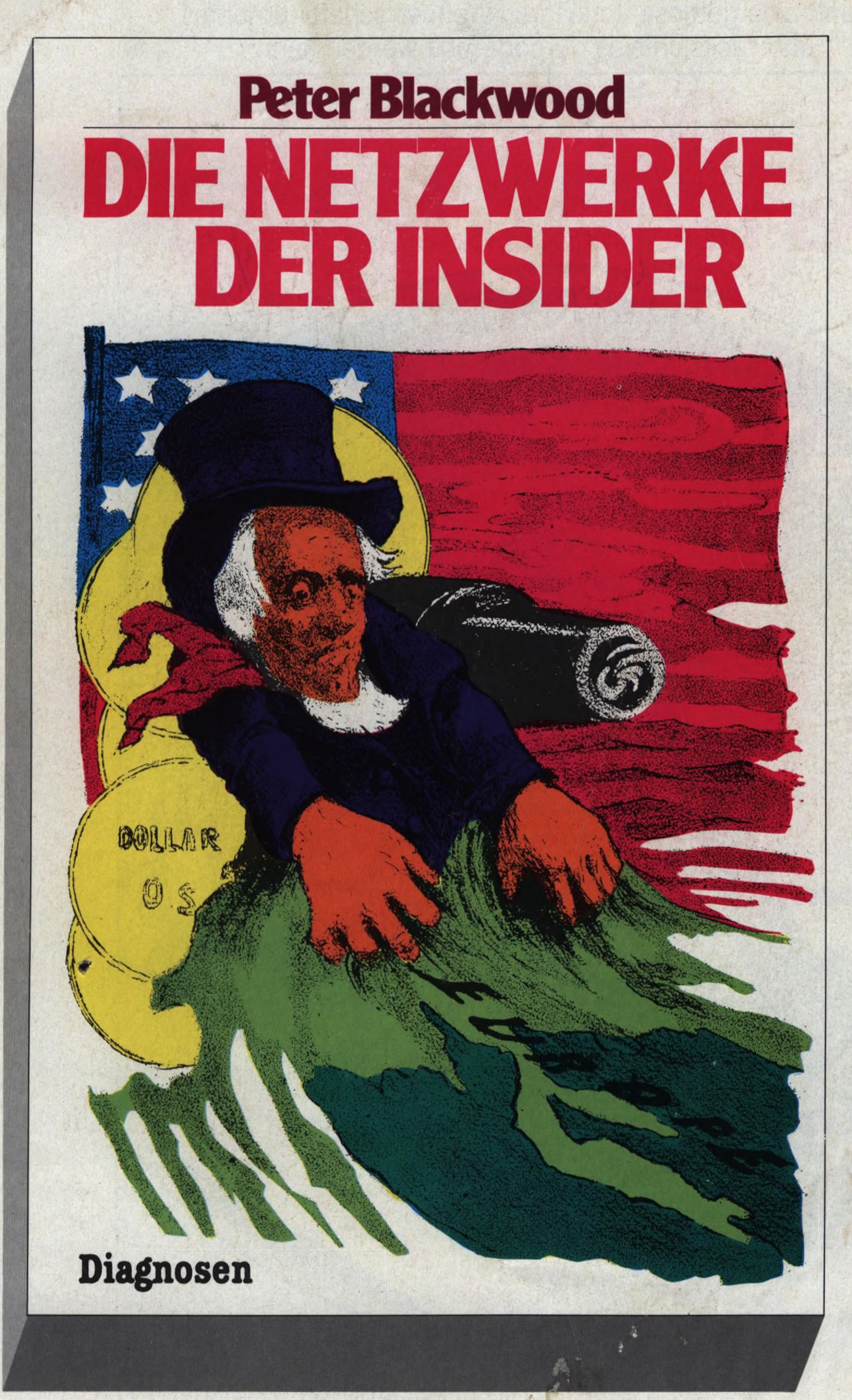
Rolf Flar bringt in seiner Darstellung das orientalische Kulturbild mit dem nordischen Kulturkreis um Thule in Verbindung, über dem sehr ausführlich der Geschichtsforscher Spannuth in seinen »Atlantis-Werken« sehr ausführlich berichtet. Leider hält er ebenfalls noch an der allegorischen Legende mit Moses in Ägypten fest, das wiederum Anlaß zu Irrtümern geben könnte.

Rolf Flar klärt vieles, was leider das Kirchenchristentum versäumte, aber auch die Chancen für das Judentum aufzeigt, wieder den Frieden mit der Welt zu finden.

Wenn auch das »Alte Testament« für uns Europäer nur von geschichtlicher Bedeutung sein kann (also nicht Grundlage europäischer Kultur im religionsgeschichtlichen Bereich), so kann die Klärung allegorischer und dogmatischer »Glaubensgeheimnisse« dennoch beitragen, den Friedenswillen der Völker zu fördern.

Franz Starlinger, Traunreut

Eine gottlose Gesellschaft operiert weltweit, um über die Finanzen und die marxistische Ideologie das politische Ziel einer Weltregierung zu erreichen. Diese internationalistische Gruppe, die die »Neuerschaffung der Welt« will, versteckt sich hinter vielen Namen in verschiedenen Gremien. Mit ihrem Geld wollen sie die ganze Welt unter ihre Herrschaft bringen. Dieses Nachschlagewerk informiert über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten.



Peter Blackwood: »Die Netzwerke der Insider«, ein Nachschlagewerk über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten.
408 Seiten mit vielen Abbildungen
DM/sfr 30,–
ISBN 3-923864-02-7
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg.
Zu beziehen über den Buchhandel.